EDITION ID-ARCHIV autonome l.u.p.u.s. gruppe GESCHICHTE RASSISMUS UND DAS BOOT

autonome l.u.p.u.s. gruppe



GESCHICHTE RASSISMUS UND DAS BOOT

WESSEN KAMPF GEGEN WELCHE VERHÄLTNISSE

EDITION ID-ARCHIV

autonome l.u.p.u.s – gruppe

Geschichte, Rassismus und das Boot

Edition ID-Archiv

autonome l.u.p.u.s. – gruppe

Geschichte, Rassismus und das Boot

Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

Editorische Notiz:

Die autonome l.u.p.u.s-Gruppe mischt sich seit 1986 öffentlich in militante Auseinandersetzungen (Libertäre Tage in Frankfurt/M, Startbahnbewegung, Anti-Repressions-Kampagne) ein. Sie veröffentlichte bisher Texte u.a.in den Zeitschriften Schwarzer Faden, ak, konkret, taz, atom, radikal, swing.
Kontakt für Anregungen, Kritiken und Interesse an Veranstaltungen ist die Verlagsadresse.
›Maskenbildner des Krieges‹ erschien erstmals in der Zeitschrift Schwarzer Faden und wurde für das vorliegende Buch leicht überarbeitet. Alle anderen Texte sind Erstveröffentlichungen.

Die Motive, die den einzelnen Kapiteln vorangestellt sind, wurden einem Plakat entnommen, das den 9. Bundeskongreß der Flüchtlinge und EmigrantInnen vom 15.–17.9.1989 in Oldenburg ankündigte.

Für die gestalterische Unterstützung danken wir Volker aus Oberhausen.

Texterfassung:
Gudrun Grundmann, Berlin

Layout:
seb, Hamburg
Umschlagentwurf unter Verwendung eines Fotos von
Kamura/Voller Ernst, Berlin

Druck:
Winddruck, Siegen

Bindung:
Umbruch, Wuppertal

Edition ID-Archiv 1992
Schliemannstr. 23
O – 1058 Berlin

ISBN: 3-89408-020-5

Buchhandelsauslieferungen:
BRD/Österreich: Rotation, Mehringdamm 51, W-1000 Berlin 61
Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Postfach, CH-8025 Zürich

Inhalt

Vorbemerkung

I

In Nicaragua wurde die sandinistische Revolution abgewählt, Leningrad heißt wieder St. Petersburg, eine Gruppe der »Revolutionären Zellen« (RZ) gibt die »bisherige Form des Widerstandes« auf ...

Irgendwas läuft schief.

Glücklicherweise hatte unser Wirken, international wie historisch, nicht ganz so viel Bedeutung.

Damit dürfte wohl klar sein, daß auch wir nicht zu denen gehören, die in den letzten Jahren von Sieg zu Sieg geeilt sind.

Daß Erfolg unter Autonomen mehr Verdacht als sonstwas erregt, ist eine Sache.

Daß wir soweit nie kommen, eine andere.

Das ist eine längere Geschichte.

Die macht uns noch ganz kirre.

II

So *selbstverständlich* und geübt es scheint, heute über Rassismen, über das ›spezifisch Deutsche‹ oder über deutsche Einzigartigkeiten zu streiten, so *selbstverständlich* sah die revolutionäre Linke in den letzten 20 Jahren darüber hinweg. Wobei im Moment alles dafür spricht, daß an letzteres wieder angeknüpft wird.

Deutsch-Sein war ein Makel und reaktionär zugleich, ein Synonym für Neonazis, Skins, Vertriebenenverbände und Deutsch-Nationales.

Sich als Deutsche/r zu begreifen, war nicht *Ausgangspunkt*, sondern *Endpunkt* jeder linken Diskussion.

Von anderen als Deutsche/r entdeckt und angesprochen zu werden – mehr im Urlaub als in der Politik – löste selten Zweifel am eigenen internationalistischen Selbstbildnis aus, umso mehr eine Mischung aus Entschuldigungen und Distanzierungen. Mann/Frau fühlte sich überführt, wo doch alles von der eigenen deutschen Zugehörigkeit wegweisen sollte.

Um so vehementer gab sich gerade die deutsche Linke internationalistisch, bevorzugt trikontinental. Die weltweiten Befreiungskämpfe, vom Vietcong, MIR, Tupamaros bis hin zur ETA und IRA waren mehr Maßstab für die eigene Praxis (-bestimmung), als die gesellschaftlichen Bedingungen hier, aus denen heraus sie nur zu entwickeln ist. Blieb dennoch etwas ›deutsch‹ an der Linken, war sie sich mit Boris Becker einig: *»Es ist ein Zufall, daß ich ein Deutscher bin.«*

So entwaffnend es auf den ersten Blick ist, sich angesichts begnadeter Früh- oder Spätgeburten auf die Seite des Zufalles zu schlagen, so zeitlich begrenzt bleibt die Haltbarkeit dieses Argumentes.

Sicherlich, ob wir Mädchen oder Jungs werden, ist auch nackter Zufall. Nur ganz und gar nicht mehr zufällig ist, was aus diesem kleinen Unterschied gemacht wird, ob wir uns damit ab- und zurechtfinden, oder uns dagegen auflehnen. Was in der linken Auseinandersetzung um patriarchales Verhalten unmöglich geworden ist, schien in der Frage des Deutsch-Seins auffällig leicht zu fallen: Wir haben damit nichts zu tun.

In »Deutschland verrecke« oder der Slime-Version »Deutschland muß sterben, damit wir leben können«, steckt mehr als der gute Vorsatz, mit Deutschland einfach Schluß zu machen. Diesem (Abbruch-) Unternehmen liegt die selbstverständliche Annahme zugrunde, selbst nicht dazuzugehören – andere dran glauben zu lassen. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990, spätestens seit Hoyerswerda scheint sich der Blick gewendet zu haben. Der Blick in die große Welt, auf die weltweiten Kämpfe unterdrückter Völker weicht dem eingegrenzten, bescheideneren Blick auf die eigenen, deutschen Verhältnisse.

Aber wie so oft: Der Druck der Ereignisse reichte gerade für ungewöhnliche Fragestellungen, für leichte Erschütterungen gewohnter Selbstverständlichkeiten. Dann war der Druck weg, Erleichterung kam wieder auf und damit das nächste ›Thema‹. Z.B. der Krieg in Kurdistan.

Unsere Befürchtung, viele neu-entstandenen Gruppen, Treffen und Diskussionen reflektierten mehr das Medienlicht, als den selbsterhobenen Anspruch, Rassismus nicht als Kampagne oder als kurzfristige Intervention zu verstehen, hat sich bestätigt.

Wir wissen um die Gefahr, rassistische und nationalistische Entwicklungen in Deutschland mit Ereignissen in anderen (europäischen) Staaten zu vergleichen, um sie damit zu entschuldigen. In dieser Harmonisierung üben sich fast alle Parteien von CDU bis Grüne.

Um so mehr käme es darauf an, die Unterschiedlichkeiten zwischen den einzelnen (europäischen) Ländern genau zu fassen, sich eben

nicht damit zu begnügen, daß 10 oder 15% Le-Pen-WählerInnen *›immer etwas anderes‹* bedeuten, als 10,9% REP-WählerInnen in Baden-Württemberg, daß rassistische Angriffe in Frankreich *›immer etwas anderes‹* bleiben, als in Deutschland begangene.

Anders gesagt: Uns interessiert z.B., wie sich die ›Festung‹ Europa, die geplante Vereinheitlichung der Ein- und Ausgrenzung gegen die jeweiligen nationalen Besonderheiten durchsetzt, wie unterschiedlich sich Opposition dagegen begründet und Widerstand organisiert.

Das sind für uns Fragen, die weitgehend unbeantwortet blieben und denen auch wir uns nur am Rande nähern.

In dem Versuch, über das Buch den aufgeworfenen Fragen Antworten zu geben, durchlebten wir die ganze Brüchigkeit autonomen Standhaltens. Die immer wiederkehrenden Zweifel »wozu gerade jetzt?«, »für wen eigentlich (noch)?« waren oft nur mit Disziplin und gesteigerter Abstraktionsgewalt zum Schweigen zu bringen. Mehrere Monate an einem ›Werkstück‹ zu arbeiten, ist auch für uns die Ausnahme – ein Zustand, der uns immer wieder dazu antrieb, etwas mit Worten zusammenzufügen, in Berührung zu bringen und aufeinander zu beziehen – was ohne (viel) Worte ein gewaltiges Erlebnis sein könnte.

Zweifel bleiben.

Unserer Wahrnehmung nach ist *eine* Folge des Zerfalls linker Strukturen, daß es kaum noch gemeinsam erlebte und verarbeitete Konfrontationen, kaum noch gemeinsame Auseinandersetzungen gibt. Folglich unterscheiden sich, auch unter denen, die sich als radikale oder militante Linke begreifen, die Objekte des Reflexionsinteresses erheblich.

Wie (un)wahrscheinlich ist es daher, daß unsere Überlegungen, ohne ein – in Umrissen erkennbares – allgemein geteiltes politisches Selbstverständnis, die Fragen Vieler aufgreifen? Daß Rückzug und Verhärtung, die Tendenz zur Individualisierung (und Dualisierung) einer kollektiven Aufnahme des Buchs im Wege stehen, ist uns klar. Wie weitgehend, vermögen wir nicht einzuschätzen. Diese Ambivalenz findet ihren Ausdruck auch in den Texten. Die Erörterung konkreter Schwerpunkte ist oft durchsetzt mit Versuchen, die dahinter liegende grundsätzliche Frage aufzuwerfen. Im Wissen der Orientierungskrise haben wir im letzten Kapitel schließlich den Bogen über's eigentliche »Thema« hinaus, ins Prinzipielle hinein geschlagen.

Ein Wort zu dem kleinen Wort *»wir«*:

Es werden in diesem Buch zwei verschieden bestimmte »wirs« verwendet. Das eine bezeichnet die kleine Einheit der Autoren. Wir haben – bis auf den Beitrag der Frankfurter MigrantInnen – die Texte dieses

Buchs gemeinsam diskutiert und geschrieben. Das Label »autonome lupus-gruppe« soll nicht den Eindruck erwecken, wir würden innerhalb der hiesigen Zusammenhänge als Gruppe agieren. Vielmehr geht es uns darum, das Buch in die inhaltliche Kontinuität der lupus-Gruppentexte zu stellen. Eine Kontinuität, die jenseits desaströser Gruppenentwicklungen, durch persönliche Bezüge – zumindest im Großen und Ganzen – gewährleistet ist.

Das andere *»Wir«* wäre vor einigen Jahren kommentarlos als »wir, Autonome« durchgegangen. Was damals wahrscheinlich schon ein Fehler war.

Heute, mit einem solchen radikale Linke jedweder Art einschliessenden »wir« zu operieren, sei, so wurde uns von verschiedener Seite versichert, unmöglich. Es war nicht schwer, uns davon zu überzeugen. Zu offen liegen die inhaltlichen Widersprüche und persönlichen Gräben zwischen verschiedenen Fraktiönchen der Rest-Linken. Die Verwendung dieses »Wirs« ist daher eher Ausdruck des Versuchs, innerhalb der historischen Tendenz ›Autonome‹ ein näher bestimmbares Kollektiv zu produzieren bzw. zu fördern. Es projektiert ein autonomes Selbstverständnis, das so real nicht existiert, sondern nur latent ist. So gesehen ist es ein *»imaginäres Wir«*.

Folge unseres widerspenstigen Wunsches, einen durch gemeinsames Lebens- und Politikverständnis umreißbaren Zusammenhang mitzutragen – wo zu wenig Zusammenhang und -halt ist.

III

Landtagswahlerfolge von faschistischen Parteien, wie Anfang April 1992 in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, sind Zeichen.

Zeichen dafür, daß der Streit um's Asylrecht zu lange währt – ohne erkennbare Konsequenzen. Zeichen des Protests gegen die etablierten Parteien. Zeichen der Verunsicherung. Eine Mahnung, die Menschen mit dem Ecu und allzuviel Modernisierung nicht zu verschrecken. Und nicht zuletzt ein Zeichen für den aufkommenden Faschismus des 4. Reichs; das Dritte wurde ja auch herbeigewählt.

Zeichen sind nie ganz eindeutig. Die Wähler *»haben aus nicht rational erklärbaren Gründen«* (Engholm) ... *»Unmut offenbart über die vielen schwierigen ungelösten Probleme«* (Lambsdorff).

WählerInnen wählen Faschisten, nachdem ihnen deren Argumente von staatstragenden Demokraten monatelang vorgekaut wurden.

Linke machen Protestdemos gegen Wahlerfolge von Faschisten, nie aber gegen Mehrheiten, die mit der Übernahme faschistischer Positionen errungen werden. Eine anständige Menge Deutscher wählt unver-

brauchte glaubwürdige Rassisten, weil die amtierenden in taktischen Zwangsjacken stecken, ernsthaft aber niemand etwas gegen Rassismus einzuwenden hat.Vertreter staatstragender Parteien sehen die dringende Notwendigkeit, faschistische Programmatik aufzugreifen – »Niemand soll deshalb die NPD wählen müssen« (Teufel, CDU-Vorsitzender von Baden-Württemberg)[1], damit das Volk wieder sie, die Demokraten wählt.

Daniel Cohn-Bendit fordert dazu auf, *»Kompromisse zum Asylrecht zu suchen«* als wäre das Grundgesetz ein Extremismus. Vorschläge dazu sollen von *»zehn Weisen«* oder dem Bundespräsidenten unterbreitet werden. Kompromisse zum Recht, die vom Staatsoberhaupt erarbeitet werden sollen. Von Ermächtigung spricht er aber nicht.

Ein paar Hunderttausend Wahlberechtigte wählen erklärte Fremdenhasser und die Antifa denkt bei Faschisten immer noch fast ausschließlich an Skinheads.

Wahlergebnisse werden analysiert. Das schöne Wort vom *›Protestwähler‹* macht die Runde. Es enthält viel Wahres, denn in der Tat, es artikuliert sich hier deutlich der Protest, daß es immer noch unter Strafe steht, mit volksnahen Mitteln und Möglichkeiten das zu machen, was Politiker verbal und administrativ dürfen: Die Sau raus lassen.

Anmerkung:

1 Spiegel 15/1992

Doitsch-Prüfung

Eine kleine Einführung, ohne numerus clausus

Sowohl dieses Kapitel, als auch das folgende ›Volks-Fronten‹ nimmt an verschiedenen Punkten die Kritik eines Textes in der Zeitschrift ›radikal‹ auf, der sich unter dem Titel *Schneutzstunde* als Erwiderung auf unseren Text *Doitschstunde* [1] verstand.

Wir halten die Bezugnahme auf den radikal-Text aus mehreren Gründen für wichtig, trotz der – auch durch Kriminalisierung der ›radikal‹ bedingten – beschränkten Verbreitung und erschwerten Zugänglichkeit.

Wir begreifen ihre Erwiderung im Zusammenhang ihrer langfristigen Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart des deutschen Faschismus. Die kontinuierliche Thematisierung und Erarbeitung eines eigenen Geschichtsverständnisses schlugen sich u.a. in einem umfangreichen Geschichtsprojekt nieder, das unter dem Titel ›Wider das Vergessen‹ in mehreren Teilen veröffentlicht wurde. Eine ungewöhnliche Anstrengung, die nicht nur vor Hoyerswerda gestartet wurde, sondern sich auch durch differenzierte Annäherungen hervorhebt. Eine Geschichtsvergegenwärtigung, die in manchen Teilen und Ausführungen gegen den Strich gängiger anti-faschistischer Standards geschrieben ist.

Unser Text ›Doitschstunde‹ wurde zwar ungewöhnlich breit publiziert – von ›Atom‹, ›Schwarzer Faden‹, über ›radikal‹ bis hin zur ›Edition ID-Archiv‹. Doch die uns bekannt-gewordenen Reaktionen und Auseinandersetzungen hatten eher ›privaten‹ als öffentlichen Charakter. Die ›Schneutzstunde‹ stellt diesbezüglich eine der wenigen Ausnahmen dar (in der ›Atom‹ ist ebenfalls eine Erwiderung, unter dem Titel ›Die Linke ist weiblich‹, Sept./Okt. 91, abgedruckt). Und was uns fast noch mehr überraschte, war die (solidarische) Art der Erwiderung und Kritik. Sie kamen ohne den alles erschlagenden Gestus der/s FighterIn aus, ohne den offenen oder unterschwelligen Vorwurf, die faschistischen Angriffe zu verharmlosen, ohne die moralische Ermahnung, die sich mit dem Verweis auf die zahllosen Opfer eine Kritik an militantem Vorgehen verbittet.

Die ausführliche und eingehende Erwiderung zeigt vielleicht auch, daß *»unsere Klugheit und Euer Mut* (ein Ausspruch während der Demo-Nachbereitung zu Hoyerswerda, in Berlin) keine Frage des Bündnisses zwischen ›Kopf- und StraßenarbeiterInnen‹ ist, sondern zusammengehört.

Daß die radikal-GenossInnen theoretische Einsichten in einer Art Rückwärtsrolle praktisch wieder zurücknehmen und damit folgenlos machen, steht auf einem anderen Blatt bzw. in den zwei folgenden Kapiteln.

Doch zuvor eine knappe Zusammenfassung der ›Schneutzstunde‹, aus radikal Nr. 144, Okt. 1991: Die ›Schneutzstunde‹ ist eine Kritik vor allem an den Teilen der ›Doitschstunde‹, die sich auf anti-faschistische Praxis, insbesondere auf militanten Antifaschismus beziehen. Entgegen den Erörterungen in der ›Doitschstunde‹ wird gesagt, daß trotz »fehlender Perspektiven« die autonome Bewegung Gegenterror gegen neonazistische und rassistische Akteure verstärkt einsetzen sollte. Geschichte und Erfahrung zeige, daß reiner Verteidigungskampf zu wenig sei, Faschismus und faschistoide Tendenzen vielmehr offensiv angegangen werden müßten. Das schließe militantes Vorgehen gegen organisierte Neonazis und rechte Schlägerbanden mit ein. Kurz- bzw. mittelfristiges Ziel müßte es sein, die gegenwärtige Lage (die Zahl der bei rassistisch und faschistisch motivierten Angriffen Getöteten ist zweistellig und in einigen Städten werden AusländerInnen und Linke in der Wohnung überfallen) gemeinsam mit Verbündeten zu ändern. Wobei der favorisierte konsequente Aufbau von Selbstschutzstrukturen tendenziell daran scheiterte, daß er nicht ernstgenommen, sondern eher lässig nebenbei thematisiert (›Doitschstunde‹) und nicht entschieden genug vorangetrieben werde.

Dies liegt – nach Meinung der AutorInnen – an der Schwierigkeit, eine breitere Diskussion über gemeinsames Vorgehen gegen rassistische und sexistische Gewalt in Gang zu setzen, um dann daraus schöpfend, »öffentliche Räume mit unseren Inhalten zu besetzen.«

Es sei keine Wahrnehmung von Opfern, wenn es nicht zugelassen werden sollte, daß Flüchtlinge verprügelt und/oder abgeschoben werden. Auch das Bemühen um Selbstschutzstrukturen könne nicht nach der Maßgabe, ob es gerade in den Kram paßt oder nicht aufgenommen werden. In dem Ausmaß, wie Skins und Neonazis die Bedingungen auf der Straße verändern, »nützt es nichts, wenn wir die richtigen wichtigen Inhalte im Kopf haben.« Die Idee vom »reinen«, inhaltlich korrekten Kampf, die Wunschvorstellung, von Utopien und Idealen ausgehend, selbstbestimmt Form und Ziel der Kämpfe zu entwickeln, sei »ein Fehler im linken Denken.« Ohne »den Faschos die Straße zu nehmen« sei das Wissen der richtigen Zusammenhänge und Hintergründe wertlos und die Konzentration darauf tendenziell der Abschied aus der Realität. Typischerweise werde die Betonung der Notwendigkeit auch militanter Aktionen (u.a. auch in der ›Doitschstunde‹) in die »Hirnlosen-Ecke« gestellt.

Die Tatsache, daß der Staat z.Z. keine offene faschistische Mobilisierung betreibe, lasse nicht nur den Schluß zu, den Skins und Faschos eine begrenzte Bedeutung beizumessen, sondern auch den Umkehr-

schluß, die faschistischen Angriffe gerade jetzt entscheidend zu treffen, solange sie eben noch nicht so stark sind. Alltägliche Angriffe und Aktionen gegen Treffpunkte, Kader und Einzelne wären dabei sporadischen Parteitagsverhinderungen vorzuziehen. Ein repressives Klima gegen Faschisten und Rassisten sei deswegen notwendig und sinnvoll, weil ein großer Teil aus Mitläufern bestehe, die sich durch persönliche Konsequenzen abschrecken ließen. Gleichwohl sei klar, daß das nichts am eigentlichen Problem – der schweigenden Mehrheit – ändern werde.

Die Erweiterung der Toleranzgrenze gegenüber rassistischem Terror durch sich ungehindert austobende Gewalt, gelte es durch das Abbrechen der militanten Spitze des Rassismus zu verhindern. Im besonderen die Bedrohung von AusländerInnen, die es sich nicht aussuchen können, ob sie sich dem Terror entziehen oder nicht, könnte durch Vergeltungsaktionen, die die verantwortlichen Schläger auf Dauer zum Aufgeben treiben, begegnet werden.

Anmerkungen

1 Der Text ›Doitschstunde‹ ist u.a. in dem Buch ›Metropolen(gedanken) und Revolution?, Berlin/Amsterdam 1991, abgedruckt.

Doitsch-Prüfung

Die ›Doitschstunde‹ ist Ende 1990, Anfang 1991 entstanden, als Rassismus und Nationalismus Randerscheinungen autonomer Diskussionen und Auseinandersetzungen waren. Die wenigen Autonomen, die sich mit Flüchtlingsarbeit, mit dem verschärften Ausländergesetz beschäftigten, sich mit den Kämpfen der Roma und Sintis solidarisiert haben oder an dem Projekt »Fluchtburg« (wie in Berlin z.B.) beteiligt waren, lassen sich an den Fingern zusammenzählen. Dieses Engagement hatte immer – für die vorbeiziehenden Autonomen – den Geruch von Sozialarbeit und Caritas. Konsequenterweise blieb Flüchtlings/MigrantInnenarbeit seit Jahren ganz wesentlich von christlichem und humanistischem Einfluß geprägt.

Nicht viel anderes passierte mit der Doitschstunde. Sie war nicht aus einer gemeinsamen Auseinandersetzung heraus geschrieben, sondern gegen das autonome Stillschweigen, gegen die Ritualisierung eines autonomen Antifaschismus, der den aufbrechenden Fragen 1989/90 die Antworten der 70er Jahre entgegenhielt. Die öffentliche Wirkung (wenn's sowas unter uns gibt), die dieser Text damals hatte, läßt sich mit einem Pflasterstein vergleichen, der einer/m aus der Hand rutschte. Macht ja nichts.

All das änderte sich mit und nach Hoyerswerda schlagartig, wobei die Betonung gleichermaßen auf artig liegt. Wir behaupten verständnislos, daß die Aufmerksamkeit, die dieses Thema plötzlich unter uns bekommen hat, nichts mit der erkannten »neuen Qualität« faschistischer Überfälle zu tun hat, sondern viel mehr mit den Scheinwerfern und Bühnenlichtern, die nicht wir, sondern die Medien auf die Ereignisse von und nach Hoyerswerda gerichtet haben. Es ist nicht Arroganz, sondern Wut, wenn wir hinter der geballten Aufmerksamkeit weniger autonomes, mehr mediales Bewußtsein vermuten.

Eine autonome Betroffenheit, die zuletzt im Golf-Krieg so verdammt herrschaftsförmig sychronisiert war: Der Protest begann pünktlich zur Kriegseröffnung und endete rechtzeitig zum offiziellen Kriegsende. Die begonnenen Auseinandersetzungen um Israel und Palästina,

um Antisemitismus und Antiimperialismus, um die neue Weltkriegsordnung und die ideologische Renaissance des Abendlandes brachen mit Sendeschluß der Übertragung des Golfkrieges ab. War was?

Die Doitschstunde ist, wie gesagt, vor Hoyerswerda entstanden. Einige werten die dortigen Ereignisse als Bestätigung ihrer These vom »4. Reich«, von der »ungebrochenen Tradition des deutschen Faschismus«. Oder mit den Worten der radikal-GenossInnen[1]:

»Wir haben (dazu) folgende gewagte These: Es wird mitnichten zuviel den Nazis hinterhergelaufen, sondern eher zu wenig. Die autonome Bewegung muß sich ernsthaft die Frage stellen, ob der systematische Gegenterror gegen neonazistische und rassistische Gewalt ... nicht eine dringliche Angelegenheit ist, die trotz aller fehlender Perspektiven im Sinne von politischer Utopie ... eine dringende Notwendigkeit ist.« [2]

Wir werden also im folgenden – auf dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Monate – zwei wesentliche Punkte herausnehmen. Der erste Punkt dreht sich nochmal um unser Verhältnis zu Flüchtlingen, MigrantInnen und Nichtdeutschen; der zweite Punkt geht über die ›Doitschstunde‹ hinaus, und setzt sich mit der tatsächlich neuen Qualität rassistischer, faschistoider Lebensfreude auseinander.

Wir haben im Nachspann geschrieben: »Für die meisten von uns werden Flüchtlingslager etc. erst dann bekannt, wenn sie Opfer neonazistischer Überfälle werden – MigrantInnen bekommen erst dann Name und Gesicht, wenn sie Opfer tatsächlicher Angriffe werden. Erst wenn wir uns den MigrantInnen als Subjekte ihrer Geschichte, als TäterInnen ihrer eigenen Lebensvorstellungen nähern, sie uns also nicht als Opfer auf Distanz halten, – verändern wir unser Verhältnis zu ihnen grundlegend.« Darauf erwiderten z.B. die radikal-GenossInnen: »Wir finden nicht, daß es eine Wahrnehmung von Opfern ist, wenn wir es für selbstverständlich halten, Grundrechte durchzusetzen, wie daß alle da sein können, wo sie wollen, daß wir es daher nicht zulassen (wollen), daß es Abschiebungen gibt, daß Flüchtlingslager angegriffen werden.«[3]

Es geht nicht darum, was wir alles wollen – es geht darum, wann wir anfangen, es zu tun. Es geht um die Tatsache, daß wir sie erst wahrgenommen haben, als sie Opfer rassistischer Überfälle wurden. Und, es ist nochmal eine ganz andere Frage, ob wir sie dann weiterhin als Opfer behandeln, oder als Handelnde, mit einer eigenen Geschichte, mit eigenen Lebensvorstellungen.

Gerade die Ereignisse in Hoyerswerda zeigen doch, daß wir sie erst wahrgenommen haben, als die Faschos dort längst auftraten. Von den

meisten Flüchtlingslagern erfahren wir doch erst, nachdem sie angegriffen wurden – die Existenz dieser Lager, das Leben darin, die Vorstellungen der Flüchtlinge waren uns so fremd und fern wie den allermeisten Deutschen auch. Und wieviele MigrantInnen kennen wir in unserem Alltag? Wieviele sind in unseren Lebenszusammenhängen? Der Blick auf die Glatzen verstellt(e) den Blick auf die eigenen weißen Verhältnisse – autonome Verhältnisse, die weißer sind als jeder Sportverein.

Darum ging's uns und darum müßte es uns heute erst recht gehen: Bedingungen unter uns und um uns herum zu schaffen, in denen MigrantInnen zumindest die Entscheidung, die Wahl haben, mit uns zu leben oder gar zu kämpfen. Das wäre eine gelebte gesellschaftliche Utopie, die unseren anti-rassistischen Anspruch glaubwürdiger machen würde, als jede noch so pralle Erklärung und Analyse.

Alles gebongt, werden geübte Autonome sagen, finden wir auch wichtig, ist auch unser Ding, aber ... und nun kommt die Rolle rückwärts und ein ernster Verweis auf's wirkliche Leben. Im Moment zählen nicht richtige Inhalte oder politische Utopien – jetzt kommt es erst mal drauf an, die Faschos zurückzuschlagen. Eins nach dem andern. Oder mit den Worten der radikal-GenossInnen: *»Schön wär's ja, wenn wir uns wirklich ganz frei und selbstbestimmt aussuchen könnten, wo und wogegen oder wofür wir was machen. Leider ist die böse Welt nicht so und nötigt uns manchmal Auseinandersetzungen auf.«* [4]

Wie lange eigentlich noch wollen wir uns die »richtigen Inhalte« oder unsere »politische Utopie« aufheben, und für wen und wozu überhaupt noch? Wann gibt es dafür jemals den »richtigen« Zeitpunkt? Wollen wir allen Ernstes so lange warten, bis es die Welt »gut« mit uns meint?

Mit dieser Art von Realpolitik machen wir jedes autonome Selbstverständnis in der Tat zur Farce, zum Papiertiger.

Es ist nicht das erste Mal, daß die einen von »Inhalten« von »Konsequenzen« reden und die anderen *Nachtisch* meinen. Das hat System – seit Jahren. Natürlich bleibt uns heute nichts anderes mehr übrig, als den Weg zu den Flüchtlingslagern auf der Landkarte zu suchen, natürlich ist es richtig, die bürgerlichen Zeitungen aufzuschlagen, um darüber zumindest mitzubekommen, wo überall rassistische Überfälle und Angriffe gemacht wurden. Es ist auch richtig, daß es jetzt egal ist, ob wir Flüchtlinge erst als Opfer oder Handelnde wahrgenommen haben, wenn es heute um den Schutz ihres Lebens geht.

Doch wenn die Brandanschläge auf Flüchtlingslager und die Überfälle auf MigrantInnen wieder in die Dunkelziffern abgedrängt sind,

die Scheinwerfer abgebaut sind und damit wieder Normalität signalisiert wird, wird sich für uns die Frage stellen, was sich wirklich in unserem Verhältnis zu Flüchtlingen und MigrantInnen verändert hat. Oder, ob nicht gerade in dieser Art von autonomer Politik Kampagnenopfer geradezu vorprogrammiert sind ...

Wir haben uns selbst immer wieder gefragt, ob die Ereignisse der letzten Monate für eine neue Qualität rassistischer Angriffe sprechen. Erst waren wir skeptisch – gerade angesichts der ersten autonomen Einschätzungen. Wir hatten die Befürchtung, daß – wie so oft – unsere Reaktion mehr das Medienlicht reflektiert, als die sozialen Verhältnisse und Veränderungen. Liegt das »Neue« in den Brandanschlägen auf Flüchtlingslager und -unterkünfte, ist es ihre Zahl? Oder liegt es daran, daß erstmals öffentlich-rechtlich mitgezählt wird? Ist es die reale Zahl der Glatzen oder ihre mediale Verdopplung durch permanente Berichterstattung, Interviews und live-Bilder? Liegt es daran, daß den Glatzen heute tatsächlich die Straße gehört oder drückt sich ihre Präsenz darin aus, daß sie heute den »Druck der Straße« verkörpern, daß sie heute die Sprecher der Straße stellen, an denen die Herrschenden nicht vorbeikommen oder auch gar nicht wollen?

Für uns sind es nicht die Glatzen, die Brandanschläge alleine, die den Bruch zu früher ausmachen. Das Entscheidende ist für uns das Erleben, daß Deutsche ihr eigenes Verhältnis zur rassistischen Gewalt nicht mehr durch Indifferenz und Gleichgültigkeit bekunden, sondern durch offene Sympathie und lustvolle Befriedigung (»Ich bekenne, ich habe mich wohlgefühlt, beim Klatschen«, Sonntag aktuell v. 6.10.91)

Und in der Tat, die neue Qualität rassistischer Angriffe liegt im stolzen Bekenntnis eines rassistischen Lebensgefühls. Hoyerswerda war so etwas wie eine öffentliche Vereidigung, ein Gelöbnis auf die neuerrungene rassistische Lebensqualität.

Aber, und da gehen unsere Antworten auseinander: Wir halten es für falsch, die Ursachen dafür ruckzuck nach »oben« zu verschieben und damit weit von uns zu weisen. Manche Gründe liegen näher an uns dran, als wir wahrhaben wollen. Wir behaupten: Diese neue rassistische Lebensqualität ist eine Antwort auf eine soziale Wirklichkeit, in der wir kaum noch vorkommen, auf die wir schon lange keine militanten Antworten mehr haben, Antworten, die die Richtung, den Ton, die Musik angeben.

Wider das autonome Kurzzeitgedächtnis: Der Knackpunkt ist eben nicht Hoyerswerda, der Knackpunkt liegt bereits Jahre zurück. Wir holen also kurz, hoffentlich nicht zu kurz, aus. Die 60er, 70er, die Anfänge der 80er waren von etwas geprägt, was mann/frau als linke,

kulturelle Hegemonie von unten bezeichnen könnte. Egal, worum es ging, ob um die deutsche faschistische Vergangenheit, um autoritäre Lebensprogrammierung, um das Verhältnis zwischen Frauen und Männern, um Arbeits- oder Wohnverhältnisse, um Lebenslust oder Utopien – wir gaben diesen Auseinandersetzungen zumindest die Richtung, wir stellten in Frage, machten es zum Thema, besetzten es mit unseren Inhalten und Antworten. Uns gehörte die Straße, der Krach, der unten gemacht wurde, drang durch viele Ritzen dieser Gesellschaft und nach oben. Die Herrschenden übten sich in Verständnis und antworteten mit Integration und Repression. Es herrschte so etwas wie »klammheimliche Freude« in Teilen der Bevölkerung, also Infektionsgefahr. Kurzum, eine Dominanz linker, oppositioneller Lebenshaltungen, eine Faszination für widerständisches Leben, weit über die hinaus, die sich selbst so begriffen.

Auch damals gab es faschistische Angriffe – weniger auf Flüchtlingslager, mehr auf linke Projekte, Cafés, Zentren und die, die so aussahen. In vielen Fällen waren Fascho-Angriffe eine Reaktion auf die Dominanz und Akzeptanz oppositioneller Lebenshaltungen – mehr Ausdruck von Eifersucht, als Ausdruck eigenen Selbstbewußtseins. Diese linke, kulturelle Hegemonie war nicht von Fascho-Seite aus bedroht, sondern von Staatsseite. Die Faschos spielten dabei kaum eine Rolle, eher im Gegenteil: Ihre Angriffe und Ankündigungen hatten mehr mobilisierende, als demoralisierende Wirkung (z.B. 17.-Juni-Demos, Rock gegen rechts 79/80 ...).

Der Verlust der ›Straße‹, um ein anderes Bild zu nehmen – ist eben nicht Folge der Fascho-Angriffe im Jahr 1991, – wir haben die ›Straße‹ lange davor Richtung Bürgersteig verlassen. Vielleicht läßt sich zu Recht sagen, daß diese Entwicklung bereits mit dem Ende der Häuserkämpfe 80/81 einsetzte, von einigen Highlights (wie WAA, Rekrutenvereidigungen, IWF etc.) eher verstellt, als aufgehalten. Und vielleicht ist es kein Zufall, daß in dieser Zeit viele Kämpfe – jenseits der eigenen Lebensverhältnisse – am Bauzaun, im Wald oder auf der Wiese geführt wurden. Zumindest wäre dann auch erklärbar, warum die Aufforderung, diese Kämpfe (wieder) in die Städte zu tragen, so wenig Erfolg und Auswirkung hatte.

Wir alle genossen noch schnell die Mythen Mitte der 80er Jahre, die letzten großen Zaun-, Mauer- und Straßenkämpfe -, natürlich selbstkritisch. Wir wußten um die Verkürzung militanter Kämpfe auf einen Kampf zwischen Autonomen und (Bullen-)Staat. Aber was zählte das, wenn wir deshalb mit unserem Einsatz an der WAA so lange hätten warten müssen, wie an der Startbahn ... Die WAA-Kämpfe mußten zur

Kurzfassung der Startbahnkämpfe werden – die Region, die Leute vor Ort, wurden zu oft zur Kulisse unserer Kämpfe.

Wir führen – und da ist die WAA nur ein Beispiel – seit Jahren unsere Kämpfe meist abseits unseres eigenen Lebensalltags. Er ist längst mehr *Rückzugspunkt*, als *Ausgangspunkt* unserer Kämpfe geworden. Auf Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse gibt es seit Jahren keine offensiven Antworten mehr. Eher das Gegenteil: Die individuelle Bewältigung unserer Alltagsbedingungen ist Voraussetzung für autonome Politik geworden und nicht mehr ein wesentlicher Bestandteil davon. Anders gesagt: Auf soziale, gesellschaftliche Verhältnisse haben auch wir überwiegend nur individuelle Antworten, die jede/r für sich alleine finden muß, meist um den Preis eines Doppellebens. Solange wir unsere Antworten auf diese kapitalistische und imperialistische Normalität im Kopf behalten und von einem Papier ins nächste (ein-)wickeln, solange unsere »richtigen« Inhalte und Utopien nicht auf der ›Straße‹ spür- und erlebbar werden, wird unser Anti-Faschismus, unser Anti-Rassismus militärisch (im Sinne von »Gegenterror«) oder ideologisch (im Sinne einer »besseren« Ideologie) bleiben.

Die radikal-GenossInnen würden uns abermals und nun schon ein wenig ungeduldiger ihr »alles ganz schön und gut« entgegenhalten, um erneut auf's jetzt Dringliche zu verweisen: *»Wenn rechte Schläger, Skins, Hools, Neonazis die Bedingungen auf der Straße verändern, dann nützt es nichts, wenn wir die richtigen, »wichtigen« Inhalte im Kopf haben.«* [5]

Richtig, GenossInnen, auch wir halten den Kopf als Schließfach für unsere »richtigen Inhalte« für ein verdammt schwachsinniges Versteck! Und 2. gehen wir einmal davon aus – was gerade falsch ist – die Faschos hätten uns von der Straße verdrängt und wir müßten sie zurückerobern. Was würden wir eigentlich machen, wenn die ›Straße‹ wieder in unserer Hand wäre?

Bleiben wir noch eine Weile auf der ›Straße‹ und holen – ein weiteres Mal – kurz und kraftvoll aus. Die radikal-GenossInnen beschreiben nicht nur einen Zweikampf auf der Straße (zwischen Autonomen und Faschos), der so gar nicht stattfindet. In dem RADIKALen Straßenbild fehlt zugleich ein Feind, der uns seit Jahren viel mehr zusetzt, als irgendwelche Faschos; ein Feind, der »Bedingungen der Straße« schon lange zu seinen Gunsten gewendet hat, lange vor Hoyerswerda. Dieser Feind ist ›körperlos‹, ›gesichtslos‹, alles andere als laut und überfallartig, häßlich oder haßerfüllt. Ein Feind, der so normal, so alltäglich geworden ist, daß er uns kaum noch auffällt. Der Feind ist die ›Straße‹

selbst – ihre Verwandlung vom »rechtsfreien Raum« in Herrschaftsraum. Dieser langsame Prozeß der Umschmelzung, der Versiegelung des ›öffentlichen Raumes‹ bekam Anfang der 80er Jahre einen progressiven Namen. Unter Städte- und Sozialplanern machte von nun an das Wort von der *Urbanisierung* die Runde.

Von heute aus betrachtet, mit Blick (einschließlich wehmütiger, nostalgischer Verzerrungen) auf die 70er Jahre, gehörte uns die Straße ... Das Leben der arbeitsamen Nachkriegsdeutschen spielte sich, bis in die 70er Jahre hinein, vorwiegend in den eigenen vier Wänden ab. Das private Glück war häuslich, versteckt, verschämt, unbeobachtet. Aus dieser Zeit stamm(t)en auch die Wohn-Schlaf-Trabanten-Hochhaussilos. Dementsprechend tot waren die Städte, nach Geschäfts- und Arbeitsschluß. Die Straße, wo mann/frau sich abends zeigte und traf, wo sich das Leben für viele abspielte, das lärmige und undurchsichtige Leben auf Plätzen, war bestenfalls ein Urlaubserlebnis in Italien oder Spanien.

Die Entdeckung der ›Straße‹ als öffentlicher, gesellschaftlicher Ort, war eine oppositionelle Entdeckung – gegen die institutionalisierte Öffentlichkeit der Parlamente, gegen die mediale Produktion von Öffentlichkeit durch Fernsehen und Zeitschriften, gegen die Enge und Verlogenheit des Privaten gerichtet. Zwischen die Produktion von Herrschaft und der Reproduktion des/im Privaten drängte sich die ›Macht der Straße‹ – auf der Suche nach »Erregung öffentlichen Ärgernisses«, nach Konfrontation mit der reglosen Masse und dem – oft noch – unbeweglichen staatlichen Gewaltapparat, auf der Suche nach Gesellschaftlichkeit, nach erlebbarer Utopie (»Wir wollen alles«). Uns gehörte die Straße, uns gehörte die Nacht ...

Die ›Macht der Straße‹ löste nicht nur Faszination, Neugierde und Verunsicherung aus – sondern auch Repression. Die Militarisierung des ›öffentlichen Lebens‹ war eine Folge davon. Die Ungreifbarkeit und Undurchschaubarkeit der Bewegung, der Straße, bekam in der Aufstellung von Mobilen Einsatzkommandos (MEKs) und zivilen Greiftrupps ihre militarisierte Polizei-Version. Aber die Aufrüstung der Polizei und deren polizei-taktische Anpassungen waren eben nur *eine* Antwort auf den Mob, Terror oder schlicht Abschaum der Straße.

Die politische Antwort beinhaltete das Eingeständnis, daß die Straße ein sozialer Ort ist, von dem ausgehend etwa Eigenmächtiges und Eigenwilliges entstehen kann, das langfristig mit Repression allein nicht unter Kontrolle zu bringen ist. Das war auch das Ende der Straße als ›rechtsfreier Raum‹ – die Stunde der Städte- und Sozialplaner, der

Monetarisierung von öffentlichen Lebensräumen. Mit der städteplanerischen Erfassung, Durchdringung und Gestaltung des öffentlichen Raumes ging seine Kapitalisierung einher, seine Regulierung durch die stumme Gewalt des Geldes. Unsere Parole vom »Arbeiten und Leben, Lieben und Kämpfen« wurde in verstümmelter Form yuppisierte Wirklichkeit. Stadtleben sollte nicht länger eine Frage des Kampfes, sondern des Geldes werden. Stadtplanung bestimmte den Wert des öffentlichen Raumes, das Kapital machte sich an die Verwertung.

Autofreie, mit Naturimitaten und genau getimten ›Erholzonen‹ versehene Einkaufsstraßen entstanden fast in jedem Stadtviertel. Damit sollte, so die Stadtplaner, der Wohnwert und die Attraktivität der einzelnen Stadtviertel gesteigert werden. Ganz sicher erhöhten sich jedenfalls die Mieten für Wohn- und Gewerberaum. Aber es ging nicht nur um die Dezentralisierung von Geld- und Konsumentenströmen. Den Städte- und Sozialplanern ging es gleichermaßen um die herrschaftsförmige Gestaltung des öffentlichen Raumes, um die Macht über den sozialen Raum. Es ging darum, den Nutzen, seine Benutzung festzulegen, zu diktieren, die Möglichkeiten seines »Mißbrauches« sichtbar einzugrenzen. Wenn mann/frau sich die Gestaltung öffentlicher Plätze anschaut, kann mann/frau bei genauem Hinsehen das *schikanöse* – gegen jede Zweckentfremdung, gegen jede ungewollte (Be-) Nutzung – entdecken. Ihre ganze A-Sozialität kommt in ihrer *Sozial-Montage* zum Ausdruck. Ein Blick auf die mit den Rücken aneinander montierten Sitzgruppen an fast allen öffentlichen Plätzen genügt. Sie täuschen Zusammenkommen vor und dokumentieren doch nur die gewollte Unmöglichkeit. Jeder Versuch, sich darüber ›hinwegzusetzen‹, wird automatisch zum »ungehörigen« Benehmen, zum »unschönen« Anblick.

Und natürlich darf seit ein paar Jahren das Straßencafé, die importierte Bistro-Kultur, nicht fehlen. Machen sie doch das Straßenbild freundlicher, bunter, vielfältiger, einladend eben.

Und wer tags hart arbeitet und dabei auch wirklich verdient, der soll auch nachts gut leben können. Vorbei ist das prüde, puritanische und lustfeindliche Nachtleben der Städte vergangener Jahre. Wer wirklich Geld hat, zeigt es, macht an und durch. Nicht mehr uns gehört die Nacht, sondern den Nachtkonzessionären von Nightclubs, Discos, Kneipen und Varietés und ihren potenten KundInnen selbstverständlich. Und wenn sich der Sommer ankündigt, dann kommt auch wieder die Zeit der vielen kostenlosen Kultur-Speisungen (»Lieder im Park«) und der vielen, bunten Straßenfeste – für die Stadtmenschen mit kleinem Portemonnaie.

Die Geschäftigkeit vieler Straßenfeste heute läßt vergessen, daß sie Anfang der 80er Jahre Ausdruck des Widerstandes, der Kultur von unten waren. Davon übriggeblieben ist jedenfalls die Freß-Kultur, ein kulinarisches Ereignis, zunehmend organisiert von »Interessengemeinschaften« ansässiger Geschäftsinhaber. Ein Selbstdarstellungsprojekt kleiner und mittlerer Selbständiger. Offensives, kundenfreundliches product-placement.

Und wir? Wir haben uns längst angewidert und ohnmächtig zurückgezogen. Unsere ›Zentren‹ befinden sich heute im Keller (wie in Frankfurt und Offenbach z.B.), vom Erdboden verschluckt, oder an den Rand der Stadt gedrängt, in abriß- und sanierungsreif gemachten Häusern. Aus dem Straßenbild der meisten (Groß-)Städte sind wir längst verschwunden – von wenigen ›störenden‹ Ausnahmen abgesehen (wie Hafenstraße z.B.).

Wenn wir in der ›Straße‹ kaum noch vorkommen, wenn das Bild vieler Straßen nur noch deutlich macht, daß wir da nicht (mehr) reinpassen, wenn wir uns alles andere als »wie ein Fisch im Wasser« bewegen, dann wissen wir mit Sicherheit eines: »Rechte Schläger, Skins, Hools, Neonazis« sind allesamt nicht die Ursache für die in der Tat veränderten Bedingungen auf der Straße. Sie profitieren allenfalls davon.

(November 1991)

Fußnoten/Quellennachweis:

1 Aus der Einleitung der ›Schneutzstunde‹ geht nicht eindeutig hervor, ob diese Erwiderung aus den Federn der radikal-Redaktion selbst stammt, oder ob es sich um einen zugesandten Text handelt. Wenn wir also im Folgenden von ›radikal-GenossInnen‹ reden, dann schließen wir damit beide Möglichkeiten ein.

2 ›Schneutzstunde‹, aus: radikal Nr. 144, S. 27

3 ›Schneutzstunde‹, aus: radikal Nr. 144, S. 28

4 ›Schneutzstunde‹, aus: radikal Nr. 144, S. 29

5 ›Schneutzstunde‹, aus: radikal Nr. 144, S. 28

Volks-Fronten

I.

Wie bereits im Vorwort zur »Doitschprüfung« erläutert, denken wir, daß die in der ›radikal‹ publizierte ›Schneutzstunde‹ den Tenor relativ vieler Positionen zu militantem Antifaschismus trifft.

Im nun folgenden Kapitel soll – ausgehend von einem Zitat aus der ›Schneutzstunde‹ – ein Blick auf den volks-geschichtlichen Hintergrund aktueller faschistischer Praxis geworfen und nach einem konkreten Zusammenhang von patriarchalen Normen und faschistischen/rassistischen Einstellungen gefragt werden.

Zentral für das Faschismusverständnis der ›Schneutzstunde‹-AutorInnen steht unseres Erachtens die Behauptung:

»Gegen die verschiedenen Bestandteile und Erscheinungsformen von faschistischen Tendenzen in der Gesellschaft wie Stimmung in der Bevölkerung, rechte Parteien, Neonazis, Verfilzungen von faschistischen Strukturen mit dem Staatsapparat, faschistoides Umfeld, rechte Subkultur, Schlägerbanden usw. gibt's (...) eine gemeinsame Erfahrung (...): reiner Verteidigungskampf und Selbstschutz ist zu wenig. (...) Oder anders gesagt, weil wir das nicht rein militärisch meinen: Gegen Faschismus und faschistoide Tendenzen muß eine offensive Politik der Demoralisierung und wenn möglich politischen Isolierung betrieben werden, die ein militantes Vorgehen gegen organisierte Neonazis und auch rechte Schlägerbanden miteinschließt und auf keinen Fall im Widerspruch dazu steht.«[1]

Ein klein wenig genauer hätten wir es doch gerne. Die Beschreibung von »Bestandteilen und Erscheinungsformen von (...) Tendenzen« läßt eine/n im Ungewissen, was faschistisch ist, und wie das, was (noch) nicht faschistisch genannt werden kann, analytisch zu greifen ist. Aber genau darum muß es für Linke gehen.

Die erläuternd gemeinte Aufzählung besteht zum einen aus faschistischen Organisationsformen (rechte Parteien, Neonazis, Verfilzungen mit dem Staatsapparat, Schlägerbanden), zum anderen Teil aus schwer faßbaren Erscheinungen (Stimmung, Umfeld, Subkultur). Der additive Impuls, das Zusammenziehen von faschistischen Organisationen mit Stimmungen, scheint uns aus dem Reflex geboren, allen klar machen zu wollen, daß es Zeit ist aufzustehen und sich zu wehren. Fragen danach, wie aus Jugendlichen ein faschistoides Umfeld wird, wo der gesellschaftliche Ort der Faschistwerdung ist, werden so für den schnellen Mobilisierungseffekt übergangen. Die Devise lautet: ›Jetzt gilt's‹. Darum besteht die Analyse im Wesentlichen aus ihrer Zuspitzung. Dem weitverbreiteten und an einigen Stellen im Text deutlich

werdenden Verständnis des Faschistischen in der Gesellschaft als gerade entfachtem Feuer, ist diese Reaktion angemessen. Mit kurzfristiger Mobilisierung, ohne lang rumzureden, löschen. Wehret den Anfängen!

Diese Gegenstrategie wäre gültig, wenn Faschismus aus einer kurzen Anlaufphase in scharf eingrenzbaren Bereichen der Gesellschaft entstünde. Das trifft lediglich und auch nicht immer auf faschistische Organisationen zu.

Fast alle sagen es hin und wieder, in der ›Schneutzstunde‹ steht es auch: Faschismus entsteht im Zentrum der Gesellschaft, ist kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Machtverhältnissen inniglich verwandt. Faschistische Tendenzen erwachsen aus dem Kontinuum des Normalen. In der deutschen Geschichte manifestierte sich diese entscheidende Differenz durch die klassen-, schichten- und geschlechterübergreifende Massenbasis des Nazismus. Die Demoralisierung und Isolierung faschistischer Kräfte und Organisationen ist ein Teil des Kampfes. Sein Schwerpunkt sollte in die Nähe der Ursachen verlagert werden.

II.

Doch zuvor noch eine notwendige Klärung. Immer wieder taucht in linken Kreisen eine Diskussion über das spezifisch Deutsche auf, drehen sich Fragen um die Unterschiede Deutschlands zu anderen europäischen Staaten, deren Verfaßtheit auf denselben kapitalistischen Gesetzen, auf der gleichen imperialistischen Ausrichtung und auf sehr ähnlicher Ausformung patriarchaler Herrschaft basiert.

In Folge der Übernahme der DDR werden gesellschaftliche Ereignisse und politische Entwicklungen wieder vermehrt als »typisch deutsch« gedeutet. Diese Diskussion eines deutschen Spezifikums, einer Einzigartigkeit ist uns aus zwei Gründen immer sehr schwer gefallen. Zum Einen konnten andere und wir uns nicht plausibel erklären, worin das Besondere besteht, bzw. wo es entstanden ist, worauf es gründet. Zum Anderen ging, gerade in jüngster Zeit, die Behauptung des deutschen Spezifikums einher mit der Ignoranz drastischer weltmarktpolitischer und damit herrschaftsstruktureller Veränderungen in den letzten 20, 30 Jahren, die u.E. den Vergleich des Heute mit der Weimarer Zeit äußerst stark verzerren.

Wenn wir hier nun mit dem Nationenbegriff hantieren, dann deswegen, weil historische Ereignisse national zugeordnet werden, das heißt, die Identifizierung der Subjekte mit einer Geschichte (bzw. mit dem herrschenden Diskurs, der diese Geschichte mit Deutungen und

Emotionen besetzt) entlang der Staatsgrenzen verläuft. Dieses Faktum belegt die allgemeine Akzeptanz des nationalen Staatsgedanken, wahrlich nicht seine Legitimität.

Da wir uns hier um ein Verständnis bemühen, kommen wir nicht umhin den Gegebenheiten nachzuspüren. Ihnen unsere internationalistischen Ziele entgegenzuhalten wäre albern, zudem wenig hilfreich.

Die Auseinandersetzungen über Rassismus und Deutschland in den letzten Monaten ließ uns zu dem Schluß kommen, daß es nach wie vor wichtig ist, die technologische und herrschaftsrationale Entwicklung in Deutschland zu betonen und daran festzuhalten, daß dies eine Loslösung von faschistischen Herrschaftsmechanismen bedeutet. Daß es gleichzeitig aber richtig ist von etwas den Deutschen spezifisch Eigenen auszugehen, dessen Ausformung und Genese erklärt sein will.

Daß dies auch uns nur fragmentarisch gelingt, widerlegt nicht automatisch die These. Es liegt nahe, den deutschen Besonderheiten in der Einzigartigkeit deutscher Geschichte nachzuspüren. Auf die Frage, welche die Gründe für den breiten Konsens des deutschen Faschismus waren, gibt es vielerlei Erklärungsversuche. Die Prägung der im Faschismus aktiven Männergeneration historisch – vom wilhelminischen Reich zu den Freikorps-Männern – aus den sich verändernden Erscheinungsformen patriarchaler Zurichtung herzuleiten, ist der Ansatz der ›Männerphantasien‹ von Klaus Theweleit.

Seitdem müßte klar sein, daß der vom deutschen Volk massenhaft gewünschte Nazismus nicht von Verführern/Kapitalisten/rechten Strategen gegen das Volk durchgesetzt wurde (demnach die – mörderischen – Absichten von Industriellen, Militärs und Bevölkerungspolitikern nicht allein ausschlaggebend für den Erfolg waren).

In ›Die Vernichtung der europäischen Juden‹ schreibt Raul Hilberg über die vier hierarchischen Gruppen aus denen sich der Machtapparat des NS-Staates zusammensetzte: »Die Beamtenschaft brachte ihre unbestechliche planerische und verwalterische Gründlichkeit ein. Von der Wehrmacht erhielt die Vernichtungsmaschinerie militärische Disziplin, Präzision und Ausdauer.

Der Einfluß der Industrie wurde sowohl in der mit großem Nachdruck betriebenen Buchführung, Sparsamkeit und Wiederverwertung als auch in der fabrikmäßigen Effizienz der Vernichtungszentren sichtbar. Die Partei schließlich versah den Apparat mit ›Idealismus‹, ›Sendebewußtsein‹ und dem Gefühl, ›Geschichte zu machen‹. So verschmolzen die vier Bürokratien nicht nur in ihrem Handeln, sondern auch in ihrem Denken.«[2]

Das Charakteristikum der beschriebenen Handlungsweisen kann mann/frau annähernd als ›Drang zur Reibungslosigkeit‹ beschreiben. Gemeinhin mit ›Reibungsverlusten‹ assoziierte Mängel sind dagegen Verluste an Effizienz, innerhalb der ›Irritationen‹ und ›Beeinträchtigungen‹ auftreten können. Der deutsche Stolz auf reibungsloses Funktionieren drückt eine ästhetische Empfindung aus. Diese nicht von direkter Repressionsbedrohung, sondern vom Wunsch angetriebene Bereitschaft *alles*, in jeder Hinsicht und immer (besinnungs-los, verantwortungs-los) gründlich, präzise, sparsam und mit bestem Gewissen sauber zu erledigen, ist Teil deutscher ›Soziogenese‹.

Als weitere Voraussetzungen, diesseits kapitalistischer Rationalität, für den ziemlich ungebremsten Siegeszug des Nazismus sehen wir:

– ein völkisches Bewußtsein, das über ›allgemein übliches‹ Nationalbewußtsein hinausreichte;

– Herrschaftsergebenheit, oder aktiver: Die Identifikation mit Gesetz und Ordnung;

– munterster Opportunismus, der unbedingte Wille auf der Seite der Sieger zu stehen, die unbedingte Bereitschaft Wahrheit und Gerechtigkeit den Vorgaben gemäß anzupassen.

»Diese Gleichschaltung war keine von der Angst genährte Heuchelei, sondern der sehr früh an den Tag gelegte Eifer, ja nicht den Zug der Geschichte zu verpassen. Über Nacht wandelten sich sozusagen aufrichtig die Ansichten, ein Wandel, von dem die große Mehrheit der öffentlichen Personen quer durch alle Schichten und Berufe erfaßt wurde, und welcher damals einherging mit einer unglaublichen Leichtigkeit, mit der lebenslange Freundschaften aufgekündigt und abgebrochen wurden. Kurz gesagt, was uns verstörte, war nicht das Verhalten unserer Feinde, sondern das Verhalten unserer Freunde, und dabei hatten diese nichts dazu getan, daß alles so war; sie waren nicht verantwortlich für die Nazis, sie waren nur von deren Erfolg beeindruckt, und sie waren unfähig ihr eigenes Urteil gegen den, wie sie es sahen, Urteilsspruch der Geschichte zu setzen«. (Hannah Arendt)[3]

(Wie schwer das auch heutzutage fällt, läßt sich am Verhalten zahlreicher, unter dem Eindruck der vergangenen zwei, drei Jahre geläuterter Linker ablesen.)

– Feigheit, besser gesagt: das Fehlen ›bescheidenen Muts‹.

»... aber auch die anderen, die, die geglaubt hatten, und alle jene, die, obwohl sie nicht glaubten, gleichwohl geschwiegen und nicht einmal den bescheidenen Mut aufgebracht hatten, uns in die Augen zu sehen, uns ein Stück Brot zuzuwerfen, uns ein mitfühlendes Wort zuzuflüstern.« (Primo Levi)[4]

Wie bereits erwähnt, diese Erklärung des ›typisch deutschen‹ bleibt unvollständig. Es ermangelt ihr an einer Analyse, wo, wie und warum diese Einstellungen und Dispositionen historisch entstanden sind.

Arbeitshypothetisch gesetzt den Fall, daß die Beschreibungen aber durchaus zutreffend sind, ergibt sich durch die Summe der Einzelerfahrungen der Teilhabe am Nazismus ein Reproduktionseffekt für die deutsche ›Soziogenese‹. Betrachtet mann/frau die Zeit des deutschen Faschismus unter den Gesichtspunkten der Beteiligung des bürokratischen Apparats an der Shoah, der breiten Zustimmung zu den Angriffskriegen und des Wohlwollens großer Teile der Bevölkerung gegenüber den politischen Säuberungsaktionen, dann ist deutscher Faschismus begreifbar auch als kollektive Erfahrung auf Täterseite, die, wie jede kollektive Erfahrung gesellschaftliche Wirkungskraft über den Geschehniszeitraum hinaus hat.

Wir beziehen uns hier ausdrücklich auf die Masse der Schweigenden, nicht Opponierenden, letztlich Mitmachenden. Es geht bei diesen Überlegungen nicht um die vorhandenen Unterschiede der Partizipierung und damit der Schuld. Auch nicht darum, daß es sehr wohl Widerstand gab. Einzig um das sich-selbst-erleben großer Teile der Deutschen als Kollektiv, aus dem heraus und mit dem die bekannten historischen Ereignisse machbar waren, geht es. Diese dramatischen Ereignisse brannten sich nicht nur in das kollektive Gedächtnis von Juden oder Belorussen ein, zeichnete nicht nur überdeutlich Städte, Dörfer und Landschaften, sondern hinterließ genauso Spuren im kollektiven Gedächtnis derer, die für diese Geschehnisse verantwortlich gemacht wurden. Es stellt sich die Frage: Was ist aus dieser ›Erfahrung‹ in der Folgezeit geworden, wie floß sie in die Identitäten ein?

Die militärische Niederlage Deutschlands hat dem nationalen Selbstverständnis erhebliche Brüche beigebracht. Der Überlegenheitswahn, die Blut-und-Boden-Ideologie, die Herrenrassebehauptung, wesentliche Versatzstücke nazistischer Ideologie waren unter den Trümmern von ’45 begraben. Aber wie hat sich die Demoralisierung der Niederlage – die meisten dürften es, neben der Erleichterung davongekommen zu sein, so empfunden haben – ausgewirkt auf die Teile der Mittäter-Identitäten, die auch von den Siegern *nicht* als politisch definiert wurden? Die deutschen Mitmachqualitäten wurden von der militärischen Niederlage kaum berührt, weil ihnen nicht der Krieg erklärt worden war, weil sie nicht als am Kampf beteiligte wahrgenommen wurden. Und, weil der innere Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß der deutsche Faschismus von außen besiegt werden mußte und der Verfaßtheit des nationalen Kollektivs nur *Ergebnis* einer Aus-

einandersetzung hätte sein können. Einer Auseinandersetzung, die kaum stattfand. Der opportunistische Nazi bereute, als es geboten schien zu bereuen.

Ein lang anhaltender Bruch, verursacht durch eine rigide Besatzerpolitik hätte möglicherweise das »deutsche Wesen« nachhaltig zerrüttet. Die Überlegung erscheint müßig; wie jede/r weiß ging der Wiederaufbau, wie die politische Rekonstruktion, mit erheblicher Unterstützung der Westalliierten in flottem Tempo vonstatten. Für den ›Entnazifizierung‹ genannten Durchlauf, für Schwarzmarktwirtschaft und nachfolgende Wunderjahre waren ›deutsche Tugenden‹ genauso von Nutzen, wie in den Jahren zuvor.

Schnelles Einfügen in neue Regelkreise und Wahrheiten versprach problemloses Vorankommen.

Die rasche Entwicklung des ›Ost-West-Gegensatzes‹ bescherte den Deutschen schnell wieder einen völkischen Bezugspunkt, denn auch die angezeigte ›Wunde‹ der ideologischen (und später faktischen) Zweiteilung reflektiert auf das Volksganze. Im Kontext der SBZ (sowjetisch besetzten Zone) wurde nicht über die nazistische Vergangenheit gegrübelt, sondern über das ›kommunistische Joch‹, dem die Brüder und Schwestern im Osten unterworfen waren.

Wenn mann/frau also den Ablagerungen der Geschichte im Bewußtsein des theoretischen Durchschnittsdeutschen nachspürt, so läßt sich feststellen: Opportunismus, völkisches Bewußtsein, Feigheit und bedingungslose Tüchtigkeit wurden zu keiner Zeit als ein ursächlicher Bestandteil der Barbarei wahrgenommen. Mehr noch: Diese Einstellungen waren in sehr konkreter Weise erfolgreich und effizient, sie wurden nur leider »für bestimmte politische Ziele mißbraucht«, jedoch nie denunziert. Andere Herrscher – angelsächsischem Demokratieverständnis verhaftet – ließen eine/n nicht nur unbehelligt, durch ihre Nachkriegs(deutschland)politik bestätigten sie die Realitättauglichkeit *und* Demokratieverträglichkeit dieser Einstellung. Die ›junge deutsche Demokratie‹ mit ihren zahllosen strukturellen und personellen Kontinuitäten verfocht von nun an die westlichen Freiheits- und Marktgesetze, ohne daß der Traum von der Teilhabe an nationaler Größe aufgegeben, die Phantasie der Einzelnen nach dem Abenteuer in der Blitzkriegsmaschine zerbrochen wurde.

Die Parole »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg«, die angeblich die Lehre der Deutschen beschreiben soll, ist bestenfalls eine politische Absichtserklärung, die der Tatsache Rechnung trägt, daß am Ende halb Europa in Schutt und Asche lag. Eine Lehre setzt einen Aus-

einandersetzungsprozeß voraus, eine Lehre der Deutschen folglich eine Auseinandersetzung mit dem ›Deutschenproblem‹ dieser Welt.

Das ist in dieser Form nie geschehen.

Wie wir alle wissen, gibt es auch zur Zeit lediglich Probleme beim Umbau der osteuropäischen Wirtschaft und beim Aufbau des geeinten Europas, gibt es ein Angleichungsproblem und ein Ausländerproblem ...

Die Nazismus-Geschichte verkehrt sich vom potentiellen Reflektionsraum zum Resonanzraum. Nicht nachforschende Skepsis, sondern Verzerrung und Überlagerung bestimmt ihre Aneignung.

So gesehen läßt sich bei hilfsweiser Trennung in Herrscher und Beherrschte sagen: Die massenhaft vorhandenen typisch deutschen Einstellungen sind, gerade durch ihre historische Prägung als nicht sanktioniertes Tätercharakteristikum, ungebrochen aktuell. Politiker, Industrielle und Militärs dagegen haben aus dem Nazismus Konsequenzen gezogen, haben ihn auf ihre Art »verarbeitet« und die Herrschaft technologisiert und modernisiert, d.h., in ihrer Logik, ›demokratisiert‹.

III.

Doch setzen wir dort ein, wo sich die Frage des deutschen Faschismus für viele (wieder mal) stellte. So wie sich die Dinge im Sommer und Herbst letzten Jahres, äußerlich entlang der offiziellen Asyldiskussion entwickelten, behaupten wir: Substanzielle Basis für alle Aktionen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen war der breite *völkische Konsens* dieser Gesellschaft. Und: Die militante Linke steht mit ihrem Faschismusbegriff, oder böse gesagt, mit ihren Faschismusreflexen, dem relativ hilf- und konzeptionslos gegenüber.

Ohne langes Suchen fallen mehrere Erscheinungsformen dieses völkischen Konsens ins Auge. Argumente, die zur Verurteilung der Angriffe auf Flüchtlingsheime herangezogen werden, beinhalten fast alle die Anerkenntnis, daß die Zahl der nach Deutschland gekommenen Fremden Anlaß zur Sorge, soll heißen, Anlaß zum Handeln gibt. Entsprechend werden die Brandstiftungen verurteilt, als, wahlweise, einer westlichen Demokratie, dem Humanismus, der Zivilgesellschaft unwürdig und dem Ansehen der Republik abträglich. Die vielen gutgemeinten Argumente gegen »Ausländerfeindlichkeit« setzten alle voraus, daß die Anwesenheit von Fremden legitimierungsbedürftig ist. Voraussetzung dafür ist die stillschweigende Annahme, daß Fremde – Flüchtlinge, ArbeitsemigrantInnen wie auch immer – ›dem Volk‹

potentiell Schaden zufügen. Und es daher besonderer Gründe bedarf, daß deutsche Bürger Fremde nicht zum Teufel wünschen, bzw. dort hinschicken. Alle uns bekannten Argumentationsversatzstücke, die diese Konstruktion absichern sollen (›sie nehmen uns die knappen Wohnungen weg, sie sind kriminell, sie bewirken, daß deutsche Kinder in der Schule in der Minderzahl sind‹) basieren auf einem völkischen ›Wir‹. Innerhalb diesem existieren keine machttragenden und verhältnisgestaltenden Instanzen, wie Parteien, Kirche, Konzerne, Banken mehr. Alle Menschen sind plötzlich gleich, gleich viel wert, gleich mächtig – oder sollten wir sagen ohnmächtig?

Wohlgemerkt, diese im völkischen eingeebneten (Klassen-/Geschlechter-)Unterschiede spielen in den Programmen rechter Organisationen durchaus eine Rolle. »Wir sind ein Volk«. Es ist kein Zufall, daß diese Parole die Anschlußwünsche der nachziehenden Bürgerbewegung in der DDR formulierte und in nicht wenigen Bereichen der nunmehr ostdeutschen Heimat, die Abgrenzung zum Nicht-Volk besonders drastisch und selbstverständlich ausfällt. Um damals den Willen zur Beendigung der bestehenden Machtverhältnisse zu bekunden, bei gleichzeitiger Option auf die Marktwirtschaft, hätten es auch Parolen wie »Wir wollen Wohlstand« oder »Freiheit statt Sozialismus« getan, ohne das damit andere, als die tatsächlich erstrebten Ziele formuliert worden wären.

Das auch im Westen breitgetretene »Wir sind ein Volk« ist die pointierte Vorlage für die herrschende Propaganda des WIR und der ›Ansturm von draußen‹, WIR und ›die Schwemme‹, WIR und ›unser Boot‹. »Wir sind ein Volk« stand aber auch für die Befreiung von ungerechten Verhältnissen, für die Kraft des Volkes »aus sich heraus den bürokratischen Alp der Kommandowirtschaft« abgeschüttelt zu haben. In Anknüpfung an diese Interpretation ist die Parole: »Die Politik hat versagt« (in der »Asylfrage«) zu lesen als Aufforderung die Reinigungskräfte des Volkes wieder zu mobilisieren. Wir, das Volk, müssen mit dieser wahnwitzigen Menge von Fremden alleine klarkommen und es geht gewiß nicht, sie einfach wegzufegen, aber die Versuchung ist enorm groß. Der anständige Deutsche – Angehöriger eines Kulturvolks – schafft es gerade, ihr nicht zu erliegen. Wenn einzelne ihr nachgeben, findet er das allerdings gut nachvollziehbar. Oder, zweite Möglichkeit, es ist schockierend, und er wird sich um so heftiger abgrenzen, schließlich sind es auch seine Phantasien.

Der völkische Konsens ist nicht ein beliebig rausgegriffener Teil, der gerne als ›mangelndes Bewußtsein‹ analysierten allgemeinen trägen

Zustimmungshaltung. Alle jene oft zitierten BildzeitungskonsumentInnen haben unserer Erfahrung nach, zum Beispiel an ihrer Arbeitsstelle eine Vorstellung vom Machtgefälle zwischen Aushilfen, Angestellten und dem Vorstand. Oder von der Differenz in der Gestaltungsmöglichkeit des Alltags zwischen derjenigen, die in der Boutique arbeitet und dem Chef, der abends die Geldbombe holt. Das vereinheitlichende, völkische ›Wir‹ muß also auch gegen eigene Erfahrungen und Vorstellungen eingenommen werden.

Es ist dennoch keine, wie auch immer, massenhaft indoktrinierte Programmatik. ›Völkisch‹ und ›faschistisch‹ sind keinesfalls austauschbare Zuschreibungen. Im Gegensatz zur Faschisierung bestimmter, relativ kleiner Bevölkerungsteile, zählt der völkische Konsens zu gesellschaftlichen Grundstrukturen, ohne die das Modell Deutschland heute nicht die führende Macht im vereinten Europa wäre.

Unsere Versuche, die vergangenen 40 Jahre nichtfaschistischer, bundesrepublikanischer Geschichte als bedeutungsvoll in ihrer Unterschiedlichkeit zum Nazismus zu beschreiben, lassen uns immer wieder mit VertreterInnen der 4. Reich-These aneinander geraten. Da das ›4. Reich‹ mit der Wiedervereinigung aus der Taufe gehoben wurde, kann für kaum eine gesellschaftliche Wirklichkeit noch eine Entwicklungsgeschichte aufgefunden werden. Und schlimmer noch: Der These entgehen beim Sprung vom 3. zum 4. Reich die neuen Techniken der Macht und die, in der dazwischen liegenden Zeit verfeinerten Variationen des Wechselspiels von Konsum und Wunsch, genauso wie ein Verständnis des ›typisch Deutschen‹, das über Nazismusverwandtschaft hinaus geht. Im Gegensatz zu Positionen, die ein Wiedererwachen der, quasi nach ’45 zur Ruhe gelegten ›deutschen Eigenschaften‹ analysierten, erscheint uns das ›deutsche‹ im Lande sehr viel weniger mit rechter Haltung und nationaler Politik verknüpft, sondern eher vielfältig kompatibel. Kompatibel mit der ›zivilen‹ Aufbaumentalität der Nachkriegsära, aber auch mit dem Ethos des, wertfrei moderne Technologie entwickelnden Wissenschaftlers der 80er.

Tolmein/zum Winkel z.B. schreiben in ihrem Buch ›Herr P. und die Bombe‹, beim Versuch, die ›4. Reich-These‹ am Beispiel der Familienpolitik abzusichern: »Daß beides, ein erträglicher oder guter Lebensstandard und Kinder zu haben, nur möglich ist, wenn der Nachwuchs nicht außergewöhnlich pflegebedürftig ist, bringt das Staatsinteresse und das Interesse der zukünftigen Eltern zur Deckung – die WissenschaftlerInnen haben mit der Entwicklung immer neuer pränataler Diagnosetechniken und Theorien, die die daraus resultierende Selektion im Mutterleib legitimieren, das ihre zur Nutzbarmachung der Frau

beigetragen. Die bundesdeutsche Familienpolitik unterscheidet sich zweifellos von der der Nationalsozialisten – vor allem, weil sie auf offene staatliche Repression weitgehend verzichten kann. Ähnlichkeiten sind allerdings nicht von der Hand zu weisen.«[5]

Sie sehen, aber sie bedenken es nicht. »Das Staatsinteresse und das Interesse der zukünftigen Eltern zur Deckung« zu bringen, ist ein fundamentaler Fortschritt für ein Herrschaftssystem, das sich gerne mit dem Adjektiv demokratisch schmückt. Oder von der systemfeindlichen Seite gesehen: Gerade, daß die Durchsetzung nazismusähnlicher Bevölkerungspolitik *ohne* »offene staatliche Repression« gelingt, wirft doch für Linke, die noch nicht jeden Gedanken, Sand im Getriebe sein zu wollen, aufgegeben haben, völlig *andere* Fragen auf, als sie der lapidaren Feststellung, daß die Ziele moderner Familienpolitik »Ähnlichkeiten« zu damals aufweisen, je nachfolgen werden.

Unterdrückung und Ausbeutung unterhalb (oder sollen wir sagen: jenseits?) der Restauration faschistischer Politik bei gleichzeitig bester Stimmung in der Bevölkerung macht(e) der Radikalopposition in diesem Lande erheblich zu schaffen. Das System vereinfachend als faschistoid zu brandmarken, ist nur ein weiteres Indiz dafür. Welche Entwicklung der völkische Konsens durch die ›wilden‹ 50er, die (achtund)sechziger und die ›liberalen‹ 70er zum Modell Deutschland hin genommen hat; wieso sich wogegen heute kein Widerstand entwickelt, und wenn doch, welcher Mechanismus der Macht zuvor zerbrochen wurde, das wird nur rausbekommen, wer/welche nicht dauernd mit der Suche nach parallelen Zielen der Herrschaft beschäftigt ist.

Doch gehen wir dorthin, wo wir vielleicht alle einer Meinung sind.

Nach Hoyerswerda. Dort wurde der völkische Konsens Teil einer faschistischen Praxis, indem offenen Angriffen auf Flüchtlinge über Tage zugeschaut und herzlich applaudiert wurde, derweil keine Obrigkeit ans Einschreiten dachte. Über die Bedeutung dieser Angriffe 45 Jahre nach der Niederlage des Faschismus in Deutschland ist genügend geschrieben worden. Die Ereignisse sind gleichwohl nicht Bestandteil einer zwingenden Abfolge im Sinn von: völkisches Bewußtsein entwickelt sich auf kurz oder lang zu offenem faschistischem Handeln. Umgekehrt ausgedrückt: Dem völkischen Konsens eigen ist zur Zeit die Akzeptanz verschiedener Umgehensweisen mit Flüchtlingen. Diese umfaßt die Zustimmung zu einer restriktiven Asylpolitik ebenso, wie das offene oder kaschierte Verständnis für ein ›kleines Pogrom‹.

Eckhard Voss schreibt: »Die Pogrome in Deutschland und die rasante Entwicklung nationaler Chauvinismen in den anderen europäischen

Ländern lassen heute alles möglich erscheinen, aber das eigentlich Alarmierende liegt in einer anderen Entwicklung: Rassistische Themen, und Argumentationsmuster, etwa die von einer ›Invasion‹ von ›Wirtschafts- und Scheinasylanten‹, von der kulturellen ›Überfremdung‹ und ›Durchrassung‹ des nationalen Volkskörpers oder der ›Islamisierung‹, sind heute keine Extrempositionen mehr, sondern repräsentieren den nationalen Konsens und bilden die Grundlage der diversen Vorschläge möglichst effektiver ›Lösungen‹ der ›Einwanderungsfrage‹, in Deutschland etwa in Form einer Grundgesetzänderung oder der Ausländer-Quote. Ein Blick auf die durch SPD-Vorstöße (Aufnahmestopp für Flüchtlinge in Bremen) und die CDU-Parteiführung im Sommer losgetretene Asyldebatte verdeutlicht diesen Mechanismus: Nach monatelangem publizistischem und politischem Einschlagen auf Flüchtlinge, der Veredelung rassistischer Einstellungen zu ›Bedrohungsängsten‹ und ihrer völkischen Stilisierung zur ›nationalen Existenzfrage‹ (Engholm), blieb ihre praktische Umsetzung auf der Straße nicht aus. Bis weit in das sogenannte ›linke‹ Lager hinein ist heute akzeptiert, daß die Opfer der rassistischen Propaganda und Ausschreitungen deren eigentliche Ursache sind, wenn über Zahlen und Aufnahmekapazitäten der multikulturellen Gesellschaft diskutiert wird.«[6]

Der völkische Konsens ist politisch also keinesfalls auf rechte Schlägerbanden oder Neonazis festgelegt. Dieses, innerhalb des politischen Spektrums nicht eindeutig verorten können, trägt dazu bei, daß die Autonomen der Sache gar nicht beikommen. Solange Faschist werden als das Überschreiten einer Grenze gedacht wird, hinter der sich Faschisten tummeln und vor der sich eine gefährdete Masse bewegt – eine Perspektive, die einzig den Vorteil hat, sauber nach ›grad noch akzeptabel‹ und ›endgültig böse‹ zu scheiden – solange werden wir kaum wirksam in gesellschaftliche Kämpfe, innerhalb derer Faschisierungsprozesse ablaufen, eingreifen können. Am Beispiel des Völkischen wird deutlich, daß sich militante Politik nie gegen die gesellschaftlichen Ausgangspunkte möglicher zukünftiger Faschisierung richtete. Der verengte Blick auf organisierte Faschisten ist hemmend für die Wahrnehmung von Wirkung und Funktion aller davor gelagerten Phänomene.

Völkisches Gedankengut ist nicht etwa deswegen zweitrangig und des Insistierens nicht wert, weil es sich auch in sozialen Bewegungen artikuliert und in großen Bündnissen unbeachtet blieb.[7] Es ist auch die unauffällige Variante, die mit staatlichen Methoden der Flüchtlingspolitik konform geht bzw. sie antreibt, in der Konsequenz für Flüchtlinge oft nicht weniger mörderisch. Nur für eine Linke, die sich schwer tut

die Verhältnisse (statt der ›Auswüchse‹) anzugreifen, ist sie leichter zu ignorieren.

IV.

Der Kern des völkischen (Un-)Bewußtseins im Subjekt ist ein vornehmlich emotional strukturierter Abgrenzungstotalitarismus.

Für die Gesellschaft der BRD der 80er und beginnenden 90er charakteristisch ist

– die Auflösung traditioneller sozialer Zusammenhänge,

– die Vervielfältigung der ›Lebensstile‹ durch die Auffächerung immer neuer Konsumangebote,

– die fortschreitende Durchdringung sozialer Beziehungen mit Dienstleistungsverhältnissen,

– institutionalisierte Konfliktlösung oder »›Integrationsfähigkeit‹ will sagen: Fähigkeit, abweichende Standpunkte und Interessen ebenso wie Katastrophen und Katastrophenmeldungen zum Verschwinden zu bringen« (Roger Willemsen)[8] Abgrenzung ist daher generell eine wichtige Funktion zur Rekonstruktion, Stabilisierung und Versicherung der personalen Identität.

Abgrenzungsoperationen werden in unterschiedlichen sozialen Situationen vielfältig angewendet. Sie bekommen dann einen besonderen ›Nutzen‹, wenn mit der Abgrenzung eine Zuordnung zu einem machtvollen Kollektiv einhergeht. Anstelle subjektiver Kriterien treten dann – durch die Stärke des, nun ›eigenen‹ Kollektivs vermittelt – ›objektive‹ Wertmaßstäbe, umsomehr, wenn es sich um die Zuordnung zum Deutschtum handelt.

Diese Nutzeffekte für den/die Abgrenzende/n werden nicht vorausgeplant, kommen aber nicht überraschend. Mit geübter opportunistischer Nase ›weiß‹ mann/frau einfach, wo die ›richtigen‹, die zu betonenden Unterschiede liegen. Die herrschende Besetzung des Volks-Begriff wird auf jeden Fall fortwährend reproduziert.

Die typischen Ausnahmen, die von fast allen gemacht werden (die sich des Ausgrenzungsmechanismus des völkischen WIRs ›bedienen‹), indem sie ›Carlo, unseren Pizzabäcker‹ oder ›Mehmet, der ein sauberer Kollege ist‹ akzeptieren, kommen dadurch zustande, daß sich ›Carlo‹ entweder assimiliert hat oder ›Mehmet‹ es geschafft hat (z.B. durch Qualifikation), sich so zu etablieren, daß die Hierarchie nicht mehr in der ursprünglichen Form besteht.

Da sich Opportunismus an den Hierarchien orientiert, (und bei ›Carlo‹ das ›Fremde‹ nicht mehr fremd ist) erübrigt sich auch die Abgrenzung. Emotional strukturiert ist dieser Prozeß, weil solche

Rekonstruktionen der Identität nur dann als bewußtseinsreflektierte Prozesse laufen, wenn das Subjekt eine Vorstellung vom ICH als gesellschaftlichem Produkt hat.

Linke, die das sogleich rational auffüllen mit dem Argument, die am Reichtum partizipierenden der Ersten Welt verteidigten per Rassismus ihre Privilegien, schneiden sich lediglich ein Teil aus der Wahrheit heraus. Das unterstellte *Kalkül* verstellt den Blick auf die komplizierte Wirkung metropolitaner Unterdrückungsverhältnisse. Diese bringt Täter hervor, die eher selten strategische Pläne haben. So verdeutlicht die in öffentlichen Räumen stattfindende, mit massiven Interessen verknüpfte Kommunikation (Reklamewände, Politikerreden, Wahlkampfplakate, immer wieder Werbung ...) auf's Extremste, wie sehr in Marketing- und Parteizentralen von nichtrationalen Entscheidungsvorgängen des Publikums ausgegangen wird. Eine Einschätzung, die, angesichts von Macht und Millionen um die es geht, als richtig angenommen werden kann; die moralische Illegitimität der verfolgten Ziele tut dem keinen Abbruch.

Eine Differenzierung der Entscheidungsvorgänge etwa in ›unwichtige Konsumreflexe‹ und ›authentische Wünsche‹ übersieht, daß mit Hilfe beispielsweise der üblichen Windelwerbung nicht nur der Kauf eines Produkts beschleunigt werden soll, sondern, daß dafür auch die Bilder der zu erstrebenden Normbabys reproduziert werden, deren Akkumulation die Wünsche der Frauen und damit ihre Entscheidung bezüglich einer Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung) beeinflussen.

Einzig in linker Theorie wird weiter bereitwillig davon ausgegangen, daß alle TäterInnen ihren Taten rationales, planvolles, strategisches, intentionales Denken vorausgehen lassen. (Etwas, das sogar die wenigsten linken Täter machen.)

Daran so verbissen festzuhalten, scheint ein Reflex auf die Befürchtung zu sein, daß das Zugestehen komplexer Entscheidungsvorgänge TäterInnen die Möglichkeit eröffnet von persönlicher Verantwortung freigesprochen zu werden, und damit quasi von der Schippe der moralischen Verurteilung zu springen. Angesichts der deutschen Nachkriegsgeschichte, in der der Begriff der Verantwortung so gut wie keine Rolle spielte, verständlich. Gerade aber wegen des historischen Kontexts sind wir dafür, die Zusammenhänge von politischer Wirkung und individueller Haltung sehr genau zu betrachten. Moralische Urteile sind uns dabei eher schnuppe. Die persönliche Verantwortung hingegen überhaupt nicht. Wir haben aber keine so großen Schwierigkeiten das Subjekt auch für weniger rationale, denn aus einem Gemengsel

von Gedanken und Gefühlen zustandegekommenen Entscheidungen, verantwortlich zu machen.

Der Haß auf den handelnden Spießbürger z.B., ist naheliegend und meist gerechtfertigt. Es entspricht diesem Haß, AngreiferInnen dieser Art zu unterstellen, daß bei ihnen Empfindung, Absicht und Handeln auf einer Linie liegen. Das muß aber nicht notwendigerweise eine zutreffende Vorstellung sein. Wir möchten uns nicht von einem Erkenntnisgewinn bezüglich des Innenlebens eines Subjekts abschneiden, indem wir eisern davon ausgehen, daß alle Handelnden dies in Erfüllung eines strategischen Entwurfs tun, wie wir das z.B. für Institutionen wie den Staatsschutz annehmen dürfen.

Aber es gibt noch einen anderen Aspekt. Die These der Privilegienabsicherung verortet eine Ursache rassistischer Einstellungen *zwischen* Angreifern und Angegriffenen. Um rassistische Argumentationsmuster zu unterlaufen, ist es jedoch notwendig (und angemessen) die Ursachen einzig bei den Angreifern zu suchen.

Es stellt einen erheblichen Akt konkreter ›persönlicher‹ Feindschaft dar, nachts in ein Wohngebäude einen Molotowcocktail zu schleudern.

Erklärend gemeinte Hinweise darauf, daß der Täter allgemeine Vorteile aus der allgemeinen staatlichen Unterdrückung und Einzwängung des Opfers in bestimmte gesellschaftliche (Arbeits-)Bereiche hat, und er annimmt (aufgrund von Medienberichten), sie könnten verloren gehen, sind grotesk, weil sie unterstellen, dies wäre eine nachempfindbare Furcht von der Qualität eines Motivs für eine solche Tat.

Es ist im Kern nicht weniger rassistisch, der legitimierenden Argumentation »Flüchtlinge nehmen Arbeitsplätze und Wohnraum weg« entgegenzutreten, indem mann/frau sagt: »Gegen MigrantInnen verteidigen weiße Deutsche militant ihre Privilegien«. In beiden Fällen geht der/die Argumentierende davon aus, daß ein über ein Merkmal definiertes Kollektiv deutschen PaßinhaberInnen pauschal etwas Spezifisches (Privilegien) bestreiten kann und dies auch tut.

Das Gegenteil ist der Fall. Die mit dem Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft verbundenen Vorteile eines Lebens in einem der reichsten Länder der Welt sind weltmarktpolitisch, d.h. grundlegend festgelegt und nicht durch einige (tausend) Flüchtlinge in Gefahr zu bringen.

Das persönliche Nutznießen deutscher StaatsbürgerInnen von rassistischen Gesetzen und Normen in alltäglichen Konflikten, an denen aktiv oder passiv auch die von den Gesetzen und Normen Benachteiligten teilnehmen, ist umfassend gewährleistet. Ohne Unterlaß und völlig korrekt wird von Linken beschrieben, wie AusländerInnen üblicherweise überteuerte und schlechtere Wohnungen akzeptieren müssen,

wie sie auf Ämtern abgekanzelt und betrogen werden, daß sie in der Regel beim beruflichen Aufstieg nach deutschen Kollegen drankommen.

Wieso also Privilegien mit drastischen Methoden ›verteidigen‹, an einem Punkt wo sie nicht angegriffen sind, wo nur einige linke Voluntaristen die Festung Europa am bersten sehen?

Es mutet seltsam an. Linke versuchen, nachdem sie die Behauptung: MigrantInnen setzten die Deutschen der Gefahr der »Durchrassung« aus, als völkische Hetze denunziert haben, ihrerseits den konkreten Angriff auf jeweils *Unbekannte* irgendwie sinnvoll mit *deren* Wirken und Tun zusammenzubringen, quasi die Argumentationsfigur, die die Tat mit dem Verhalten des Opfers erklärt, auf höherer Ebene zu rekonstruieren.

Bei einer dermaßenen Willkür und Beliebigkeit in der Auswahl derer, die persönlich in Lebensgefahr gebracht werden, (Die Auswahllogik stellt sich nur über rassistische Kriterien her, d.h. dieser Logik hinterherzudenken muß bei uns dieselbe Distanz und Aufmerksamkeit bewirken, wie beim Mitdenken einer Lüge.) verspricht die Suche nach einem Begründungszusammenhang nur in der Person der Täter erfolgreich zu sein. In ihnen kommen selbstverständlich, durch Sozialisations- und Normierungsprozesse eingearbeitete, gesellschaftliche Strukturen und soziale Verhältnisse zum Tragen. Neben der Aufdeckung und Bekämpfung staatlich sanktionierter Rassismen ist allein hier der Ansatzpunkt, rassistische Realitäten mit der Systemkritik zu verknüpfen. Die Versuche, den brutalen Akt des Feuerlegens in einer Flüchtlingsunterkunft über die, durch imperialistische Ausbeutungspolitik des verhaßten Staates bewirkten Metropolenprivilegien plausibel zu machen, sind ideologiekritische Klimmzüge.[9]

V.

Wie steht es im ›radikal‹-Artikel bezüglich den Schwierigkeiten einer »breiteren Diskussion um ein gemeinsames Vorgehen gegen die rassistische und sexistische Gewalt. (...) Wo ›militanter Antifaschismus‹ zum einen bedeuten würde, den Faschos die Straße zu nehmen, sie anzugreifen wo immer sich eine Gelegenheit ergibt, als auch radikal an die rassistischen und sexistischen Wurzeln von faschistischer Mobilisierung« heranzugehen.[10]

So konkret wie der Angriff auf Faschos immer wieder probiert wird, so unkonkret bleibt die Absicht, die Zusammenhänge von Sexismus, Rassismus und Faschismus überhaupt zu erkunden. Das ist kein spezielles Problem der zitierten GenossInnen. Über die, auch nicht furcht-

bar weit verbreitete Erkenntnis, daß es sich bei den genannten um eigenständige Gewaltverhältnisse handelt – die sich nicht einander unterordnen lassen – geht es bei den Autonomen selten hinaus. WIE diese Verhältnisse miteinander verlötet sind, das – sagen wir uns selbst oft – wäre ein dankbares Thema.

Eine konkrete These in diese Richtung ist nachzulesen im Artikel: »Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft, zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften«, von Birgit Rommelspacher.[11]

Sie skizziert darin, wie die wichtigsten sozialwissenschaftlichen Analysen[12] zur »Attraktivität rechtsextremer Organisationen«, beim Begriff der ›Risikogesellschaft‹ ansetzend, von der »Erosion traditioneller Lebensformen‹ durch einen »Individualisierungsschub«, durch die »Zerstörung sozialer Netze und traditioneller Bezüge« ausgehen, was Verletzlichkeit und Orientierungslosigkeit der Menschen zur Folge habe. Die Sehnsucht nach Halt und Ordnung, nach einfachen und eindeutigen Weltbildern führten dann zu den Angeboten autoritärer Ideologien. Von daher sei es plausibel, daß insbesondere Jugendliche das eindeutige Weltbild der Rechten, angesichts der Unwägbarkeiten der Zukunft verlockend fänden; ähnlich bei Arbeitern, deren gewachsenes Milieu zerstört sei und die sich von Deklassierung bedroht sähen.

Birgit Rommelspacher kritisiert an den genannten Untersuchungen, da diese von ›dem Jugendlichen‹ und ›dem Arbeiter‹ ausgehen, das Ignorieren der »Geschlechtsspezifik rechtsextremer Orientierung« und behauptet, daß »diejenigen, die am meisten von Armut und anderen Lebensrisiken betroffen sind« sich nicht häufiger »rechtsextrem orientieren«. Sie widerlegt dann im Detail die These, wonach die ›Risiken‹:

– »ökonomische Ängste«,

– »psychosoziale Probleme im Zuge des Verlusts von sozialen Netzen«,

– »global perspektivische Risiken, die auf einer drohenden ökologischen Katastrophe basieren, rechtsextreme Orientierungsmuster provozieren sollen.«

Die Studien zeigen sowohl, daß Rep-WählerInnen sich gleichmäßig über alle Einkommensschichten verteilen, als auch, daß »ökonomische Bedrängnis weder durch Arbeitslosigkeit noch allgemein im Sinne von niedriger Schichtzugehörigkeit für rechtsextremes Verhalten prädestinieren.«

Das dürfte auch einige linksradikale Theorien in Frage stellen. Schließlich wird ›der Ruck nach rechts‹ gerne als Reaktion auf die ›entgarantierten Verhältnisse‹ gedeutet. Die oben bereits erwähnte Ver-

drängung des Geschlechterverhältnisses aus den Arbeiten der Sozialwissenschaftlern, führt diese »in arge Argumentationsnot«:

»Heitmeyer hat es hier schon schwerer, muß er in seinen Untersuchungen doch feststellen, daß Mädchen im Vergleich zu Jungen sehr viel orientierungsloser sind, ein geringeres Selbstwertgefühl und sehr viel mehr Schwierigkeiten haben, einen sicheren Standort zu finden. Auch haben sie subjektiv wie objektiv schlechtere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. (...) Diese Mädchen stimmen der Äußerung ›Ausländer raus‹ sehr viel weniger zu als Jungen. Und sie, deren Lehrstellen sehr viel unsicherer sind, stimmen keineswegs im selben Maß wie Jungen der Äußerung zu, daß deutsche Lehrstellen an Deutsche vergeben werden sollten.«[13]

Birgit Rommelspacher denunziert nun das Bild des Faschisten, »der aufgrund schwerer Spannungen, Ängste und Konflikte Halt und Orientierung sucht« als eine *Konstruktion*, die ihre Parallele in patriarchalen Argumentationen findet, in denen »die Ursachen männlicher Dominanz und Gewalt (...) immer in den bedauernswerten sozialen Verhältnissen und der persönlichen Biographie gesucht« werden. Indem die »realen Machtverhältnisse« der so oder so am Konflikt Beteiligten außen vor bleiben, verschwinden auch die unterschiedlichen Konsequenzen für Täter und Opfer, »gleichen sich Täter und Opfer immer weiter an.«

Weiter sagt sie – und da bahnt sich die Kollision mit unserer eigenen Argumentation an -, daß die Analyse, die von »Interessensphären (der rassistisch oder sexistisch Agierenden, d.V.) abgekoppelt« wird, die Funktion der Ideologie – der patriarchalen wie der faschistischen – in der »Verteidigung von Privilegien« übersieht.

Nach einigen Seitenhieben auf die Ignoranz männlicher Wissenschaft entwickelt sie, am Geschlechterwiderspruch ansetzend, ihre Theorie an der Frage: »Was verbindet die Mentalität der Jugendlichen mit der der Mächtigen trotz doch so unterschiedlicher Lebenslagen?«

»Den Analysen, die in rechtsextremen Orientierungen den Wunsch nach Klärung von Vieldeutigkeiten, nach Vereinfachung aufgrund von Unübersichtlichkeit und nach Entschiedenheit gegenüber Ambivalenzen sehen, ist sicherlich insoweit zuzustimmen, als die auszuhaltenden Widersprüche immer eine Spannung entfalten, die hin zu einer »Flucht vor den Widersprüchen« (H. Heise), zu einer Flucht in die scheinbare Sicherheit des extremen Pols drängen. Es ist aber ein Trugschluß, von der allgegenwärtigen Existenz von Widersprüchen auf ein spezifisches Lösungsmuster zu schließen; hier auf die »Lösung« der Widersprüche durch Dominanzverhalten, durch einseitige Verfügung über andere

und deren Existenzrechte. Es sind im Falle von Konflikten durchaus andere Lösungsmuster denkbar: Unterwerfung ebenso wie Auseinandersetzung und Kooperation in Gegenseitigkeit. Oder anders formuliert: Es ist ein Trugschluß, das Dominanzverhalten allein mit Spannungen und Konflikten zu erklären. *Sie sind zwar notwendige aber nicht hinreichende Bedingungen*. (Hervorhebung d.V.)

In einer Gesellschaft unseren Zuschnitts werden die Menschen im Konfliktfall ständig zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert. Dabei unterstützen sich gegenseitig kulturelle Traditionen, ein expansives Wirtschaftssystem und das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen. Sie legen es nahe, der Verunsicherung durch Fremde qua Hierarchisierung aus dem Weg zu gehen. (...) Um die Spannung zwischen Selbst und Fremdem zu lösen, gibt es die Möglichkeit, das Fremde qua Bemächtigung auszuschalten oder so weit an die eigenen Vorstellungen zu assimilieren, bis das Fremde in der Anpassung verschwindet. (...)

Dieses Konfliktlösungsmuster, der Umgang mit Andersartigem als etwas zu Unterwerfendem, hat in unserer Gesellschaft eine elementare Quelle im Umgang mit dem Geschlechterunterschied. Die Differenz der Geschlechter ist die erste Begegnung mit einer prinzipiellen Andersartigkeit von Menschen. Die Sozialisation lehrt die Jungen mit Hilfe aggressiver Selbstbehauptung und Abwertung des Weiblichen ihre Männlichkeit zu beweisen. Mädchen hingegen müssen ihre Weiblichkeit in Form von Friedlichkeit, Fürsorgeverhalten und Selbstentwertung entwickeln. Beide lernen so mit einem Unterschied qua Hierarchisierung umzugehen, qua Dominanz respektive Unterwerfung. Die Hierarchisierung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen bestätigt dieses Grundmuster immer wieder aufs Neue. Das bedeutet nicht, daß Frauen immer unterwerfend reagieren und Männer dominant, sondern

a) daß beide qua Hierarchisierung Konflikte zu lösen lernen. Wer sich unterwirft, der ist auch dominant. Und wer herrscht, ist auch den Herrschenden gegenüber unterwürfig. Heinrich Mann hat diesen Zusammenhang auf den Begriff gebracht, indem er die Deutschen im Kaiserreich als ein »Herrenvolk von Untertanen« charakterisierte.

b) In Bezug auf die Geschlechtsidentität ist dominantes bzw. unterwerfendes Verhalten konstituierend. D.h. Frauen gelten dann als besonders weiblich, wenn sie Unterwerfungstendenzen zeigen. D.h. nicht, daß sie nicht vor allem Schwächeren wie Kindern, ethnischen Minderheiten, Dienstboten gegenüber ebenfalls Dominanzverhalten zeigten.«[14]

Dies halten wir für einen gelungenen Versuch, die Systematik der gesellschaftlichen Funktionsweise eines Gewaltverhältnisses (des patriarchalen) mit der Analyse der Ursachen rassistischer Angriffe zu verknüpfen und dabei nicht das Verhalten der Opfer zur Erklärung heranzuziehen. Die spezifischen gesellschaftlichen Ausprägungen struktureller Gewaltverhältnisse haben, wie Birgit Rommelspacher exemplarisch zeigt, einen differenzierbaren und bestimmbaren Zusammenhang. Verwunderlich ist das keineswegs, nur leider sehr selten analysiert. Meistens wird schlicht vom Nutzen, den die Herrschenden aus allen Gewaltverhältnissen ziehen, deren Verzahnung abgeleitet. Mit dem Resultat, ein weiteres Mal die Herrschenden denunziert zu haben, aber wieder kein bißchen mehr zu verstehen *wie* Unterdrückungsdynamiken in der Gesellschaft funktionieren.

Der von uns gewählte Begriff des »eher emotional strukturierten Abgrenzungstotalitarismus« zur Beschreibung des inneren Vorgangs ist dem von ihr benutzten, der »expansiven Bemächtigungstendenz« analog. Inhaltlich sich am selben Prozeß -, dem der Entfernung des Fremden – ankoppelnd, ist der Begriff der »expansiven Bemächtigung« für die Beschreibung aktiven rassistischen Agierens gleichwohl dynamischer, und, außerdem, durch seine Herleitung von internalisierten Konfliktlösungsmustern, erkenntnisreicher.

Als ein weiteres Beispiel für das »Lösen« der Widersprüche durch Dominanzverhalten führt sie dann die Privilegienabsicherung an:

»Wird Rechtsextremismus als eine Form der Risikobewältigung interpretiert, so bewegt sich auch dies Verhalten im Rahmen gesellschaftlicher Hierarchien. Die Risiken werden auf Kosten anderer Gruppen zu minimieren versucht. Arbeitsplatz und Wohnung sollen auf Kosten von Fremden abgesichert werden.«[15]

Das steht im Widerspruch zur vorhergehenden ausführlichen Erörterung, daß gerade derjenigen Arbeitsplatz und Wohnung, welche sich »rechtsextrem« orientieren, überwiegend nicht in Gefahr ist; und, so folgern wir, die Absicherung »auf Kosten von Fremden« deshalb keine materielle sein kann, die Ursache zu dieser Haltung deshalb auch nicht in einer nachzukalkulierenden Planung zur Bewahrung eines (nicht gefährdeten) Privilegs zu finden sein wird. Das Problem scheint zu entstehen beim Übergang von der Diskussion gesellschaftlicher Hierarchien zur Analyse des Denken und Handelns Einzelner. Die gesellschaftlichen Hierarchien sind real Produkte rassistischer und sexistischer Unterdrückung. Individuelles rassistisches Denken und Handeln ist aber genau nicht Re-Aktion auf äußere Bedrohung.

Gleich im nächsten Absatz bei Birgit Rommelspacher heißt es:

»Die Empirie zeigt: Es sind nicht in erster Linie reale Probleme im Sinne von Verarmung oder sozialer Verelendung, die rechtsextreme Orientierungsmuster aktivieren. Insofern muß es sich um subjektiv wahrgenommene Probleme handeln. Diese bemessen sich aber nicht nur daran, was einem objektiv zum Leben mangelt, sondern auch daran, was man im Vergleich zu anderen nicht hat. Orientierungsgröße wird das subjektive Empfinden von dem, was einem ›zusteht‹. Dieser Wert ist nach oben unendlich verschiebbar.«

Das »subjektive Empfinden« ist eben nicht identisch mit der Struktur gesellschaftlicher Macht. Selbstverständlich läßt sich Verhalten, das bewirkt, bestimmte Machtverhältnisse mit aufrechtzuerhalten, im Kontext dieser Folgewirkung denunzieren. Nur wird mann/frau meistens im Subjekt vergeblich nach einem *genau so* bestimmten Wunsch suchen, und genausowenig einen, durch das individuelle Verhalten errungenen, genau äquivalenten Vorteil finden. Auf die Antriebe läßt sich von den Zwecken und Resultaten nur partiell schließen. »Das Streben nach immer mehr, immer mehr Reichtum und immer mehr Absicherung für die Zukunft kann so als Ausdruck einer Dominanzkultur gewertet werden ...«[16]

Wir bleiben, nicht mal trotz, sondern deswegen dabei: Der »Ausdruck einer Dominanzkultur« muß seinen Zugang ins Subjekthandeln anders finden, denn über die einfach vorausgesetzte miese Absicht des einzelnen, Dominanz zu reproduzieren und Privilegien abzusichern.

Da die Argumentation Birgit Rommelspacher die Parallele vom Dominanzverhalten innerhalb des Geschlechterwiderspruchs zu dem von faschistisch oder rassistisch auftretenden Subjekten zieht, haben wir uns – den Weg zurückgehend – gefragt, wie wir zu der Behauptung stehen, kennzeichnend für Männerverhalten wäre die Anstrengung ihre Privilegien abzusichern, bzw. zu der Forderung, als linke Männer müßten sie diese abgeben.

Ein Wort zum Ausdruck ›Privilegien absichern‹. Wir haben ihn bis jetzt mit absichtsvoll planendem Vorgehen zusammengebracht. Um sich absichern zu wollen, muß man sich der Verfügbarkeit einer Möglichkeit bewußt sein und das weitere Vorgehen auf Tauglichkeit bezüglich ihres Erhalts abklopfen. Schon die erste Bedingung ist wahrscheinlich nicht von vielen Männern erfüllt. Aber das ist nicht das Entscheidende, die anderen könnten sich dessen auch bewußt werden. Entscheidender ist, daß die, innerhalb des Auftretens der Widersprüche und Konflikte, Männerverhalten real determinierenden Motive in seltenen Fällen einer intentionalen Planung entsprechen.

Das ist für die *Bewertung* dieses Verhaltens, vielleicht auch für den Kampf seitens der Frauen dagegen, gleichgültig. Für die mal unterstellte Veränderungsabsicht diverser Männer (Ich muß/will meine Privilegien abgeben.) markiert es ein Dilemma.

Die verkündete Absicht ist nur in wenigen Fällen (und zwar in den ›kalten‹ Konflikten, wo man kaum aus der Ruhe kommt) umzusetzen. In vielen anderen Spannungsfällen (den eher ›heißen‹) gleicht die innere Verfaßtheit einem nicht mehr so einfach zu durchschauenden Affektdickicht. Wie gesagt, das ist keine Entschuldigung, es verweist nur darauf, daß Männer noch etwas weiter zurück gehen müssen – an Verunsicherung, Omnipotenzphantasien, Angsthaß, Panikreaktionen, usw. – um das zu finden, worauf die expansive Bemächtigungstendenz, die sie an den Tag legen, individuell basiert.

Daraus folgt zweierlei. Zum einen: Mit dem Eingestehen eigenen Dominanzverhaltens umgehend Besserung zu geloben bzw. Veränderung zu behaupten, entspricht einem (typisch männlichen) Selbstbild, bei dem der Wille pur, den ›Rest‹ des Mannes auf Kurs zwingt. Zum anderen: Die Behauptung, der im Patriarchat wie die Made im Speck lebende Mann würde, um feministische Angriffe abzuwehren, durch aggressives Verhalten seine Privilegien absichern, beschreibt eine äußerliche Wirkungsweise. Soll damit jedoch auch etwas über den Vorgang *im* Mann gesagt worden sein, müssen wir befürchten, daß hier der Fiktion männlicher Ratiosteuerung aufgesessen wird.

VI.

Der völkische Konsens ist in diesem Land eine klassentheoretisch nicht zu greifende, gesellschaftliche Stereotype. Rassistische und antisemitische Einstellungen korrespondieren mit ihm. Völkisches ist Allgemeingut und wird daher selten wahrgenommen. Geschieht dies doch, erscheint es bloß als ›zu pathetisch‹. Es fließt in die Legitimation rassistischer Angriffe, wie rassistischer Gesetzgebungspraxis ein. Im völkischen Statement bleibt das rassistische Ressentiment nur deshalb latent, weil gerade keine Aussage über Fremde getroffen wird. Eine Differenzierung der inneren Struktur des Subjekts in Produktionsbedingungen für völkische und solche für rassistische Orientierung ist kaum möglich.

In jedem Fall gilt: Niemand ist verführt worden. Weder von faschistischen Agitatoren, noch von ›Bonzen und Banken‹. Das Nutznießen von diesen ist nicht mit der Ursache zu verwechseln.

Es gibt keine außergewöhnliche, gar ›krankhafte‹ oder sonstwie spezifische charakterliche Disposition. Die rassistische/völkische Ein-

stellung entspricht den gesellschaftlichen Normen kapitalistischer Rationalität und patriarchaler Konfliktlösungsstrategien.

Ein Problem der bisherigen Erörterung ist, daß in ihr Reaktionen auf das Auftauchen von Fremden beschrieben werden. Für rassistische Einstellungen aber, sind Erfahrungen mit dem Objekt des Rassismus nicht nötig, wie von verschiedenen Seiten schon zu recht festgestellt wurde. Andererseits konfrontieren Fremde »uns auch immer mit nicht gelebten Lebensmöglichkeiten und mit verdrängten Seiten unseres Selbst« (B. Rommelspacher). Daher genügen die, nur über Medien, über Gerüchte, bruchstückhaft durch Klischees einem eingrenzbaren Kreis von Menschen angehefteten Eigenarten, als Auslöser des Abgrenzungsprozeß bzw. der Bemächtigungstendenz. Dafür muß nie eine Fremde durchs Dorf gelaufen sein.

Das dagegen gerichtete Argument, daß die jeweilige Zuschreibung nicht korrekt ist, u.U. sogar jeden Wahrheitsgehalt entbehrt, ist dann logischerweise absurd. Es geht nicht um diese wirklichen Menschen.

Für diejenigen, die stigmatisieren, ist es wichtig, daß das Objekt der Bemächtigung menschliche Gestalt hat; sich affektgeladen lediglich von dem schmerzhaften Wunsch nach einem anderen Leben, von der satten Leere oder von der Angst nie Boss zu sein, abzugrenzen, ist unter Aufrechterhaltung der allgemeinen inneren Organisierung, als auch der Aufrechterhaltung sozialer und verwertbarer Funktionen nur schwer möglich. Es gäbe Brüche, Kollisionen, womöglich ›Krankheit‹. Das als konstruktive, als nicht normale und deswegen bessere Möglichkeit anzusehen, wäre, wenn wir anerkennen, daß sich rassistische Einstellungen nicht einfach an der besseren Einsicht korrigieren lassen, eine Voraussetzung für Veränderung.

Wir möchten noch einmal den anfänglichen Diskussionsfaden aufnehmen. Hoffentlich ist jetzt etwas deutlicher geworden, wieso wir der Gesellschaftsanalyse im Hinblick auf ein Faschismusverständnis, dem ja die Praxis auf den Fuß folgen soll, breiten Raum geben.[17]

In unserem Anfangszitat aus der ›Schneutzstunde‹ steht, daß das militante Vorgehen gegen organisierte Nazis in der »offensiven Politik« miteingeschlossen sein müsse und »auf keinen Fall im Widerspruch dazu steht.« Theoretisch wären wir uns fast einig. Jahrelang fielen die Widersprüche zum Parteitag-verhindern und FAP-observieren hintenrunter. Wenn wir jetzt diesen lang vorhandenen Widerspruch nach vorne zerren, dann um die Frage, wie eine auch dem völkischen Konsens gerechtwerdende Praxis aussieht, in die Diskussion zu bringen.

Existierte ein komplexes Faschismusverständnis in der militanten Linken, dann gibt die Formulierung, daß unsere Strategie militantes

Vorgehen, z. B. gegen das Haus eines Kader-Faschisten wie Polacek in Göttingen »miteinschließt«, einen Sinn. Auf der letzten Seite der ›Schneutzstunde‹ wird eingeräumt, daß »das eigentlich erschreckende nicht die Neonazis und auch nicht ihr jugendliches Umfeld, sondern die schweigende Mehrheit« sei, um dann in der Metaphorik von Basis und Spitze nachzulegen: »Gesellschaftliche Stimmungen wie z.B. Rassismus können eine militante Ausdrucksform haben. Je nachdem wie ungehindert sich dieser Rassismus gewalttätig austoben kann, wirkt das wieder zurück in die Gesellschaft, erweitert die Toleranzgrenze, der Terror wird alltäglich. Oder andersherum, wenn wir die militante Spitze des Rassismus abbrechen, sind die deutschen SpießerInnen auch wieder kleinlauter.«[18]

Ohne leugnen zu wollen, daß ungehindert tobende Gewalttätigkeit in die Gesellschaft wirkt, beharren wir darauf, daß mit dieser mechanischen Relation kein gültiges, damit für Gegenstrategien taugliches Bild gesellschaftlicher Dynamik entworfen ist. Es gilt, sich etwas differenziertere Vorstellungen von der schweigenden Mehrheit zu machen. Sonst werden sich weder Fragen nach der Entstehungsgeschichte der sogenannten Spitze beantworten lassen, noch die Funktionsregeln der ›stumpfen‹ Barbarei bekämpfen lassen.

Weder völkischer Konsens noch Rassismus sind gesellschaftliche »Stimmungen«. Vielmehr handelt es sich um Substanz, die sich insbesondere bei Rassismus permanent als Gewaltverhältnis manifestiert.

Einschüchterung, genauso wie andere Methoden der Stillegung sind – wie auch am einst verbotenen Antisemitismus in der UdSSR zu sehen ist – unzureichend. Faschistische oder rassistische Propagandisten anzugreifen ist natürlich richtig. Ob dann die »deutschen SpießerInnen« wieder kleinlauter sind, sei dahingestellt. Ihre Einstellungen sind deswegen jedenfalls nicht weniger rassistisch, sexistisch oder faschistisch als zuvor.

In der Ex-DDR, wo Neonazis und Skinheads in vielen Städten Stadtteile oder Plätze kontrollieren, immer wieder auch tagsüber MigrantInnen angreifen, ist es nicht möglich die »militante Spitze des Rassismus« abzubrechen. Angesichts der derzeitigen (Gegen-)Machtverhältnisse wird es nicht gelingen die Stärke ostdeutscher Faschomobilisierung durch kurzfristige, von ›außen‹ getragene Kämpfe zu brechen. Unter konfrontationslogischen Gesichtspunkten betrachtet, müßten mehrere Hundert Autonome in verschiedenen Zentren Ostdeutschlands für ein Jahr ›Quartier machen‹, um nicht zu sagen: ›abgestellt werden‹. Das wäre jedoch eine großschnäuzige Überschätzung autonomer Eingriffsmöglichkeiten und ein rein militärstrategisches Vorgehen.

In der Konsequenz bedeutet dies, daß militanter Antifaschismus in der Ex-DDR einen zähen und langandauernden politisch-gesellschaftlichen Kampf wird aufnehmen müssen. Unseres Erachtens wird keine Antifa im Osten drumherum kommen, die Hintergründe für 40 Jahre Nichtauseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus öffentlich zu diskutieren und die gesellschaftlichen Zusammenhänge bloßzulegen.

AntifaschistInnen werden nun mal nicht per Dekret gezeugt. Das Interesse der SED-Oberen dem besseren, antifaschistischen Deutschland vorzustehen und das Interesse der deutschen Bevölkerung nicht durch einen öffentlichen Diskurs mit der faschistischen Vergangenheit konfrontiert zu werden, paßten prächtig zueinander. In dieser Tradition geht es jetzt gerade weiter. Die neuen Partei-Oberen – sie heißen wieder Demokraten, überlassen aber weite Teile der Politik einer Einrichtung ›Treuhand‹ genannt – bestätigen den Menschen der neuen Länder, Opfer von gleich zwei aufeinander folgenden Diktaturen gewesen zu sein. Von diesen Protagonisten der Marktwirtschaft wird gewiß nicht nach der Aufarbeitung des faschistischen Erbes gefragt. Sie wissen: Jeder Deutsche ist mit Vorliebe Opfer deutscher Diktaturen.

Eine militante Linke aber muß das aufgreifen, denn dieselbe Grundhaltung, die diesen Sozialismus ermöglichte, artikuliert heute die Zustimmung zu denen, die den aufgetauten Faschismus propagieren und leben. Populär wird das nicht sein und es wird auch nicht kurzfristig die Wende auf der Straße einläuten. Aber es ist die Konfrontation mit Faschismus bezogen auf die eigene Geschichte, und nur das kann antifaschistische Politik genannt werden. Gleichzeitig bietet der geschichtliche Rückgriff einen Anknüpfungspunkt an die Aktivitäten der Minderheit wirklicher AntifaschistInnen, die, fast zwangsläufig, in Opposition zur herrschenden Doktrin kamen und daraufhin in der Versenkung verschwanden. Der Stalinismus war in der Hinsicht gründlich. Für die Antifa heute läßt sich hier eine Linie ziehen von tatsächlich antifaschistischen Ideen und deren TrägerInnen, über die linke Abrechnung mit dem Realsozialismus zum Kampf gegen die ›neuen‹, dem Kapitalismus innewohnenden faschistischen Tendenzen und ihren beschriebenen (Aus)Wirkungen.

Wir geben zu, daß der kurzfristige praktisch Nutzen dieser Einsicht sehr gering sein kann. Eine mit langem Atem geführte Auseinandersetzung erscheint uns dennoch unumgänglich. In Verbindung mit kurzfristigen ›militanten Interventionen‹, die für sich allein, nicht viel Sinn machen, ergibt sich möglicherweise eine Perspektive.

Den Rassismus in blutigen und strukturellen Rassismus einzuteilen,

wie das in vielen Texten geschieht und auch im letzten Zitat anklingt, erscheint als fortgesetzte Weigerung. Der Weigerung nämlich, im ›blutigen‹ Handeln der Skinheads, gesellschaftliche Strukturen zu entdecken. Genauso wie umgekehrt die oft tödlich wirkende letzte Konsequenz staatlicher ›Strukturen‹ zu begreifen. Die Terminologie spiegelt somit die Wahrnehmung. Auf der einen, der blutigen Seite stehen die Auswirkungen im Mittelpunkt, auf der anderen die Wirkungsweise. Dieser Art hübsch aufgeteilt, wundert es weiter nicht, daß militanter Antirassismus immer etwas vom Charakter eines Sani- oder Erste-Hilfe-Einsatz hat. Wir machen daher auch nicht »die Veränderung dieser Situation (der blutigen Angriffe der Neonazis, d.V.) zum Maßstab von antifaschistischer Diskussion und von revolutionärer Politik überhaupt« wie die GenossInnen das notieren. Der Schutz von Flüchtlingsheimen war und ist – sofern er gewünscht ist – allerdings äußerst wichtig. Der geringe Grad militanter Organisierung reicht dafür nie und nimmer.

Sofern der Ausdruck angesichts dessen, was sich ›Krise der Linken‹ nennt überhaupt noch Sinn hat, läßt sich sagen: ›Revolutionäre Politik‹[19] muß sich in diesem Land daran messen lassen, ob sie den Versuch unternimmt, den alltäglichen oft institutionalisierten, insgesamt eher leisen Terror der hiesigen Verhältnisse, die nach wie vor auf einem breiteren Konsens ruhen, anzugreifen. Nicht nur wegen der Menschen hier, sondern auch weil dieses System global Ausbeutungs- und Zerstörungsverhältnisse produziert und stabilisiert, deren Ausmaße menschliche Vorstellungskraft gewöhnlich übersteigt.

Bereits jetzt werden die Angriffe der Neonazis von Politikerseite und der ›öffentlichen Meinung‹ denunziert, sowie polizeilich/juristisch angegangen (bei gleichzeitiger Bagatellisierung).

Das Interesse staatlicherseits ist es, die militärische Offensive der Faschisten zurückzudrängen, damit sich das Exportklima nicht verschlechtert und die EG-Vorreiterrolle nicht durch aufkommende häßliche Erinnerungen diskreditiert wird. Natürlich auch, um die staatliche Pression und Repression gegen MigrantInnen in der üblichen Ruhe, getragen von breiten Bevölkerungskreisen, durchzuziehen.

Auf diesem Sektor hat sich offen (Asylverfahrensbeschleunigung, Ausländergesetz, Sammellager für Asylbewerber) und verdeckt (systematisches Zusammenschlagen maghrebinischer Haschdealer, gelegentliche ›Todesfälle‹ von Flüchtlingen an der Oder-Neiße-Grenze) vieles verschärft.

Daß wir darauf eine praktische Antwort haben, erwartet niemand. Ein paar Ansätze sollten aber schon drin sein.

Fußnoten und Anmerkungen

1 ›Schneutzstunde‹, ›RADIKAL‹ Nr. 144; 10/91; S. 27

2 Raul Hilberg, ›Die Vernichtung der europäischen Juden‹; Frankfurt 1990; Bd. 1, S. 60

3 Hannah Arendt, ›Israel, Palästina und der Antisemitismus‹, Berlin 1991; S. 15

4 Primo Levi, ›Die Untergegangenen und die Geretteten‹; München 1990; S. 172

5 Oliver Tolmein/Detlef zum Winkel, ›Herr P. und die Bombe‹; Hamburg 1991; S. 46

6 Eckhard Voss, ›Back to the future‹; in KONKRET 1/92; S. 11/12

7 In der jüngeren linken Geschichte findet sich starker Bezug auf's Völkische z.B. in Phrasen der Friedensbewegung gegen die ›Nachrüstung‹: Die Weltmächte machen unser Deutschland zum Schlachtfeld. Ebenso waren einige Atom-Unfall-Szenarien ökologisch verbrämte völkische Reden.

8 Roger Willemsen, ›Kopf oder Adler‹; Berlin 1990; S. 35

9 Dieser Art friedlich und ein bißchen unzufrieden wollten wir diese Frage auf sich beruhen lassen. Der Vorteil, in einer der seltener werdenden gemischten WGs zu leben, ist zum einen, daß ein Mensch unter Umständen mal einen flüchtigen Blick auf die, in der Schreibmaschine eingespannte Manuskriptseite wirft und zum anderen, daß dieser Mensch eine Frau sein kann. Trotz aller Absicht, linke, feministische Diskurse nicht außen vor zu lassen, der konkrete Hinweis auf einen Artikel von Birgit Rommelspacher kam von einer Genossin.

10 ›Schneutzstunde‹, ›RADIKAL‹ Nr. 144; 10/91; S. 28

11 Birgit Rommelspacher, ›Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft, zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften‹; Zeitschrift 1999, Heft 2/91; S. 75

12 Heitmeyer, Wilhelm 1989; Funke, Hajo 1989; Leggewie, Claus 1989; nach Rommelspacher ›Rechtsextreme ...‹, S. 87

13 Birgit Rommelspacher, ›Rechtsextreme ...‹, S. 82

14 Birgit Rommelspacher, ›Rechtsextreme ...‹, S. 84/85

15 Birgit Rommelspacher, ›Rechtsextreme ...‹, S. 85

16 Birgit Rommelspacher, ›Rechtsextreme ...‹, S. 85/86

17 Wir sind in der ›Schneutzstunde‹ heftig angegangen worden, weil wir die patriarchalen Familien- und Parteistrukturen innerhalb des deutschen Antifaschismus, des damaligen, als »weitaus entscheidender als die Niederlagen auf der Straße und bei den Wahlen« (Doitschstunde) bezeichneten.
Wir hätten, so der Vorwurf, die Politik der SU, die Sozialfaschismusthese, den Stalinismus, bzw. die Auswirkungen auf den dt. Widerstand außer acht gelassen. Ebenso die daraus resultierende Tatsache, daß die KPD nicht ernsthaft auf die Illegalität und auf eine offensive militärische Auseinandersetzung vorbereitet war.
Aus dieser historischen Erfahrung sei abzuleiten, dem Faschismus ließ sich »wenn überhaupt, dann nur mit der eigenen bewaffneten Kraft eine Grenze ziehen.«
Unser Ausflug in die Geschichte war tatsächlich ziemlich unvollständig. Wir teilen die Auffassung, daß der Dogmatismus der kommunistischen Kader in puncto Führungsanspruch der Komintern/KPdSU verheerende Auswirkungen auf die Kampfstrategie der KPD hatte. Nur läßt sich auch hier die Frage stellen: Was um

alles in der Welt lief bei den vielen kleinen und großen Funktionären der KPD ab, die sehen was vor sich geht, gesagt bekommen, daß sie es *nicht* sehen und daraufhin fast ohne Ausnahme eine Politik mittragen, die sie mit »völliger Zerschlagung und physischer Vernichtung« (Schneutzstunde) bezahlen müssen. Da stellen sich Fragen nach Autoritätsgläubigkeit und Führerkult, nach Zentralismus und Paternalismus. Deswegen: keine künstlichen Gegensätze zwischen der Kritik patriarchaler Strukturen und der Kritik linker Ideologien und Theoriekonstellationen.

18 ›Schneutzstunde‹; ›radikal‹ Nr. 144; 10/91; S. 31

19 Ob Sätze mit diesen Worten begonnen, überhaupt noch einen Sinn haben, ist ziemlich zweifelhaft. Erstens, weil dieser Satzanfang so zahlreich vorkommt, wie die Blätter der Klorolle, und zweitens, weil, wie Lutz Taufer in seiner Antwort auf einen Brief einer Tübinger ZL-Initiative (Interim 180/1992) anmerkt, ein Großteil radikaler Politik ohnehin von ReformistInnen gemacht wird.

Die Maskenbildner des Krieges

Dieser Text ist im Zuge des 2. Golfkrieges entstanden. Letzter Anstoß war eine Veranstaltung in Frankfurt am 31.1.91 – also gerade zwei Wochen nach offiziellem Kriegsbeginn. Die erste große Veranstaltung, zu der viele linke Prominente und Intellektuelle aufgerufen hatten (von Eva Demski über Claus Leggewie, Micha Brumlik bis hin zu Daniel Cohn-Bendit usw.).

Das Bedürfnis »den Irrationalitäten in der Diskussion um den Golfkrieg« (Zitat Aufruftext) nachzugehen, die Suche nach Antworten und Positionen angesichts des »Krieges in den Köpfen« (Heidi Stauffenberg) war gewaltig. Eine sich über zwei Stockwerke ziehende Schlange von Wartenden – ein völlig ungewohnter Andrang bei einer politischen Veranstaltung. Der Saal war bis auf die letzte Ecke gefüllt, vielleicht 1.000-1.500 ZuhörerInnen. Soviel 68er, ehemalige Straßenkämpfer und Militante aus den 70er Jahren der Häuserkampf- und Spontiära, haben wir schon lange nicht mehr gesehen – und seitdem nie wieder.

An der Eintrittskarte entzündeten sich die ersten »Irrationalitäten«. Obwohl die Saalmiete durch bereits gezahlte Eintrittsgelder längst beglichen war, wurde weiterhin auf DM 5,- bestanden. Auf verärgerte Nachfrage, wofür dann das überschüssige Geld sei, antwortete ein politisch Altgedienter, nun grün-konvertierter KBW-Kader: *»Zur Finanzierung von Patriot-Raketen für Israel«.* Eine schlagfertige Provokation oder ein gezielter Schlag gegen den »allgegenwärtigen linken Antisemitismus«?

Das Hauptreferat hielt Dan Diner, Professor für Außereuropäische Geschichte in Essen und Tel Aviv. Dieser Schwerpunkt war nicht zufällig. Dan Diner genießt gerade in Frankfurt, weit über die Alt-Linke hinaus als Intellektueller großes Ansehen. Er steht nicht nur für die bis in die 80er Jahre hinein bekannt-linken, israel-kritischen Positionen innerhalb jüdischer Gemeinden in der BRD. Er hat auch z.B. anläßlich des Libanon-Krieges 1982 in beeindruckender Weise den in Israel weit verbreiteten Versuch kritisiert, den zivilen und militärischen Krieg gegen PalästinenserInnen mit dem (nachholenden und sich darin wiederholenden) Kampf gegen das deutsche Naziregime gleichzusetzen – um so die Legitimation für einen (Besatzer-)Krieg in Palästina aus der jüdischen (Leidens-)Geschichte in Europa abzuleiten.

Sein Referat an diesem Abend stand unter der Überschrift »Den Westen verstehen«. Mehr von der Wirkung, als vom tieferen Sinn der Worte benommen, hörten wir noch ein paar weiteren Kriegsbefürwortern zu (wie Udo Knapp z.B.) bis wir dem ersten linken Kriegskongreß nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehr fassungslos als wutentbrannt den Rücken kehrten.

In den nächsten Tagen und Wochen reihten sich – als wären sie aufgerufen worden – weitere namhafte Intellektuelle in diese Kriegskoalition ein – was zumindest für die Geschichte der BRD in diesem Ausmaß, in dieser Vehemenz und Publizität einmalig war.

Unser Hundesohn

Über 25 Jahre war das irakische Regime, war Saddam Hussein »unser Mann im Orient«. Das irakische Regime war eins der wenigen säkularisierten Staaten in dieser Region. Kein Koran, kein Islam und vor allem kein religiöser Fundamentalismus bestimmten die politischen Maxime der irakischen Diktatur, sondern – ganz im Sinne westlicher Lehren – pragmatische Überlegungen. Auch ideologisch war das Regime nicht festgelegt. Man machte mit allen Geschäfte und Politik, sei's mit der UdSSR oder dem Westen. Hauptsache war, daß es dem eigenen Regime nützlich und vorteilhaft erschien. Kurzum, das Regime war ganz von westlicher Rationalität geprägt. Es unterdrückte die islamische wie kommunistische Opposition im eigenen Lande, verbot die Kommunistische Partei und ließ deren Anhänger hinrichten und der Kampf der Kurden um Autonomie wurde mit allen Mitteln eines modernen, aufgeklärten Staates verfolgt (im eigenen Land), mißbraucht (im Krieg gegen den Iran) und hintertrieben (mithilfe von nie eingelösten Zugeständnissen wie der Autonomiestatus aus dem Jahre 1970), – ganz und gar nicht besonders orientalisch oder uns gar fremd, hier. Saddam Hussein mochte *»ein Hundesohn sein, aber er war unser Hundesohn«*, so der Nahost-Experte im Pentagon, Howard Teicher[1]. All diese ganz normalen, üblichen Verbrechen dieses irakischen Regimes waren weder für sich, noch zusammengenommen jemals ein Grund für den Westen, das Regime fallenzulassen. Im Gegenteil: sie waren Bedingung für wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit mit der »freien Welt«. Eine geradezu grandiose Karriere als »Mann des Westens« machte das Militärregime Saddam Hussein im Zuge des Irak-Iran-Krieges, im Klartext, als das irakische Militär 1980 den Iran überfiel. Das Blut floß, die Kredite flossen, das Öl floß und der »freie Westen« verdiente an allem. Alles war in bester Ordnung. In dem acht Jahre dauernden Krieg verlor der »freie Westen« weder ein Wort über ein UN-Ultimatum, ein Wirtschafts- oder gar Waffenembargo. Nichts lag der »Weltfriedensmacht« USA, dem demokratischen Abendland ferner, als dieses 1 Million Menschenleben kostende Massaker zu beenden. »Zynisch und skrupellos wurden Iraner und Iraker dabei gegeneinander ausgespielt; Traumergebnis für die USA war ein Patt der beiden verfeindeten Staaten im Golfkrieg.«[2]

Von Irrsinn, Wahnsinn war nie die Rede. Saddam Hussein kämpfte gegen die Islamisierung der arabischen Welt, für die »vitalen Lebensinteressen« des freien Westens in dieser Region. Er war vertrauenswürdig, berechenbar, vertragstreu, kreditwürdig, skrupellos – mit allen Werten westlicher Zivilisation (ab-)gesegnet. »Unser Hundesohn« eben, der sich bester Gesundheit und bester Freunde erfreute. Der Stolz eines jeden Hundezüchters.

Als der Krieg gegen den ›Gottesstaat‹ Iran 1988 zuende war, hatte der ›freie Westen‹ und deren Statthalter in der arabischen Region (wie Kuwait, Saudi-Arabien und Ägypten z.B.) ihre Kriegsziele erreicht. Die viel beschworene und befürchtete Islamisierung der arabischen Welt war blutig eingedämmt und damit die Aufrechterhaltung der (nach-) kolonialistischen Ordnung vieler arabischer Regime gesichert. Wirtschaftlich trieb dieser Krieg den Irak und den Iran in die totale Verschuldung und damit in die Abhängigkeit westlicher »Gläubiger« – die Langzeitgarantie für billiges Öl.

1988 stand das irakische Regime als doppelter Verlierer fest. Zum einen als klassisches Bauernopfer imperialistischer Kriegsstrategien, die nicht den Irak als Gewinner vorsahen, sondern die systematische politische und ökonomische Schwächung beider Kriegsparteien. Zum anderen stand das irakische Regime auch als Verlierer inner-arabischer Konkurrenz fest. Denn der Krieg gegen den Iran war auch ein Krieg um regionale Vorherrschaft, um eigene periphere Herrschaftsinteressen. Der Herrschaftstraum von einer regionalen, arabischen Führungsrolle endete mit dem Bettlerstatus gegenüber anderen arabischen (Mit-)Konkurrenten. So entfällt allein von den ca. 80 Milliarden Kriegsschulden ungefähr die Hälfte auf arabische Regime, wie Kuwait, Saudi-Arabien, die Emirate und Ägypten.

Hätte sich das irakische Regime mit dieser Endabrechnung abgefunden, wäre diese Diktatur, wäre dieser Saddam Hussein einer von vielen Diktatoren in der Welt geblieben – mal mehr oder weniger nützlich. Doch mit der Annexion Kuwaits 1990 verstieß das irakische Regime gegen imperiale Spielregeln. Denn wer es wagt, unautorisiert imperiale Logik anzuwenden, wer mit den Waffen des Westens auf die Interessen des Westens zielt, der kann nicht ganz normal sein, der muß durchgeknallt sein. Und so gesehen, verwundert es nicht, daß sich der geistige Gesundheitszustand Saddam Husseins schlagartig verschlechterte.

Kannte man Saddam Hussein aus Funk und Fernsehen über 25 Jahre als völlig normal, durchschnittlich gebildet, westlich und weltlich kultiviert, so wurde er über Nacht ein schwerer Fall für die Psy-

chiatrie – wobei die Eindeutigkeit der Diagnose: ›Persönlichkeitszerfall‹ durch die signifikante Übereinstimmung linker und rechter Gutachter ins Auge springen mußte.

Ab dem 2.8.1990 wurde uns allen klar (gemacht): Saddam Hussein ist ein *»brutaler Diktator«* (G. Bush), ein *»Feind, der niedergekämpft werden muß«* (Micha Brumlik), ein *»Aggressor«* mit einer *»nie dagewesene(n) Verachtung für die Schöpfung«* (Richard v. Weizsäcker), ein *»orientalischer Despot«*, der *»nicht kalkulierbar, nicht vorhersehbar ... nicht vertragsfähig«* ist (Dan Diner), *»Hitlers Wiedergänger«* (Hans Magnus Enzensberger), der *»Irre von Bagdad«* (BILD-Zeitung) ...

So dramatisch und plötzlich sich der Gesundheitszustand Saddam Husseins verschlechterte, so hochdosiert und -konzentriert mußte die Medizin sein, die der »freie Westen« – von schwarz bis olivgrün – verordnete. Wer sich als »Hundesohn des Westens« von der Leine losbeißt, um eigene Beute zu machen, der muß entweder wahnsinnig oder ein Selbstmörder sein. Für ersteres sorgten weltweit die Medien des »zivilisatorischen Westens«; für letzteres sorgte die US-Alliierte Luftwaffe in über 70.000 Bombeneinsätzen in vier Wochen.

Die linken Bühnenbauer des Krieges

Wie bereits in der ›Doitschstunde‹ angerissen, ist uns einiges mit der Wiedervereinigung durch die Lappen gegangen. Der große Blick aufs drohende ›4. Reich‹ machte kleinere, sich weniger spektakulär vollziehende Veränderungen für uns kaum noch wahrnehmbar. Was vielen von uns erst mit dem Golfkrieg als Intellektuellensterben (jede Ähnlichkeit mit dem Robben- oder Waldsterben ist rein zufällig) sichtbar wurde, überraschte einige wenige unter uns nicht mehr. In den lauten Chor vom ›einig Vaterland‹ mischten sich bereits damals Stimmen, die wir einst als kritische schätzten, z.B. H.M. Enzensberger, dessen Buchtitel wirklich lesenswerter Werke wie ›Ein kurzer Sommer der Anarchie‹ oder ›Die Bewußtseinsindustrie‹ heute – angesichts seiner Golf-Kriegsbefürwortung – einen ungeahnten, unerwarteten Hinter-Sinn entfalten.

Mit dem Wegfall inner-deutscher Grenzen ist auch kein Platz mehr für deutsche Dissidenten und Grenzgänger. Die geographische wie politische Grenze verläuft nicht mehr durch Deutschland, trennt nicht länger, sondern eint mal wieder. Und in der Tat: »es wächst zusammen, was zusammengehört«. (Willy Brandt) Das Ende innerdeutscher Begrenzungen schärft wieder den Blick auf's Ganze. Die Zeiten sind vorbei, wo die BRD die Früchte dieser imperialen Weltordnung genoß, den Preis ihrer gewaltsamen Aufrechterhaltung aber mit dem ver-

schämt-gestellten Blick auf die furchtbare deutsche Vergangenheit auf ein Minimum drücken konnte, was ihr gerade in der 3. Welt einen zusätzlichen politischen Bonus einbrachte. Unmißverständlich haben die imperialen Siegermächte deutlich gemacht, daß mit der Wiedervereinigung ein weitaus größerer deutscher Beitrag gefordert ist. Was schwülstig mit »der gewachsenen deutschen Verantwortung in der Welt« umschrieben ist, heißt nicht mehr, als daß sich auch die BRD bei dieser blutigen Ernte die Finger schmutzig machen muß.

Keine Frage, auch viele linke Intellektuelle leisten in diesem Sinne einen wahrlich besonderen Beitrag. Wer zu diesem neuen Deutschland dazugehören will, muß sich beweisen. Das gilt vor allem für ehemalige Nestbeschmutzer und vaterlandslose Gesellen. Was sich in vielen intellektuellen Beiträgen zur Kriegsbefürwortung ausdrückte, war oft nur noch der öffentliche Vollzug einer bereits stattgefundenen inneren Zuwendung zu diesem System. War einst gerade die deutsche Geschichte und Vergangenheit ein wesentlicher Grund für linke Intellektuelle, sich in Opposition zu diesem System zu begreifen, so sind heute viele von ihnen dabei, ihr ›antifaschistisches Erbe‹ in die Kriegsschatulle der Herrschenden zu werfen.

Und dabei geht es linken Intellektuellen wie allen ›verlorenen Söhnen und Töchtern‹. Sie müssen ihre eigene, oppositionelle Geschichte umschreiben, frisieren, rundmachen, bis sich der Kreis wieder schließt. Dem rechten Verlangen nach einer deutschen Geschichtsrevision (›Historikerstreit‹, Bitburg ...) folgt(e) – nacheilend und komplementär – ein linkes Verlangen nach deutscher Geschichtsfälschung. Auf dem ›langen Marsch‹ von der eigenen antifaschistischen Geschichte zur Kriegsbefürwortung eines stinknormalen imperialistischen Krieges mußten zu Stolpersteinen gewordene eigene Erkenntnisse aus dem Weg geräumt werden.

Wir werden uns im Folgenden hauptsächlich auf H.M. Enzensberger’s Artikel *»Hitlers Wiedergänger«*[3] beziehen. In ihm ist kaum deutlicher und klarer der Kern jener linken, ›anti-faschistischen‹ Geschichtsrevision benannt. Die Bedeutung jenes Artikels liegt nicht so sehr darin, daß andere linke Intellektuelle (wie Klaus Hartung, Wolf Biermann, Benny Preiser, Dan Diner) diese Argumentation so und vor allem offen aufgegriffen bzw. wiederholt haben. Das Wesentliche an dieser geschlossenen Argumentationskette ist vielmehr, daß sie *die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Irak*, die Faschismus-Analogien, offen aussprach, die andere linke Intellektuelle (oft) unausgesprochen vorwegnahmen. So wurde – um nur an einige Beispiele zu erinnern –

mit dem drohenden Giftgasangriff des Iraks auf Israel an die deutsche Judenvernichtung im 3. Reich erinnert, die Annexion Kuwaits mit dem deutschen Überfall auf Polen 1939 gleichgesetzt oder das inszenierte Ringen der Weltmächte um eine friedliche Beilegung des Golfkonflikts mit der ›Appeasement-Politik‹ der Westmächte gegenüber Nazi-Deutschland verglichen. All diese Faschismus-Metaphern setzten mehr unterschwellig und stillschweigend voraus, daß es sich bei dem irakischen Regime um ein faschistisches handelt, an dem – ohne die eigenen Verhältnisse in Gefahr zu bringen – linke Vergangenheitsbewältigung exekutiert werden kann.

Denn hätten nicht gerade linke Intellektuelle den Irak mit Versatzstücken des deutschen Faschismus angereichert, wäre das irakische Regime eins von hunderten (Militär-)Diktaturen geblieben, die in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht »Bestrafung«, sondern die Anerkennung und Unterstützung jener ›freien Welt‹ verdienen. Um diese Weltordnung nicht zu stören, mußte das irakische Regime aus der Dutzendware westlich-hofierter Diktaturen herausgenommen werden.

Warum folgen wir dieser Argumentation, wo viele von uns – die diesen Artikel gelesen haben – ihn längst als Schwachsinn abgebucht haben?

Es waren – wieder einmal – nicht die leicht erkennbar rechten, reaktionären Argumente, die die Anti-Kriegsbewegung fast völlig auflösten und uns dadurch sehr früh damit konfrontierte, mehr abseits als aus ihr heraus militanten Widerstand zu entwickeln.

Die Argumente von einer neuen Weltfriedensordnung, von einer UN-Mission im Auftrag der Völkergemeinschaft oder gar die Befreiung Kuwaits hatten nicht mehr als die übliche propagandistische Wirkung. Was die Anti-Kriegsbewegung ›zu recht‹ in ihrem pazifistischen Kern traf und uns in mühsame, zweifelnd-suchende Diskussionen verwickelte, waren linke Argumente, die sich auf unsere eigene widerständische Geschichte, auf antifaschistischen Widerstand der 60er und 70er Jahre bezogen. Ihre stärkste Wirkung entfalteten sie da, wo sie erst links antäuschten, um dann ganz rechts einzuspuren. So kritisierten sie zurecht – gerade aus der Erfahrung antifaschistischen Widerstands heraus – die Moral eines »Friedens um jeden Preis«, um selbst zum Schluß zu kommen, daß gerade dieser Krieg der Preis für unseren Frieden hier ist.

An vielen Punkten waren wir mit einer linken Geschichtsrekonstruktion konfrontiert, der wir selten geschichtlich und noch seltener inhaltlich-offensiv etwas entgegensetzen konnten. In diesem Sinne ist unsere Erwiderung auf jene linken Argumente nur der Anlaß, eine

Lücke in der »Doitschstunde« zu schließen – der ausstehende Versuch, den staatsfrommen Faschismusbegriff genauer zu (er-)fassen und damit auch zur Präzisierung unseres eigenen Faschismusbegriffs beizutragen.

Kommen wir zu den wesentlichen Bausteinen linker Geschichtsrevision. Voraussetzung für diesen »antifaschistischen« Kreuzzug in den Orient war, den Irak in die Kulisse des (deutschen) Faschismus zu verwandeln. Schnell entpuppte sich so das irakische Regime als getreue Nachbildung der NS-Herrschaft. Saddam Hussein wurde zum »genuinen Nachfolger« Hitlers ernannt. In den »Millionen von Arabern«[4] entdeckte man die Millionen von Deutschen, die Hitler bedingungslos und blind zujubelten. Die republikanischen Garden wurden zur Nachfolgeorganisation der SS/SA erklärt und der Überfall auf Kuwait reihte sich schließlich und endlich nahtlos in den deutschen Überfall auf Polen ein.

Um den (deutschen) Faschismus exportfähig zu machen, mußte er in Serie gehen: »Hitler war nicht einzigartig. Solange Millionen von Menschen seine Wiederkehr leidenschaftlich herbeisehen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis dieser Wunsch in Erfüllung geht«[5] Zumindest Enzensberger hat sich diesen Wunsch erfüllt – in der Gestalt »Saddam Hussein's als einen Nachfolger Hitlers.«[6] Und auch bei der »Frage der Zeit« hielt sich Enzensberger streng an MEZ (Mitteleuropäische Zeitrechnung). Nicht etwa 1980, als das irakische Militär den Iran überfiel, entdeckten die Enzensbergers »Hitlers Wiedergänger«, sondern 1990, als in der »freien Welt« in einer Art synchronisierten Fassung alle Uhren auf 5 vor 12 gestellt wurden. Solange Hitler deutsches, europäisches Kulturgut ist, bestimmen wir, wann Hitler ausgeführt oder verliehen wird, wohin wir ihn exportieren und wie hoch der Preis sein wird, um ihn wieder zurückzunehmen. Und wie teuer Entsorgung werden kann, weiß mittlerweile jedes – deutsche – Kind. Denn, so Enzensberger: »Von seinen Erfahrungen her dürfte kein Volk so qualifiziert sein wie das deutsche, das zu verstehen, was heute in der arabischen Welt geschieht.«[7]

Daß dies Rassismus pur ist, würde Enzensberger als qualifizierter ›Araberkenner‹ weit von sich weisen; er, der sich und das deutsche Volk auf den antifaschistischen Lehrpfad in den Orient führte. Gerade Enzensberger und andere 68er müßten eigentlich noch wissen, daß die Erfahrung mit Faschismus noch lange nichts darüber (aus-)sagt, was man daraus gelernt, welche Konsequenzen man daraus gezogen hat. Ein wesentlicher Ausgangspunkt der 68er-Bewegung war doch gerade die

Konfrontation mit einem System, mit einer Gesellschaft, die mit der Gründung der BRD, 1948, die eigene Geschichte auf die ›Stunde 0‹ zurückdrehten, um »befreit« von den US-Alliierten und den eigenen geschichtlichen Konsequenzen – einfach wieder von vorne anzufangen! Es waren gerade eins der wichtigsten Ziele und Erfolge der 68er-Kämpfe, jene Herrschaftsstrukturen und Alltagsverhältnisse anzugreifen, denen sich der Faschismus nur bedient hat, und die im Nachkriegsdeutschland zu einem wesentlichen Baustein des ›deutschen Wirtschaftswunders‹ wurden. Daß diese für uns auch heute wichtigen Kämpfe in den 60er und Anfang der 70er Jahre weitgehend in Repression und Integration, in Kriminalisierung und staatlich reguliertem ›Antifaschismus‹ erstickt wurden, daß sich die meisten der damaligen KämpferInnen aus Angst vor Verfolgung, aus Resignation und aufgrund eigener Fehler zurückzogen, daß für viele der daraufhin propagierte »Marsch durch die Institutionen« mit einem gesicherten Platz darin endete, markiert ein Ende jener antifaschistischen Kämpfe.

Das ist noch lange kein Grund, das eigene Scheitern mit dem Krieg gegen »Hitlers Nachfolger«, auf fremdem Territorium, zu kompensieren. War die Unterstützung des Staates Israel die »Wiedergutmachung« der Herrschenden auf dem Hintergrund der militärischen Niederlage des 3. Reiches, so wurde die intellektuelle Kriegsbefürwortung einiger prominenter 68er zu einer Art Wiedergutmachung für die gescheiterte Rebellion gegen das ›Establishment‹.

Daß es aber auch als »Verlierer« noch genug Privilegien in den Metropolen gibt, die verteidigens- und schützenswert sind, dafür stehen Enzensberger und viele andere linke KriegsbefürworterInnen. Wo sonst als in der Ersten Welt findet man soviel Anerkennung und eine jahrhundertelange Tradition, die Lehren aus der eigenen Geschichte an anderen Völkern zu exekutieren. In diesem Selbstverständnis verschwinden nicht nur die Grenzen zwischen den Weltbildern eines G. Bush und eines H.M. Enzensberger. In diesem Denken, das sich überall zuhause und berufen fühlt, verschwinden auch die Grenzen zwischen europäischem (Neo-)Kolonialismus, imperialistischer Weltordnung und (nach-)kolonialistischen Regimen samt (nach-)kolonialistischer Kriege.

Daß der Krieg der deutschen Wehrmacht aus eigener Kraft möglich war, fast jeder Krieg in der Dritten Welt hingegen unter der Opportunität und Schirmherrschaft (ehemaliger) Kolonialherren steht, interessiert einfach nicht mehr. Daß die versuchte militärische ›Wiedervereinigung‹ Kuwaits durch den Irak ohne die auf dem Reißbrett gezogenen Grenzen, ohne die imperiale Aufteilung des einstigen Osmanischen

Reiches durch englische und französische Kolonialmächte (vor allem) nicht verstehbar – der Zweite Weltkrieg hingegen ein Krieg war, bei dem Imperialismen – weitgehend – unter sich blieben, ist nicht einmal der Erwähnung wert. Wer es bis dahin geschafft hat, 500 Jahre (europäischen) Kolonialismus auszublenden, der bringt es auch noch fertig, wie Enzensberger, die »Demütigungen«, die deutsche Reichspolitiker und Industrielle angesichts des Versailler Friedensvertrages empfunden haben, mit der jahrhundertelangen Demütigung der arabischen Völker durch den europäischen Kolonialismus gleichzusetzen, um aus beidem den faschistischen Sud zu kochen, der für Hitler und seine (orientalischen) Nachfolger verantwortlich ist.

Was wäre jedoch eine linke Geschichtsrevision, ohne den geweiteten Blick auf's ganze Volk – ohne den geschärften Blick auf die Massenbasis des (deutschen) Faschismus. Gerade bei der Zerstörung der (Staats-)Legende vom »verführten« Volk, das eigentlich gut und vor allem unschuldig war, bedienen sich Enzensberger u.a. einer radikalen Kritik am bürgerlichen wie kommunistischen Faschismusverständnis.

Er kommt dabei nicht zufällig in den Sog der »Kollektivschuldthese«, der moralischen Flankendeckung der bürgerlichen Extremismusversion. Weil nach Kriegsende offenbar wurde, daß am deutschen Faschismus mehr beteiligt waren als nur die NS-Fanatiker, galten nach dieser These ›alle‹ unterschiedslos als schuldig. Jede Analyse, die Schuld und Verantwortung unterschied, die nach ›mitmachen‹ und ›vorantreiben‹ differenzierte, wurde mit dem Konstatieren allgemeiner Schuld zurückgedrängt. Genau in diese Logik münden Enzensbergers Schlußfolgerungen.

In der Tat: Weder die faschistische ›Machtergreifung‹, noch die 12 Jahre dauernde faschistische Herrschaft sind nur in Opfern denkbar. Weder wurden die Massen nur Opfer der »Verführung« (rechte bis sozialdemokratische Version), noch einfach Opfer des nazistischen Terrors, der faschistischen Gewaltherrschaft (orthodoxe kommunistische Version).

Eine militante Kritik am Faschismus kommt nicht umhin, die Millionen von Menschen (wieder) wahrzunehmen, deren Willen nicht gebrochen werden mußte – sich vielmehr in der aktiven Teilnahme an Kriegsverbrechen, an der Vernichtung von Juden und Jüdinnen, an der Verfolgung und Liquidierung von Oppositionellen, an der Selektion und Ausmerzung »unwerten« Lebens ausdrückte. (Volks-)Massen, die Führerkult, bedingungslosen Gehorsam und soldatische Lebenskonditionierungen nicht als Unterdrückung empfunden haben, sondern als

(Ver-)Sicherung ihrer eigenen autoritären, patriarchalen Lebensvorstellungen. ›VolksgenossInnen‹, die mit rassistischer Ideologie, Auslese und Vernichtung nicht mit Verbrechen verbunden haben, sondern eigene Privilegien (als arisch-weiße Herrenmenschen) – mögen sie innerhalb ihrer eigenen »Rasse« noch so arme Schweine geblieben sein.

Ein radikales Faschismus-Verständnis, das begreift, daß der (deutsche) Faschismus nicht nur mit Terror und Verfolgung (seiner GegnerInnen) an die Macht kam, sondern auch mit der handelnden Zustimmung derer, die von ihrer Klassenlage her, eigentlich oder ›objektiv‹ (gemäß materialistischer, marxistischer Geschichtsauffassung) unversöhnliche Feinde des Faschismus hätten sein müssen.

Die militante Kritik am Volks- wie am kommunistischen Klassenbegriff war und ist gegen zwei Unschuldserklärungen gerichtet. Einmal gegen die reaktionäre, besinnungslose Faschismusversion des Nachkriegsdeutschlands, die mit dem »Rechts- und Linksextremismus« den Untergang der Weimarer Republik begründete. Der ›demokratische‹ Staat und das (Kern-)Volk – sich in der Mitte umeinander scharend – wurden zu unschuldigen Opfern, zur wehrlosen Beute des Terrors von rechts und links – wobei der Sieg des »Rechtsextremismus« – in Gestalt der NSDAP – mehr zufällig, als erklärbar bleiben mußte.

Zum zweiten – und diese Kritik war und ist weitaus wichtiger für unser eigenes, autonomes Geschichtsverständnis – gegen das kommunistische marxistisch-leninistische Faschismusverständnis gerichtet, das im Faschismus nur *»die Herrschaftsform des Kapitals in der Krise«* (Dimitroff), die *»offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, imperialistischen, chauvinistischen Klasse des Finanzkapitals«* (Dimitroff) entdecken konnte.

Versucht die rechte Faschismus-Analyse, die Ursachen und Bedingungen faschistischer Herrschaft an den Rand zu projizieren, so transportiert die kommunistische Faschismusanalyse die ›Schuld‹ daran nach oben, in die Oberklassen. Was sie unfähig macht(e), zu erklären, warum Millionen aus der Arbeiterklasse, aus den Unterklassen die NSDAP wählten, den Krieg gegen die »bolschewistische, jüdische Weltverschwörung« im Innersten begrüßten und mittrugen, warum der antifaschistische Widerstand in der Weimarer Republik scheiterte und der Widerstand gegen die Nazi-Diktatur so marginal blieb.

Abgesehen von Eingeständnissen »strategischer Fehler« wie die Bündnisfrage, die Sozialfaschismusthese etc., konnte die kommunistische Faschismusanalyse nur noch ideologische Verirrungen oder fehlgeleiteten Antikapitalismus als Ursache ausmachen. Was in bezug auf

den weitverbreiteten Antisemitismus auch innerhalb der ArbeiterInnenklasse in der fatalen Einschätzung gipfelte: *»Wer gegen das Judenkapital aufruft ... ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß.«* (ZK-Mitglied Ruth Fischer in ihrer Berliner Rede 1923)[8]. Wobei sich führende Kommunisten und Sozialdemokraten diese Einstellung – trotz Sozialfaschismusvorwurf – einträchtig teilten. »Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle« (Bebel).

Solange diese kommunistische Geschichtsauffassung über eine ökonomische Klassenanalyse die revolutionäre Klasse für bereits ausgemacht hielt, ohne daß deren revolutionären Subjekte etwas davon merkten, mußte deren Verweigerung als ein bloßes ideologisches (Schulungs-)Problem erscheinen. Wer antifaschistisches, revolutionäres Bewußtsein im wesentlichen aus der ökonomischen (Klassen-) Lage mechanistisch ableitet, der kann nicht begreifen, daß *der Kampf gegen den Faschismus gerade kein Kampf um die richtige, bessere Ideologie sein kann, sondern ein Kampf um eine andere soziale Wirklichkeit*, die sich nicht in ideologischen Versprechungen, sondern in den eigenen Kämpfen und Alltagsverhältnissen ausdrücken muß.

Die radikale Kritik an der gesellschaftlichen Basis des (deutschen) Faschismus mündet – für uns – in die Notwendigkeit, *Antifaschismus* eben nicht nur als einen Kampf gegen das »Finanzkapital«, gegen die herrschende Klasse zu begreifen, sondern *gleichermaßen als einen radikalen Bruch mit all den Strukturen und Alltagsverhältnissen*, die auch im antifaschistischen Widerstand der 20er und 30er Jahre weitgehend unangetastet und unangegriffen blieben.

Für Enzensberger dagegen mündet der Verweis auf die gesellschaftliche (Massen-)Basis des Faschismus in den Wunsch nach der eigenen Vernichtung. Nicht den Bedingungen oder Strukturen, aus denen heraus sich diese faschistische Massenbasis entwickeln konnte, sagt er den Kampf an, sondern »ganze(n) Völker(n), die ihr (Hitlers) Kommen herbeiwünschen.«

Nicht entlang praktizierten und versuchten Widerstandes dagegen entwickelt Enzensberger seine Konsequenzen, sondern auf dem Hintergrund seiner Verleugnung macht er aus dem Faschismus eine ›Volkskrankheit‹ -, der von Innen oder gar von Unten nicht mehr beizukommen ist. Die Vorstellung von Befreiung hat nichts mehr mit dem Kampf gegen innere und äußere Herrschaftsverhältnisse zu tun. Enzensberger u.a. können sich ›Befreiung‹ nur noch als inner-imperialistische Segnung, als herrschaftsrationale Selbstreinigung vorstellen und ... herbeisehnen. Ein solches »Volk« ist rettungslos verloren, wenn es da nicht (abonnierte) Befreier gäbe ...

Wer dafür nur in Frage kommt, weiß nicht nur v. Weizsäcker: *»Seit Jahrzehnten haben wir Deutsche amerikanische Bürger unter uns, die fern der Heimat für andere Menschen und Völker eintreten, die in Bedrängnis sind ...«*[9]. Keine anderen Befreier wünscht sich M. Brumlik (Grüner), als er im ehemaligen KBW-Haus in Frankfurt, unter der versammelten Ex-Linken als neue Weltfriedensgarantie die *»Pax americana«* beschwört – die allerdings *»von Europa sozialliberal abgefedert werden muß«.*[10] Daß diese Befreiung was kostet, kündigte/drohte Weizsäcker in derselben Kriegsrede gleich mit an: *»Mein Land weiß – davon bin ich überzeugt – daß Freiheit und Frieden ihren Preis haben. Diese Werte bedürfen des Schutzes und müssen, falls nötig, aktiv verteidigt werden – nicht nur innerhalb westlicher Gesellschaften, sondern weltweit.«*

Da den Preis für unseren Frieden und unsere Freiheit andere zahlen werden, dürfte Enzensberger recht behalten: »Der Preis für die Entfernung Saddam Husseins von der Erdoberfläche wird astronomisch sein ...«[11]. Wer will schon angesichts dieser globalen Erdreinigung kleinlich sein ...

Und damit wären wir wieder im Irak, im Orient, wo erneut ein Volk, oder gar gleich mehrere Völker »befreit« werden mußten. Den noch fehlenden Nachweis, daß sich auch dort die Völker nicht selbst helfen können, hat Enzensberger schnell erbracht. Er (wieder-)entdeckte im Irak, in den arabischen Völkern die (selbst-)mörderische, (deutsche) Volksseele: »In die Geschichte kann ein Hitler, ein Saddam nur dadurch eintreten, daß ganze Völker sein Kommen herbeiwünschen. Seine Macht wächst nicht aus den Gewehrläufen, sondern aus der grenzenlosen Liebe und Opferbereitschaft ihrer Anhänger.«[12]

In Enzensberger's Logik ist der Faschismus ein System, in dem das *Volk* zur Macht gekommen ist, in dem der ›Volkswille‹ diktiert und triumphiert. Daß Enzensberger damit mehr der faschistischen Stürmerpropaganda folgt, als der *Wirklichkeit* faschistischer Machtergreifung, stört ihn nicht. Im Gegenteil: er stellt sie lauter, damit sie alles übertönt! In Enzensberger's Volksdiktatur muß alles wirklich werden, was *so* nur faschistische Ideologie blieb. Nur indem er diese selbst reproduziert, kann er leugnen, daß die Nazis *ohne* die massive Unterstützung führender Repräsentanten der Weimarer Republik nicht an die Macht gekommen wären. Nur indem er die faschistische Rhetorik vom Volkswillen wiederholt, kann er leugnen, daß es eine starke Opposition gegen die Restauration des Kapitalismus, gegen die Machtergreifung der NSDAP gab. Eine Opposition, die von bürgerlicher und faschistischer Seite gleichermaßen bekämpft, bzw. zerschlagen wurde.

Wenn jemand Hitler und dem Nationalsozialismus den Weg geebnet hat, dann zuallererst die politischen Repräsentanten der Weimarer Republik, die deutsche Wirtschaft, die deutsche Reichswehr und eine ›wilhelminische‹ soldatische Lebenshaltung. Nach dem Ende des 1. imperialen Krieges 1918 rief das »Volk« nicht nach dem Führer, sondern nach radikalen gesellschaftlichen Veränderungen, nach einem Bruch mit einem kapitalistischen System, das für Hunger, Unterdrückung und Krieg verantwortlich war. 1918/1919 ging das »Volk« für eine Räterepublik auf die Straße. Nicht das »Volk« rief daraufhin nach Ruhe und Ordnung, sondern jene deutsch-nationalen bis sozialdemokratischen Machtpolitiker, die mit Schießbefehl, Polizei und paramilitärischen Einsätzen den Aufstand im Blut ertränkten. Diese blutige Niederschlagung, die gewaltsame Restauration dieser kapitalistischen Nachkriegsordnung, war eine der wesentlichen Bedingungen für das Erstarken der nationalsozialistischen »Bewegung«. Wenn jemand diesen »VolksgenossInnen« den Weg freigeschossen hat, dann vornweg die politischen, ökonomischen und militärischen Repräsentanten jener Weimarer Republik.

Erinnert sei nur an die ganze Breite ›demokratischer‹ Repression, die mit den Kämpfen der 20er und Anfang der 30er Jahre einherging – die Ermordung der Münchner Räterepublikaner (1919), von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (1919), das Blutbad an den Aufständischen in Berlin auf Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Noske (»Einer muß ja der Bluthund sein«), das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Garden durch eine SPD-Koalition (1930), die Demonstrationsverbote und Verhaftungen, den Blut-Mai 1929 in Berlin, als die Polizei unter dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel 31 Arbeiter erschoß, die parlamentarische Einübung der Diktatur mithilfe des Ermächtigungsparagraphen 48 (1930).

Anstatt diese Kämpfe in Opposition zu dem sich formierenden völkischen ›wir‹ zu stellen, kommentiert er ihre Zerschlagung mit Schweigen. Mit der Verleugnung dieses Widerstandes verschafft Enzensberger der faschistischen Gleichung »*Ein* Volk, *ein* Reich, *ein* Führer« die Eindeutigkeit und Einstimmigkeit, die er selbst braucht, um darüber »ganze Völker« zum Teufel zu wünschen. Ein Wunsch, den er den Völkern selbst von den Lippen abliest: »Was die Deutschen begeisterte, war nicht alleine die Lizenz zum Töten, sondern mehr noch die Aussicht darauf, selbst getötet zu werden. Ebenso inbrünstig äußern heute Millionen von Arabern den Wunsch, für Saddam Hussein zu sterben.«[13]

Wer Faschismus zur Volkskrankheit erklärt, der leugnet nicht nur dreist den Widerstand dagegen, der rechtfertigt im Nachhinein nicht

nur seine ›demokratische‹ Zerschlagung. Der verschafft sich zugleich die Lizenz zum Völkermord. Daß dies keine wahnwitzige Schlußfolgerung ist, sondern blutiger Ernst, belegt Enzensberger selbst: *»Dieses Fortleben* (Hitlers und dessen Nachfolger, d.V.) *beweist, daß wir es nicht mit einer deutschen, nicht mit einer arabischen, sondern mit einer anthropologischen Tatsache zu tun haben.«* [14] Es bleibt hier nur angerissen, daß dieser anthropologische Faschismusbegriff ›linke‹ Vernichtungsphantasien freisetzt, die selbst die nazistischen Welteroberungspläne rechts überholen. So wünschte sich W. Pohrt in seinem Kriegsbeitrag, daß ein irakischer Giftgasangriff auf Israel mit einem *»atomaren Gegenangriff«* [15] beantwortet wird. Lauter kleine Schwarzkopf-Imitate im intellektuellen Gefechtsstand. Dagegen nimmt sich W. Biermann's Anliegen geradezu bescheiden aus. Er erklärte nur Saddam Hussein und – wo mann gerade dabei ist – »seine(r) kriegsbegeisterte(n) Bande«[16] den Krieg. Es blieb der Phantasie der LeserInnen überlassen, wieviele »zivile Ziele« dies miteinschloß.

Ist der Faschismus erst einmal seiner kapitalistischen, rassistischen und europäischen Ursprünge und Bedingungen beraubt, kann man ihn geradezu beliebig in die Völker der ›Dritten‹ Welt verpflanzen. Daß dann Krieg und Vernichtung nicht mehr von der ›Ersten‹ Welt, vom »zivilisatorischen Westen« (Dan Diner) ausgehen, sondern von den »Völkern des Nahen Ostens«[17], von der »arabischen Welt«[18], versteht sich bei diesem anthropologisch-verkleideten Rassismus von selbst. Der Vernichtung durch Arbeit (›Erste‹ Welt) folgt Befreiung durch Vernichtung (›Dritte‹ Welt).

Damit ist aber nicht jedes Volk gemeint, schon gar nicht die ›europäische Völkergemeinschaft‹. Glück gehabt. Denn, so Enzensberger: »Die Bedingung dafür, daß er (Hitlers Nachfolger, d.V.) Anhänger findet, die sich nach dem Untergang sehnen, ist das Gefühl einer langandauernden kollektiven Kränkung, die das Selbstwertgefühl von Millionen bis auf den Grund zersetzt.«[19]

Diese Kränkung, diese Demütigung sucht Enzensberger selbstverständlich nicht in Europa, nicht in der Ersten Welt, sondern unter den arabischen Völkern. Er weiß um den privilegierten Standort Europa – und er weiß ihn zu verteidigen. Denn mit dem unausgesprochenen Wissen, daß diese »Demütigung« kolonialen, europäischen Ursprungs sind, kündigt sich bereits die Auslöschung an. Denn Enzensberger und andere erklären gerade nicht den Ursachen dieser »Demütigungen« den Krieg, sondern denen, die sie artikulieren. So erklärt sich auch, warum Enzensberger in der englischen Kriegsbegeisterung für den Falkland-Krieg oder in der (angeblich) überwältigenden Zustimmung

der amerikanischen Bevölkerung für die Grenada- oder Panama-Invasion eben nicht denselben Wunsch entdeckt, für M. Thatcher oder für R. Reagan zu sterben, warum er in dieser europäischen abendländischen Kriegsbegeisterung nicht denselben fanatischen Haß entdeckt, alles mit sich in den Abgrund zu stürzen. In der Regel sterben in diesen abendländischen Kriegen meist andere (Völker). Und in der Tat nährt sich die Kriegsunterstützung hier in Europa nicht aus Gefühlen der Erniedrigung, sondern aus Gefühlen nationaler Überlegenheit. Daß Enzensberger für diese ganz normalen rassistischen Motive Sympathien hat, für die Kränkungen und Demütigungen der arabischen Völker nur Hitler und damit die Gelegenheit ihn samt Volksbasis »von der Erdoberfläche« zu entfernen, dafür steht sein ganzer intellektueller Begleitschutz für den Golfkrieg und weitere geradezu vorprogrammierte »Befreiungskriege«.

Nichts macht den Siegern und (Kriegs-)Gewinnern dieser Weltordnung mehr Angst als die »ewigen Verlierer«. Daraus macht Enzensberger keinen Hehl und schon gar kein Geheimnis: *»Ewige Verlierer gibt es in allen Himmelsrichtungen. Unter ihnen nimmt das Gefühl der Demütigung und die Neigung zum kollektiven Selbstmord mit jedem Jahr zu.«* [20] Daß sich diese »ewigen Verlierer« nicht selbst umbringen, sondern nachgeholfen werden muß – dafür wird nicht nur intellektuell ge- und vorgesorgt.

Es ist gerade dieser Horror vor den »ewigen Verlierern«, den sich Enzensberger mit vielen Ex-Linken in der BRD und Europa teilt. In den Metaphern vom »orientalischen Despoten« (Dan Diner), von Hitlers Nachfolgern und todessehnsüchtigen arabischen Völkern drückt sich in entstelltester Form das (schlechte Ge-)Wissen jener linken Intellektuellen aus, daß 500 Jahre europäischer Kolonisation eben nicht nur Erniedrigungen und Ohnmacht auslösen, sondern auch verzweifelte Wut und kalten Haß auf jene Erste-Welt-Herrenmentalität, die nicht nur materiell, sondern auch intellektuell davon profitiert. Eine Wut, ein Haß, der sich aller Erfahrung nach, nicht der chirurgischen Präzision europäischer Kriegs«kunst« bedienen kann. Eine jahrhundertelang erzeugte Ohnmacht, die gerade keine Wahl hat, sondern sich oft der letzten (verbliebenen) Mittel bedient (wie z.B. in dem »Krieg der Messer« in Palästina), um sich zur Wehr zu setzen.

Es ist eine berechtigte Annahme, daß die lasergestützten Marschflugkörper und die computergesteuerten Raketen und Bomben – aller Berechnung nach – nicht in Deutschland einschlagen, nicht das ›Dach des europäischen Hauses‹ durchschlagen werden. Das läßt ruhig schlafen – hier. Die Angst vor einem »(atomaren) Schlachtfeld Europa« aus

den Zeiten der Friedensbewegung Mitte der 80er Jahre ist endgültig gebannt – und damit die Angst, daß der Preis für die eigenen Privilegien (ins emphatische, aufklärerische übersetzt: *für die Freiheit*), das eigene Leben fordern könnte und nicht – wie in Europa üblich – das anderer Völker. Was der Golfkrieg schon lange nicht mehr auslöst, das schafft immerhin die Vorstellung von den »ewigen Verlierern«, die sich bis zur ›europäischen Festung‹ durchschlagen (könnten).

Intellektueller Ausnahmezustand. So z.B. bei H. Gremliza (Konkret), der sich das intellektuelle, geradezu spielerische Vergnügen leisten kann, »das Schreckliche, das jetzt geschieht, (als) das jetzt Richtige« zu entdecken. »Richtig falsch« eben (so der Titel seines Kriegsbeitrags in KONKRET 3/91). Zwar ist er noch Kopf genug, zu erkennen, daß es »den USA und ihren nördlichen Verbündeten ganz platt um »unser Öl« (geht) und um das, was G. Bush die »Neue Weltordnung« nennt, die anstandslose Unterordnung der drei hungernden Kontinente unter die Prinzipien und Interessen der führenden imperialistischen Staaten«. Doch was ihn wirklich um den Verstand bringt, ist die berechtigte Angst, daß diese Menschen in den drei hungernden Kontinenten nicht nur – geduldig – verhungern, sich nicht nur lautlos totbomben lassen, sondern zurückschlagen werden. Diese Vorstellung versetzt Gremliza in geradezu fiebrige Alpträume. Denn der erfolgreiche Golfkrieg des »Vereinigten Norden« gegen den Süden wird Menschen zurücklassen, *»die aus Saddam Hussein's Ende die Lehre ziehen werden, daß der Krieg besser nicht im eigenen Land und in dessen Region geführt, sondern in die Metropolen getragen wird. Was terroristische Kriegsführung vermag, wird sich zeigen, wenn sich nicht versprengte Grüppchen ihrer annehmen, sondern halbe Kontinente: heute ein Giftgasanschlag auf einen Kinderhort in Frankfurt, morgen eine Bombe im Atomreaktor von Stade, da wird sich mancher Bundesanwalt noch nach den chirurgischen, Zivilisten weitgehend verschonenden, Operationen der guten alten RAF zurücksehnen.«* [21]

Ganz in diesem Sinne legt das ›Journal Frankfurt‹, in das das Ex-Spontiblatt ›Pflasterstrand‹ aufging, in seiner Ausgabe vom Februar 91 nach. Illustriert mit einer Rhein/Main-Karte, aus der sich in kräftigblutigem Rot nummerierte Fähnchen abheben, werden 30 potentielle Terrorziele angeboten. Zwar fehlt Gremliza's Kinderhort, aber ansonsten ist noch genug dabei, worauf man alleine nicht gekommen wäre. Vom Fernmeldeturm, über die Music Hall bishin zum Brunswick Bowlingzentrum. Und da ja mittlerweile nicht nur Hitler, sondern mit ihm der europäische Antisemitismus exportfähig geworden ist, dürfen bei der ganzen Aufstellung »jüdische Einrichtungen«, mit der Fähnchen-

nummer 17, nicht fehlen. Den heimtückischen, fanatischen Arabern ist einfach alles zuzutrauen.

Bleiben wir bei den »arabischen Völkern«. Sicherlich, viele Ex-Linke tragen schon lange nicht mehr ihr Anliegen oder gar ihren Protest auf die Straße, sondern gutbezahlt in die herrschenden Redaktionsstuben und Fernsehstudios. Gerade ihr Wissen und ihre Erfahrungen machen ihre einstige Opposition zu einer gewinnbringenden Jugendsünde. Und sicherlich muß es gerade Ex-68ern ganz besonders schwer fallen, die Motive von 100.000en demonstrierenden AraberInnen zu verstehen, wo sie doch angesichts weit geringerer staatlicher Androhungen und persönlicher Risiken resigniert aufgegeben, sich mit den einst bekämpften Verhältnissen arrangiert haben. Da bereiten die größten Militärstaaten der Menschheitsgeschichte in aller Ruhe und Öffentlichkeit einen Krieg »am anderen Ende der Welt« vor, gegen einen Feind, der nicht die geringste (militärische) Chance hat – und trotzdem haben Millionen von arabischen Menschen die Stirn, diesen imperialen Weltmächten den (politischen) Kampf anzusagen, indem sie sich (symbolisch) auf die Seite der »ewigen Verlierer« stellen. Das kann vor allem jenen nur selbstmörderisch vorkommen, die sich selbst rechtzeitig auf die Seite der Gewinner geschlagen haben.

Vor die eigene Wahl gestellt, zwischen Imperialismus und einer Diktatur à la Saddam Hussein entscheiden zu müssen, entscheidet sich auch Reemtsma, den wir als scharfsinnigen und kompromißlosen Faschismusanalytiker schätzen gelernt haben, nicht gegen beide/jede Form von Herrschaft, sondern für die sichere, überlegenere. Auf den Golfkrieg bezogen, meinte Reemtsma, daß ihm die Parole *»Amis raus aus Saudi-Arabien!« unbehaglich (ist), (weil) man nicht recht weiß, was man den Einwohnern der betreffenden Region wünschen möchte: von den USA oder von Saddam Hussein dominiert zu werden. Ich persönlich zöge ... die erste Wahl vor.«* [22]

Diese Unbegreiflichkeit produziert nicht nur bei Enzensberger ein »intellektuelles Vakuum, das sich dann mit beliebigen Versatzstücken aus der jeweiligen Tradition auffüllen läßt.« Was Enzensberger eigentlich als Charakteristika auf seine Saddams und Hitlers projiziert, beschreibt eigentlich nur seine eigene Methode. Erst exportiert er sein eigenes »intellektuelles Vakuum« in den Orient, füllt es dort mit geschichtlichen Versatzstücken von hier, um dann dort, auf den Straßen, in Interviews das rauszuhören, was er vorher reingesprochen hat: »Jedes zweite Interview, das zwischen Rabat und Bagdad gemacht wird, mußte ihm (dem deutschen Volk, d.V.) wie ein Echo seiner eige-

nen Stimme in den Ohren dröhnen. »Wir wollen weitermarschieren, bis alles in Scherben fällt«. Das Ausradieren der Städte, der fanatische Haß, das »gigantischste Ringen aller Zeiten«, Endkampf, Endsieg ...«[23] Was Enzensberger hier nicht mehr sehen will, verschubt er in den Orient. Gigantische Militär- und Vernichtungsmaschinerien, rassistischer Überlegenheitswahn, imperiale Herrenmentalität, hochtechnisierte Selbstzerstörungsprozesse.

Es muß unerträglich sein für linke Intellektuelle, einen imperialen Krieg zu unterstützen, zur Befreiung anderer Völker, und die Völker wehren sich dagegen. Da hilft nur noch eins. Man verwandelt den ganzen Orient in ein gigantisches Aufmarschgebiet für einen nazistischen, fanatisierten »Volkssturm«. Daß fast alle Massendemonstrationen in Marokko, Tunesien, Jordanien, Syrien, in der Türkei oder Ägypten zuallererst gegen den verhängten Ausnahmezustand, gegen staatliche Demonstrationsverbote durchgesetzt werden mußten, d.h. gegen die eigenen diktatorischen Regime gerichtet waren, interessiert einfach nicht mehr. Und noch weniger die Tatsache, daß die Sympathiekundgebung nicht einem (anderen) Diktator galten, auch nicht einer regionalen Besatzermacht (es gab keine arabischen Sympathiekundgebungen aufgrund der Besetzung Kuwaits), sondern einem arabischen Land, das erkennbarerweise in die Steinzeit zurückgebombt werden sollte.

Das, was so viele Menschen in (anderen) arabischen Staaten auf die Straße trieb, waren eben nicht nationalistische Gefühle, schon gar nicht die Identifikation mit einem arabischen Nationalstaat. Es war das Wissen, daß sie – über die vom europäischen Kolonialismus gezogenen Grenzen hinweg – gemeinsame Geschichte und Erfahrung teilen. Daß sich die jordanische, irakische oder marokkanische Bevölkerung weniger über den ihnen aufgezwungenen Nationalstaat definiert, als über eine kulturelle Geschichte, die quer aller nationaler Grenzziehungen verläuft, ist für linke Nationalstaatler hier nicht mehr nachvollziehbar. Sie, die Deutschland als verteidigungs- und schützenswerte Heimat wiederentdeckt haben und damit ihren einstigen Internationalismus in imperiale Befreiungsgesten umgerüstet haben. So muß es ihnen ganz und gar schwerfallen, zu kapieren, daß es noch mehr gibt, als nationale Identität – eigene kulturelle Werte und Lebensvorstellungen, die trotz aller gewaltsamen Kolonialakte und ›Zivilisierungen‹, trotz der damit einhergehenden »inneren Kolonialisierung« (Fanon) zwar deformiert, aber nicht völlig ausgelöscht werden konnten. Eine gemeinsame (Kultur-)Geschichte, die sie eint in der Erfahrung europäischer/imperialistischer Großmachtpolitik, samt deren jahrzehntelangen Einmi-

schungen, Ausplünderungspraxis und verlogenem christlich-abendländischen Geschwätz.

Doch gegen die Möglichkeit eines reaktionären Kulturalismus gewendet, müssen wir – sichernd – hinzufügen, daß damit nicht ›die arabische Identität‹ gemeint ist. Weder gibt es diese, noch die als metropolianisches Spiegelbild entworfene ›europäische Identität‹, mit der die Festung Europa kulturideologisch verteidigt und nach außen abgeschottet werden soll. Was wir mit der (Rück-)Besinnung auf eigene kulturelle Wurzeln und soziale Lebensvorstellungen meinen, ist der vorläufige und hier nicht weiter auszuführende Versuch, festzuhalten, daß die politischen und sozialen Vorstellungen vieler (Oppositions-)Bewegungen in der (arabischen) Welt weder mit europäischen Nationalismen, noch mit europäischen, linken Befreiungsideologien zu begreifen sind (was sich u.a. in unserer Fremdheit und Unwissenheit gegenüber islamischen, fundamentalistischen (Oppositions-)Strömungen ausdrückt). Was hier mit dem Kampf um »kulturelle Hegemonie« (Gramsci) nur angedeutet bleibt, sagt weder etwas aus über deren ›befreienden‹ Charakter, noch über deren unterschiedliche gesellschaftliche und machtpolitische ›Übersetzungen‹.

Die Angst in Europa vor der ›Arabischen Gefahr‹ (nach dem Ende der ›Roten Gefahr‹) ist auch die Angst vor der radikalen Infragestellung eines europäischen Kulturimperialismus, der in der behaupteten Universalität seiner angeblich zivilisatorischen Werte, gerade mit der ›linken‹ Golfkriegsbefürwortung, eine ideologische Renaissance erlebt.

Eine Angst, in der sich das nie ganz bezwungene Wissen von der historischen Legitimität einer potentiell über arabische Nationalstaaten hinausgehenden ›anti-westlichen‹ Politik ausdrückt. Die leise Ahnung, die ganze abendländische Selbstinszenierung könnte in sich zusammenstürzen, wenn tatsächlich eine arabische Oppositionsbewegung entstünde, die in den christlichen Kreuzfahrern, in den (französischen/englischen) Kolonialtruppen, in den westlichen Imperialmächten – nachdrücklich präsent zuletzt im Kostüm des Befreiers – *ein und denselben* Feind entdecken würde.

So sehr auch linke Intellektuelle unermüdlich bemüht waren, die Massenkundgebungen für den Irak mit der Unterstützung für einen Diktator gleichzusetzen, so sehr äußerten sich darin eigene (europäische) Nationalismen – so wenig die »arabischen Völker« selbst.

Es gehört schon eine enorme geschichtliche Anpassungsleistung dazu, den Opfern des europäischen Kolonialismus auch noch die nationalistische und rassistische Gesinnung europäischer Siegermächte in den Mund zu legen.

Bleibt noch die Frage offen, warum linke Intellektuelle erst jetzt die Verletzung und Mißachtung, den eklatanten Bruch des »Völkerrechts« mit militärischen Mitteln »bestraft« sehen möchten.

Lassen wir einmal bei der Suche nach einer Antwort beiseite, daß es diesen linken Exekuteuren des Völkerrechts nicht einmal mehr der Erwähnung wert ist, daß in der UNO keine Völker vertreten sind, sondern eine ganz gewöhnliche Mischung aus (gewählten) Regierungen, Diktaturen und Marionetten-Regimes. Tun wir einfach mal so – wie diese linken Intellektuellen – daß das entscheidende Gremium, der Weltsicherheitsrat, die ›Völkergemeinschaft‹ repräsentiert und eben nicht ein illegitimer, sich selbst ernannter Haufen aus Ex-Kolonialmächten (England, Frankreich) und den drei Hegemonial- und Weltmächten (China, USA, UdSSR), gegen deren Vetorecht nichts läuft – selbst wenn sich die ganze Welt auf den Kopf stellt, d.h. in diesem Fall ca. 150 UN-Staaten. Nehmen wir also einfach mal an, die UN-Charta sei der Maßstab für ein weltweites »System kollektiver Sicherheit« (D. Senghaas)[24]

Dann wäre zumindest gerechtigkeitshalber die Frage zu stellen, warum dieselben Kriegsbefürworter nicht schon lange – und falls sie wahlweise die UN-Charta oder die lange Liste völkerrechtswidriger Aggressionen erst jetzt entdeckt haben – bzw. nicht spätestens jetzt einen UN-Militäreinsatz gegen den NATO-Partner Türkei fordern, der seit Jahren einen Teil Zyperns besetzt hält, oder gegen das US-alliierte Königreich Marokko, das seit 1976 Westsahara okkupiert hat, oder gegen das einstige »Terrorismus-Ausbildungslager« und nun golfkriegsverbündete Syrien, das seit Jahren Teile vom Libanon besetzt hält oder gegen Israel, das seit 1967 ägyptisches, syrisches und jordanisches Land besetzt bzw. annektiert hat?

Oder, nochmals anders gefragt: Was unterscheidet völkerrechtlich die Besetzung Kuwaits von der US-Invasion in Panama oder Grenada (um nicht die insgesamt ca. 200 US-Überfälle in aller Welt aufzuzählen), von der Bombardierung lybischer Städte durch amerikanische Kampfbomber (1984), oder von der Verminung nicaraguanischer Häfen (1984) im Rahmen des nicht-erklärten Krieges der USA gegen das sandinistische Nicaragua?

Was macht völkerrechtlich den Unterschied aus zwischen einem Saddam Hussein und einem König Hassan, einem Ministerpräsidenten Özal, einem Ministerpräsidenten Begin oder einem R. Reagan (samt deren genuinen NachgängerInnen – ohne die vielen Pinochets, Marcos und Francos zu erwähnen?). Wie schaffen es diese Menschenrechtskrieger Saddam Hussein als »Feind des Menschengeschlechts«, als

»orientalischen Despoten« den Krieg zu erklären, während sie mit anderen Völkerrechtsverbrechern zusammen, das Völkerrecht »verteidigen«?

Während die meisten von ihnen wortreich ihre Kriegsbefürwortung gegen den Irak begründen, befällt sie bei diesen Fragen eine auffällig, akute (Taub-)Stummheit. Man kann es als Verdienst Enzensbergers ansehen, daß er auf diese Fragen eine unmißverständliche Antwort gibt, wozu seine KollegInnen schlichtweg zu feige sind. *»Im Unterschied zu Figuren wie Franco, Batista, Marcos, Pinochet und einem halben hundert ihresgleichen ... hat es Saddam Hussein nicht nur darauf abgesehen, ein Volk zu unterdrücken, zu beherrschen, auszubeuten ... Alleinherrscher dieser Sorte gehören zum Repertoire der Geschichte, ja man ist versucht zu sagen, zur Normalität der Staatenwelt ... Ihr Vorgehen (gehorcht) einem Interessenkalkül und das macht sie ihrerseits kalkulierbar.«* [25]

Man kann kaum treffender aussprechen, womit sich Enzensberger und viele andere linke Kriegsbefürworter längst abgefunden haben, womit sie längst gut leben können. Herrschaft, Unterdrückung, Ausbeutung sind keine Kriegserklärung gegen die Menschheit – sie gehören zur »Normalität der Staatenwelt«, zu ihrer eigenen Normalität. Man kann leicht erahnen, daß sie diese »Normalität« nicht als Opfer oder »ewige Verlierer«, sondern als Gewinner gut aushalten (können). Ihr Kampf zielt nicht mehr auf die Unbeherrschbarkeit dieser Weltordnung, ihre Sorge und Anstrengung gilt deren Beherrschbarkeit, deren Kalkulierbarkeit, deren Rationalität. Aus der »Ästhetik des Widerstands« (Peter Weiss) wurde Herrschaftsethik. »Hitler und seine Nachfolger« stehen in dieser Herrschaftslogik für das Unkalkulierbare, für das-außer-Kontrolle-geratene, für das Wahllose, das nicht mehr bestimmte, sondern jedeN treffen und zerstören kann. »Er (Hitler/Hussein) kämpft nicht gegen den einen oder anderen innen- oder außenpolitischen Gegner; sein Feind ist die Welt. Gründe werden gesucht, wo sie sich finden. Wer bei der Vernichtung zuerst an die Reihe kommt, hängt nur von der Gelegenheit ab, die sich bietet.«[26]

Darin liegt der ganze Kern herrschaftsförmiger Faschismus-Kritik. *Kritisiert werden nicht mehr die notwendigen Schritte zur Aufrechterhaltung von Herrschaft, sondern die unnötigen Opfer; kritisiert wird nicht mehr ein Staatsterror, der gezielt und berechenbar auch jene trifft, die tatsächlich in Opposition stehen, sondern dessen mögliche Wahllosigkeit und Beliebigkeit.* Diese macht verständlicherweise vor allem jenen Angst, die normalerweise nicht zu den notwendigen Opfern gehören. *In ihrer Kritik am (deutschen) Faschismus geht es ihnen um die Minimie-*

rung unnötiger, unschuldiger Opfer (wie Sinti und Roma, Juden und Jüdinnen, Schwule, Transvestiten ...), d.h. um ein Maximum an chirurgischer Zielgenauigkeit und staatlicher Gewalt zur Aufrechterhaltung von Herrschaft. Eine friedliche, zivile Version chirurgischer Kriegsführung.

Zu diesem Faschismus-Begriff gehört notwendig die Dämonisierung eines »Hitlers«, dessen Aussperrung aus dem Menschheitsgeschlecht, um die Verhältnisse, für die er nur ein Ausdruck war, zum Verschwinden zu bringen. Normale Verhältnisse, die einen »Hitler« heute nicht *unmöglich*, sondern nur *überflüssig* machen. Denn die Irrationalität ›unnötiger‹ Opfer im (deutschen) Faschismus kann nicht die Rationalität und Normalität nazistischer Ziele ausblenden. Der imperiale Kampf um »Lebensraum im Osten« war keine verrückte Idee der Nazis, sondern nur die konsequente Fortsetzung europäischer/imperialer Kolonialpolitik.

Die Verfolgung von KommunistInnen, SozialistInnen und AnarchistInnen war keine nazistische Besonderheit in Europa, sondern abendländischer, zivilisatorischer Standard. Die Ausplünderung des eigenen Volkes und anderer Völker war keine Spezialität des Nazi-Regimes, sondern gemeinsame Grundlage europäischen Reichtums. Die Judenverfolgung war ganz und gar nichts ›Singuläres‹ im demokratischen Europa, sondern nur der christlichste aller europäischen Rassismen (was allerdings nichts von der Einmaligkeit industrieller Vernichtung von Jüdinnen und Juden durch die Nazis einebnet!). Wenn also das demokratische Europa dem Naziregime erst den Krieg erklärt hat, als es für die meisten schon zu spät war, dann ganz und gar nicht aus falscher Friedfertigkeit und schon gar nicht zur »Förderung der Besinnung«, wie Klaus Hartung z.B., der es als 68er mal besser gewußt hat, die Motive für die Zugeständnisse und Geschenke des demokratischen Europas an das Nazi-Regime umschrieb (in: »Zweites München für Hussein«, taz).

In der »Appeasement-Politik« europäischer Staaten drückte sich eben nicht eine falsche Analyse, sondern die tiefe Übereinstimmung vieler europäischer Regierungen mit der Ideologie, der Ökonomie und den politischen Zielen des Nazi-Regimes aus. Erst als sich die kriegerische Bedrohung nicht mehr nur gegen den Osten, gegen die gemeinsame »rote Gefahr«, gegen die »jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung« richtete, sondern gegen das eigene Lager, wurde plötzlich aus dem hofierten und umworbenen Staatsmann Hitler (die von keinem einzigen europäischen Land boykottierte Olympiade 1936 im Nazi-Deutschland steht hierfür symbolisch) ein unkalkulierbarer,

wahnsinniger Tyrann. Jede Ähnlichkeit mit der Krankheitsgeschichte Saddam Husseins ist rein zufällig.

Den »Westen verstehen« – abendländische Nach(t)gedanken

In seinem Beitrag *»Den Westen verstehen«,* erschienen im Kursbuch 104, bemüht sich Dan Diner, den Krieg der »USA und ihrer Koalitionäre« durch den Verweis auf die Qualität angelsächsischer, universalistischer Werte als gerechtfertigt zu zeigen und gleichzeitig die zum damaligen Zeitpunkt deutlichen Anti-Kriegs-Töne in der BRD als überkommene, linksdogmatische Haltung bloßzustellen, hinter der sich die Ressentiments nur mühsam verbergen. Dementsprechend denunziert er den »Hohn und Spott mit dem der amerikanische Anspruch überschüttet wird, der Krieg gegen Saddam Hussein werde universeller Prinzipien wegen geführt« als die Fortführung des nationalsozialistischen Überlegenheitsbewußtseins gegenüber »westlichem Rationalismus, Utilitarismus und Profitdenken« ... – denen damals, »auf dem Feld der Ehre der Prozeß gemacht werden sollte.«

Dem »Sonderweg der Deutschen« – die Diner als Kollektiv, da links und rechts zur »bloße(n) Richtungsanweisung im Straßenverkehr« reduzierbar wird, auch nicht weiter differenziert – steht der angelsächsische Westen gegenüber. Dieser ist, erst einmal durch die Dekontaminierungsdusche Dinerscher Plausibilität gezogen, wieder wertvoll.

Zum Beispiel so: *»Der kriegerischen Intervention der Vereinigten Staaten und ihrer Koalitionäre hingegen war es bei weitem weniger um den konkreten Ölreichtum gegangen, vielmehr um die völkerrechtlich gestützte Verteidigung des Eigentumsprinzips in der Wiederherstellung der Staatlichkeit Kuwaits.«* Ungewollt schleicht sich Wahrheit in den Satz: genau um die Herstellung der Staatlichkeit Kuwaits durch kriegerische Intervention ging es *wieder*, wie beim ersten Mal, als der Staat von einer ähnlich zusammengesetzten Koalition erstmals abgesteckt wurde. Schon damals mit dem Grundgedanken, die Ausbeutungsverhältnisse mit dem formalen Staatsrecht in Übereinstimmung zu bringen, das heißt, den Zugriff auf's Konkrete langfristig zu sichern, ohne in Widerspruch zum edlen völkerrechtlichen Prinzip zu geraten.

Aber wer Uneigennützigkeit in westlichen Bestrebungen sucht, der weiß sie auch zu finden: »Die traditionelle amerikanische Politik des ungeteilten Weltmarkts garantierte in der Vergangenheit mancherlei staatliche Existenz, die ansonsten von annexionslüsternen Nachbarn längst verschlungen worden wären.« Bisweilen garantierte sie, die traditionelle amerikanische Politik, die staatliche Existenz nicht nur, sie füllt sie, mit Hilfe eines ortsansässigen Hampelmanns gleich selbst aus.

Oder sie garantierte zumindest den, vor Revolution wie anderem Unbill geflohenen Großgrundbesitzern und Repräsentanten, daß sie vom Nachbarstaat aus, die Reannexion vorantreiben konnten ...

So einfach funktioniert das alles heute auch nicht mehr. Die Spielregeln der Destabilisierung und Beeinflussung unterliegen dem Wandel der Zeit. Geht es jedoch um die Tendenz eines moralischen Urteils traditioneller imperialistischer Politik, so ist zumindest sicher, wie es *nicht* ausfallen würde.

»Es reicht einfach nicht mehr aus, in gleichsam theologischer Manier die Akteure politischen Handelns in gut und böse zu scheiden, ausschließlich dem Westen das historische Kainsmal aufzubrennen und alles Licht sein zu lassen, was sich gegen ihn erhebt.«

Abgesehen davon, daß man schlecht »dem Süden« für die letzten 500 Jahre Weltgeschichte das »Kainsmal aufbrennen« kann, letztlich historische Verantwortung sehr wohl ihren Ort hat, ist die schlichte Zweiteilung in gut und böse allerdings absurd. Wieso aber die Umkehrung – der zivilisierte Westen – wo dagegen doch viel mehr spricht als nur die Tatsache, daß alles komplizierter geworden ist.

Die zuvor kritisierte »theologische Manier« ist seine eigene. Umstandslos werden »die USA ein durchaus aktiver Beschleuniger im Dekolonisationsprozeß«. Jedmögliche Differenzierung nach wann, wo oder warum bringt diesen Versuch zum Scheitern, den behaupteten Utilitarismus über ein historisches Argument zu verifizieren. Immerhin fällt Diner auf, daß die USA »den bürgerlichen Universalismus notfalls auch mit Gewalt« durchsetzte, um nicht ohne Bedauern festzustellen: »Dies mochte im eigenen Hinterhof zu recht beklagenswerten Erscheinungen führen«. So schnell geht's, und der Unfug der Zeilen vorher wird offenbar. Lassen wir für einen Moment die Wut über soviel Zynismus beiseite und beobachten, wie soeben die Existenz von drei bis sieben amerikanischen Staaten in einem US-amerikanischen Hinterhof ohne jeden Anführungsstrich aufgegangen ist.

Uns, die wir die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nach wie vor mit Faschismus zusammenbringen, wird die Hoffnung zuteil, daß wir begreifen *»worin der so leichtfertig und gern übersehene Unterschied zwischen der auf Tauschform beruhenden bürgerlichen Zivilisiertheit und einer auf unmittelbarer Gewalt beruhenden Barbarei besteht.«*

»Aus der Perspektive des Westens« nämlich, hatte der Barbar »Hitler allein schon seiner Unkalkulierbarkeit und Wortbrüchigkeit wegen die Vertragfähigkeit eingebüßt.« Und weiter: »Die despotische Herrschaft, die Willkür des Diktators ist – weil völlig ungebunden – für andere Gemeinwesen außenpolitisch nicht kalkulierbar, insofern gefährlich

und schließlich einer kontraktualistischen politischen Philosophie nach, auch nicht vertragsfähig. Darin und nur darin besteht der angelsächsischen politischen Tradition zufolge eine Analogie zwischen Saddam Hussein und Hitler.« Der »völlig ungebundene« Despot war nicht nur im Fall Hussein lange Jahre die kalkulierbarste Größe in dieser Region. Und, Farce am Rande, es wurden die Schlächtereien unter seiner Verantwortung mit der von ihm garantierten Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität relativiert.

Jetzt erfahren wir, daß seinesgleichen per definitionem dazu nie in der Lage war.

»Vertragsfähigkeit« ist noch in anderer Hinsicht ein bemerkenswertes Argument. Kurz erwähnt sei, daß jene, den Marktgesetzen gehorchende bürgerliche Zivilisiertheit, den Globus reichlich ramponiert hat. Ob er als Mülldeponie, Bratapfel oder was auch immer seine Runden dreht, eines immerhin scheint sicher, alles hat seine Ordnung und die näheren Bedingungen finden sich in Gesetzen, Verträgen und Abkommen geregelt.

Auch die Nachfrage, wieviel Vertragsbrüche es erforderte, bis endlich das erwähnte universalistische Wertesystem über ganz Nordamerika ausgebreitet war; bis die, ja tatsächlich jede Staatlichkeit entbehrenden BewohnerInnen auf soziale Randgruppengröße gebracht waren, ... geschenkt.

So dummdreist zu argumentieren, kann sich nur erlauben, wer eine Reputation schon hat und sich gleichzeitig sicher ist, auf's richtige Pferd gesetzt zu haben. Allein wegen letzterem ist es interessant, die zugrunde liegende Denkfigur bloßzulegen:

Herrschaft minus Unkalkulierbarkeit = Demokratie.

Ein wahres Paradies tut sich auf. Die ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten der auf »Tauschform beruhenden« Systeme, sind sie doch wahrlich kalkulierbar. Daß die Monopolisierung der Saatgutproduktion Hunger unzufälliger macht, daß die soziale Deregulierung in Ostdeutschland voraussehbar war, daß, wenn Giftgas sich verkauft, Giftgas produziert wird – alles völlig logisch. Als Verwaltung ein Parlament, welches sich eine demokratische Öffentlichkeit hält, dazu ein bißchen Prinzipienfestigkeit, fertig ist die Zivilisation.

Das abendländische Denken ist wahrlich auf den Hund gekommen.

Befreit von Gewissen und Vernunft, von allen prinzipielleren moralischen und ethischen Fragen, wird einzig die Rationalität der ›freien Marktwirtschaft‹ philosophisch gestreckt. Dazu muß, und seien die

Argumente noch so dürftig, die unmittelbare Gewalt als Gegenpol zur bürgerlichen Zivilisiertheit markiert werden.

Seit mindestens 200 Jahren ist die okzidentale Zivilisation damit beschäftigt, die Gewaltförmigkeit des Gewinnstrebens mit immer neuen Visionen von Wohlstand und unendlichem technischen Fortschritt zu verdecken. Die ideologische Voraussetzung dafür ist »die Emanzipation des (wirtschaftlichen) Interesses von moralischen Konnotationen wie ›gut‹ und ›böse‹« (H.M. Lohmann), gegen jede Erfahrung der gigantischen Zerstörungswirkung westlicher (Re-)Produktionsschemata.

Wirtschaftsmacht basiert auf der Transformation dumpfester Gewalt in strukturelle und systematische. Es gehört nach wie vor zum 1x1 linker Analyse, die beabsichtigte Undurchschaubarkeit und Subjektlosigkeit der Verhältnisse zu durchleuchten und Abläufe kenntlich zu machen.

Daß sich nicht rundweg alles aus der Kritik der politischen Ökonomie plus Imperialismusanalyse erklären läßt, hat in Einigen offensichtlich den Entschluß reifen lassen, das Böse wieder im Barbar zu verorten, der nachts mit der Scud-Rakete blitzt und in Arabien die Reichen überfällt.

Eine zentrale Bedingung für die allerdings notwendige Differenzierung des »Antiimperialismus« wäre, erstmal den Zwangsreim von der »kontraktualistischen politischen Philosophie« zu beenden. Daß westliche Handlungsmaximen anderen als philosophischen Überlegungen folgen, steht dankenswerterweise auch bei Dan Diner: »Es sind nun einmal die USA, die mehr noch als andere westliche Gemeinwesen, einen Universalismus der Werte und Doktrinen vertreten, mit dem der Abstraktion des Weltmarktes entsprochen wird.«

Eben, und nicht umgekehrt.

Quellennachweis:

1 Spiegel 8/1991, S. 140
2 Spiegel 8/1991, S. 140
3 Spiegel 6/1991
4 Spiegel 6/1991, S. 27
5 Spiegel 6/1991, S. 26
7 Spiegel 6/1991, S. 27
8 Konkret 1/1991, S. 45
9 FR vom 30.1.91
10 FR vom 7.2.91
11 Spiegel 6/1991, S. 28

12 Spiegel 6/1991, S. 27
13 Spiegel 6/1991, S. 27
14 Spiegel 6/1991, S. 28
15 Konkret 3/1991
16 ZEIT vom 1.2.91
17 Spiegel 6/1991, S. 28
18 Spiegel 6/1991, S. 27
19 Spiegel 6/1991, S. 28
20 Spiegel 6/1991, S. 28
21 Konkret 3/91, S. 8
22 Konkret 12/91
23 Spiegel 6/1991, S. 27
24 FR vom 5.2.91
25 Spiegel 6/1991, S. 26
26 Spiegel 6/1991, S. 26

Die verlorene Unschuld – zum Teufel mit den Opfern

Eine Auseinandersetzung mit linken Positionen zu Israel

Im Golfkrieg 1991 gab es nicht nur einen militärischen Sieger. Spätestens seit der Militär-Diagnostik vom ›Vietnam-Trauma‹ (die amerikanische ›Dolchstoßlegende‹ von einem Krieg, der nicht an der Kriegs-, sondern an der Heimatfront verloren wurde) wuchs die Erkenntnis heran, daß ein Krieg eben nicht nur an der militärischen Front entschieden wird, sondern auch vor dem Fernseher. Ein ideologischer Krieg um die Köpfe, um die Moralität und Legitimität imperialer Kriege.

Die Monopolisierung des (Kriegs-)Bildes (von CNN bis Journalisten-Pool) war eine Antwort auf die ›freie‹ Kriegsberichterstattung über den Vietnam-Krieg. Die weltweit synchronisierte, gleichgeschaltete Golf-Kriegsberichterstattung kann als eine mit Erfolg verwirklichte Diktatur der sinnlichen Wahrnehmung bezeichnet werden.

Die zweite Antwort war die Synthetisierung des Kriegs, die Simulierung von Kriegshandlungen und -ereignissen. Die mediale Inszenierung eines unblutigen, sauberen Krieges. Eine Antwort, die auf mediale Weise die weltweite Antikriegsforderung »Kein Blut für's Öl« tatsächlich ein/auflöste. Eine dritte Antwort bestand in der Entwirklichung der Sprache, in der Verharmlosung des gemeinten. Krieg als medizinische Vor- und Nachsorge. Sei's als konversiver Akt der »Zwangsabrüstung« (Götz Aly)[1], als »Abbau der irakischen Überrüstung« (M. Brumlik)[2], als schmerzlicher, doch letztlich heilender Akt »chirurgischer Eingriffe«, oder generös als Verwirklichung »universalistischer Werte« (D. Diner) formuliert. Diese Antworten alleine wären vielleicht noch als Orwellsche Wahrheiten entschlüsselbar gewesen. Zumindest im nachhinein. Denn mit dem Ende der US-alliierten Golf-Invasion wurde der Krieg erst Wirklichkeit. Freigegeben. Mosaikhaft läßt sich rekonstruieren, daß der Krieg zumindest dort tatsächlich stattfand. Was angesichts der medialen Kriegssimulation als Spekulation, Vernichtungsphantasien unbefriedigter KriegsgegnerInnen oder als wahlweise antiimperialistische/antiamerikanische Ressentiments denunziert wurde, ist für viele (linke) KriegsbefürworterInnen heute Schnee von gestern. Kein Nachgedanke, keine Emotion, geschweige denn Widerruf wert. Im Gegenteil: Eigentlich hatten sie's schon immer gewußt – haben sich weder von ihren eigenen Argumenten, noch von der weltweiten Kriegszensur irreführen lassen: »Ich wußte von Anfang an von den Folgen. Mir war klar, daß der Krieg außerordentlich kostspielig auch an Menschenleben werden würde.« (M. Brumlik)[3]. Oder Götz Aly: »Kriege sind immer Exzesse«[4] oder mit dem Volksmund: »Wo gehobelt wird, da fallen Späne ...«

Wer Medizin verordnet, weiß um die Nebenwirkungen. Und wer die

Welt um sich herum als Weltpolizist wahrnimmt, der jammert auch nicht über die gelegentliche, aber notwendige Härte von Bestrafungsaktionen im Rahmen *»der erste(n) wirksame(n) internationalen Polizeiaktion nach dem Zweiten Weltkrieg.«* (M. Brumlik)[5] Und wer als GolfkriegsbefürworterIn damals von der Propaganda der sauberen, chirurgischen Kriegsführung profitierte und heute sich und andere nicht getäuscht sieht, der weiß einfach, daß Krieg eine blutige Angelegenheit ist. Der fängt heute nicht an, die zigtausend Toten nachzuzählen, die eigentlich nie starben und erst nach Kriegsende irgendwie dahin gekommen sein müssen. Wahrscheinlich sind die genauso dahin geschafft worden, wie die »ersten« Bombenopfer in die als ziviler Luftschutzbunker getarnte Militärzentrale in Bagdad. Und wer während des Golfkrieges die Heuchelei der KriegsbefürworterInnen angriff, die die Bedrohung Israels durch irakisch-deutsches Giftgas brandmarkten, ohne die reale chemische und atomare Verseuchung des Iraks[6] auch nur zu erwähnen, der erntet heute bestenfalls ein müdes Achselzucken – und den abermaligen Verweis auf die Logik des Krieges, die – auf Israel angewandt – allerdings als (linker) Antisemitismus bzw. versteckter Vernichtungswunsch erkannt wurde. So verwundert es gar nicht, daß dieselben, die das irakische Regime zu recht dafür angriffen, die israelische Bevölkerung zur Geißel pan-arabischer Großmacht-Visionen zu machen, bis heute dazu schweigen, daß mit der gezielten Zerstörung der zivilen Infrastruktur Iraks[7] die irakische Bevölkerung über Jahre zur Geißel imperialer Weltmachtpläne gemacht wurde – was ganz nebenbei einen eklatanten Verstoß gegen die Genfer Konvention darstellt. Wo doch gerade die (linken) GolfkriegsbefürworterInnen keine Gelegenheit sonst ausließen, auf's Völkerrecht, auf die zivilisierten Werte des freien Westens zu verweisen.

Das einzig ›saubere‹ an dieser US-alliierten Kriegs-»Kunst« ist vielleicht die Tatsache, daß mehr Menschen *nach* diesem Krieg an den Folgen des Krieges sterben werden, als während der offiziellen Kriegshandlungen selbst. Wie faßte doch zufrieden und erleichtert der US-Generalstabschef der US-Golftruppen Colin Powell seine Kriegserfahrungen zusammen: *»Bereits mit konventionellen Waffen läßt sich erreichen, was man nur mit Nuklearwaffen zu erreichen glaubte.«*[8] So konventionell und massenvernichtend auch dieser Krieg war (und ist) – von B-52-Flächenbombardements bis hin zu Splitterbomben (Rockeye-Cluster Bomben) oder BLU-73 »Luft-Benzin-Bomben«, die in den Händen irgendwelcher ›kleiner‹ Diktatoren als Atombombe des armen Mannes bezeichnet wird -, so neu und zukunftsweisend war das Maß der Militarisierung von Kommunikation und Information. So totalitär

die Visualisierung eines Krieges, so global die Steuerung der Bildverarbeitung und -übertragung. Dieser *Krieg* wurde bereits vor der bedingungslosen Kapitulation des Iraks – *am Bildschirm* gewonnen – *als perfekte Simulation, gegen jede Wirklichkeit eines Krieges überlegen* und damit immun.

Dieser TV-Krieg war wie jeder andere produzierte Kriegsfilm – ein Krieg ohne wirkliche Schmerzen, ohne Blut, ohne Folgen, ohne Wirklichkeit. Von den wenigen ›dokumentarischen‹ Einblendungen, wie z.B. die Einschläge der Scud-Raketen in Israel oder die Bilder vom besagten ›Führungsbunker‹ in Bagdad einmal abgesehen. Ohne diesen medialen Krieg, in dem eigentlich niemand umkam – wenn von der »Halbierung« der irakischen Streitkräfte die Rede war, dachte mann/frau schlimmstenfalls an job-sharing – wäre es gerade linken KriegsbefürworterInnen nicht möglich gewesen, dem wohl (an-)ständigen Pazifismus den gerechten Krieg zu lehren. Die (linken) KriegsbefürworterInnen brauchten die Kriegs‹zensur‹ nicht zu loben. Es reichte, jede andere *Vorstellung* davon, jeden Versuch, diesen Krieg mit dem Wissen über andere Kriege zu enttäuschen, mit der Macht der autorisierten Bilder, als unwirklich und unterstellt zurückzuweisen.

Wenn diese Ex-Linke nur für die Kriegsertüchtigung eines von militärischen Niederlagen gestörten Deutschlands geworben hätte, wäre dies einer von vielen Versuchen geblieben, das deutsche Niederlagen-Trauma zu therapieren. Sie wären im Chor des wieder einig und großen Deutschlands kaum aufgefallen. Was sie jedoch hervorhob, was sie unverzichtbar machte, war ihr Beitrag zur deutschen Geschichtsbewältigung. Versöhnlich, komfortabel, exportfähig. In ›Maskenbildner des Krieges‹ haben wir beschrieben, wie sie die Lehren aus dem deutschen Faschismus in eine Kriegserklärung umschmolzen. Wie sie mit der ›Wiederentdeckung‹ Hitlers im Irak – in Gestalt des ›orientalischen Despoten‹ Saddam Hussein und den ›fanatisierten arabischen Massen‹ – aus dem Historikerstreit der vorangegangenen Jahre eine imperialistische Anweisung machten, wie sie mit der Harmonisierung der Nazi-Verbrechen zur Legitimierung zukünftiger Verbrechen übergingen.

Ihren Erfolg hatten sie aber nicht nur einer bereitwilligen Medien-Öffentlichkeit zu verdanken. In der Dominanz dieser Faschismus-Metaphern drückte sich zugleich die Schwäche eines militanten Antifaschismus aus, der aus der Einzigartigkeit und Besonderheit deutscher (Staats-)Verbrechen mehr ein moralisches Recht (auf Widerstand) ableitete, als eine Analyse. Er führte, in der Mischung aus Selbstbeschwörung und Warnung vor nazistischen Wiedergeburten, ob in

Gestalt des Neo-Nazis oder der 4. Reich-These, die tatsächliche Einzigartigkeit staatlich-organisierter Verbrechen selbst ad absurdum. Damit wurde die Möglichkeit und Notwendigkeit, das tatsächlich Ungebrochene zu erklären, verbaut. Denn diese Bereitschaft zur Wiederholung, die stille Kontinuität des ›spezifisch Deutschen‹ braucht kein 4. Reich zur Selbstverwirklichung. Es hat sich längst in der Wiederaufbaumentalität der 50er, im Wirtschaftswunder der 60er, im ›Modell Deutschland‹ der 70er Jahre selbst bestätigt. Als wiedervereinigtes Deutschland, als Führungsmacht Europas und als mit der Bereitschaft zur Übernahme ›gewachsener Verantwortung‹ umschriebene Weltmacht bekam es in den 90er Jahren seine volle politische Anerkennung.

Doch was autonome Theorie und Praxis und seit 20 Jahren eingeübte antiimperialistische Solidaritätsarbeit tatsächlich im Mark traf, entzündete sich an einem Land, das wir fast alle seit 20 Jahren nicht mehr von hier, sondern von Palästina aus betrachteten: Israel. Weniger die Ereignisse im Golfkrieg selbst, als der ungewohnte Zwang, sich als Deutsche verhalten zu müssen, brachte seit Jahren geführte Argumente und Positionen antiimperialistischer Solidaritätsarbeit ins Wanken. Die Konfrontation eines internationalistischen Standpunktes, der seinen eigenen Ausgangspunkt, seine eigene nationale Bedingtheit leugnet, mit den Besonderheiten und Einmaligkeiten deutscher Geschichte und der daraus abgeleiteten »besonderen Verantwortung« (gegenüber Israel) stürzte autonomes Selbstverständnis zuerst in Sprachlosigkeit und anschließend in heillose Auseinandersetzungen. Zum ersten Mal setzten wir uns in der Breite und Intensität mit jüdischen Positionen auseinander, denen wir seit Jahren aus dem Weg gingen. Vorwürfe, die immer wieder darin gipfelten, die linke Kritik am Zionismus sei nichts weiter als versteckter bzw. geleugneter Antisemitismus. Kritiken, die sich auf folgende Kernaussagen konzentrieren lassen:

– Die Umkehrung der »besonderen Verantwortung der Deutschen« in eine besondere Verpflichtung der Jüdinnen und Juden;

– die Enttäuschung der Linken, daß die Überlebenden des Holocaustes nichts *besonderes* aufbauten, sondern nur einen nationalistischen, imperialistischen Staat mehr auf der Welt;

– die Weigerung der Linken, den einstigen Opfern ein »normales Recht« auf (Staats-)Verbrechen einzuräumen;

– eine linke Opfer-Metaphysik, in der die Opfer ihre eigene Unschuld beweisen und bewahren müssen;

– ein linkes Nationalismus-Verständnis, das *einzigartige* Bedingungen an eine Staatsgründung knüpft;

– eine deutsche Linke, die ohne den Faschismus und seine Folgen nicht zu erklären ist, sich aber in der bedingungslosen Solidarität mit den »Opfern der Opfer« geschichtslose Ausflüchte bahnt;

– eine deutsche Linke, die ihre enttäuschten Hoffnungen von einem sozialistischen Kibbuz-System mit der Wiedergeburt Hitlers in Gestalt Begins zu vergelten sucht.

Viele dieser Kritiken sind keine Golfkriegsproduktionen. Sie sind seit Jahren formuliert und fast genauso lang von uns unbeantwortet geblieben. Sehen wir von den wenigen Ausnahmen ab, wie z.B. die Auseinandersetzung um den Hamburger Aufruf »Boykottiert Israel, Waren, Kibbuzim und Strände« 1987 oder um die Aufführung des Fassbinderstückes »Der Müll, die Stadt und der Tod« 1985.

Seit 20 Jahren betrachten wir Israel nicht mehr von unserer eigenen Geschichte, sondern von palästinensischen Stellungen aus. Wir übernahmen entlastend und erleichtert *deren* Argumente, zitierten ihre Analysen (wie z.B. die von »Al Karamal«, Ali Hashash oder Karam Khella), teilten ihren Haß gegen das israelische »Siedlerprojekt«, verurteilten im selben Wortlaut den Zionismus als rassistische Herrschaftsideologie eines imperialistischen Staates und rangen uns jede Art von Verständnis und Erklärung für die inneren Strukturen des palästinensischen Widerstandes ab, für deren Forderungen nach einem eigenen palästinensischen Nationalstaat oder für die militärische Ausbildung von Faschos in palästinensischen Lagern. Was an Israel bedingungslos kritisiert wurde, wurde mit Blick auf palästinensische Politik im Namen der Solidarität mit den Opfern der Opfer zu rechtfertigen versucht.

Der Golfkrieg, die deutsch-irakische Drohung eines Giftgasangriffes auf die israelische Bevölkerung holte uns zurück, zwang uns, von hier aus Stellung zu beziehen, konfrontiert mit einer neu-deutschen Geschichtslehre, die zum Krieg, und eben nicht zum Frieden verpflichtete. Doch anstatt die bedingungslose Einstellung aller (deutscher) Waffenlieferungen und -produktionen, die Schließung aller in der Kriegsindustrie tätigen (deutschen) Chemiefirmen und -konzerne zu fordern, die verantwortlichen Industriellen und Politiker der Kriegsverbrechen und der Vorbereitung zum Völkermord anzuklagen – oder in der real-politischen Logik der (linken) Israel-UnterstützerInnen die kostenlose Lieferung von Patriot-Flugabwehrsystemen an *alle* Völker zu fordern, die von deutschen Kriegswaffen bedroht sind, passierte wieder etwas eigenartiges. Einige Linke versuchten – gegen die philosemitische Israel-Hilfe gerichtet – die Gefahr für die israelische Bevöl-

kerung herunterzuspielen, die Drohung Iraks als Propaganda, die eingeleiteten zivilen Schutzmaßnahmen in Israel als übertrieben oder gar als Teil psychologischer Kriegsführung abzutun. Und wieviele von uns fanden es »irgendwie gut«, daß – angesichts 2000 Bombenflüge täglich auf den Irak – auch ein paar Scud-Raketen in Israel einschlugen, anstatt jeden (Staats-)Terror gegen die Bevölkerung grundsätzlich zu verurteilen. Und wieviele von uns versuchten ›irgendwie‹ – real-politisch oder taktisch – zu rechtfertigen, daß PLO-Chef Arafat den irakischen Diktator als »meinen Bruder« und »Ritter Saddam«[9] ehrte, von der »heldenhaften Armee« fabulierte, anstatt sich der militärischen Logik zu verweigern, in der jeder Feind meines Feindes mein Freund ist bzw. wird.

Sicherlich fließen auch hier viele Internationalismus-Widersprüchlichkeiten zusammen, die sich in jeder Solidaritätsbewegung irgendwo auf der Welt wiederholen (können). Uns geht es im Folgenden darum, die Einmaligkeiten zu beschreiben, die so nur in unserem Verhältnis zu Israel auftauchen und ganz offensichtlich von einem besonderen Verhältnis zwischen deutscher Linke und Jüdinnen und Juden geprägt sind. *Gerade am Beispiel Israel wird vielleicht ganz deutlich, daß eine internationalistische (deutsche) Linke, die sich selbst exterritorialisiert, ihre in Grenzen und durch Grenzen geprägte Geschichte leugnet, genau jene blind reproduziert.* Und damit meinen wir auch die deutsche Tradition des linken Antisemitismus, den »Sozialismus der dummen Kerle« (August Bebel).

David und Goliath – oder Der Opfer(aus-)tausch

Es lassen sich für das Verhältnis der Linken zu Israel grob zwei Zeitabschnitte bestimmen, wobei das Jahr 1967 – das Jahr des israelischen Blitzsieges gegenüber seinen arabischen Feinden – als Kippunkt bezeichnet werden kann. Vor und bis 1967 existierte in der heranwachsenden 68er Protestbewegung ein positives Bild von Israel. Israel galt ohne Wenn und Aber als »Heimstätte der Überlebenden des Holocaust«. Denn die Rebellion gegen die als erdrückend empfundenen Lebensverhältnisse führte sehr schnell zu einer Infragestellung des Nachkriegsdeutschlands, zu einer persönlichen und politischen Konfrontation mit einer ›geschichtslosen‹ Mutter- und Väter-Generation, die ihre eigene Nazi-Beteiligung mit der ›Stunde Null‹ zum »dunklen Kapitel« deutscher Geschichte machen wollte. Die Staatsgründung Israels im selben Jahr erschien als unbestrittene Konsequenz aus einer europäischen Staatengeschichte, in der seit Jahrhunderten Menschen

jüdischen Glaubens verfolgt wurden, ihres Lebens nie sicher sein konnten. Die (staatliche) Existenz Israels galt der Linken als lebender, unauslöschlicher Beweis für die begangenen und im Wiederaufbaudeutschland verdrängten Nazi-Verbrechen. Ein sicherer und zu schützender Ort für die *ZeugInnen* des in der Geschichte einzigartigen Versuches, ein ganzes Volk industriell auszulöschen.

Daß diese Heimstätte nicht in Europa, oder in Deutschland selbst liegen sollte (und konnte), daß biblische und imperiale Erwägungen den Ausschlag gaben, daß in dieser »Wiedergutmachung« ein weiteres Staatsverbrechen bereits angelegt war, wurde damals kaum bzw. gar nicht problematisiert. Das war nicht zufällig, sondern zwingend. Denn in der linken Wahrnehmung Israels spiegelte sich mehr ein *deutsches* Verhältnis wider, als daß die Bedingungen dieser Staatsgründung selbst – der im Kolonialstil praktizierte Akt der Staatsausrufung, die politischen Ziele zionistischer Organisationen und (Staats-)Theoretiker, deren bestimmender Einfluß im neuen Staat Israel usw. – mit zum Ausgangspunkt der Solidarität gemacht worden wären.

Israel lag politisch zwischen denen, die mehrheitlich von allem nichts gewußt haben und heute nichts mehr hören wollen und einer kleinen radikalen Minderheit, die genau jener schweigenden Mehrheit das lebendige Zeugnis eines fast vollendeten Genozids vor Augen halten wollte; die diese konfrontieren und provozieren wollte, mit jenen, die sie »vergessen haben zu vergasen«. In dieser innerdeutschen Auseinandersetzung spielten die Überlebenden als Menschen mit unterschiedlichsten Herkünften, Vorstellungen und politischen Konsequenzen keine Rolle. Das Gewicht bekamen sie, die Sympathie verdienten sie sich als *Opfer, unterschiedslos*. Das, was Linke mit den ›Opfern der Nazi-Verbrechen‹ verband, *was sie in ihr Überleben hineinprojizierten*, hatte selten etwas mit diesen zu tun. Es waren an die Opfer geknüpfte Erwartungen, aus denen Verpflichtungen erwuchsen, denen *die Opfer* gerecht werden sollten.

Eine Opfer-Metaphysik, die den Blick der Herrschenden auf die Opfer wiederholt – seitenverkehrt, indem sie den Opfern irgendeine *gemeinsame* Lehre aufgibt, die sich aus der erlittenen Unterdrückung vermeintlich ergibt. Mit dieser Opfer-Metaphysik wird den Opfern etwas gemeinsames unterstellt, was gerade das (rassistische) Konstrukt der Verfolger reproduziert, anstatt zu durchbrechen. Etwas Einigendes, Übereinstimmendes, was weit über die kollektive Erfahrung der an ihnen unterschiedslos exekutierten Verfolgung hinausgeht. Wie wenig gemeinsam erlittene Unterdrückung ›befreiend‹ oder ›erlösend‹ wirkt, wie entscheidend die sozialen Verhältnisse bleiben, durch die

sie hindurchwirkt, wie entscheidend die politischen Vorstellungen sind, auf die sie (ein-)wirkt, dokumentiert alleine die nun 500jährige Geschichte europäischer Kolonialisation.

Für diese Metaphysik der Opfer eignete sich Israel hervorragend. In der Vernichtung der Jüdinnen und Juden nahm die Unschuld der Opfer ihre reinste Gestalt an: Eine Heimstätte für die Opfer jahrhundertelanger antisemitischer Verfolgung, für die Überlebenden des Holocaust, für ein Volk, das seit Jahrtausenden auf der Flucht ist, ohne Heimat, ohne Schutz, ohne Sympathie und Verbündete. Ein Israel, das nach jahrhundertelanger Diaspora eine Zuflucht gefunden hat – wieder umgeben von Feinden, die »die Juden ins Meer werfen« woll(t)en.[10]

Eine Geschichte der Vertreibung und Vernichtung, die zu keiner Zeit in der (bedrohlichen oder opponierenden) Haltung der Opfer begründet war (und ist). Der einzige Grund war ihre jüdische Existenz, die mittels ›Rassenmerkmale‹ erst noch definiert werden mußte.

Doch wer – wie die Linke – sich dem jüdischen Leben nur von der Verfolgerseite her näherte, wer sie nur als Opfer wieder(an)erkennen wollte, sich mit ihnen nur als Opfer identifizieren konnte, der hatte nicht die Wirklichkeit des Staates Israel nach 1948, sondern das eigene Bild davon, im Kopf. Alles, was störte, wurde nicht wahrgenommen. *Die Identifikation mit den Opfern zwang, auf ihre Reinheit zu achten.* Mann/frau bewunderte die Aufbauleistung Israels, ihren (bewaffneten) Kampf um nationale Selbstbestimmung (der Film ›Exodus‹ war die cineastische Übersetzung dafür), die ›Fruchtbarmachung der Wüste‹. Viele sahen im Kibbuz-System die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsutopie, das Ende kapitalistischer Ausbeutung, die Gleichberechtigung von Frau und Mann innerhalb kollektiver Lebensformen – ein gemeinsamer Kampf um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Diese Bewunderung und Unterstützung hatte jedoch weniger die israelischen Verhältnisse im Auge, als die eigenen. Diese Solidarität war auf ein Deutschland gerichtet, das mit den Überlebenden nicht an die ermordeten (Jüdinnen und Juden), an ihre eigene Beteiligung erinnert werden wollte, in dem fast alle Nazis wieder einmal nur ihre Pflicht erfüllten, in dem ›Wiedergutmachungs‹-Leistungen mehr die ›deutsche Volksseele‹ strapazierte, als die vom Wirtschaftswunder gefüllte Staatskasse. Diese Solidarität mit Israel entwickelte sich nicht aus den sozialen und politischen Verhältnissen dort – sie mußte gegen sie behauptet werden. Der Sieg Israels 1967 im ›Sechs-Tage-Krieg‹ stellte nicht nur die linke Opfer-Metaphysik auf den Kopf, sondern auch die innerdeutschen Israel-Frontlinien. Aus Ex-Nazis und Rassi-

sten wurden philo-semitische Bewunderer des Staates Israel, aus linken und militanten AntifaschistInnen wurden Feinde des Staates Israel. Die neue Linke wechselte das Objekt, solidarisierte sich nun mit den ›Opfern der Opfer‹ – die herrschende Politik entdeckte das ›deutsche‹ am jüdischen Volk und damit die ganze Sinnlosigkeit und Irrationalität des nazistischen Vernichtungswillen.

Die verlorene Unschuld der Opfer

Mit dem israelischen ›Blitzsieg‹ (jede Ähnlichkeit mit der nazistischen Kriegsterminologie ist ganz und gar nicht zufällig), dem gerade hier mit Begeisterung verfolgten militärischen Sieg Israels über seine scheinbar weit überlegenen Feinde, schien der Antisemitismus in Deutschland paradoxe Wege zu nehmen.

Das rechtschaffene Deutschland entdeckte nicht länger in Israel den ›Judenstaat‹, sondern Moshe Dayan als zweiten Rommel, als wiedergeborenen ›Wüstenfuchs‹ im Afrika-Feldzug. Mit der militärischen Vernichtung seiner Feinde, mit der Eroberung und Besetzung fremder Territorien, mit der militärischen Verwirklichung der ›biblischen‹ Grenzen des Staates Israel wurde für viele Deutsche ein Jahrtausendtraum nachsynchronisiert, der unter den Trümmern des 3. Reiches verschüttet schien – und in der Begeisterung für die geniale israelische Kriegskunst ungestraft wieder aufleben dürfte. An den bewunderten Helden des Krieges war nichts ›Jüdisches‹ mehr. Ihre Tapferkeit, ihre Entschlossenheit, ihr Wagemut, ihre Disziplin, ihr Wille und Glaube an den Sieg machten sie zu einen der unseren. Wenn es tatsächlich eine politische Wiedergutmachung gegenüber den Überlebenden des Holocaust gab, dann in dieser Form der *Arisierung*, in der philosemitischen Umwandlung rassistischer Konstruktionen.

Der am Beispiel Israel so anschauliche und in geradezu atemberaubendem Tempo vollzogene rassistische Umbau von verfolgter Un-wertigkeit zu bewunderter Gleich-wertigkeit demonstriert, *wie ›beliebig‹ und ›austauschbar‹ die Objekte von Rassismus sind, wie wenig sich Rassismus über die Opfer erklärt, wie gleichgültig sie ihm sind – wie sehr er sie jedoch braucht, um sich darüber selbst zu beschreiben und zu definieren*.

Der deutsche Rassismus bekam auch mit diesem Krieg seinen ›Juden‹ – in Gestalt des ›Arabers‹. Der Krieg, seine Berichterstattung bot sich zur neuen Feindversinnlichung geradezu an. Sie zeigte nicht nur, wie Sieger aussehen, sondern auch wie Verlierer aussehen *müssen*. (Die Golfkriegsberichterstattung war zumindest diesbezüglich nur eine Wiederholung.) Die Bilder von barfüßigen, arabischen Soldaten,

von tausenden in der Wüste zurückgelassenen Militärstiefeln, von um ihr Leben flehenden Soldaten, die kopf- und führungslos in der Wüste herumirrten, zeigten mehr als einen Kriegsgegner. Sie visualisierten den ›ewigen Verlierer‹, seine Rückständigkeit, seine Unzivilisiertheit, seine Aussichtslosigkeit. Israel wurde zum Symbol der Überlegenheit westlicher Zivilisation – umgeben von einem Orient, der gegen das ›Moderne‹ vergeblich anzurennen versucht. Die zurückgelassenen Stiefel waren nur die Illustration der militärischen Zahlenspiele, die mit und nach dem Krieg angestellt wurden: ein Israeli war – je nach Berechnung – zwischen sechs und zehn Araber wert. Mit der Feindbildversinnlichung der ›ewigen Verlierer‹ vollzog sich zugleich eine Kulturalisierung rassistischer Konstrukte. Das Minderwertige wurde weniger über die Blut- und Abstammungslehre des 3. Reiches definiert, als über die eigene (kulturelle) Überlegenheit.

Dies war nicht nur erzwungener Distanzierungen geschuldet. Damit entfiel zugleich der Zwang, die Homogenität des Volksbegriffes über den biologischen Nachweis führen zu müssen.

Auch für die (68er) Linke wurde der ›Sechs-Tage-Krieg‹ 1967 zum entscheidenden Wendepunkt ihrer Israel-Solidarität. Eine Linke, die mit einem strahlenden Sieger konfrontiert war, von der westlichen Welt maßgeblich unterstützt, von dem seit Jahrhunderten antisemitisch geprägten Europa bewundert. Von BILD bis FR, vom Ex-Nazi bis zum/r Ex-WiderstandskämpferIn, von CSU bis SPD reichte die scheinbar-einstimmige Begeisterung für diese israelische Glanztat.

Lassen wir einmal beiseite, ob sich Israel ›nur‹ gegen seine Feinde verteidigt hat, oder, ob es der erste offizielle Expansionskrieg Israels war, um die ›biblischen‹ Grenzen, ohne völkerrechtliche Umwege, militärisch herzustellen. Fest steht jedenfalls, daß Israel infolge dieses Krieges fremde Territorien besetzte, die dort lebenden Menschen vertrieb bzw. israelischem Besatzungsrecht unterwarf, bestimmte Gebiete de-facto annektierte und ›neu‹ besiedelte und damit zu israelischem Staatsterritorium erklärte.

Für viele Linke wurde aus dem Staat Israel, als Heimstätte der Überlebenden des Holocaust, ein Staat, der selbst imperiale (Kriegs-) Ziele verfolgt. Aus Opfern wurden TäterInnen, aus Vertriebenen VertreiberInnen, aus Verfolgten VerfolgerInnen, aus Unschuldigen wurden Schuldige. Aus David wurde ein Goliath.

Nun, die Geschichte der Herrschenden ist voll von Beispielen, in denen einstige Verfolgte mit Eroberung der Macht (z.B. die UdSSR oder Algerien), mit Gründung eines eigenen Nationalstaates (z.B. Jugoslawien oder Polen), mit dem siegreichen Befreiungskampf (z.B. Vietnam)

selbst die Logik von Herrschaft und Ausbeutung reproduzierten. Im besten Fall hätte sich die Linke – im nachhinein – erklären können, wie es zu so etwas hat kommen können, welche historischen Bedingungen außer acht gelassen wurden, welche eigenen Projektionen dabei eine Rolle gespielt haben. Im schlechtesten Fall – der im Zuge der internationalistischen Solidaritätsbewegung der 60er und 70er Jahre eher der Normalfall war – hätte sich die Linke einfach enttäuscht abwenden können, ohne viel Aufsehens, wie in anderen (Zweifels-)Fällen auch (z.B. Vietnam, Portugal, Chile, Iran, usw.).

Doch Israel wurde auf ganz eigenartige Weise zum Sonderfall internationalistischer Solidarität. Alles, was sonst die Regel war, wurde über den Haufen geworfen. Alles, was woanders auch konsequent gewesen wäre, wurde am Beispiel Israel ›nachgeholt‹. Alles, was woanders noch für Verständnis sprach, wendete sich am Beispiel Israel in ungeahnter Weise dagegen. Die Suche nach den Gründen für diesen ›Sonderfall‹ internationalistischen Umganges brachte uns auf zwei Erklärungen:

1. Es liegt an der Einzigartigkeit des Staates Israel, an der Unvergleichbarkeit mit anderen Nationalbewegungen und Staatsgründungen.

2. Es liegt am eigenen Verhältnis zu den Opfern, an dem besonderen Verhältnis der radikalen Linken zur deutschen Geschichte.

Wir möchten die Eigenartigkeiten linker Kritik an Israel auf drei Punkte konzentrieren, in denen sich fast alle Argumentationen der letzten Jahre kreuzen.

1. Wir kennen keinen Fall internationalistischer Solidarität, wo die Linke aus Enttäuschung die Seite so bedingungslos und kritiklos wechselte.

Wenn wir an die russische Oktoberrevolution 1917/18, an den erfolgreichen Befreiungskampf in Algerien oder Vietnam denken, können wir uns nicht daran erinnern, daß die radikale Linke zum Kampf gegen die neuen Machthaber und Unterdrücker aufgerufen hätte. Die minoritäre Kritik an den neuen Machthabern löste weder eine Solidarität mit den Opfern der Opfer aus, noch gab es massive Bemühungen, der neuen Staatsmacht den Kampf anzusagen. Der focussierte, verengte Blick auf den Kampf gegen Fremdherrschaft, gegen imperiale Groß- und Kolonialmächte verdrängte fast immer die (selbst-)kritische Frage, wofür die ›Opfer‹ kämpfen, welche Vorstellungen sie von Gesellschaft und Befreiung haben, mit welchen inneren Strukturen sie gegen ihre Unterdrücker kämpf(t)en.

All diese Kritik schien die Solidaritätsbewegung an Israel nachzuholen. Sie kritisiert(e) zu Recht das israelische Vorgehen gegenüber Palä-

stinenserInnen als rassistisch, sie verurteilt(e) zu Recht die Besetzung fremder Territorien als kolonialistisch, erkannte zu Recht in der massiven wirtschaftlichen und militärischen Aufrüstung Israels durch die USA, Deutschland usw. seine Brückenkopf-Funktion für den westlichen Imperialismus. All das wäre so richtig, wenn sich nicht – im selben Atemzug – der Unschuldsblick auf das neue Objekt internationalistischer Solidarität wiederholt hätte.

Mit der Kritik an Israel vollzog sich zugleich ein Frontenwechsel. Ende der 60er und ganz massiv in den 70er Jahren entstanden überall in der BRD Palästina-Solidaritätsgruppen, die von nun an einen kontinuierlichen und dominanten Bezugspunkt für die internationalistische deutsche Linke darstellten. Es geht nicht darum, die konsequente Umsetzung einer formulierten Kritik (an Israel) zu unterlassen. Wir behaupten jedoch, daß der veränderte Blick auf Palästina in hohem Maße nur den Objekt(um-)tausch rechtfertigen sollte – was weder die Kritik am neuen Objekt internationalistischer Solidarität, noch die Selbstkritik an der linken Opfer-Metaphysik miteinschloß. Wir können uns nicht daran erinnern, daß die Rolle der palästinensischen Bourgeoisie ähnlich scharf thematisiert wurde, wie die der zionistischen Organisationen für Israel. Es wurde kaum der Frage nach der ›arabischen Allianz‹ im Kampf gegen den Erzfeind Israel nachgegangen, der Frage nach den Motiven und Zielen reaktionärer arabischer Nationalstaaten, die mit Millionen-Beträgen den palästinensischen Befreiungskampf unterstützten. Nachfragen, die in bezug auf ›zionistische Allianzen‹ und Geldgeberinteressen für das Siedlerprojekt Israel selbstverständlich erschienen. Wir wissen, wie wenig in den 60er und 70er Jahren die Frage eine Rolle gespielt hat, wie demokratisch PLO-Entscheidungen zustande kamen, wie (basis-)demokratisch die verschiedenen Befreiungsorganisationen aufgebaut waren, oder welche Rolle die Frau im palästinensischen Befreiungskampf einnahm bzw. einnehmen durfte. Und schon gar nicht können wir uns an eine hitzige Debatte erinnern, die das Ziel eines eigenständigen palästinensischen Nationalstaates hinterfragte, bzw. die Legitimität von National-Staatlichkeit überhaupt zur Diskussion stellte.

2. Uns ist kein Land unserer Wahl bekannt, dem die radikale Linke mit der Kritik an kapitalistischen/imperialistischen/ ... Herrschaftsstrukturen zugleich das ›staatliche Existenzrecht‹ abgesprochen, oder besser gesagt, aberkannt hätte.

Wir können uns an keine einzige Diskussion, an keine einzige Grundsatzdebatte der 60er und 70er Jahre erinnern, die die Kritik an einem kapitalistischen, imperialen System mit der Aberkennung nationaler

Eigenständigkeit verknüpfte. Uns ist nicht bekannt, daß die Kritik an der US-Ausrottungspolitik gegen die IndianerInnen, an der gewaltsamen Landnahme und Besiedlung, an der Versklavung der Schwarzen auf die Frage nach dem Existenzrecht dieses Siedlerstaates zielte.

Was die deutsche Linke nirgendwo auf der Welt machte, vollbrachte sie einzigartig am Staat Israel. Sie diskutierte, stritt und bestritt schließlich das Existenzrecht des Staates Israel. Wenn die deutsche Linke überall auf der Welt den Kampf gegen das Verbrechen eines Staates nicht nur zu einem Kampf gegen die Herrschenden gemacht hätte; wenn die deutsche Linke das Staatswesen selbst als ein Akt des Verbrechens begriffen hätte, egal, wer die Macht darüber ausübt oder ›erobert‹; wenn die Kritik der Linken den Gewaltakt *jeder* Staatsgründung gemeint hätte, dann hätte die Kritik am Staat Israel exemplarischen Charakter gehabt. Ein geschichtlich junges Beispiel, an dem sich das Konstrukt der Nation, das mit Gewalt formierte ›Wir‹, die Beliebigkeit nationaler Grenzen, das in Staat gegossene Herrschaftsverhältnis, sehr anschaulich nachzeichnen läßt.

Doch all dies tat die deutsche Linke weder theoretisch noch praktisch. Für die meisten deutschen Linken galt das marxistisch-leninistische Konzept der Machtübernahme. Mit der Revolution war nicht die Zerschlagung, sondern die ›Eroberung‹ des Staatsapparats gemeint. Ein Staatsapparat, der in Gestalt der ›Diktatur des Proletariats‹ gegen seine inneren und äußeren Feinde verteidigt werden mußte (ob in China, Vietnam, Algerien oder auf Kuba).

Alleine, angesichts dieser sozialistischen und kommunistischen Staatsverehrung eines Großteils der deutschen Linken hätten die »anarchistischen« Anwandlungen auffallen bzw. stutzig machen müssen. Doch bei näherem Nachgehen der Argumente, die gegen das Existenzrecht des Staates Israel ins Feld geführt werden, kommt ganz und gar nichts anarchistisches zum Vorschein. Der Prozeß um die An- bzw. Aberkennung von Staatsrechten wird, gerade am Beispiel Israel, zum nationalistischen Schauspiel!

Seit den 70er Jahren halten sich – in unterschiedlicher Gewichtung und Verknüpfung – hartnäckig folgende Einwände gegen den Staat Israel:

– nach linkem Staatsrechtsempfinden ist Voraussetzung, daß »ein Territorium (existiert), auf dem die Menschen seit geraumer Zeit leben«[11] – die Diaspora der Jüdinnen und Juden wird zum stichhaltigsten Gegenbeweis;

– sie setzt voraus, daß Jüdinnen und Juden ein Volk sind, was nicht der Fall ist: *»Das Judentum ist der Ausdruck für eine Religion, wie auch*

das Christentum, der Islam und der Buddhismus. Dies ist eine Bezeichnung für eine Religion, und nicht die Bezeichnung für ein Volk.« (Karam Khella);

– eine linke Staatsbewilligung setzt voraus, daß eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Sprache existiert – beides wird wegen erwiesener kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit bestritten.

Die Nichterfüllung vorgeblicher Kriterien für ein nationalstaatliches Anerkennungsverfahren mündet – bei allen Argumenten – in das (Gesamt-)Urteil, *»daß die ›jüdische Nation‹, abgesehen von der mythologischen Komponente, künstlich geschaffen wurde ... Das Ziel ... war nie das Wohlergehen der jüdischen Menschen und schon gar nicht das der PalästinenserInnen, sondern immer nur der Staat.«*[12]

Nationalistischer kann ein linkes Staatsrechtsverständnis kaum sein. Was sich als radikale Kritik am Staat (Israel) ausgibt, ist nichts weiter als die billige Reproduktion bürgerlicher, abendländischer Staatsphilosophie. Sie kritisiert nicht die Konstrukte einer Nationbildung, das Konstrukt von einem Volk – sie macht sie zur *Bedingung*.

Und was das »Wohlergehen«, gemeinsamer Staatsauftrag linker und rechter Staatsrechtsinterpreten anbelangt: Wenn die Linke ihre Staatskritik wirklich ernst gemeint hätte, dann wäre doch zuallererst das Existenzrecht des Staates »BRD« zu bestreiten gewesen, anstatt diese ›neue‹ Staatskritik einzigartig an Israel zu exekutieren.

In der ganzen Kritik am Staat Israel, in der Bestreitung seines Existenzrechtes kommt keine radikale Staatskritik zum Ausdruck, sondern ein linker Nationalismus, der Israel nur vorwerfen kann, seine Staatsgründung nicht im Zuge der europäischen Nationalstaatenbildung vor 200 Jahren vollzogen zu haben, um damit in den (Euro-) Genuß linker Verjährungsfristen zu kommen. Eine Linke, die die eigene nationale Verfaßtheit vergißt, indem sie selbstverständlich vom Existenzrecht des Staates BRD ausgeht, betreibt Herrschaftspolitik und nicht -kritik. *In der Ab- und Anerkennung von Nationalstaatlichkeit behauptet sich nicht die Kritik, sondern das Konstrukt von der ›natürlichen‹ Nation.*

Genau dieses natürliche (Staats-)Wesen muß wohl in den Köpfen der Linken herumspuken, wenn sie – seit 20 Jahren beharrlich – vom »künstlichen Gebilde« Israel redet – als ginge es ihnen um die Rettung der Natur, um die Verteidigung organischer Verbindungen. Wie nationalistisch dieses Bio-Gutachten ist, müßte alleine der (Rück-)Blick auf die Wiedervereinigung des ›geteilten Deutschlands‹ belegen. Wäre nicht in dieser Logik die Wiedervereinigung das verdiente Ende einer unnatürlichen Spaltung? War nicht die Ex-DDR ein »künstliches Gebil-

de« der Siegermächte, das mit dem Anschluß nur *renaturalisiert* wurde? ...

Wenn die Kritik an der Staatsgründung Israels eine Kritik an der kolonialen und imperialistischen Staatenbildung überhaupt gewesen wäre, hätte die Linke nicht übersehen können, daß auch die meisten Staaten rund herum auf dem Reißbrett der Ex-Kolonialmächte entstanden sind (von Jordanien, über Syrien bis zum Irak). Sie alle haben soviel und sowenig mit kulturellen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten zu tun, wie Israel. Die Willkür der Grenzziehung und Staatsgründung liegt nur ca. 30 Jahre weiter zurück.

3. Wir kennen keine ›Opfer‹, denen die Linke so andeutungsvoll bis vollendet eine Mitschuld an ihrer eigenen Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung nachzuweisen versuch(t)en, wie den Überlebenden des Holocaust

Galten sie bis 1967 als Inkarnation der ›unschuldigen Opfer‹, so wurde 20 Jahre in der Linken nachgeholt, was die einstige Solidarität mit ihnen nur gestört hätte. Die Erkenntnisse waren nicht neu; ihre Verwendung wurde jedoch nun nützlich. Denn damals wie heute ging es nicht darum, die Überlebenden zu begreifen, sondern den eigenen Stellungswechsel zu begründen. Und in der Logik linker Opfer-Solidarität mußten mann/frau sie nun ›entheiligen‹, ihnen die Unschuld nehmen, sie wieder mit den TäterInnen ähnlich, vergleichbar machen, um sie als ›falsche‹ Opfer abzustoßen. Sie haben einfach nicht gehalten, was sich die Linke von ihnen versprochen hat; sie haben einfach nicht getan, was die Linke in sie hineinprojizierte. Dann soll sie der Teufel holen. 20, 25 Jahre nach der militärischen Zerschlagung des 3. Reiches deckte die Linke die Zusammenarbeit zionistischer Organisationen mit dem Nazi-Regime auf. Aus Israel, einst »Heimstätte der Überlebenden des Holocaust«, wurde ein von den Nazis gefördertes ›Siedlerprojekt‹: »Die zionistische Weltbewegung« war es, »die mit Nazi-Deutschland zusammenarbeitete, um die »Rassenpolitik der Nazis maximal zur Organisierung einer breit angelegten Emigration nach Palästina« auszunutzen. Die deutschen Faschisten wieder unterstützten die Kolonialisierungspläne der Zionisten.«[13] Die organisierte Flucht nach Palästina wurde nicht mehr als sichere Rettung vor Judenhaß und drohender Vernichtung verstanden, sondern als »verbrecherische Allianz zwischen Zionismus und deutschem Faschismus.« (Ali Hashash)[14]

Als letzter Akt der Entwürdigung der Opfer wurde ihnen schließlich die Beteiligung an ihrer eigenen Vernichtung vorgehalten: »Die Zionisten riefen zum Stillhalten und zur Zusammenarbeit mit dem Nazi-Regime auf. Sie leiteten den von den Nazis installierten ›Judenrat‹ und

beteiligten sich somit unmittelbar an der Auswahl der zur Tötung ausersehenen Opfer.«[15]

Selbst wenn Opfer ihre letzte (Über-)Lebenschance in der Zusammenarbeit mit den Nazis gesucht hätten, ändert das doch nichts an der Tatsache, daß das Nazi-Regime sie umgebracht hat und nicht sie sich selbst. Und auch die Tatsache, daß zionistische Organisationen mit Nazis kooperiert haben (vor allem zu einer Zeit, als die Nazis noch die Politik der »forcierten Auswanderung« von Jüdinnen und Juden verfolgten), ändert nichts daran, *daß der Nationalsozialismus und eben nicht zionistische Staatsgründungspläne den letzten Beweis dafür lieferte, daß ein ›Volk ohne Staat‹ der Willkür aller (europäischen) Staaten ausgeliefert war und ist.*

Solange eine radikale Kritik am Staat Israel nicht die Kritik an jeder Staats(be-)gründung einschließt, solange reproduziert sie auch das antisemitische Grundmuster, das Kritik an den (herrschenden) Verhältnissen nur vortäuscht, um sie den ›Besonderheiten jüdischen Wesens‹ anzulasten.

(März 1992)

Quellennachweis:

1 TAZ v. 17.1.92

2 FR v. 25.1.91

3 FR v. 18.1.92

4 TAZ v. 17.1.92

5 TAZ v. 18.1.92

6 »Ausgeschaltet wurden ... 32 irakische Forschungsanlagen und Produktionsstätten für die Herstellung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen.« FR v. 1.2.1991

7 So sind z.B. 22 Heizkraftwerke, acht Wasserkraftwerke, 31 Umspannwerke, Dämme und Bewässerungsanlagen zerstört worden. Unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten leicht auszumachende zivile Einrichtungen. Militärische Kriegsziele allerdings, wenn deren Zerstörung als Teil biologischer Kriegsführung begriffen wird.
»Es war ein Angriff auf die Wasser- und Energieversorgungssysteme und andere Infrastruktureinrichtungen, der genau den Effekt biologischer Kriegsführung hatte. Der Zweck der biologischen Kriegsführung (...) bestand darin, die Bevölkerung für die Zeit nach dem Krieg als Geißel zu nehmen. Das ist internationaler Terrorismus kolossalen Ausmaßes.« (Prof. Noam Chromsky, FR v. 30.1.92)

8 TAZ v. 18.1.92

9 FR v. 11.2.1991

10 Ahmad Schukeiri, PLO-Führer 1964, zit. nach »Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina«, AK 1988, S. 28

11 Intifada-Komitee Mainz/Wiesbaden, zit. nach AK v. 21.10.91

12 s.o.

13 »Immer rebellieren«, zit. nach »Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina«, Redaktion Arbeiterkampf, Hamburg 1988, S. 50

14 »Palästina-Kampf der Gegensätze«, S. 55

15 »Immer rebellieren«, s.o., S. 50

Was hat das multi-kulturelle Konzept mit Verkehrsberuhigung zu tun?

Eigentlich gar nichts.
Oder doch.
Voraussetzung ist,
mann ist sachlich,
dann kann mann über alles reden –
ohne linke Tabus, ohne alte Mythen, ohne Hemmungen.
Herr Daniel Cohn-Bendit, Stadtrat für multi-kulturelle Angelegenheiten, kann das.
Denn nur so, erklärte er, kann mann über die Asylfrage, über Einwanderungsquoten etc. reden.
Der Stadtrat will die Diskussion versachlichen
und er weiß, daß das geht.
So sachlich, wie über die Blechlawinen in unseren Städten geredet werden kann, so sachlich möchte er über die ›Flüchtlingswelle‹ reden.
Nein, der Stadtrat denkt dabei nicht an eine ›autofreie Stadt‹ -
daran denken andere.
Der Stadtrat ist kein verbohrter Autofeind, kein Ausländerhasser.
Er weiß, ›wir‹ brauchen beides, das Auto und die Ausländer.
Doch gerade, wer – wie der Stadtrat -, den Nutzen sieht,
muß auch in Ruhe über die Folgekosten reden können.
Daran ist doch nichts Schlimmes.
Zuviel Autos verstopfen die Straßen,
vergiften das Klima,
erhöhen das Unfallrisiko
und gehen auf die Nerven.
Wenn mann – wie der Stadtrat – sachlich bleibt,
fällt einem Vergleichbares zur ›Ausländerfrage‹ nicht schwer.
Und Lösungen ganz leicht.
Verkehrsleitsysteme und Verfahrensbeschleunigung,
Parkberechtigungsschein und Visapflicht,
Verkehrsberuhigung und Einwanderungsquoten
park and ride und Außenstellen der Einwanderungsbehörde in Afrika, in Asien, in Osteuropa und so weiter.
Zwei Seiten eines Vergleiches.
Unsachlichkeit kann mann/frau dem Stadtrat nicht vorwerfen.
Es ist seine Sache,
nicht (mehr) zwischen AusländerInnen und Autos unterscheiden zu können
über AusländerInnen zu reden wie über ›unsere‹ Autos,
von Besitzer zu Besitzer.
Es ist unsere Sache, ihn daran zu hindern.[1]

Anfang ’90 kamen mehrere Autoren im Pflasterstrand zu Wort, die ihre Vorstellungen von Multi-Kultur entwickelten. Wir können diese Beiträge nur empfehlen. Wenn mann/frau sie aufmerksam und genau liest, findet sich in fast schnörkelloser Offenheit alles wieder, was wir oft mühsam und umständlich den Ideologen des multi-kulturellen Konzeptes vorwerfen: Rassismus, Sexismus und Ausbeutung. Bleiben diese Begriffe oft abstrakt und verschwommen – in diesen ideologischen Entwürfen nehmen sie konkrete, faßbare Gestalt an.

Dan Nitescu war einer der Autoren. Er bezeichnet sich selbst als Anhänger einer »anarcho-kapitalistischen Radikalität«. Dieser Autor halluzinierte nicht von Multi-Kultur, er hat sie erlebt, von innen, in Frankfurt, in einem Hotel. Und wenn er im Folgenden alle aufzählt, die zu diesem »wahrhaft multi-kulturellen Mikrokosmos« gehören, dann sagt er auch gleich, wie er’s meint: Er redet von »Zutaten (dieses exotischen Gemischs«), wenn er uns die Menschen darin vorstellt:

»– der Besitzer des Hotels, ... (dem) auch ein benachbartes Hotel (gehört), das er von einem Bautrupp von Polen und Rumänen zur Nobelabsteige umbauen ließ,
– die Bauarbeiter, die ... als schlitzohrige Osteuropäer ... Geschäftsbeziehungen zu den Dauergästen des Hotels unterhielten,
– Marokkaner, die ein Teil des Personals an der Rezeption und in der Küche stellen ...
– algerische und tunesische Musiker und eine tunesische Bauchtänzerin mit Familie
– Israelis (Frauen und Männer), denen nachgesagt wurde, sie beschäftigen sich mit Drogen und Prostitution
– Mulatten ... die angeblich denselben Geschäften nachgingen ...
– deutsche Frauen, die in einem benachbarten Sauna-Lokal arbeiteten ...
– ein ganzer Zigeunerclan ... sie schwammen buchstäblich im Geld. Sogar die Kinder warfen mit Trinkgeldern um sich
– polnische und spanische Zimmermädchen, freundlich und liebenswert« usw.[2]

Wie gesagt, alles »Zutaten«, mit Rassismus fein abgeschmeckt. Es ist selbstverständlich, daß der »exotische Reiz« für die LeserInnen dieses Metropolen-Magazins gerade nicht darin besteht, sich selbst als Bauarbeiter, Küchengehilfe, Prostituierte oder Zimmermädchen vorzustellen. Dafür sind die anderen gut (genug). Die Faszination für diese Multi-Kultur ziehen sie aus der Gewißheit und Sicherheit, daß nicht sie für 8,- DM/Std., illegal oder geduldet, ihre Arbeitskraft, ihre Hautfarbe,

ihre Kultur, ihren Körper, meist alles auf einmal verkaufen müssen. Die Faszination nährt sich aus dem Versprechen, daß für sie der Genuß dieser »Zutaten« reserviert ist, zu einem oft märchenhaften Preis.

Die multi-kulturellen Ideologen wissen um die Hemmungen, voll zuzugreifen, um die Heimlichkeit, mit der dieser Lustgewinn genossen wird. Deshalb propagieren sie den Genuß ohne (bürgerliche) Reue, also mehr Abhärtung: *»Wir müssen wieder lernen, mit Armut zu leben, ohne gleich in Ohnmacht zu fallen, wenn wir sie zu Gesicht bekommen.«*[3]

Es gilt also, den Reichtum für uns in der Armut anderer zu entdecken. Darin sind sich der Autor und der heutige Stadtrat für multikulturelle Angelegenheiten einig: *»Der Sprung von der Heimat in die Diaspora kann ungeheure Energien freisetzen. Einer Umgebung entronnen, in der ihre Kreativität durch Gesetze, Traditionen oder einfach durch Neid gehemmt war, sind die Immigranten endlich imstande (und gezwungen), zu zeigen, was in ihnen steckt, für Frauen ... ist dieser Effekt wohl am dramatischsten.«*[4] Oder ganz amtlich, mit den Worten des Stadtrats: *»Die meisten Asylbewerber sind Menschen, die eine irrsinnige Energie haben ... Und diese Energie würden sie unheimlich produktiv einsetzen hier in dieser Gesellschaft. Sie würden viele Arbeiten machen.«*[5]

Frau/Mann tut den Ideologen des multi-kulturellen Konzepts also wirklich Unrecht, wenn frau/mann sie in den Verdacht brächte, Armut und Ausbeutung anzugreifen oder gar zu bekämpfen. Im Gegenteil: Wesentliche Voraussetzung für Multi-Kultur ist gerade Gleichgültigkeit gegenüber Armut und den Ursachen für Vertreibung und Verfolgung. Denn erst wenn »wir« ohne eigene Skrupel mit der Armut (anderer, versteht sich) gut und ruhig leben können, entwickeln »wir« das rechte Gespür für die »irrsinnige Energie«, die der Kampf um's Überleben erst richtig freisetzt.

Wie man an diesen Reichtum rankommt, weiß der Autor und läßt Friedman für sich reden – ein Wirtschaftsfachmann, der sich bei Militärdiktaturen wie Chile mit monetaristisch-gesteuerten Verelendungsprogrammen verdient gemacht hat: »Uneingeschränkte Einwanderung würde uns reicher machen, so wie sie es auch in der Vergangenheit getan hat ... Wenn eine berufstätige Frau für 2.000 Dollar im Jahr ein Dienstmädchen aus Indien einstellen könnte, ... und so die Zeit hätte, einer Tätigkeit nachzugehen, die ihr jährlich 10.000 Dollar einbringen würde, – wer würde dabei verlieren?«[6] In der Tat, dieses Plädoyer steht nicht nur in der Tradition eines europäischen Kolonialismus, der sich seit Jahrhunderten die Rohstoffe anderer Länder geraubt und die Menschen als SklavInnen in ihre Metropolen verschifft hat. Es steht auch für das neue, oliv-grüne Bewußtsein, daß Rohstoffe

endlich, d.h. begrenzt sind, der Rohstoff »Mensch« hingegen unendlich verfügbar und damit grenzenlos ausbeutbar ist. Wenn also *der Wert eines Menschen weniger über sein Blut oder seine Hautfarbe bestimmt wird, sondern über die Möglichkeiten seiner Vernutzung*, dann aus dem Wissen heraus, daß ein freundlicher Kellner aus Italien mehr nutzt, als ein blutverschmierter, daß in den Augen eines indischen Kindermädchens nicht Angst, sondern Liebenswürdigkeit entdeckt werden soll.

Für die Ideologen von multi-Kultur ist Rassismus kein Gewaltverhältnis, sondern ein Lösungsmittel[7], mit dem vergreiste, erstarrte Arbeits- und Lebenshierarchien in Fluß, in Bewegung gebracht werden. »Für viele Deutsche ... bedeutet ein hoher Ausländeranteil auch die Chance einer vielversprechenden Karriere – sie können als Vorarbeiter eine leitende Funktion übernehmen. Das erhöht die soziale Mobilität und sorgt dafür, daß die Ärmsten nicht ewig die Ärmsten bleiben.«[8] Eine multikulturelle Frischzellenkur.

Es ist wohl nicht der Rede wert, dazuzusagen, daß gerade diese ›Karriere‹ nicht irgendeiner fachlichen Qualifikation, sondern ausschließlich der weißen Hautfarbe, des Deutsch-Seins geschuldet ist. Dieser rassistische Zugewinn gilt gerade jenen Deutschen, die eigentlich im Kapitalismus nichts zu melden und zu sagen haben, aber über den 2. Bildungsweg »Rassismus« doch noch mit kleinen Aufstiegschancen bedacht werden. Es braucht nicht ausgesprochen zu werden, wo Nicht-Deutsche – in aller Regel – zu stehen haben: als Allerletztes, ganz unten.

»Resteverwerter« eben, wie Herr Geißler seine ausländischen MitbürgerInnen herzlich willkommen heißt. Diese weiße Mobilität spricht nicht gegen ein paar wenige, die durchgekommen sind, die's zu was gebracht haben. Denn selbst ihr beruflicher Erfolg kann ihre ›falsche‹ Hautfarbe und Herkunft – oft – nicht wettmachen. »Der nette Schwarze von nebenan wird immer der nette Schwarze von nebenan bleiben.«[9]

Für multi-kulturelle Ideologen ist Rassismus kein Verbrechen, sondern unersetzliche (Volks-)Medizin, die bei dosierter Einnahme ihre stimulierende Wirkung auf die deutsche Volksseele erst richtig entfaltet, – kreislaufstabilisierend und potenzsteigernd. Daß jede Medizin, bei übermäßigem und unkontrolliertem Genuß schleichende bis tödliche ›Nebenwirkungen‹ zeigt, gehört zum Restrisiko einer multi-kulturellen Gesellschaft. Den Preis dafür, bezahlen bekanntlich andere, Nicht-Deutsche.

Daß fortschrittliche Politiker dieses ›Restrisiko‹ gering halten wollen, ist nicht geheuchelt, sondern Konzept. Sie haben in der Tat nicht das rassistische Pogrom im Kopf. Ihnen geht es gerade darum, diese rassistische Spannung zu halten, zu steuern und vor allem zu nutzen, ohne daß sie sich in rassistische ›Übergriffe‹ entläd. Das ist Energieverschwendung. Denn bei kontrollierter Nutzung von Rassismus werden Energien freigesetzt – vor allem bei Nicht-Deutschen, die hier selten, d.h. also gefragt sind: Überlebenskünste, Erfindungsgeist, Kreativität, Risikobereitschaft. *Der Rassismus der Straße will Nicht-Deutschen das letzte, ihren Überlebenswillen, nehmen: der Multi-Kulturelle will genau das haben.* Daß er das nicht freiwillig kriegt, weiß er. Deshalb weckt er auch keine falschen Erwartungen bei AusländerInnen, will sie nicht gegen Rassismus in Schutz nehmen, sondern durch Rassismus »ertüchtigen«: »Daß sie hier gerade nicht mit offenen Armen empfangen werden, daß sie ... hier auf eine Masse rassistischer, religiöser oder kultureller Ressentiments stoßen – darauf sind sie durchaus eingestellt. Sie sind überhaupt darauf eingestellt, sich durchzukämpfen.«[10] Und das ist gut so.

Gegen Gleichmacherei, »grassierenden Gesinnungskitsch« und »laue Solidaritätssuppe« läßt derselbe Gerd Koenen[11] schließlich vollends die Sau raus: »Eine multi-ethnische und multi-kulturelle Gesellschaft kann überhaupt nicht anders entstehen als mit der scharfen Pisse des Rassismus gedüngt.«[12] Ein offensichtlich ganz normales Ausscheidungssekret des multi-kulturellen Volkskörpers. Was Nicht-Deutsche als alltägliche Entwürdigung und Verachtung erleben, das ist für einen wie Gerd Koenen gerade die »Attraktion, ... die die verschiedenen farbigen Menschen, Kulturen und tja, Rassen aufeinander ausüben.«[13] Diesen Spaß will er sich nicht nehmen lassen: »Die multi-kulturelle Gesellschaft (wird) ... aus haltbaren Ingredienzen gebacken sein: aus Eigennutz, Schweiß und Sex.«[14]

Ist Rassismus also das Flußmittel einer multi-kulturellen Gesellschaft, so ist der Kapitalismus ihr natürliches Regulativ

Für multi-kulturelle Ideologen ist der Kapitalismus selbst die effektivste Waffe gegen rassistische »Übergriffe« und »Auswüchse«. Denn es ist das ureigenste Interesse des Kapitals, das Primat der Vernutzbarkeit über das Primat der Blutzugehörigkeit zu stellen. »Am Ende sind es die Kapitalisten, die durch Eigennutz – keineswegs aus edlen Motiven – am wirksamsten die Diskriminierung benachteiligter Gruppen bekämpfen.«[15] Anti-Rassismus schließt den Kampf gegen Kapitalismus nicht ein, sondern aus. Die multi-kulturelle Formel für Antirassismus ist

ganz einfach zu merken und zu rechnen: Kapitalismus x Raum x Zeit, kurzum in Potenz: »Je freier der Markt, desto besser vertragen sich die verschiedenen Rassen, Kulturen und Religionen. Am geeignetsten ... wäre also ein ›Wächterstaat‹«[16] Alles weitere regeln dann die Gesetz (-mäßigkeiten) des Kapitals. So auch den Rassismus. Denn wenn alles eine Frage des Geldes wird, wenn alle nur noch das eine, Geld, im Kopf haben, wenn alle, ob schwarz oder weiß nach *einem* totalitären Prinzip arbeiten und funktionieren, dann »haben (sie) keine Zeit für Rassenstreitigkeiten, die sie am Geldverdienen nur hindern würden.«[17]

Ganz so, als wäre Rassismus ein (Frei-)Zeitproblem, eine Freizeitbeschäftigung für herumgammelnde Arbeitslose. Als wäre es das normalste in der (Ersten) Welt, AusländerInnen zu jagen, wenn mann/frau gerade nichts (besseres) zu tun hat. *Das armselige an diesem »Anti«-Rassismus ist, daß er nur noch ein einziges Motiv kennt, nicht rassistisch zu sein: Geldverdienen.* Es ist fast schon müßig, festzuhalten, daß Rassismus weder eine Erfindung, noch das Problem von randständigen, arbeitslosen, entwurzelten Jugendlichen ist, sondern im »Geldverdienen« selbst, in der scheinbaren Unblutigkeit der (Markt-)Gesetze von Wert und Nichtwert seinen wirksamsten Vollzug erfährt.

Soviel zur multi-kulturellen Gesellschaft. Soviel zu einem Konzept, das der damalige Pflasterstrand-Herausgeber D.C.-Bendit mit den Worten »faszinierend darwinistisch« einleitete. Soviel auch zu einem gemeinsamen Kampf gegen Rassismus, den der heutige Stadtrat für multi-kulturelle Angelegenheiten – gegen den Vorwurf »Heuchler« zu sein – beschwört: »Wenn wir wetteifern, wer der bessere Linke, der bessere Antifaschist ist, dann werden die Rechtsradikalen gewinnen.«[18]

Es gibt von militanter Seite aus verschiedene Einwände, sich überhaupt mit multi-kulturellen Konzepten und Strategien auseinanderzusetzen.

Real- und machtpolitisch wird immer wieder darauf verwiesen, daß multi-kultureller Schnickschnack bestenfalls als Modeschmuck Platz im herrschenden Instrumentarium findet, als exotisch-anmutende Schaufensterauslagen, die das weltoffene, oder genauer das welt-männische Deutschland präsentieren sollen. Also Teil des Legitimationsapparats, der vor allem die Aufgabe hat, vom ›eigentlichen‹, vom ›wesentlichen‹ abzulenken.

Was eine Frauenbeauftragte für die Männerherrschaft hermacht und hergibt, das gilt auch für einen multi-kulturellen Dezernenten, als Decors-Produzent für den institutionellen, staatlich-regulierten Rassismus. Kurzum also: multi-kulturelle Konzepte, samt deren staatliche

Einbindung spielen machtpolitisch keine Rolle – alles belangloses, folgenloses ideologisches Geschwätz. Blendwerk.

Wir halten diese ökonomistische Machtanalyse für falsch. Wir widersprechen uns selbst, wenn wir die Macht rassistischer Ideologien auf ihre ökonomischen, materiellen ›Urheber‹ reduzieren. *Rassistische Ideologien sind mehr als der passive Reflex auf ökonomische Verhältnisse – sie gehen ihnen voraus oder verweigern sich ihnen* (wie am Beispiel des braunen Rassismus). Rassistische Ideologien entwickeln eigene Produktivkräfte und lassen sich eben nicht umstandslos von ökonomischen oder machtpolitischen Verhältnissen kommandieren. Wenn wir, gegen die marxistische Analyse vom Haupt- und Nebenwiderspruch gerichtet, darauf bestehen, daß Rassismus ein *eigenes* Gewaltverhältnis ist, dann spielt es sehr wohl eine Rolle, wer darin Gesellschaft, Lebensverhältnisse, soziale und politische Auseinandersetzungen definiert, gestaltet und dynamisiert – im Sinne der Herrschenden und zum Nutzen derer, die davon profitieren.

Die Medienschlacht um und nach Hoyerswerda hat eben nicht nur die Glatzen vom Rand der Gesellschaft in Richtung Mitte (des medialen Bewußtseins) gerückt, sondern gerade auch multi-kulturelle Konzepte, die noch vor fünf Jahren ein randständiges, bedeutungsloses Dasein selbst unter Grünen fristeten. Ganz ohne Übertreibung läßt sich sagen: Hoyerswerda, die Serien von (Brand-)Anschlägen auf Flüchtlingsheime und AusländerInnen waren die Feuerprobe für multi-kulturelle Strategien, die Reifeprüfung in Richtung Regierungstauglichkeit. Aus diesen Ideologien stammen die meisten – zusammenhängenden – Argumente des ›anständigen‹ Deutschlands, sehen wir einmal vom humanistisch-liberalen Gestammel (Toleranz, Mitmenschlichkeit ...) ab. Aus multi-kulturellen Konzepten und Denkansätzen stammen die meisten Selbstdefinitionen des ›anderen‹ Deutschlands. Es waren und sind diese Gesellschaftsbilder, die dem ›neuen‹ Deutschland ein modernistisches Gesicht, eine euro-frisierte Sky-line verliehen haben. Ihre Kampagnen gegen den ›blutigen‹ Rassismus der Straße, hätten (oft) unsere sein können, ihre Plakat-Serien (»Wer hilft mit, Zeinab anzuzünden«) erreichen auch unsere Empfindungen, stoßen sich an ähnlichen Gedanken und Provokationen.

Die Ausstrahlungskraft und Bedeutung, die das multi-kulturelle Konzept (bekommen) hat, liegen eben nicht in seiner leeren Geschwätzigkeit, sondern in der Glaubwürdigkeit, das ›anständige‹ und geschichtsbewußte Deutschland zu verkörpern. Weit über rot-grüne WählerInnen hinaus, weit in politische Gegnerschaften hinein, was auch die Ein- und Anbindung nicht-deutscher WählerInnengrup-

pen und Organisationen miteinschließt. Mehr noch. Es wird seine Avantgarde-Funktion auch dann behalten, wenn die rassistischen Angriffe auf der Straße wieder in der Dunkelziffer, d.h. aus dem veröffentlichten Bewußtsein verschwunden sind. Was noch vor zwei, drei Jahren eine anti-nationale Provokation war, ist heute Stammvokabular fast aller Politiker geworden: wir sind ein »Einwanderungsland«, eine »bunte Republik Deutschland« (CDA).

Und mit dem Blick auf das sich formierende ›Vereinigte Europa‹, als erste oder zweite Weltmacht, beginnen auch die Vordenker unter den Herrschenden den Begriff der ›Nation‹ neu zu fassen. »... (es) ist daher notwendig, daß die Nation nicht mehr völkisch und ethnisch definiert wird, sondern derjenige, der sich zu den zentralen Freiheits- und Menschenrechten der offenen Republik bekennt, ihr angehören kann.«[19] Die multi-kulturellen Vorkämpfer sind mit Erfolg dabei, dem Rassismus, das »rückwärtsgewandte« (CDA) zu nehmen, um ihn im *Biologismus der Marktgesetze* aufgehen zu lassen. Das ›natürliche‹ am Rassismus definiert sich nicht mehr über die Blutzugehörigkeit, sondern über das Bekenntnis zum »zivilisatorischen Westen« (Dan Diner), über die scheinbare Totalität des (siegreichen) Kapitalismus, über die Selbstverständlichkeit des Abendlandes, das Moderne, den Fortschritt, die Kultur, die Zukunft (der Welt) zu verkörpern.

In der Annahme und Übernahme dieser Gesellschaftsdeutungen, drückt sich auch ein sich neu-einübendes deutsches Selbstbewußtsein aus. Es ist an der Zeit, sich selbst und Deutschland wieder positiv zu denken, stolz und selbstbewußt zu sein – nicht auf die deutsche Vergangenheit, sondern auf das, was mann/frau daraus gemacht hat.

Die Nation, das Deutschsein war und ist bis heute völkisch bestimmt, ein rassistisches Konstrukt, das in der Negation, in der Ausgrenzung des Nicht-Deutschen zu sich selbst fand und findet. In dieser nationalen Identität spiegelt(e) sich die Unmöglichkeit und Unfähigkeit wider, Deutsch-Sein über die eigene Geschichte und Kultur zu bestimmen. Die »unheilvolle« Geschichte Deutschlands, die vielen »dunklen Kapitel« deutscher Vergangenheit, ihre Niederlagen und Einmaligkeiten in der europäischen Kulturgeschichte versperrten dem nationalen ›wir‹ den positiven Zugang zu sich selbst. Es blieb der geschichtslose, biologistische Verweis auf's Blut, auf die rechte Abstammung, um doch noch das Konstrukt »wir sind ein Volk« aufrechtzuerhalten, vom Grundgesetz bis zum Bundesvertriebenengesetz. *Dieser völkische Zwangscharakter ist für uns auch ein Grund, in Deutschland nicht von nationaler, sondern völkischer Identität zu sprechen.*

Dieses geschichts-verleugnende ›Wir‹ sucht bereits seit langem nach dem »Schlußstrich« unter die deutsche Vergangenheit, aus dem Schatten der Vergangenheit herauszutreten, wieder selbst Geschichte zu machen und (um-)zuschreiben. Der Historiker-Streit, Bitburg usw. waren und sind erfolgreiche Versuche, die Besonderheiten deutscher Geschichte zu relativieren, nach dem Motto: eine blutige Hand wäscht die andere – wir sind doch *eine* zivilisierte Staatenfamilie.

Und gerade im letzten Akt der politischen Wiedervereinigung, in der Abrechnung mit der ›verbrecherischen SED-Diktatur‹, vollzieht sich die Normalisierung und *Harmonisierung* faschistischer Verbrechen auf EG-Norm. Mit der Gleichsetzung von SED-Regime und Nazi-Diktatur, von STASI und SS ... wird nun auch inner-deutsch das entsorgt, was mit dem Golfkrieg und der Wiederentdeckung Hitlers als Sadam Hussein, ex-kolonialistisch, in den Orient exportiert wurde.

Zug um Zug vollzieht sich die »Befreiung« von der deutschen Vergangenheit. Es ist das angekündigte Ende erzwungener und inszenierter Scham. Es ist (an der) Zeit, daß Deutschland als ökonomischer Sieger Europas auch als politischer Sieger (über seine Vergangenheit und seine Ex-Siegermächte) anerkannt wird. Die ‹friedliche Revolution‹ in der Ex-DDR beweist doch, daß von deutschem Boden mehr ausgehen kann als Krieg ...

Ein nationales Wir-Gefühl ist im Entstehen, das nicht mehr rückwärts gerichtet ist, sondern nach vorne; das Kredit nimmt auf die Zukunft Deutschlands – auf ein Deutschland als Hausherr Europas. Da kommt ein im genetisch-grünen Selbstverständnis gezüchtetes ›Wir‹ ganz gelegen. Ein ›Wir‹, das gleichermaßen mit seiner Vergangenheit, d.h. seiner Opposition, abgeschlossen hat, das in das neue ›Wir‹ – von unten (auf den Kopf gestellt) die Kämpfe der 60er und 70er Jahre und die irrwitzige Schlußfolgerung von einer »von Grund auf zivilisierten Gesellschaft« (Antje Vollmer) einbringt, und von oben das ›andere‹ Deutschland über seine wirtschaftlichen Leistungen, seine politische Integrationskraft und soziale Mobilität definiert und mitgestaltet. Ein ›Wir‹, das endlich wieder Geschichte hat und macht, die Anerkennung und Zuwendung verdient. Ein ›Wir‹, dem mann/frau nicht länger durch Früh- oder Spätgeburt automatisch zugehört, sondern das mann/frau sich erarbeiten muß – durch Leistung und Verfassungstreue (»Verfassungspatriotismus«). Der teilweisen Aufhebung garantierter Arbeits(vertrags-)verhältnisse entspricht die bedingte Aufhebung des völkisch-garantierten Abstammungsbonus. Was mit der Flexibilisierung von Arbeits- und Lebenshierarchien bereits angerissen wurde, meint – gegen die Legende vom Tellerwäscher zum Millionär –

nicht deren Aufhebung, sondern den kalkulierten (Leistungs-)Druck darauf, die erzwungene Mehranstrengung, sich darin zu behaupten.

Lassen wir unbeantwortet und offen, ob dem völkischen oder (multi-)kulturellen Rassismus die Zukunft (in Deutschland und/oder Europa) gehört. Uns geht es darum, nachzuzeichnen, daß der autonome Blick auf Hoyerswerda oft ein (selbst-)bestätigender Blick auf einen Rassismus ist, den wir politisch leicht identifizieren können, der geschichtlich (d.h. völkisch-nazistisch) und äußerlich (d.h. glatzig) leicht auszumachen ist. Doch dieses neue Deutschland, vor und nach Hoyerswerda, ist für uns gerade mehr als seine ungebrochene (faschistische) Kontinuität, ist mehr als die öffentliche Manifestation des braunen Rassismus.

Die Glaubwürdigkeit multi-kultureller Konzepte, die gesellschaftliche Basis und Akzeptanz des ›anständigen‹ Deutschlands, *liegt in der tatsächlichen Ablehnung jenes braunen Rassismus*. Sie nährt sich aus dem sicheren und beruhigenden Wissen, daß die AusländerInnen hier mehr eine Bereicherung, als eine Bedrohung sind, daß die propagierte Toleranz und Friedfertigkeit gegenüber hier lebenden AusländerInnen nicht einem neuen Menschenbild geschuldet ist, sondern der kalkulierbaren, nachrechenbaren Einsicht in ihre Nützlichkeit. Diese ›ausländerfreundlichen‹ Deutschen sind tatsächlich dagegen, daß ›Unschuldige‹ gejagt und verjagt werden. Sie sind, im Kleinen wie im Großen, für eine ruhige, nüchterne, kalkulierbare Haushalts- und Wirtschaftsführung, für eine sachliche Kosten-Nutzen-Rechnung, für eine am (eigenen) Bedarf orientierten AusländerInnen-Einfuhr-Politik, also für den effektiven, d.h. für sie immer staatlichen Schutz von AusländerInnen, die ›wir‹ brauchen, für ein staatlich-geregeltes (»Rückführungs«-)Verfahren gegenüber jenen, die ›wir‹ nicht gebrauchen können.

All das wissen rot-grüne WählerInnen, all das wählen sie aus gutem Grund. All das wissen auch viele Nicht-Deutsche, die Rot-Grün politisch unterstützen, die sich parteipolitisch an der KAV (Kommunalen AusländerInnen Vertretung) in Frankfurt beteiligt haben, die mit dem multi-kulturellen Dezernat zusammenarbeiten. Viele dieser MigrantInnen nutzen bzw. tragen multi-kulturelle Vorstellungen und Projekte, sind eingebunden in ein Konzept, das zu recht von sich behaupten kann, einen beachtlichen Teil politisch engagierter MigrantInnen für sich sprechen zu lassen – sei es aus innerer Überzeugung oder aufgrund finanzieller Abhängigkeiten. Die politischen und finanziellen Möglichkeiten des multi-kulturellen Dezernats bedeuten für viele MigrantInnen reale Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen. Die

meisten MigrantInnen wissen sicherlich auch, daß das multi-kulturelle Konzept weder den Kapitalismus hier, noch die imperialen Ausbeutungsverhältnisse weltweit in Frage stellt oder gar angreift. Nur, wie gering ist der materielle Unterschied zwischen einem Dezernat, das gar nicht will und uns Autonomen, die es nicht tun bzw. nicht können?

Solange autonome antifaschistische Praxis vor allem darin besteht, den braunen Rassismus »von der Straße zu verdrängen«, solange sich hauptsächlich unsere Militanz gegen den braunen ›Exzeß‹ richtet (und sich darin nicht nur kräftemäßig erschöpft), solange wir gegen den institutionellen, (multi-)kulturellen Rassismus keine Praxis entwickeln – solange machen wir mit multi-kulturellen Konzepten – ungewollt – eine Sache: *Wir kämpfen gemeinsam um die Wiederherstellung der Normalität.* Arbeitsteilig. Sie machen professionelle Öffentlichkeitsarbeit gegen den braunen Rassismus (Kundgebungen, Werbespots, Plakatserien, Veranstaltungen, Talkshows ...), Kopfarbeit – und wir machen die Straßenarbeit vor Ort. Militante Handarbeit.

Solange wir uns in der Praxis von multi-kulturellen Zielen kaum unterscheiden, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn sich MigrantInnen für die einflußreichere Praxis entscheiden, und gegen eine absehbar-kurzatmige autonome Intervention. Denn für MigrantInnen hört der Kampf hier nicht auf, wenn der braune ›Exzeß‹ wieder Normalmaß angenommen hat. Für sie ist der institutionelle und wirtschaftlich-regulierte Rassismus eine ganz alltägliche, unspektakuläre Auseinandersetzung, selbst wenn die letzte Glatze von der Straße geputzt wäre. Solange wir dieser Normalität nichts entgegenzusetzen haben, wird unser anti-rassistischer Widerstand Teil der Normalisierung bleiben. Solange werden multi-kulturelle Konzepte nicht nur ideologisch, sondern auch real-politisch – auch für viele MigrantInnen – eine konkrete Alternative darstellen.

Bleibt noch die Frage: Was heißt das für uns? Erstmal gar nichts, befürchten wir. Im besten Fall wissen wir jetzt (genauer), wogegen wir noch sind, im schlechtesten Fall kommt's darauf auch nicht mehr an.

Es geht nicht darum, die Notwendigkeit, gegen Fascho-Angriffe gezielt vorzugehen, infrage zu stellen. Es geht darum, warum wir den Faschos einen Großteil unserer Energie und Wachsamkeit widmen, während die, die tatsächlich die Macht haben, in aller Ruhe, fast ungestört, ihren Rassismus in Gesetze und Lebenshaltungen pressen können.

Bleiben wir bei der Praxis. Gibt es weniger Gründe, den multi-kulturellen Rassismus, von SPD bis Grüne/Bündnis 90, anzugreifen, als

den braunen Rassismus der NPD oder der REPs? Gibt es tatsächlich weniger Gründe, einen Parteitag der SPD z.B. zu verhindern, als einen Parteitag der DVU?

Bleiben wir noch einen Moment bei dem, wofür wir kämpfen. In vielen Erklärungen und Flugblättern stehen, ganz unten, unsere Forderungen: »Bleiberecht für alle, alle Grenzen offen, für freies Fluten ...« Im Augenblick spricht nichts dafür, daß die Herrschenden zur bedingungslosen Erfüllung unserer Forderungen bereit sind. Bekanntlich kapituliert dieser Rechtsstaat zehnmal lieber vor Skinheads und Nazis, als vor unseren Forderungen. Nun, Forderungen werden nicht falsch, weil sie unerfüllbar sind – sie werden aber bedeutungslos, wenn wir selbst keine Anstrengungen unternehmen, sie in unserer eigenen Praxis zu konkretisieren. Wieviel »Bleiberecht« haben Nicht-Deutsche in unseren persönlichen und politischen Zusammenhängen? Wo findet unter uns, zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen das *»freie Fluten«* statt? Wenn wir uns das »freie Fluten« vorstellen, dann denken wir alle – die REPs und Nazis ausnahmsweise eingeschlossen – an's Gleiche: an ein volles Boot, Marke »BRD«, das rettungslos absäuft – mit dem kleinen Unterschied, daß wir uns dabei in ›internationalen Gewässern‹ wähnen, während um uns herum die Wellen zusammenschlagen. Dabei bekommen die herbeigesehnten Flüchtlingsströme nicht nur etwas apokalyptisch-befreiendes – sie fungieren auch als Ersatz, als Projektion für Kämpfe, die wir selbst führen müßten.

Aber vielleicht steckt ja auch hinter der *Unbestimmtheit* unserer Forderung nach »freiem Fluten« die *bestimmendere* Angst vor dem, was passiert, wenn wir uns tatsächlich darauf einließen, wenn wir es sogar herausfordern würden ...

Wie schnell dann unsere Zusammenhänge ins Schwimmen kommen, läßt sich fast für jede autonome Gruppe sagen, die sich mit Flüchtlingsarbeit konfrontiert hat. Die Grenzen der Belastbarkeit sind oft schneller erreicht, als die Durchsetzung einfachster Forderungen (von seiten der Flüchtlinge). Das spricht nicht gegen die wenigen, die das tun, sondern gegen die vielen, die das entweder für Sozialarbeit oder Reformismus halten.

Das ist die eine Seite autonomer Realpolitik. Die andere Seite autonomer Einmischung könnte jedoch – auf unerhoffte Weise – auch Mut machen – die Erfahrung, mit welch vergleichsweise bescheidenen Forderungen die herrschenden Verhältnisse zwar nicht zum Tanzen, so doch ins Rotieren zu bringen sind. Denn, was bezogen auf kapitalistische Verhältnisse reformistisch ist, die Durchsetzung gleichen Rechts (auf Ausbeutung), kann in Bezug auf rassistische (Gewalt-)Verhältnis-

se revolutionär sein: Die Inanspruchnahme und Durchsetzung derselben Rechte, die Deutsche haben, für alle Nicht-Deutsche – nicht auf dem deutschen Rechtsweg, sondern mittels einer militanten Praxis. Es geht darum, für Bedingungen (mit-) zu kämpfen, daß Nicht-Deutsche hier leben können, wie sie wollen, arbeiten können, wann sie wollen, wohnen können, wo sie wollen. Alleine die Durchsetzung dieser Forderungen würde gegen alle Zwangsmaßnahmen des AusländerInnengesetzes verstoßen, gegen alle Arbeitssondergesetze für Nicht-Deutsche. Das würde an den kapitalistischen Strukturen nicht rütteln. Aber welchen Grund oder gar welche Berechtigung hätten wir, unsere Solidarität gegenüber Nicht-Deutschen mit Erwartungen zu verknüpfen, die wir selbst nicht einlösen bzw. füllen können? Sie sind soviel und sowenig ›revolutionäres Subjekt‹ wie wir – weder ihr Kampf noch unsere Solidarität darin kann Ersatz für Kämpfe sein, die wir selbst entwickeln müßten, mit denen sich Nicht-Deutsche solidarisieren können – und eben nicht umgekehrt. Wenn die Herrschenden vom »Anschlag auf unseren Rechtsstaat« reden, dann meinen sie nicht die Gefahr für das Leben von Nicht-Deutschen – dann sehen sie vor allem das Rechtsstaatsmonopol in Gefahr, über das Leben von Nicht-Deutschen frei zu verfügen. Wann, wo und wie es ihnen nützt – wann, wo und wie ›es‹ passiert, wenn sie genug davon haben. Genau dieses Gewaltmonopol wollen sie nicht der *Willkür* rassistischer Angriffe von Skins und Nazis überlassen. Dafür haben die Herrschenden, von CSU bis Grünen, von Gewerkschaften bis Unternehmerverbänden ihre eigenen *Berechnungen* und Lösungen.

Bringen die Herrschenden gegenüber diesem willkürlichen Rassismus noch ausreichend Verständnis auf – schließlich sind sie sich ja im rassistischen Grundkonsens einig – hört ihre Toleranz spätestens dann auf, wenn genau dieser Grundkonsens in Frage gestellt wird. Können sie, vom Politiker bis zum BKA, beim besten Willen, hinter über 1.500 rassistischen Anschlägen in drei Monaten, »weder terroristische noch dauerhafte Strukturen«[20] erkennen, so weiß der Innenminister Diederich (CDU) geradezu intuitiv, daß die abermalige Flucht von Flüchtlingen aus Greifswald zurück nach Neumünster von »langer Hand vorbereitet und von autonomen Kräften aus westlichen Bundesländern gesteuert« wurde[21].

Mal abgesehen davon, daß sowas wie Honig runterläuft – auch wenn wir uns den Genuß selbstverständlich verbieten. Es handelt sich hier wohl mehr um einen behördlichen Alptraum (vielleicht hat er auch schlicht zuviel »Westfernsehen« geglotzt), als um autonome Praxis. So vordergründig diese staatliche Gefahrenanalyse ist, soviel sagt

sie darüber aus, wovor sie tatsächlich Angst bekämen. Vor einer militanten Praxis, die mit dazu beiträgt, daß nicht mehr der Staat, sondern die Menschen selbst ihr Leben in die eigenen Hände nehmen, selbst bestimmen, wo sie sich sicher fühlen, wo sie und mit wem sie zusammen leben wollen. Dann ginge der Kampf nicht nur um ›sichere‹ Lager, sondern gegen jede Art von Lagerhaltung und Kasernierung von Flüchtlingen. Damit wäre eine wesentliche Voraussetzung für rassistischen Konsens wie Pogrom gleichermaßen angegriffen: die unbedingte Notwendigkeit, die Objekte rassistischer Angriffe zuallererst zu markieren – mittels ihrer systematischen Erfassung, Kontrolle, Absonderung und Entrechtung. Das wäre ein konkreter Schritt, die gigantische Kluft zwischen autonomer Theorie und Praxis, zwischen ›freiem Fluten‹ und ›mehr Taschengeld‹ zu verkleinern. Eine autonome Praxis, die nicht nur die Forderungen der Flüchtlinge solidarisch unterstützt, sondern gleichermaßen unser *eigenes* Interesse, unseren *eigenen* Kampf um Veränderungen hier deutlich macht.

Was dies bewirken könnte, spricht aus jeder Zeile eines Kommentars der FR, anläßlich jener Greifswald-Ereignisse. *»Damals* (in Hoyerswerda, d.V.) *wurde der Rückzug* (der Flüchtlinge, d.V.) *von den Behörden organisiert, jetzt von Autonomen. Wenn das keine Kapitulation des Rechtsstaats ist!«*[22] Schön wär's ja.

(Dezember 1991)

Fußnoten/Quellenangaben:

1 Anläßlich eines Studio-Interviews des Hessischen Rundfunks in der Sendung »Ein starkes Stück« am 12.11.1991 zog Daniel Cohn-Bendit diesen Vergleich. Hier noch der Wortlaut der entsprechenden Passage aus dem Interview, ausgestrahlt vom 3. Fernsehprogramm (HR 3) um 21.50 Uhr:
»... Es ist die Frage, wie rationalisiert man die Debatte. Und was Sie sagen, die Politik hat geschlafen, es stimmt nicht für alle Politikerinnen und Politiker. Aber davon mal abgesehen. Wie schafft man es, in dieser Republik, 'ne vernünftige, ruhige Debatte über Einwanderung zu führen. Und zwar ohne Mythen und ohne Scheinheiligkeiten ... Ein verantwortliche Politik heißt, gut, wir haben ein Problem: Es gibt eine Autoflut in der Stadt, jeden Tag. Zuviel Autos. Ja, das muß man regeln! Irgendwie, da kann man sich drüber streiten. So.«

2 Dan Nitescu, aus Pflasterstrand März 1990, S. 37

3 s.o., S. 41

4 s.o., S. 40

5 Daniel Cohn-Bendit, aus SPIEGEL 22/1989, S. 103

6 Dan Nitescu, S. 39

7 »Lösungsmittel sind Flüssigkeiten, die andere Stoffe lösen, ohne sie chemisch zu verändern. Hinter dem Begriff verbergen sich sowohl Wasser als auch große

Gruppen oft hochgiftiger organischer Verbindungen« (Ökotest Lexikon, S. 163, rororo)

8 s.o., S. 40

9 s.o., S. 44

10 Gerd Koenen, in PS, März 1990, »Keine Multikultur ohne Rassismus«, S. 4

11 einst Mitbegründer des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland), heute freier, befreiter Journalist.

12 s.o., S. 43

13 s.o., S. 43

14 s.o., S. 43

15 Dan Nitescu, s.o., S. 41

16 s.o., S. 41

17 s.o., S. 41

18 Kundgebung der staatstragenden Parteien gegen »Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit« auf dem Römer am 3.10.91, zitiert nach NP v. 4.10.91

19 CDA (Christlich-demokratische Arbeitnehmer), zit. nach FR v. 17.12.91

20 Staatssekretär Neusel, zit. nach FR v. 10.10.91

21 FR v. 7.11.91

22 FR v. 5.11.91

STADT FRANKFURT AM MAIN

DER MAGISTRAT

„Ein Witz oder Studentenulk“

Cohn-Bendit erstattet Anzeige: Gefälschte Flugblätter im Umlauf

11.10.94

[illegible]

Eine eindeutige Reaktion – eine multi-kulturelle Ent-Täuschung

Deutschland im Herbst 1991: Rassismus als Norm

Der folgende Text ist die leicht überarbeitete Fassung eines Redebeitrags von MigrantInnen, gehalten bei einer Podiumsveranstaltung zu Rassismus am 13.12.91 an der Uni-Frankfurt.

Der Text wurde von vielen im, größtenteils aus ›Szeneangehörigen‹ bestehenden Publikum als außerordentlich provozierend empfunden.

Wir halten es – angesichts der tendenziell eher oberflächlichen Beschäftigung mit Rassismus seitens des linksradikalen Spektrums dieses Landes – für lohnenswert diese, relativ scharf formulierten Positionen zu publizieren. Einer gewissen Denkträgheit ist unserer Meinung nach mit wohlklingenden Worten einer ach so solidarischen Kritik, nicht beizukommen.

Im Anschluß des Artikels folgt eine Anmerkung und eine kurze Stellungnahme.

(lupus)

Ganz zu Anfang etwas zur Entstehungsgeschichte dieses Beitrags. Er ist eine kurze Zusammenfassung von Diskussionen, die wir mit anderen MigrantInnen und/oder Flüchtlingen geführt haben. (Wir haben auch unter uns nicht alle Punkte ausdiskutiert. JedeR von uns hat einen Teil geschrieben und wir hatten auch nicht die Zeit die Teile inhaltlich genauer aufeinander abzustimmen.) So ist das »Wir« in diesem Text auch gemeint.

Wir wollen von diesem Standpunkt aus Position beziehen, behaupten aber nicht für *die* MigrantInnen und Flüchtlinge zu sprechen. Wenn wir »Deutsche« sagen, meinen wir immer weiße Deutsche, also auch nicht MigrantInnen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Wir meinen auch nicht schwarze Deutsche oder jüdische Menschen.

Zu uns selbst: Zwei von uns kommen aus EG-Ländern. Wir wissen, daß unsere europäische Herkunft, die Blässe unserer Haut und unsere guten Deutschkenntnisse für einige von euch ein Problem sind. Schließlich hattet ihr einen »authentischen« Vortrag erwartet.

Vielleicht hilft es euch ja, daß der dritte, ein Kurde, einen Part des Beitrags übernommen hat, und daß so euer Bild eines/r »echten Migranten/in« erhalten bleibt. Wir versprechen euch, sobald wir mehr geworden sind, ein bunteres Sortiment.

Bevor wir überhaupt hier zusammen diskutieren können, müssen wir die Bedingungen für eine Diskussion klären. In den letzten Monaten hat es in vielen linken und linksradikalen Projekten heftige Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und MigrantInnen gegeben. Das bezieht sich nicht nur auf irgendwelche beliebigen Gruppen oder Pro-

jekte, sondern auch und gerade auf die, die sich Anti-Rassismus auf ihre Fahnen geschrieben haben. Für einige von uns war das Anlaß, zu überlegen, ob eine Zusammenarbeit mit weißen Deutschen überhaupt noch möglich ist.

Es bleibt selbst für uns schwer nachzuvollziehen, was in den letzten Monaten tatsächlich passiert ist, obwohl wir diese Erfahrungen, daß scheinbar nichts mehr zusammengeht zwischen weißen Deutschen und MigrantInnen, tagtäglicher machen als ihr. Für euch wird es eines der wenigen Male sein, wo ihr erlebt, daß sich Frauen und Männer, auf die ihr euch von eurem Anspruch her beziehen wollt, sich gegen euch zur Wehr setzen. Seltene Erfahrung, bleibt doch euer Bezug meist theoretisch, das Objekt eurer Begierde meist nicht greifbar.

Linksradikale Zusammenhänge sind ein Spiegelbild gesellschaftlicher Verhältnisse; Frauen werden aus gemischten Zusammenhängen rausgedrängt, soweit sie sich nicht selber für eine eigene Organisierung entscheiden, Frauen und Männer aus anderen Ländern gibt es kaum, und die wenigen, die sich dennoch in diesen Zusammenhängen halten können, werden in ihrer Existenz geleugnet. Sie sind für das deutsche linksradikale Empfinden »integriert«, eigentlich gar keine »Aus«-länderInnen. Sie werden so in ihrer Persönlichkeit beschnitten. Das »Andere« wird gar nicht wahrgenommen. So kommt es, daß selbst FreundInnen nach Jahren fragen, was eigentlich dieses »AusländerInnensein« für eineN ausmacht.

Gleichzeitig werden mit der zugesprochenen Integration bewußt oder unbewußt Noten verteilt. Die, die scheinbar integriert sind, haben es geschafft. Solche Bemerkungen sind vielleicht gutgemeint, letztenendes aber ignorant und paternalistisch. In der Konsequenz rassistisch. Integration, die Einpassung in die deutsche Kultur, wird zur kulturellen Leistung. Durch Gleichmacherei wird außerdem das eigene, auch das linksradikale, deutsche Bewußtsein beruhigt. Frau/mann braucht nicht mehr verunsichert zu sein, angesichts der Anwesenheit von »Fremden«. Frau/mann braucht dann auch nicht mehr besonders aufmerksam zu sein, vielleicht mal zuzuhören, wenn es um Probleme mit dem Sichzurechtfinden im deutschen Alltag, oder mit Behörden, z.B. dem Ausländeramt geht. Die eigene Normalität wird als Norm gesetzt und anderen einfach übergestülpt.

Oder es wird eben angenommen, daß MigrantInnen ganz anders sind. Das ist dann oft Anlaß zu sozialrevolutionärer Verklärung. MigrantInnen sind dann solidarischer, genügsamer, können Bedingungen ertragen, die für eineN selber nicht mehr auszuhalten sind. Oder sie sind kämpferisch, kommen hierher und »nehmen sich den Reich-

tum zurück, der aus ihren Ländern geraubt wurde.« Damit leugnet ihr, daß MigrantInnen, sich die Bedingungen unter denen sie hier leben, oft nicht aussuchen können. Vielleicht würden viele lieber ganz normal arbeiten gehen oder sich in ihrer Wohnung mit FreundInnen treffen, statt auf der Gasse zu hocken und vom gelegentlichen Abzocken oder Verchecken von Dope zu leben. Vielleicht wären sie sogar lieber in ihren Ländern geblieben, wenn sie da noch eine Möglichkeit zu leben gehabt hätten.

Dem anfänglichen Mißtrauen ausländischen Jugendgruppen gegenüber, weil sie nicht in der Lage sind, das Fahrrad eines/r Autonomen von dem eines Neureichen zu unterscheiden – wie sollen sie auch? – oder weil linke Männer sich nun plötzlich nachts auf der Straße unsicher fühlen, folgt nun ein »positiver« Bezug: Da für die ausländischen Jugendlichen »die Erfahrungen mit Gewalt alltäglicher sind, und sie auch besser darauf vorbereitet sind«, würden einige der wohlbehüteten linksradikalen KämpferInnen, ihnen gerne die Auseinandersetzungen mit militanten Nazis überlassen. Der Grundsatz autonomer Arbeitsteilung heißt dann: »Wir brauchen euren Mut und ihr unsere Schlauheit.« (Berlin 1991 in den Auseinandersetzungen zwischen Autonomen und den Antifaçist Gençliks)

Dennoch bilden Männer aus anderen Ländern nach wie vor eine besondere Problemkategorie auch im linksradikalen Weltbild. Männer aus anderen Ländern gelten oft als besonders patriarchal. Sie haben es eben noch nicht gelernt sich geschickt eine autonome Chauvitarnkappe überzuziehen.

Den Frauen aus anderen Ländern gilt dagegen, angesichts der schlimmen patriarchalen Strukturen in ihren Ländern, absolutes Mitleid. Nawal el Saadawi bricht den feministischen Grundkonsens, wenn sie den Schleierzwang in islamischen Ländern mit der erzwungenen Nacktheit europäischer oder nordamerikanischer Frauen vergleicht. Daß das Patriarchat ganz unterschiedliche Formen annimmt, wird ganz einfach ignoriert.

Ihr kategorisiert und seid nicht mehr bereit euch auf »wahrhaftige« Frauen/Männer und ihre Geschichte einzulassen. Ihr wißt wie MigrantInnen sind. Ihr kennt unsere Länder ... aus dem Urlaub. Ihr habt feste Bilder von uns im Kopf. Ihr definiert uns. Am liebsten als völligst hilflose Wesen, die nur auf eure Hilfe warten. Eure »Anerkennungsstruktur« orientiert sich genau an der gesellschaftlichen und staatlichen Repression: ganz oben rangiert bei euch die »schwarze Analphabetin«. Dieser Hierarchie sollen wir uns unterordnen. Genießen wir, durch unsere Herkunft, z.B. aus EG-Ländern, Privilegien gegenüber anderen Flücht-

lingen und MigrantInnen, macht ihr uns das zum Vorwurf. Können wir uns gar auch noch der deutschen Sprache bedienen und uns an Diskussionen beteiligen, ohne von euch dauernd korrigiert oder unterbrochen zu werden (weil es zu lange dauert), haben wir endgültig jede Anerkennung verwirkt. Ihr verlangt, daß wir uns dafür schämen, Möglichkeiten zu nutzen, die für euch selbstverständlich sind! Als derart Privilegierte sprecht ihr uns sogar das Recht ab, uns als MigrantInnen zu definieren. Wo kämen wir denn da hin, wenn plötzlich MigrantInnen und Flüchtlinge selber bestimmen wer sie sind!

Ein weiteres Problem für euch ist, daß ihr feststellt, daß sich MigrantInnen und Flüchtlinge untereinander nicht solidarisch verhalten. MigrantInnen und Flüchtlinge sind nicht unbedingt solidarischer als ihr, und das ist als allererstes unser Problem. Solidarität ist hier aber nicht bloß ein unverbindliches Bekenntnis, das einem/r leicht über die Lippen gleitet. Sie kann nur von der Hoffnung leben, durch einen gemeinsamen Kampf, die Bedingungen für alle verbessern zu können. Der Alltag erzwingt oft ein anderes Verhalten. Die Gesetzgebung teilt uns in unterschiedliche Kategorien ein und spielt uns gegeneinander aus. Die gleichen Denkstrukturen haben kleine und große deutsche RassistInnen drauf, wenn sie eine Französin vielleicht noch für arisierbar halten, während eine Türkin für sie ein Untermensch ist, und sie sie deshalb demütigen oder zusammenschlagen, als Frau zusätzlich vergewaltigen können.

Viele von euch beanspruchen für sich die Freiheit zu entscheiden, ob sie sich bei rassistischer Anmache oder Überfällen »verhalten« oder nicht. Von euch ein Verhalten einzufordern, nennt ihr moralisch. Grenzt sich aber beispielsweise ein Grieche gegenüber von türkischen Menschen ab, indem er sich freut, daß er »nicht so aussieht wie sie« und eventuell nicht mit den soeben beschriebenen Konsequenzen zu rechnen hat, empört ihr euch. Deutsche, die sich »verhalten«, wie z.B. die BürgerInnen aus Hoyerswerda, die sich anderthalb Wochen nach der endgültigen Vertreibung der Flüchtlinge einer autonomen Demo anschließen, nennt ihr mutig. Daß wir aber diese »mutigen BürgerInnen« einzig und allein nach ihrem Verhalten während der »Belagerungszeit« beurteilen, nennt ihr sektiererisch. Es gibt eben auch für euch verschiedene Maßstäbe.

Wenn ihr uns endlich »entdeckt« habt, stellen wir für euch nur noch eine soziale Kategorie dar. Ihr reduziert uns auf unser »Ausländischsein«, wir werden zu begehrten ExotInnen, Alibi-AusländerInnen. Nachdem ihr uns die ganze Zeit ignoriert habt, genervt weggehört habt, wenn wir euch mit unseren Anliegen belästigt haben (z.B. die

Verschärfung des Ausländergesetzes), wollt ihr jetzt, wo das »Thema Rassismus« bei euch Konjunktur hat, von uns über euren Rassismus lernen. In autonomen Papieren ist zu lesen, daß sich insbesondere Flüchtlinge für einen solchen Lernprozeß hervorragend eignen. Das ist nicht sehr viel anders als Cohn-Bendits Umerziehungsprogramm für Ost-Deutsche, außer daß ihr euch hierzu »freiwillig« entscheidet. Als Belohnung für eure Anstrengung und zur Beruhigung des eigenen Gewissens verlangt ihr von uns immer und immer wieder anti-rassistische Persilscheine. Ist es für euch so schwer mit uns umzugehen wie mit anderen Menschen auch? Wir sind tatsächlich ganz normale Frauen und Männer, auch wenn wir MigrantInnen sind. Pat Parker, eine afroamerikanische Feministin gab einmal folgende Empfehlung ab: »Erstens: Vergiß, daß ich schwarz bin. Zweitens: Vergiß nie, daß ich schwarz bin.«

Wir erleben uns entweder als nicht-existierend, dann, wenn wir unter den Begriffen »Deutsche« bis »deutsche Linke« subsumiert werden, als Lieblingsspielzeug oder als hilfesuchende Opfer. Wehren wir uns gegen die ständige Bevormundung und formulieren wir einen eigenen Standpunkt, erleben wir uns sehr schnell als außerhalb stehend. Wir zerstören mit einem Schlag alles, was von Deutschen so gut gemeint war. Da gibt es längst keinen Unterschied mehr zwischen den normalen und den besseren, linksradikalen Deutschen. Aufgebrochen ist die falsche Harmonie zwischen uns spätestens jetzt, z.B. an den Auseinandersetzungen mit dem Rassismus/Nationalismus der deutschen Bevölkerung und mit der deutschen Geschichte. Unser Mißtrauen gegenüber der deutschen Bevölkerung geht euch viel zu weit. Ihr fühlt euch plötzlich angegriffen. So war eure Solidarität und das Zusammenkommen nicht gemeint.

Wir sind uns im Klaren darüber, daß ihr, die ihr schon immer in diesem Land lebt, Weiße seid und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, euch meist in irgendeiner Form mit irgendetwas hier verbunden fühlt. Wir aber machen hier Erfahrungen, die die Frage nach Kontinuitäten aufwerfen. Ihr müßt euch endlich mal klar machen, welche Eindrücke von eurem Volk in anderen Ländern existieren. Diese Eindrücke werden nicht nur durch die in anderen Ländern immer noch vorhandenen Erinnerungen an den deutschen Nationalsozialismus genährt, sondern auch durch das selbstgefällige Verhalten deutscher BürgerInnen und der politischen RepräsentantInnen dieses Staates. Es hilft uns auch wirklich nicht, von euch darüber belehrt zu werden, daß es Rassismus und neofaschistische Tendenzen auch in anderen Ländern gibt. Wir sind erst mal mit dem Rassismus hier konfrontiert.

Von unseren unterschiedlichen Standpunkten heraus ergeben sich dann auch unterschiedliche Perspektiven. Uns ist es weniger wichtig, uns klarzumachen, wieso die Bevölkerung hier so rassistisch ist und uns pädagogische Lernspielchen auszudenken (vielleicht unter dem Motto »MigrantInnen und Flüchtlinge bekehren RassistInnen«?), als uns zu überlegen, wie wir uns wehren können. Unser größter Wunsch ist eine Organisierung unter MigrantInnen und Flüchtlingen, um zu einer gesellschaftlichen Kraft zu werden, die ernst genommen werden muß.

Für uns ist es wichtig, aus der ständigen Selbstgeißelung und dem Sich-Einfügen in das vorgegebene Schicksal rauszukommen. Vielleicht habt ihr euch schon mal darüber gewundert, wieso gerade MigrantInnen und Flüchtlinge für das rassistische Verhalten der Deutschen Verständnis zeigen – wenn ihr das nicht für die, für diese Menschen so typische, Zurückhaltung und Bescheidenheit gehalten habt -, oder, daß sie z.B. damit argumentieren, daß sie hier Steuern zahlen usw. Wie diese Mechanismen wirken, ist uns gerade jetzt an den Wahlen zur Kommunalen Ausländervertretung (K.A.V.) bewußt geworden. Obwohl wir wußten, daß diese Wahlen nichts anderes als eine Abspeisung sind, haben sich einige von uns teilweise doch gefreut, von dieser Gesellschaft zum ersten Mal überhaupt wahrgenommen zu werden.

Es ist schon krass, was die Verhältnisse hier mit dir machen. Am Ende freust du dich, wenn jemand auf dich zugeht, ohne dich anzumachen oder blöde Bemerkungen zu machen. Es geht uns darum, uns klarzumachen, daß wir ein Teil dieser Gesellschaft sind und uns elementare Rechte einfach zu nehmen. Wir werden letztenendes nur auf unseren eigenen Füßen stehen können. Für uns ist aber auch klar, daß wir ein anti-rassistisches Bewußtsein am ehesten bei denen erwarten können, die tagtäglich mit Rassismus konfrontiert sind. Dagegen war unsere Suche nach einem antirassistischen Bewußtsein, das mehr als ein bloßer Anspruch ist, sich in praktischem Verhalten umsetzt, bei Deutschen bisher ziemlich frustrierend.

Vielleicht ist auch anti-rassistisches Bewußtsein ein großes Wort. Es geht erst einmal primär um ein Wissen über die Bedingungen unter denen Flüchtlinge und MigrantInnen hier leben müssen. Die wenigsten von euch wissen, wie es auf der Ausländerbehörde aussieht. Nachvollziehen, was es heißt, dort um Aufenthalt zu betteln, könnt ihr nicht. Nachvollziehen was es heißt, den Mund aufzumachen, und alle wissen spätestens jetzt, daß du keinE DeutscheR bist, könnt ihr nicht. Ihr könnt auch nicht nachvollziehen, was es heißt, sich immer dessen bewußt zu sein, daß alle von dir ein »normales« Verhalten erwarten,

und du kennst ihre Norm nicht. Wahrscheinlich seid ihr euch auch nicht im Klaren darüber, was euer Verhalten bei uns auslöst, wie sehr uns eure Toleranz und Gutmütigkeit stinkt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus ist für uns keine revolutionäre HeldInnentat sondern Alltag.

Damit sind wir bei der Frage nach einer Perspektive angekommen, die sich für euch in den letzten Wochen wiederholt gestellt hat – und die, wie wir befürchten, einige auch schon negativ für sich beantwortet haben. Die anti-faschistische/-rassistische Arbeit ist für viele von euch ein zu defensives Konzept. Euch fehlt die Vorstellung einer Utopie. Außerdem kann ja die politische Arbeit jetzt nicht darunter leiden. Wir denken, daß da euer wirkliches Problem liegt: die Auseinandersetzung mit Rassismus ist für euch, wenn überhaupt, ein theoretischer Anspruch. Frau/mann will das daher auch möglichst schnell hinter sich bringen. Das ist natürlich, gegenüber der immer noch existierenden Variante des Nebenwiderspruchs, ein erheblicher Fortschritt.

Für uns ist die Auseinandersetzung mit Rassismus ein existenzielles Problem, und zwar nicht nur mit dem militanten, blutigen Rassismus auf der Straße. Spätestens durch die »Zusammenstöße« der letzten Monate, ist klar geworden, daß für uns die Bedingungen in der Szene unhaltbar sind. Der anti-rassistische Anspruch ist von vorne bis hinten hohl!

Es ist beispielsweise ungeheuer nervig, sich dauernd anhören zu müssen, daß ihr das alles für MigrantInnen und Flüchtlinge macht. Erwartet ihr jetzt Dankbarkeit? Vielleicht seid ihr da auch nur eine Spur zu ehrlich. Ihr habt kaum real was mit MigrantInnen und Flüchtlingen zu tun, und das ist für euch auch nicht mehr als ein theoretisches Problem. Daher müssen wir MigrantInnen uns, nachdem das jetzt so klar geworden ist, die Frage nach einer gemeinsamen politischen Perspektive stellen.

Nach diesem Jahr wird nichts mehr so sein wie vorher. Wir mußten uns nicht nur fragen, in welchem Land wir leben, sondern auch, mit wem wir eigentlich seit Jahren befreundet waren oder Politik gemacht haben. Einige von euch haben den Spieß umgedreht. Plötzlich waren es nicht mehr die Verhältnisse, über die sie sich empört haben, sondern die MigrantInnen, die die Unverschämtheit besaßen, diese Verhältnisse zu benennen. Vielleicht ist es ganz gut, daß es zu diesen Auseinandersetzungen gekommen ist, und wir, MigrantInnen und Deutsche, können uns, in einem genaueren Wissen übereinander, überlegen ob und wie wir zusammen weitermachen wollen. Welche Bedingungen für uns Grundvoraussetzung sind, haben wir hiermit klarge-

macht: Es geht jetzt nicht mehr um politisches Lippenbekenntnis, sondern verdammt um ein Bewußtsein über die Unterschiede zwischen uns, um eine Auseinandersetzung darüber, um dann gemeinsame Schritte definieren zu können. Das ist längst nicht defensiv, sondern, angesichts der vorHERRschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, auch in ihren autonomsten Ausformungen, fast schon ein Konzept einer gesellschaftlichen Utopie.

Die Unterschiede kommen aus diesen verdammten Gewaltverhältnissen und Strukturen, die solange sie existieren eine Gleichsetzung unmöglich machen. Zum x-ten Mal:

1/4 der Weltbevölkerung (Industrieländer) verbraucht 75% der weltweit produzierten Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel. D.h. 3/4 der Weltbevölkerung muß mit 1/4 an Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln auskommen. Eine deutsche Frau verbraucht 17mal so viel Energie wie eine Inderin.

Die Kinder in den arabischen Ländern verbrauchen an lebenswichtigen Nahrungsbestandteilen (wie Proteinen und Vitaminen) 1/10 dessen, was in den USA an Hunde und Katzen verfüttert wird.

Zwei Ereignisse aus dem Jahr 1978: In den arabischen Ländern starben an Unterernährung und Krankheiten eine Million Kinder. Im selben Jahr wurden die offiziellen Gewinne der fünf größtem US-Ölfirmen mit 360 Milliarden Dollar angegeben.

Gigantische bevölkerungspolitische Programme laufen seit Jahren in den Trikont-Ländern. Nicht um die Armut, sondern um die Armen zu verringern.

Es ist eben nicht das Gleiche, wenn Millionen von Frauen aus den Trikont-Ländern zur Sterilisation gezwungen werden, während gleichzeitig in diesem Land eine umgekehrte Politik betrieben wird. Um nicht mißverstanden zu werden: In beiden Fällen wird den Frauen das Recht abgesprochen, selber über sich zu entscheiden.

Allerdings im ersten Fall mit dem Ziel, das unwerte Leben zu vernichten und im zweiten Fall mit dem Ziel, die Herrenrasse zu vermehren.

Mit dem neuen Ausländergesetz wurde die rechtliche Grundlage für die Kriminalisierung von MigrantInnen geschaffen.

Das bisher geltende Gesetz gab es seit 1965. Dies wiederum stand in der nationalsozialistischen Tradition der deutschen Ausländer-Polizeiverordnung aus dem Jahr 1938.

Gerade dieses Gesetz ist verschärft worden!

Einerseits dient es der Verfügbarmachung von billigen und rechtlosen Arbeitskräften. Andererseits wird damit der deutsche Volksseelen-

haushalt mit erprobten nationalistischen und rassistischen Klischees und Vorurteilen gefüttert.

Der deutsche Staat sortiert heute die Menschen in verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Rechten.

In dieser Hierarchie stehen die Flüchtlinge ganz unten. Ganz unten heißt zum Abschuß freigegeben. Dieses Schema war schon vor dem Ausländergesetz, vor der Asyldebatte in der deutschen Bevölkerung etabliert worden. Das Ausländergesetz und die Asyldebatte waren nur das Startsignal, um es in die institutionelle und völkische Praxis umzusetzen.

Das in Kraft getretene Ausländergesetz ist rassistisch, nationalistisch, eurozentristisch, sexistisch und kriminalisiert alle sogenannten Nichtdeutschen, also Menschen die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen.

AusländerInnengesetze sind für uns nicht Gesetze wie andere auch. Sie stigmatisieren uns, sie machen uns zur Zielscheibe. Sie bestimmen für uns faschistoide Bedingungen, unter denen wir zu leben haben.

So weit zum strukturellen Rassismus.

Den alltäglichen Rassismus ist noch schwerer verständlich zu machen: Denn ihr werdet niemals nachempfinden können, was es heißt rassistische Blicke, Beschimpfungen und Anmache aller Art zu erleben. Und ihr redet von Gleichen unter Gleichen?

Wir sind wütend über die Arroganz mit der Empfindungen von MigrantInnen begegnet werden, wenn sie als handelnde Subjekte erscheinen. Dann ist es nur noch Emotionalität (typisches Merkmal für MigrantInnen). Denn die herrschende Norm heißt »cool« bleiben. Über Gefühle und anderen Menschen stehen. Die eigenen ein Leben lang unterdrücken. Eben Herrenmenschen.

Das radikale und autonome Herz blüht erst dann auf, wenn das Erscheinungsbild stimmt: arm, verfolgt, kaum deutschsprechend, von Abschiebung bedroht und dankbar. Wie gehabt: mitleiderregend. Und vor allem, wenn die eigene Meinung, die bekanntlich der Mittelpunkt der Erde ist, sowie das eigene Verhalten nicht in Frage gestellt wird. Es wäre viel gewonnen, wenn ihr diese Tatsache akzeptieren könntet.

Kopfzerbrechen bereitet vor allem die autonome, radikale Haltung von MigrantInnen den deutschen Autonomen und radikalen Linken. Dort, wo Mitleid und Opferrolle fehlt, fällt ziemlich alles zusammen.

Denn die weiße, deutsche Metropolen-Linke priorisiert ihr Verhalten nach der Reihenfolge dieser Bezeichnung: weiß, deutsch und metropolitan.

Wir sind wütend über die ignorante und neutrale Haltung, mit der ihr Großdeutschland begegnet seid: denn ihr, die euer Volk am besten kennen müßtet, hättet uns warnen müssen vor dem Gesindel der Montagsdemos in Leipzig, vor den Stürmerinnen und Stürmern der Prager Botschaft, vor dem Germanen-Kult in der Nacht der Fußballweltmeisterschaft. Der Ausgrenzungsspruch »Wir sind das Volk« war die Kampfparole gegen »Polaken« und »Kanaken«. Es war der Zünder mit dem die Brandsätze gegen Flüchtlingsheime gemacht wurden.

Es war das Feigenblatt, um die Verbrechen von damals zu revidieren. In Ravensbrück und anderen KZ-Stätten. In Vergleichen nach der Art: Bautzen = Auschwitz, SED = NS, STASI = Gestapo usw.

Im Herbst '91 ist etwas in diesem Land passiert, was nicht passieren dürfte: 45 Jahre nach der Entnazifizierung ist die Normierung der deutschen Gesellschaft nach rassistischen Maßstäben abgeschlossen.

Der Typus des Otto Normalvergasers ist wieder salonfähig geworden. Wir sprechen nicht nur von den Nazi-Aufmärschen in Dresden, Leipzig oder Bayreuth. Wir sprechen nicht nur von dem völkischen Mob in Leihbach oder Hoyerswerda.

Wir sprechen von eurer Bevölkerung. Von euren Eltern, Großeltern, Onkeln und Tanten. Seit Monaten haben sechs Millionen Menschen in diesem Land Angst vor den Deutschen. Jeder, der deutsch genug aussieht, gilt als potentieller Rassist. »Mein Problem« sagt ein Mann aus Ägypten »waren nicht die zwei Skinheads, die mich in der Frankfurter U-Bahn bedrohten. Das Problem für mich waren die restlichen Fahrgäste. Wie viele von denen würden an der Seite der Skinheads mitmachen?«

Die Quanität von – laut offiziellen Polizeiberichten – über 2.300 Brandanschlägen und Übergriffen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge ist längst schon zu einer neuen Qualität umgeschlagen.

Rassisten, Fremdenhasser, Antisemiten, Faschisten gibt es überall. In Frankreich wie in Italien. In Spanien wie in Griechenland. Das besondere aber in diesem Land ist die Lebendigkeit der Vergangenheit.

Ihr müßt kapieren, warum ihr als Erben von Tätern angesehen werdet. Ihr müßt kapieren, warum der Generationenwechsel in Deutschland als Stapellauf des Rassismus betrachtet wird.

Kapieren heißt, bewußt zu werden, daß ihr zu euren Eltern eine andere Haltung einnehmt als wir.

Es ist schon mal gesagt worden: Nicht eure Meinung über das Gesindel, daß sich wiedervereinigtes Volk nennt, interessiert uns! Das einzige, was für uns zählt, sind die Empfindungen und Ängste der

MigrantInnen und Flüchtlinge als der einzige Maßstab, mit dem wir die Verfaßtheit dieser Gesellschaft bewerten können. Alles andere ist irrelevant!

Im Herbst ’91 sind in Deutschland drei Dinge passiert:

Erstens: Die Population dieses Landes hat klar und deutlich ihre Bereitschaft signalisiert, End-Lösungen aktiv zu unterstützen.

»Was kann ich dafür, daß mir beim Anblick dieser Zigeuner der Gedanke an Gasöfen kommt«, sagt einer im Spiegel, der seinen Laden zigeunerfrei führt. »Das, was in Hoyerswerda gelaufen ist, war schrecklich. Aber es war notwendig«, sagt ein deutsches Mädchen im Fernsehen. Zwei Äußerungen von Hunderttausenden.

Diesem Tatbestand werden die jetzigen und alle zukünftigen Regierungen so oder so Rechnung tragen müssen.

Zweitens: Die deutsche Intelligentia ihrerseits hat ebenfalls bewiesen, daß ihre Teilnahme an der Schaffung der entsprechenden ideologischen Infrastruktur, wo der Mob mit gutem Gewissen seine rassistischen Ekstasen ausleben kann, möglich und nötig ist: Angefangen von der Erstellung von bevölkerungspolitischen Konzepten, um den Zugriff, die Kontrolle und die Überwachung von MigrantInnen und Flüchtlingen zu effektivieren, bis hin zur ideologischen Rechtfertigung, ja Bewunderung des völkischen Aufruhrs als etwas Rebellisches. Mal ist der Modernisierungsschock daran schuld, mal die SED-Diktatur, mal die Wohnungsnot. Wie gehabt. Die Täter wiedermal zu Opfern machen. Der Rassismus wird somit als ein Naturrecht der Deutschen propagiert, der auf die Tagesordnung gehört, wenn es den Deutschen dreckig geht.

Drittens: Die politischen Formationen der Deutschen kennen inzwischen in Sachen Rassismus keine Ideologien und keine Parteien mehr. Nur noch Deutsche. Von CDU/CSU/FDP über SPD/Grüne bis hin zu PDS, DKP, DVU, NPD, Bündnis-90. Eine Differenzierung bezüglich Rassismus ist nicht möglich. Zwei Zitate aus der deutschen Parteienlandschaft:

a) »Wirklich politisch Verfolgten müsse auch in Zukunft Asyl geboten werden. Vorfälle wie in Hoyerswerda sind eine Schande. Wir brauchen nämlich keine Anheizung der ohnehin schon viel zu sehr aufgeladenen Atmosphäre durch die schon seit Jahren währende Diskussion, ob das Grundgesetz geändert werden muß. Es braucht nicht geändert zu werden.«

b) »Eine Ursache dafür (für die Pogrome, d.V.) liegt sicher darin, daß die Folgelasten der Einwanderungswelle der vergangenen Jahre die Bevölkerung und hier vor allem die ärmeren Teile zu tragen haben.

Sie bekommen keine Wohnung, sie zahlen immer höhere Steuern und Abgaben und leiden unter dem Lohnabbau, den die Unternehmen durch ein größeres Angebot von »billigen« Arbeitskräften betreiben. Die Erklärung der Bundesrepublik zum Einwanderungsland löst keine der Ursachen für Ausländerfeindlichkeit und Verarmung.

Ansonsten sollte man dieses dicht besiedelte Land (früher hieß es Volk ohne Raum, d.V.) nicht zum Einwanderungsland erklären, nicht zuletzt und vor allem im Interesse der Ärmsten der Armen. (Jetzt kommt die Gewaltandrohung, d.V.) Dies ist eine Forderung gerade auch im Interesse jener Asylbewerber, Aussiedler usw., die am schlimmsten davon betroffen wären. Ihre Situation würde sich weiter drastisch verschlechtern.«

Ein Versuch, nach dem klassischen Links/Rechts Schema die Zitate den entsprechenden Absendern zuzuordnen, würde kläglich scheitern: Denn das erste Zitat, das so human klingt, stammt von Herrn Frey, DVU-Vorsitzender. Das zweite, mit den Pogromdrohungen, stammt aus der jüngsten Erklärung einer DKP-Sprecherin (UZ, 18.10.91).

Das deutsche Volk/Die deutsche Arbeiterklasse/Die deutsche Kultur muß geschützt werden. Die Triage, also die Selektion von nützlichem und nichtnützlichem Menschenmaterial muß an den Grenzen schon passieren. Besser noch, an den Außenposten dieses Landes, an den Herkunftsländern.

Es hat sich schon rumgesprochen, daß das Verbrennen von libanesischen Kindern und das Umbringen von »Niggern« und »Kanaken« eine zahlenmäßige Armseligkeit darstellt im Vergleich zu den effektiveren Mitteln der Kasernierung und der Schnellverfahren an den Grenzen. Außerdem ist es ein völkisch wirtschaftlicher Unsinn, deutsche Baukomplexe (Flüchtlingsheime) und deutsche Wohncontainer (Flüchtlingsquartiere) abzubrennen. Hinzu kommt, daß solche Taten dem Ansehen des Landes im Ausland schaden.

Noch wird darauf Rücksicht genommen. Wie lange noch? Noch sind die Verlierer unten zu wenig und die Sieger oben berechenbar. Was ist bei der nächsten Krise? Bei der nächsten Rezession? Dieses Land hat schon mal bewiesen, daß nicht alles immer rational läuft. Dieser Eventualität müssen wir Rechnung tragen. Um nicht wiederum mißverstanden zu werden: Der Rassismus ist immer und überall ein Verbrechen, unabhängig von der Vergangenheit eines Landes, unabhängig von solchen Eventualitäten:

Nur, aufgrund der Shoa bedeutet das Nicht-Verhalten im Rassismus, daß das Verbrechen von damals akzeptiert wird. Wer nicht bereit ist, diese Mindestanforderung wahrzunehmen, akzeptiert das Verbrechen.

Was aktuell läuft, ist die Etablierung des salonfähigen Rassismus. Unter dem Deckmantel der »Ausländerfreundlichkeit« laufen bereits Kampagnen, die uns zum Kotzen anreizen. Eine Kostprobe: ein »Ausländerfreund« in der HR-Kampagne »Ausländerhaß – nicht mit uns«: »Ich bin gegen diese Übergriffe, weil ich im Ausland immer freundlich behandelt wurde.« Ihr könnt euch vorstellen wie er zu uns wäre, wäre er mal unfreundlich – und dafür gibt es genügend Gründe – behandelt worden. In diesem Sinne waren fast alle Äußerungen der an der Kampagne beteiligten Zuhörer.

Erst die Negation der Sprüche bringt das Ausmaß dieser miesen Charaktere zu Tage.

Und immer wieder das Vokabular der Vernichtung: Wiedergutmachung, Wiederaufbau, Wiedervereinigung, Wieder-Wer.

Unweigerlich stellt sich die Frage nach dem Existenzrecht dieses Landes. Ihr müßt begreifen, daß wir kein, aber wirklich kein Interesse an einem »besseren Deutschland« haben. Denn das ist ein Widerspruch in sich. Das Risiko bei diesem Versuch ist zu groß, um dieser Population nochmal eine Chance einzuräumen.

Ist es nicht eher so, daß jede Haltung gegen die gesellschaftliche, geographische und politische Konstellation dieses Landes ein Akt der Menschlichkeit darstellt?

Ist es nicht eher so, daß Handlungen, »die die politische Willensbildung der BRD beeinträchtigen oder gefährden« (Aus dem Ausländergesetz) ein Ausdruck von Zärtlichkeit sind?

Wo eure Hoffnungen liegen, wissen wir nicht. Unsere liegen auf jeden Fall in den Aktivitäten und Abwehrhandlungen der Flüchtlinge und MigrantInnen. Alles andere sind nur Beruhigungspillen. Denn auch »harmlose« Widerstandsformen der Betroffenen gewinnen in einer solchen Situation enorm an Bedeutung: Denn sie können Prozesse einleiten, von denen wir nur träumen können!

Um Träume wahr zu machen, müßten wir erst einmal wach werden. Der Herbst '91 hat dies möglich gemacht.

Ob wir scheitern oder nicht, wissen wir nicht. In einem Punkt sind wir aber ganz sicher: Diesmal werden sie uns nicht umsonst kriegen.

Nachtrag:

Aus zwei Gründen haben wir gänzlich verzichtet, unsere Meinung über unsere deutschen FreundInnen und GenossInnen, die wir kennen und schätzen gelernt haben, preiszugeben.

Erstens: Weil wir keine Fluchtwege aus unserer Kritik öffnen wollten.

Zweitens: Weil wir diese Population nicht nach gesellschaftlich-marginalen Positionen beurteilen können, sondern danach, wie die erdrückende Mehrheit denkt und handelt.

Das nur der Vollständigkeit halber, aber auch weil diese Männer und Frauen ein wichtiger Grund sind, warum viele von uns überhaupt noch hier sind.

Denn es ist keine Selbstverständlichkeit in diesem Land, immer und immer wieder Versuche zu unternehmen, ein Hauch von Kontinuität zu bewahren und weiterzuentwickeln. Es ist keine Selbstverständlichkeit trotz rassistischer Sozialisation den Versuch zu unternehmen, über die eigenen Schatten zu springen und Konsequenzen für das eigene Verhalten zu ziehen. So krass sind die Verhältnisse mittlerweile geworden, daß selbstverständliches Verhalten auf einmal besonders hervorgehoben werden muß.

Für das freie Fluchen!

Frankfurter MigrantInnen

Anmerkung:

Wie bereits angedeutet, war der Redebeitrag umstritten. Leider stimmt das nur sinngemäß und nicht wörtlich. In der Veranstaltung kam es nach längerer Schweigepause nur zu einer sparsamen Diskussion mit einigen Zwischenrufen.

Auf den Abdruck des Redebeitrages in der folgenden SWING-Ausgabe kamen keine schriftlichen Stellungnahmen oder Kritiken.

Der ›diskus‹, die Frankfurter StudentInnenzeitung, verweigerte den Abdruck. (Auch wenn wir die Argumente und Begründungen hier nicht stellvertretend wiedergeben, wollen wir die sich schnell verselbständigenden Unterstellungen rassistischer Motive von vorneherein abblocken. Wofür die diskus-Reaktion nur beispielhaft steht und was wir darin kritisieren, ist die Tatsache, daß unterschiedliches antirassistisches Vorgehen mehr zu Abgrenzungen, als zur öffentlich nachvollziehbaren Auseinandersetzung führt.)

Unsere Absicht war es, dem Beitrag der MigrantInnen die Niederschrift einer eigens dafür organisierten Diskussion folgen zu lassen. Leider wurde das Projekt gegen Ende der Überarbeitungsphase von einem Diskussionsteilnehmer gestoppt. Die mit dem Redebeitrag zusammenhängende Veröffentlichung an dieser Stelle ist daher nicht möglich. Die Diskussion – die im wesentlichen eine Kontroverse war – hatte in dem Sinn kein Ergebnis, gleichwohl ermöglichte sie *uns* einige Dinge etwas deutlicher zu sehen und zumindest eine kurze Stellungnahme zu formulieren.

Stellungnahme

1.

Es ist eine lange ignorierte Tatsache, daß die durch gesellschaftliche und staatliche Normen gesetzten Unterschiede zwischen weißhäutigen BesitzerInnen deutscher Pässe und denen, die keinen solchen haben, auch systematisch unterschiedliche soziale Realitäten produzieren.

Die Betonung dieser Differenz nivelliert keine, durch andere Gewaltverhältnisse hervorgerufenen Unterschiede (z.B. den Geschlechterwiderspruch). Diese Differenz wurde aber ihrerseits eingeebnet, im linken Spektrum durch die Definition des Rassismus als (nebenwidersprüchliches) Spaltungsinstrument von Unterdrückten. Die jahrelange Nichtauseinandersetzung mit der Zugehörigkeit zu einem nationalen Kollektiv, mit Rassismus in diesem Kontext verursachte (verknüpft mit linker Arroganz) Selbstgerechtigkeit. Die von den GenossInnen formulierte scharfe Kritik (ignorante, paternalisti-

sche und mitleidige Haltung gegenüber MigrantInnen) hat, um die Wahrnehmung der faktischen sozialen Unterschiede und die daraus resultierenden divergierenden Sichtweisen zu erzwingen, ihre Berechtigung.

2.

Die verschiedenen Gewaltverhältnisse funktionieren nach unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten, sind auf je eigene Art im (sozialen) Leben verankert. Vorausgesetzt, die Erörterung ihrer Mechanismen soll nicht wieder dazu herhalten, abstrakte Rangfolgen oder Hauptwidersprüche aufzustellen, ist es außerordentlich wichtig für den Kampf einer radikalen Linken in der Metropole, (oft) aus der Perspektive struktureller Unterdrücker, die Funktionsweisen von Gewaltverhältnissen zu durchschauen.

Rassistische Einstellungen fußen auf der ideologischen Konstruktion homogener Kollektive. Die Rassenkonstruktion befördert eine Identifikation eines ›imaginären Selbst‹ und eine Spaltung von ›imaginären Anderen‹. Die Kennzeichen, nach denen diese Unterscheidungen vollzogen werden, sind biologistische und/oder kulturalistische. Rassistische Konstruktionen blenden soziale Verhältnisse systematisch aus, sonst wäre die Fiktion eines ›Wirs‹ nicht aufrechtzuerhalten.

Daran orientiert ist die Setzung des ›MigrantInnen-Wirs‹ eine *Annahme* der, von rassistisch denkenden Leuten vorgenommenen Definition von ›den Deutschen‹ und ›den Anderen‹. Denn auch eine Wendung und Gegenbesetzung impliziert die Anerkennung der zugrunde liegenden Konstruktion. Mit dem Begriff der ›Population‹ wurden explizit soziale Unterschiede ignoriert.

Die Kriterien dieser Vereinheitlichung sind jedoch weder biologische noch kulturelle, sondern historische. Wobei sich darüber streiten läßt, inwieweit der Veranstaltungstext – oder das Argument historischer Kontinuität in diesem Sinn überhaupt – auf eine kulturalisierende Interpretation der Nachwirkung historischer Ereignisse abzielt, und ob dies angemessen wäre.

3.

Es bleibt festzuhalten: Die verbreitete Ambivalenz bis Akzeptanz gegenüber rassistisch motivierten Angriffen – ausgedrückt auch in Relativierungen und verständnisheischenden Erläuterungen – basiert u.a. auf der allgemein durchgesetzten Denkfigur eines ›imaginären Wirs‹ dem ›imaginäre Andere‹ entsprechen, die genauso homogenisiert, und durch Nennung des Stichworts (die Türken, die Asylanten)

mit einem Rattenschwanz von Zuschreibungen versehen werden. Die neu-rechte *Ideologie* verzichtet weitgehend darauf, eine Herabsetzung ›der Anderen‹ oder die Überlegenheit ›des Selbst‹ zu formulieren. Erst wenn mann/frau ihre Theorie der »natürlichen Differenz« der verschiedenen Kulturen auf der Fläche der weltwirtschaftlich durchgesetzten Machtrelation betrachtet, wird deutlich, daß sie Verfolgung und Ausgrenzung der MigrantInnen und Flüchtlinge nur anders absichern. Gleichzeitig aber trifft diese Ideologie in die Schwachstelle linker Vorstellungen »der Völker«. Mit jeder Zuschreibung, die undifferenziert – auch freundlich gemeint – Kollektiven Eigenschaften zuschreibt (z.B. Die Basken haben eine rebellische Art) wird ein Denken reproduziert, das mit anderen Inhalten gefüllt und auf andere Kollektive gemünzt, als selbstverständliche Legitimierung rassistischer Angriffe daherkommt.

In dem Maß, wie die AutorInnen des Veranstaltungstextes ihre ähnlichen sozialen Erfahrungen zum Ausgangspunkt einer scharfen Kritik machen, als auch diese Kritik gegen ›die deutsche Linke‹ richten, agieren sie auf zwei Ebenen.

Einmal konfrontieren sie ZuhörerInnen einer linken Veranstaltung mit ihrer Wahrnehmung rassistischer (Szene-)Verhältnisse, mit ihrem Diesen-Verhältnissen-Ausgeliefert-Sein, etwas, daß diese Linken offensichtlich kaum wahrgenommen haben.

Zum anderen reproduzieren sie zum Zweck dieser Denunziation der Gewalt, die den – von ihnen beschriebenen – rassistischen Verhältnissen zugrunde liegenden Sprech- und Denkweise.

Da es absurd und zynisch ist, den Leidtragenden bestimmter Verhältnisse die gemeinsame Diskussion und Organisierung vorzuwerfen, kann es nicht darum gehen, MigrantInnengruppen eine entsprechende Artikulation zu verwehren. Klar ist auch, daß es eine Bedeutung hat, ob das homogenisierte Kollektiv Gewaltverhältnisse tendenziell zementiert oder an deren Aufhebung arbeitet. Es ist jedoch jede, Kollektive umfassende Aussage eine, rassistischer *Denkweise* zuarbeitende Konstruktion. Die Anwendung dessen im Kontext antirassistischer Argumente ist daher grundsätzlich fragwürdig.

Von Grundlagen und anderen verborgenen Dingen

Ein grundlegendes Problem der metropolitanen Linken war (und ist) die Unfähigkeit ihre soziale und gesellschaftliche Ausgangsposition als eine aus, global gesehen, wenig repräsentativen gesellschaftlichen Zuständen erwachsene Position wahrzunehmen. Ohne das leiseste Zögern haben europäische Linke einem universalistischen Anspruch Raum gegeben, der alle theoretischen Ansätze umfaßte. Der feine Unterschied zwischen der notwendigen Analyse europäischer Machtpolitik in aller Welt und der Übertragung europäischer Menschenbilder und Utopien auf, z.B. im Trikont existente Unterdrückungsverhältnisse, ist beständig verwischt worden. Eher selbstverständlich ging mann/frau davon aus, daß sich in Süd- und Mittelamerika in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf marxistisch-leninistische Ideologien bezogen wurde, daß sich an Religion orientierendes Aufbegehren immer noch und trotz allem, aus dem Christentum speisen würde.

Frühere Generationen haben über Jahrhunderte von Europa aus andere Kontinente systematisch ausgeplündert und die dort lebenden Völker ausgerottet. Für die unartigen Kinder der alten Welt ein klarer Fall: Es galt solidarisch der aktuellen und erneuten Herrschaft über Lateinamerika oder Süd-Ost-Asien (oder ...) mit europäischem Befreiungs-Know-How die Stirn zu bieten. ›Wir haben da ein paar theoretische Grundsätze für euch mitgebracht ...‹. Die weltumspannenden Eroberungen der Kolonialmächte erfuhren von links – wenn auch mit einiger Verspätung – eine scharfe moralische Kritik und eine mehr oder minder präzise ökonomische Analyse. Übernommen aber wurde der weltmännische (!) Gestus, der auf der nie in Frage gestellten Gewißheit beruht, überall mitreden zu können, keiner Ecke der Welt wirklich fremd gegenüber zu stehen.

Dies ist kein Aufruf zur bescheidenen Zurückhaltung. Falls jemand eine taugliche Idee hat, wie australische Aborigines erfolgreich ihren Kampf führen könnten, nur raus damit.

Er oder Sie möge nur zuvor einem Moment prüfen, ob die hier erhältlichen Medienprodukte über das »Thema« plus der hier erhältlichen Billigflüge plus dem verinnerlichten Metropolenblick, zu einer Wissensanhäufung führten oder zu einem *Verstehen* des dortigen Lebens. Sollte letzteres nicht der Fall sein (wie auch anders), genügt es Eindrücke als Eindrücke und Interpretationen als Versuch kenntlich zu machen.

Doch der Mangel des universellen Anspruchs besteht nicht nur in seiner Überheblichkeit. Mit ihm einher ging die Einebnung der Gewaltverhältnisse und die Ableitung der Analysen vom »zentralen Klassenwiderspruch« im Entwurf des weißen Revolutionärs. Bis weit in

die Neue Linke hinein ist das Handeln der politischen Subjekte in den reichen Ländern Mitteleuropas gekennzeichnet davon, daß dessen historische und theoretisch-ideologische Vorzeichen nicht hinterfragt und oftmals nicht einmal wahrgenommen werden.

Soziale Ausgangsbedingungen

Das Faktum des nie politisch, kollektiv umrissenen Ausgangspunkts führt im Alltag immer wieder zu Eigentümlichkeiten auch im autonomen Vorgehen. So gibt es beispielsweise, seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in einigen Städten UnterstützerInnengruppen. Sie beziehen sich auf Flüchtlinge, bspw. in Schwalbach oder Norderstedt, die versuchen für sich das Aufenthaltsrecht in Ländern der alten BRD durchzusetzen.

Nach langen Jahren fast ausschließlich theoretischer Bezugnahme ist es ein erheblicher Fortschritt, daß persönliche Kontakte aufgenommen und die Lager ge- und besucht werden. Systematischer werden nun Forderungen von Flüchtlingen und MigrantInnen aufgegriffen und unterstützt; auch die Überwindung der Sprachbarrieren wird nicht mehr, quasi als Naturereignis, einzig den ›Schwarzen‹ überlassen.

Im Verlauf dieser Arbeit den nächsten Schritt zu tun, und in den zwangsläufig folgenden Konfrontationen (nicht nur im Sinn von Streit) die »gängigen Bewußtheiten« zu überprüfen, blieb weitgehend aus. An dessen Stelle trat, was mann/frau »radikal-harmonischer Antirassismus« nennen könnte. Er besteht aus:

– dem Bekenntnis, auch schon bei sich rassistische Verhaltensmuster entdeckt zu haben,

– unbekannte, unklare Verhältnisse und Verhaltensweisen unter/zwischen Flüchtlingen immer positiv zu interpretieren,

– ihre Forderungen und Vorgehensweisen nicht nur zu unterstützen, sondern zu eigenen zu machen,

– dem Verzicht, ein eigenes Verhältnis zu (Anti-)Rassismus zu bestimmen, unabhängig davon, ob Flüchtlinge es teilen, ob und wie Flüchtlinge kämpfen,

– infrastrukturelle Arbeit zu übernehmen in einem Maß, daß kaum Raum und Zeit bleibt, kurzum, in der Anstrengung, die eigene Existenz als politisches, weißes Subjekt mit Geschichte vergessen zu machen.

Das Schema erinnert an Reaktionen auf frühere Erschütterungen des autonomen Selbstverständnisses. Nachdem eine überkommene Position geräumt, neue Praxis entwickelt wurde (in dem Fall, die Überwindung der Bezugslosigkeit), heißt es erstmal leise und fleißig sein, um mögliche und leicht denkbare weitere Infragestellung und Zweifel

durch Anpassung an die verschobenen Standards ›richtiger autonomer Politik‹, ins Leere laufen zu lassen.

Kein Gedanke in Schwalbach, die der politischen Marginalität geschuldeten autonomen Eigenarten öffentlich zu vertreten, die eigene politische Identität als *Grundlage* des Handelns zu zeigen, den Grad der akzeptablen Arbeitsbelastung nicht allein an abstrakten Notwendigkeiten zu bemessen. Stattdessen waberte, als selbstkritische Bescheidenheit getarnte, (politische) Konturenlosigkeit. Selbst wenn es gelänge, Migrationspolitik nicht zum typischen Saisonthema verkommen zu lassen, bleibt die Differenz zwischen deutschen Autonomen und Flüchtlingen bestehen. Natürlich. Forderungen und Kämpfe von uns sind etwas Anderes als Flüchtlingskämpfe. Solidarität basiert auf dem Erkennen und der Akzeptanz dieser Differenz, die hauptsächlich eine durch unterschiedliche ökonomische und soziale Existenzbedingungen gestaltete ist.

Was soll mensch von UnterstützerInnen halten, die behaupten, sie und die zu Unterstützenden wären gleichberechtigt? Wieso formulieren dann nur die einen ihre Absichten und Forderungen, während die anderen sie im Dunkeln lassen? Wieso machen nur die einen die Motive für ihr Handeln kenntlich, während die anderen nur immerzu betonen, welche *nicht* ihre Motive sind – nämlich zu instrumentalisieren oder neue revolutionäre Subjekte zu entdecken – und ansonsten eine globale *Analyse* herbeten. Flugs wird von einigen in der Metropole Lebenden mit der »bedingungslosen Unterstützung«, die Identität ihrer Interessen mit denen einiger Trikont-Flüchtlinge suggeriert. In so kurzer Zeit wurden noch nie die Implikationen eines Gewaltverhältnisses überwunden. Es ist dies die typisch autonome Art, die an radikalere Kritik bzw. an deren Moral entwickelte Einsicht, umstandslos als neugewonnene Realität zu behaupten. Einstellungen, die jahrelang selbstverständlich waren, wie die Distanz zu Flüchtlingen und MigrantInnen, lassen sich nicht grademal umstellen, Widersprüche, die elementar sind, nicht einfach konfrontationslos überwinden. Immer wieder werden Herrschafts- und Machtverhältnisse zu etwas scheinbar Äußerlichem, bestenfalls zum Problem des korrigierbaren ›falschen Kopfs‹, mit ein bißchen gutem Willen auch in der Praxis zu widerlegen, so einfach, daß es wundert, wieso es nie gelang, massenweise Nägel mit (richtigen) Köpfen zu machen.

Daß es auch unter uns – minderheitlich – anders geht, ergibt sich aus Schilderungen und Schlußfolgerungen von Männern aus der Roma-UnterstützerInnengruppe Bochum. Im Sommer 91 wurde von ihnen ein Text veröffentlicht, in dem sie die Fragwürdigkeit einer Vor-

stellung von Gleichheit beschrieben: »wir gehen von einer geschichte linker, weißer, männlicher politik aus, die – soweit ihr die integration von kämpfen anderer in ein (kommunistisch/anarchistisch) europäisch-patriarchales befreiungskonzept nicht gelungen ist – den rassistischen ausschluß der andern betrieben hat. die eigenen vorstellungen von GLEICHHEIT aller als kampfperspektive haben niemals frauen und nie die Kolonialisierten eingeschlossen. die eigenen befreiungsperspektiven waren an die eigenen bedürfnisse gebunden und haben die teilhabe an struktureller unterdrückung über die gleichheitsforderung verdeckt.«[1]

Auch wenn die »Gleichheitsforderung« nicht direkt formuliert wird, ist doch die Nichtthematisierung der UnterstützerInnen Ausgangsposition: ›Suche nach einer Kampfperspektive auf dem Hintergrund der Orientierungskrise »linker, weißer, männlicher Politik«‹, Ausdruck des Privilegs die Intensität des Kontakts steuern zu können und somit ›Herr‹ über die Definition von Gleichberechtigung zu sein. Die »Bochumer Männer« wehren sich demgemäß »gegen die rückkehr zu einer weißen ›flüchtlingspolitik‹, mit der wir anfangen, für oder über alle zu sprechen und nicht aus einer konkreten auseinandersetzung oder nur für uns, belastet mit dem problem der bezugslosigkeit – und damit letztlich dem der bedeutungslosigkeit.«[2]

Weitreichend ist ihre Kritik, die im Rahmen der Fragestellung: »die auseinandersetzung um rassismus – ein luxus im kampf für den flüchtlingswiderstand gegen den metropolenstaat?« geübt wird: »die ›szene‹ ist geprägt von einer kombination aus sozialer bezugslosigkeit und politischen vereinnahmungsversuchen. dahinter steht ein bestimmtes politisches verständnis, eine bestimmte METHODE, auseinandersetzungen zu führen, welche solche wiederholungen möglich macht. sie beruht auf dem kurz- bis mittelfristigem eingreifen in gesellschaftliche konflikte. sie stellt den aufbau einer verbindlichen sozialen widerstandsstruktur systematisch hinten an.«[3] Das ist u.E. die korrekte Beschreibung eines zentralen Dilemmas.

Dazu ein kleiner Exkurs:

Mit den Schüssen an der Startbahn und während der Diskussionen danach krachten die – mythenverdächtigen – autonomen Bewegungsvorstellungen in sich zusammen. Ein Politikverständnis, das den Alltag primär als Vorbereitungsphase für den Kampf(Sonn)-Tag begriff, verhinderte das bewußte Kennenlernen der Lebensverhältnisse vieler MitkämpferInnen oder verdrängte deren spezielle knallharte Problematik. Die Schüsse selbst und die vielen Einbrüche unter dem nachfol-

genden Repressionsdruck sind die weithin bekannte Folge gewesen. Nicht alles aber geschah überraschend. In den Tagen danach wurde intensiv versucht, nicht verhafteten Leuten, die massiv vom Staatsschutz bearbeitet wurden, Hilfe zu gewähren. Bezeichnenderweise existierte bei vielen dieser Leute die nicht zu erschütternde Gewißheit, daß die nun einsetzenden Aktivitäten um sie herum, ihre Ängste würden nicht auffangen können; mithin für sie auch kein Ausweg aus dem Problem subjektiv erlebter Erpressbarkeit eröffnet wurde. Unter dem Eindruck dieser Hilflosigkeit – der schlechtgerüsteten Feuerwehr am Einsatzort ohne Fluchttreppenhaus – wurde von vielen Startbahnbewegten grundlegende Veränderungen gefordert. Das umfassende Nichtbegreifen der Lebensverhältnisse von GenossInnen ist als Desinteresse, als Leistungsdenken, innerhalb dem nur die politische Effizienz Bedeutung erhält, scharf kritisiert worden. Darüber hinaus denunzierten einige Wenige, die ihrer Meinung nach systematische, weil soziale, Begrenztheit der verbreiteten Vorstellungsschablone vom »Widerstand in der Metropole« incl. ihrer, in zynischen Fatalismus tendierenden Anspruchsbeladenheit. Nach dem Abebben der Repression versickerte auch diese Diskussion, übrig blieben Pfützen der Resignation.

Dann ist es ruhig geworden und die üblichen Themen haben auch hier in der Region wieder Platz gegriffen. Es geistern die ›Privilegien der Ersten Welt‹ durch die Texte, – welcher der Konsumismus der Autonomen ist, wie sich Korrumpierbarkeit in unserem Alltag anfühlt – kein Gedanke, zumindest keine Diskussion. Auch die ›soziale Revolte‹ und ›Communitees‹ sind steter Begleiter autonomer Theorie. Wo sich die Kollektivität – immerhin unsere Antwort auf die Marktförmigkeit der Individuen, auf soziale Atomisierung und Isolation – zwischen Zweierbeziehung, Zweck-Klein-WG und Job noch abspielt; welche Konflikte zwischen uns eigentlich ›politische‹ im Sinne der Verallgemeinerbarkeit sind (wo doch dauernd der Kleinkrieg tobt), ob womöglich mehr drin ist, als immer mehr Abgrenzung, alles anscheinend drittrangige Fragen. Oder allenfalls Gegenstand lautstarken Lamentierens.

Komme jetzt bitte niemand mit dem Vorwurf, es ginge uns um Nabelschau. Bei der zur Zeit verbreiteten teilnehmenden Beobachtung der Deutschlandpolitik gerät die Tatsache in Vergessenheit, daß sich auch in diesem Land hinter dem Nabel der Bauch befindet. Dieser ist zwar inzwischen von linken Männern – zumindest wenn es sich um den von Frauen handelt – brav als umkämpfter ›Raum‹ anerkannt, aber das war's dann auch. Es ist halt eh was anderes mit den Frauen (Naturhaftigkeit?), da dürfen schonmal affektgeladene körperliche Vorgänge in die rationale Aura ordentlich radikaler Diskurse ragen.

Daß sich Herrschaft *offen* des Körpers der Frau bemächtigt, ist auch Folge technologischer Weiterentwicklung innerhalb patriarchaler Machtverhältnisse und deswegen Inhalt politischer Kämpfe. Frauenkämpfe, innerhalb der Frauen derzeit zu verhindern trachten, daß sie zum »fötalen Umfeld« umgetauft werden. Leider gar nicht Inhalt politischer Kämpfe ist die Tatsache, daß sich die vielgeschmähten Unterdrückungsverhältnisse generell in *alle* Körper einschreiben, in allen sozialen Interaktionen spiegeln und keinen gesellschaftlichen Ort freiwillig unbesetzt lassen. Deshalb Widerstand auf all diesen Ebenen entwickelt werden müßte. Nicht wegen eines idiotischen Anspruchs auf Vollständigkeit, sondern weil die Totalität dieser Struktur nicht allein durch demonstrative öffentliche Aktivitäten überwunden werden kann.

Die Begrenztheit des Widerstandsbegriffs zu Startbahnzeiten auf Sonn- und Jahrestage, auf Wald- und Wiesenkämpfe und die infrastrukturelle Bedeutung des Flughafens im internationalen Ausbeutungsgefüge ignorierte die genannte Totalität der Herrschaft. Die Startbahnbewegung war dabei, innerhalb linker Geschichte, kein Sonderfall, sogar eher noch offen für die sozialen Dimensionen der Kämpfe.

Die Aufarbeitung des 2.11. ging im Rhein-Main-Gebiet nicht über, in eine breite Auseinandersetzung über den Begriff des ›politischen‹, gemünzt auf die sozialen Bedingungen der Akteure. Schon zuvor initiierte Organisationsschritte, die die Bewegungsstrukturen miteinbezogen, wurden realisiert, aber ohne eine Widerstandsidee greifbarer zu machen, die hinausreicht über richtige Umstrukturierungs- und Kapitalverflechtungsanalysen und die hilflose Denunziation von Repression und Barbarei. Diese Diskurse gehen regelmäßig davon aus, der Nachweis der Unterdrückung und die Herleitung der Zusammenhänge reiche zur Sinnstiftung für das Angehen dagegen aus. So wird die Wahrnehmung des stark sozialen Charakters der Handlungsmotive verunmöglicht. Aus Gründen ideologischer Sauberkeit muß jede »Intervention« von politischer »Notwendigkeit« abgeleitet sein. Auch wenn diese, angesichts des Zusammenbruchs traditioneller Bezugssysteme wie Revolutionstheorien oder konkreten Utopien, je nach gusto irgendwelchen moralischen Kriterien gemäß, festgestellt werden kann.

Daß die nur kaschierten offenen Fragen autonomen Politikverständnisses immer wieder in der konkreten politischen Arbeit aufbrechen, ist nicht weiter verwunderlich. Die Flüchtlings-UnterstützerInnengruppen tragen diese autonome Hypothek mit in die Wohnheime.

Die Kritik der ›Bochumer‹ registriert für das Aufeinandertreffen zweier in mehrere Hinsicht verschiedener Gruppen das Fehlen einer

selbstverständlichen Voraussetzung bei der einen. Um nicht aus dem Mangel der sozialen Bezuglosigkeit heraus von der ersten Minute an die Gruppe der Roma als Produzent für eine langentbehrte Erweiterung und Belebung der Sozialstruktur der UnterstützerInnen zu gebrauchen, erfordert es eine solche vor dem Zusammentreffen. Etwaigen Mißverständnissen sei vorgebeugt: Es ist weißen militanten, politischen Zusammenhängen eigen, daß sie den Kampf gegen die selbsterlebte soziale Destruktion hintenan stellen und dementsprechende Arbeits- und Kommunikationsstrukturen untereinander haben. Die Vereinnahmung einer Gruppe von Flüchtlingen ist daher unzufällig; die ihr zugewiesene ›soziale Arbeit‹ an den UnterstützerInnen durch deren Blindheit und Unterlassung genährt. Es handelt sich nicht um Ausnahmen, wenn Linke ohne Kampfbegriff bezüglich ihrer oft nur noch als privat begriffenen Alltagsverhältnisse losgehen, einen neuen Inhalt, ein neues Projekt, hart gesagt, eine neue Projektionsfläche zu suchen.

Soziale Wirklichkeit oder Wer befreit mich?

Es ist der militanten Linken bis dato nicht gelungen, der imperialistischen Reichweite metropolitaner Macht *und* der gesellschaftlichen Verhältnisse vor der eigenen Haustür *innerhalb eines Gedankengangs* mehr als bloß herrschaftsanalytisch zu entsprechen.

Der Mensch als soziales Wesen entwickelt seine Identität innerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche auf der Fläche des sozialen Lebens.

Die globalen Verflechtungen der Macht, die Beeinflussung der sozialen Realität tausende Kilometer entfernt durch wirtschaftliche und politische Entscheidungen in der Metropole ist hier nicht direkt sinnlich erfahrbar. Vermittels bestimmer, allgemein zugänglicher Informationen über die Substanz westlichen Reichtums, über die Ursache medial vermittelter Armut argumentieren Linke gegen die Mythen der Naturgegebenheit dieser Verhältnisse. Das Bewußtsein, daß diese Verhältnisse, und die Gründe dafür, mit den Ursachen der selbst erlebten gesellschaftlichen Bedingungen dieses Landes zusammenbringt – so der theoretische Idealfall – entwickelt einen Kampf um Befreiung in einem internationalen Kontext. Die Rechnung geht seit Jahren nicht auf.

Entweder brach – bei starker antiimperialistischer Orientierung der Kämpfe – der Bezug zur sozialen Realität der Menschen in der Metropole, bzw. zu dem, was sie subjektiv zum Problem/Widerspruch erhe-

ben; das schließt die sozialen Widersprüche derer, die den Kampf so führten ein. Oder, die an sozialen und gesellschaftspolitischen Widersprüchen entwickelten Auseinandersetzungen (z.B. soz. Bewegungen) registrierten die globalen Machtzusammenhänge als dazuaddierbare Legitimation ihres anders motivierten und anders gerichteten Kampfes. Es ermangelt an einer Vorstellung von Widerstand, die den durch persönliches Leiden getriebenen Wunsch nach Befreiung von konkreten sozialen Verhältnissen, mit dem Fakt der objektiven Partizipierung an der Macht dieser Metropolengesellschaft im internationalen Kontext zusammenbrächte, ohne die üblichen Appelle als Klebstoff dazwischen zu benötigen.

Die Betonung der Notwendigkeit, gesellschaftliche mit internationaler Perspektive zusammenzubringen, ist ja nicht neu. Nur wenn von »Verpflichtung gegenüber dem trikontinentalen Befreiungskampf« gesprochen wird, dann ist die Falle der moralischen Suggestion, des Anspruchs, des Appell-als-Motiversatz schon zugeschnappt.

»Nur wenn es gelingt die konkrete verbindung der zwei seiten antiimperialistischer politik in den metropolen zu formulieren, die verpflichtung gegenüber dem trikontinentalen befreiungskampf und zugleich die verankerung im hiesigen sozialprozeß, kann ein konzept gewonnen werden, das auch über das ghetto der autonomen hinaus attraktivität hat und aussicht ein politischer faktor zu werden.«[4]

Die Verbindung (Trikont – Metropole) ist eine der Herrschaft. Kampf ist, in der Konkretion derer die ihn führen, immer einer innerhalb sozialer Dimensionen. Motive: der Haß der Subjekte, die Verheißung, im Kampf Formen eines befreiten Selbst zu erleben, sind auf's Engste an den sinnlich wahrnehmbaren gesellschaftlichen Raum innerhalb dem der Kampf geführt wird, gekoppelt.

Der Kampf um Befreiung ist international. Die Vorstellungen dessen, was Befreiung für jede/n bedeutet, ist nicht mal innerhalb nationaler Grenzen identisch. Nicht diese Tatsache erschwert so sehr die Formulierung herrschaftsantagonistischer Theorie, sondern ihre Ignoranz.

In einer Broschüre stand vor Jahren der Satz: »Kein Mensch wird je kämpfen, hat je gekämpft um *den* Imperialismus abzuschaffen oder *den* Mehrwert aufzuheben, sondern, um menschliche Verhältnisse zu schaffen, bunt, vielfältig und so phantastisch wie jene wilden Gestalten der Commune von Paris, die als erstes die Uhren der Kirchtürme zerschossen, um aus dem Kontinuum der bisherigen Zeit auszubrechen.«[5]

Und genauso wird kein Mensch je kämpfen, um den Rassismus abzuschaffen oder um endgültig den Faschismus zu besiegen.

Die Reflexion internationaler Zusammenhänge ist für die Zielsetzung metropolitaner Kämpfe unerläßlich (sonst werden sie ruckzuck reaktionär). Die sinnlich erfahrbare Unterdrückung innerhalb der Sozialprozesse ist jedoch für jeden Menschen – im Wortsinn – naheliegender, als diese Reflexion.

Der wesentliche *Antrieb* zu kämpfen, besteht in dem Wunsch »aus dem Kontinuum der bisherigen Zeit auszubrechen«. Damit ist weniger ›Historie‹ als konkrete Alltag(szeit) gemeint, und weniger die Reflexion vermittelten Wissens als die Unmittelbarkeit der sich einschleifenden Herrschaft.

Die Aufzählung und Denunziation von Massaker und Hungerelend im Trikont ist immer wieder mißbraucht worden, um die Metropolenlinke anzutreiben. Dadurch öffnete sich die Schere zwischen entsprechenden, aus der Erkenntnis der Illegitimität der Verhältnisse, sowie dem Begreifen der Zusammenhänge abgeleiteten *Positionen* und dem, durch den Moralismus tendenziell abgedrängten *Wunsch*, aus den erlebten Zwängen auszubrechen. Eingesponnen in den Kontext der ›Notwendigkeit‹, den Verhältnissen entgegentreten zu müssen, wird stillschweigend übergangen, daß es mitunter einen großen Abstand gibt, zwischen den aus den Analysen abgeleiteten ›richtigen Strategien‹ und der Phantasie der ›wilden Gestalten‹. Das reicht hin, bis zum völligen Widerspruch, dem Erleben eigener Befreiungssehnsüchte – auf linke Wertmaßstäbe bezogen – als moralisch fragwürdige. Was nicht heißen soll, daß jedes Nachgehen und Nachgeben einer Sehnsucht Befreiung bedeutet.

Wenn – häufig genug erlebt – die ganze gärende Unzufriedenheit in individuellem, mehr oder minder als geglückt erlebtem Arrangement versickert, dann geschieht das kaum deswegen, weil zuwenig auf die Barbarei trikontinentaler Verhältnisse verwiesen wurde oder weil der inhaltliche Zusammenhang zwischen Wohnungsnot hier und Cholera dort zu unklar geblieben wäre. Sondern auch deshalb, weil innerhalb der realen linken Gegebenheiten kein Denken entwickelt ist, das Empörung (über globale Zustände) und Wünsche (nach Befreiung aus individuell und kollektiv erlebten Zwängen) in einem Emanzipationsbegriff entspricht, weil innerhalb linksradikaler Szenezusammenhänge kein Versuch unternommen wird, den knallharten Widersprüchen metropolitanen Lebens[6], unter Preisgabe bürgerlicher Moral, revolutionärer Mythen und ihrer autonomen Verquickung, politisch näherzutreten. Es ermangelt an einem Emanzipationsbegriff, dessen befreiender Gehalt nicht, wie in der Vergangenheit üblich, die Unterdrückung Anderer perpetuiert. So wie die Welt aufgeteilt, die Geschlechterver-

hältnisse angeordnet sind, ist allerdings eine Diskussion erforderlich, innerhalb der die potentiellen Auswirkungen vergesellschafteter Emanzipationsbestrebungen reflektiert werden.

Klassisches Beispiel für Protestbewegungen, die reaktionäre Wendungen geradezu provozieren, ist das gegen eine (Gift-)Mülldeponie auf irgendeinem Stück deutschen Brachland. Die ›Müllkrise‹ ist tatsächlich der letzte Ausdruck der Zerstörungskraft kapitalistischer Produktionsbedingungen. Weniger Deponieraum, straffere Regelungen und schärfere Überwachung, alles ›Erfolge‹ die dazu führen, daß der Müll Richtung Süden verschickt wird.

Das ist die Emanzipation, die wir nicht meinen. Desgleichen bei der Befreiung von familiärer Doppelmoral und sexueller Verklemmtheit. Grundlegende Folge dieser Befreiung (des Mannes) innerhalb patriarchaler Machtgefüge war die Erweiterung des sexuellen Dienstleistungssektors, sowie der Grenzen weiblicher Verfügbarkeit im Alltag.

Für eine Neubestimmung eines Emanzipationsbegriffs gelten daher mindestens zwei Voraussetzungen:

– der schon erwähnte überfällige und in dieser Hinsicht unumgängliche Bezug politisch und historisch bestimmter Ausgangspunkte;

– ein Verständnis zu erlangen *wie* Zerstörung, Unterwerfung, Entlebendigung, Verkältung, Vernutzung in der privilegierten Ersten Welt funktioniert, ohne sie mit den sozialen Bedingungen im Trikont zu relativieren, aber auch ohne diese zu verdrängen.

Schon seit längerem sind die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse in dieser Hinsicht nicht mehr Gegenstand der Analyse. Denn diese war meistens daran interessiert, nach Maßgabe überkommener Revolutionstheorien »Klassensegmente« aufzuspüren, um daran linke Perspektive zu knüpfen. Oder sie hatte den Zweck, gesellschaftliche Phänomene ideologiekritisch einzuordnen (jüngstes Beispiel: der Rassismus im Jahr 1991).

Da es das historisch einzig realistische – manche sagen auch: einzig anzustrebende – Ziel der Linken in diesem Land sein kann, eine kleine radikale Minderheit zu werden, die kategorisch jegliche Reproduktion von Herrschaft bekämpft und jede Einbeziehung in den Machtapparat verweigert, ist die von ideologischen Vorbedingungen losgelöste Erörterungen sozialer Zustände und individueller Verfaßtheit, elementare Notwendigkeit.

Es mag ja sein, daß Kapitalismus und Patriarchat woanders wesentlich machtvoller entgegengetreten wird, Revolutionsideen noch gesellschaftliche Virulenz haben. Die Enttäuschung, daß das hier nicht der Fall ist und sein wird, sollte langsam überwunden werden, denn es ent-

hebt die Metropolenlinke nicht der Verantwortung (und läßt sich nicht durch wortreiche »Bezugnahmen« ersetzen) aus den hiesigen Sozialprozessen Voraussetzungen zu erkämpfen, die eine ›Praxis der Nadelstiche‹ ermöglicht.

Wie weit das dafür notwendige militante Denken von der sozialen Realität der Denkenden entfernt ist, zeigt sich im Szenealltag. Längst werden die Szenebedingungen selbst als Druck, die politische Arbeit als lustverzichtfordernden Streß erlebt. Immer wieder wird sich deshalb vom autonomen Politikregelwerk und seiner moralischen Rigidität »befreit«, hin zu sinnesfrohen Angeboten des Sport- und Kulturbetriebs aufgepeppter Städte, zur Intensität symbiotischer, heterosexueller Zweierbeziehungen. So absurd wie es ist, der modernen High-Tech und -Chem-Kultur Emanzipation durch vermehrten Konsum abringen zu wollen, so bodenlos asketisch ist es, wenig Spaß oder Intensität versprechende Arbeit gerade deswegen zur richtigen Arbeit zu erklären, weil – so die krude Logik – in harten Zeiten der/die metropolitane RevolutionsarbeiterIn besonders selbstlos sein muß. Anderfalls fehlt es ihm/ihr an solidarischer Mitleidsfähigkeit bzw. strategischer Disziplin.

Den ›Mangel am Leben‹ in den reichen Ländern zu diskutieren, ist kein Zynismus, auch nicht blasphemisch. Schwierig ist das, weil die, zwischen Übersättigung und Entleerung, Einflußlosigkeit und Einbindung oszillierenden sozialen Mechanismen sich einfachen Gegenstrategien für eine Widerstandssystematik entziehen. Das Abgleiten einer solchen Diskussion in ein geschichts- und bezugsloses Lamento läßt sich nur verhindern, indem die Sprechenden einen Ausgangspunkt beziehen, der über die fraktionelle Einordnung ins linke deutsche Spektrum hinausreicht, gleichzeitig aber nicht in die Beschwörung beliebiger Gemeinsamkeit aller weltweit von der Deutschen Bank gepreßten, verfällt.

Wir wollen damit einen Begriff in die Debatte bringen, der unter Linken oft als psychologisierend oder positivistisch mißverstanden wird: Identität. Zugegeben, mit »Identität« wird viel Unfug getrieben, gerade in der letzten Zeit. Was uns dabei vorschwebt, ist jedenfalls kein weiterer Exkurs über das ›deutsche Wesen‹ oder eine weitere Auflage der ›Volkscharaktere‹. Nach unseren Vorstellungen umschreibt der Begriff Identität einen *politischen Ausgangspunkt*, der die ethnisch-kulturelle, über Geburt und Sozialisation vermittelte Zuordnung und gegenwärtige gesellschaftliche Stellung der Individuen berücksichtigt. (...) Wir haben versucht darzustellen, wie die Leugnung der eigenen gesellschaftlichen Position in die Sackgasse führen muß. (...) Eine Variante der beschriebenen Leugnung, wenn auch eine mit den

»besten Absichten«, ist auf politischer Ebene die Strategie der Negation. Auch mit ihr katapultiert sich mensch aus den eigenen Zusammenhängen, diesmal um sie zu bekämpfen.

Wir wollen ein Modell dagegen setzen in dem mensch sich als Subjekt in einem System von Herrschaftsbeziehungen begreift. Solche Herrschaftsbeziehungen können nicht von außen zerschlagen werden. – Außen gibt es nicht. – Sondern sie sollen aufgelöst werden, was nur möglich ist, wenn die jeweils Handelnden ihren Standort bestimmen, die Voraussetzungen ihres Denkens reflektieren und unterschiedliche Macht (Klassenlage, deutscher Paß, Hautfarbe, Zugehörigkeit zur heterosexueller oder christlich-säkulärer Norm, Geschlecht etc.) anerkennen, um daraus konkrete politische Schritte zu entwickeln. (...) Das ist die Voraussetzung für ein Ende der Fremdbestimmung von »Minderheiten« durch uns und für eine nicht-rassistische, nicht-nationalistische politische Kultur.«[7] Hier ist (als Generalisierung der eingeforderten Ausgangspositionsnahme in Bezug auf die NS-Vergangenheit) formuliert, um was es geht.

»Außen gibt es nicht«. Eine Bemerkung, die traditionellem linkem Politikverständnis zuwider läuft.

Das Bewußtsein, daß sich qua Häuserkampf- (Knastkampf-, Strassenkampf-, Anti-AKW-Kampf-) Erfahrung auf der Seite der Verfolgten und Unterdrückten wähnte, basierte auf der Vorstellung, daß es das »außen« gibt. Die Konfrontation mit dem Staatsapparat an *einem* gesellschaftlichen Ort – oftmals medial verzerrt – folgte die ideologische Einordnung dieses Kampfes in einen umfassenden – antiimperialistischen, systemantagonistischen – Zusammenhang.

Dem »System von Herrschaftsbeziehungen«, wurde nicht etwa dadurch entsprochen, seine Existenz als eine prinzipielle, das heißt auch alltägliche und noch garnicht entsprochene Herausforderung für die linksradikale Metropolenexistenz zu begreifen, sondern es wurde umgangen. Umgangen, indem das tatsächliche Engagement, die an den Tag gelegte radikale Risikobereitschaft innerhalb – und das durch die Repression erlittene Leid als Folge – der selbst geführten Kämpfe, ideologisch zu imaginärer Reinheit und Eindeutigkeit verlängert wurde. Vereinfachtes Verfahren zur Herstellung von RevolutionärInnen. Das gelang, weil die Analyse, die die Ursache von jeglicher Unterdrückung auf zentrale Begriffe zurückführte (Kapitalismus, Patriarchat, Imperialismus) verschoben wurde auf den Widerstandsbegriff. Die eigene staatsfeindliche Haltung innerhalb einer konkreten Konfrontation wurde umstandslos ausgedehnt und Gegnerschaftsposition zu allen Herrschaftsformen behauptet.

Eventuell auftretende Unsicherheit bezüglich der Tragfähigkeit dieser Konstruktion folgte das bescheidene Einräumen, daß mann/frau an diesem und jenem Punkt noch etwas zu lernen habe. Ohne eine Bestimmung des eigenen Standorts, ohne die Voraussetzung des Denkens reflektiert und unterschiedliche Macht anerkannt zu haben, ist mann/frau in vielerlei Hinsicht Teil der Herrschaft. Die Versuche der Relativierung und die übliche Anspruchsbeladenheit verkleistern dies.

Da es in diesem Buch immerzu um Rassismus und Nazismusgeschichte geht, und die oben zitierten Autorinnen Magiriba-Lwanga/Baader in ihrem Artikel einen thematisch eng verwandten Punkt bearbeiten, bleibt noch, wenigstens grob den von uns als angemessen erachteten Ausgangspunkt bezüglich der Zugehörigkeit zu einem nationalen Kollektiv zu umreißen.

Die »gegenwärtige gesellschaftliche Stellung« ist auch davon geprägt, so »unangenehm das manchem/r (Norm-)Deutschen erscheinen mag (...). Mensch kann sich via Bewußtsein nicht aus dem Kollektiv, in das er/sie hineingewachsen ist, hinausschleudern. Auch wer den Nationalismus vehement ablehnt, wird Elemente dieser Ideologie in seinem Denken transportieren, weil sie Bestandteile des Alltags, Selbstverständlichkeiten sind und als solche gar nicht identifiziert werden.«[8] Grundlegend erscheint uns in diesem Verständnis realgeschichtlicher Bindung die Akzeptanz des Begriffs der historischen Verantwortung. Das beinhaltet die Zurückweisung des Schuldbegriffs, so wie er in »Kollektivschuld«, nach wie vor – meist als Versuch der Abgrenzung davon – auftaucht. Hannah Arendt hat geschrieben: »... wenn junge Menschen in Deutschland, die viel zu jung sind, um irgendetwas angerichtet zu haben, sich schuldig fühlen, dann haben sie entweder unrecht, sind verwirrt oder sie betreiben intellektuelle Spielereien. So etwas wie kollektive Schuld oder kollektive Unschuld gibt es nicht; der Schuldbegriff macht nur Sinn, wenn er auf Individuen angewendet wird.«[9]

Schuld ist mit Absolution bzw. Buße (oder dem, was dazu erklärt wird) aufhebbar, um nicht zu sagen erledigt. Verantwortung bleibt bestehen, sie wird entweder wahrgenommen oder nicht. Daran geknüpft hat die deutsche systemfeindliche Linke (aus diesen beiden Gründen: weil sie deutsch ist und weil sie die Fundamentalopposition in diesem Land ist/sein will) eine erhebliche Verantwortung, die, historisch gesehen, junge Vergangenheit zu konfrontieren, zu durchdringen und sie quer wie systematisch zu durchdenken. Ein völlig unzureichendes Umgehen stellt es dar, auf der Grundlage schal gewordenen

Erschreckens, ob der schulischen Nazi-Aufklärungsfilme, eine hölzerne Antwort auf zentrale Fragen[10] zu präsentieren.

Daß die militante Linke die Kennzeichnung ›antifaschistisch‹ seit Jahr und Tag lediglich entlang dem dürftigen Slogan ›Gegen Nazis‹ konkretisiert, ist Beleg dafür, daß sie bis jetzt weit davon entfernt ist, einen historisch angemessenen Ausgangspunkt einzunehmen.[11]

Mit der Einnahme und Reflektion eines angemessenen Ausgangspunktes ist noch kein Kampf geführt, geschweige denn gewonnen. Es ist überhaupt noch nichts gesagt zu allen Widersprüchen des ›Wie‹ in der Praxis. Ohne die historische Gewachsenheit der Zustände zu berücksichtigen, ohne kritische Überprüfungen selbstverständlicher linker Verfügungs- und Definitionsgewalt und ohne Kenntlichmachung des gesellschaftlichen und sozialen Ausgangspunkts sind die Kämpfe von vorneherein fragwürdig, bzw. durchsetzt mit den Moränen der Macht.

Die in diesem Buch schon aus verschiedenen Blickwinkeln kritisierte autonome Eigenart, im allgemeinen immer beim Angesagten ›intervenieren‹ zu wollen, dabei u.a. die Aufarbeitung des Nazismus einigen wenigen bürgerlichen und linken Intellektuellen zu überlassen, die 500 Jahre Ausbeutung Lateinamerikas gerademal als ›Thema des Jahres‹ zu begreifen, usw. verzerrt sich ins Groteske. Nicht nur wegen der zwangsläufig auftretenden sozialen Desintegration, sondern auch durch die anhaltende Unfähigkeit der Selbstwahrnehmung innerhalb des Geflechts historischer Macht, jenseits hohler Schlagworte vom ›Bruch mit dem System.‹ Auf der Zeit zu schwimmen, wie ein Korken auf dem Wasser, läßt erahnen, wie von Zufällen abhängig das weitere Treiben sein wird.

Normmacht

»Daß Männer von den sexuellen Herrschaftsverhältnissen schweigen, ist logisch. Ihr autistisches und usurpatorisches sexuelles Verhalten, das ihnen im Verlauf der Festigung und Erweiterung patriarchaler Macht zum scheinbar natürlichen Bedürfnis wurde, ist Teil ihrer Identität, dessen Aufgabe ihre Identität als solche bedroht. Daß Frauen davon schweigen, liegt unter anderem an ihrer Identifikation mit dem Aggressor und dessen Theorien ...

Es ist naiv zu meinen, diese Normierung des Menschen, die ihm zur zweiten Natur geworden ist, könne per Beschluß, könne in einem revolutionären Akt aufgehoben werden. Sie ist träge wie die Materie, sie zieht selbst den revolutionären Impetus auf »die Erde« zurück. Sie kann auf unabsehbare Zeit nur unermüdlich in stetigen und beharrli-

chen Kämpfen thematisiert und damit infrage gestellt werden. (...) Sie ist kein äußerer Feind, den der Revolutionär, als ein ihm Fremdes bekämpft, sie nistet in seiner eigenen Seele, sie ist verwoben mit dem Material, aus dem er als gesellschaftlicher Mensch gemacht ist.« (Ingrid Strobl)

Letztes Jahr kursierte in der militanten Linken der Text »Drei zu Eins – Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus«. Im Buch *»Metropolen(gedanken) & Revolution?«* ist er ebenfalls enthalten, ebenso wie der Text von Ingrid Strobl, dem die obigen beiden Zitate entnommen sind.[12] Wie mitzubekommen war, wurde »Drei zu Eins« von vielen als gut und wichtig bewertet. Doch wie so oft bei ›gelobten‹ Texten waren konkrete Schlußfolgerungen und öffentliche theoretische Anknüpfungsversuche rar.

Wir beziehen uns im nun folgenden Abschnitt auf einige zentrale Aussagen dieses Textes, und zwar deshalb, weil in ihm erstmals innerhalb der Szenetheorieproduktion der Versuch unternommen wird, den Zusammenhang verschiedener Gewaltverhältnisse unter Verzicht einer ideologischen Rangfolge genauer zu beschreiben. Dies war nach dem Durchbrechen des Haupt- und Nebenwiderspruchsdogma aller vom Marxismus Leninismus abgeleiteten Positionen und den Scharmützeln: Patriarchat oder Kapitalismus, was ist grundlegender, zentraler, schlimmer ... überfällig.

Wenn wir u.a. auch einige Kritikpunkte markieren, so legen wir doch allergrößten Wert auf die Feststellung, daß der »Drei zu Eins«-Text zu wesentlichen Überlegungen unsererseits die Grundlage war, und es demgemäß ohne ihn nicht zu den nun vorzustellenden Thesen gekommen wäre.

»Allen diesen Kämpfen (Klassenkämpfe, wie Kämpfe gegen Imperialismus, Patriarchat und Rassismus, d.V.) liegen historische und strukturell verankerte Gewaltverhältnisse zugrunde, die gleichzeitig und in wechselseitiger Durchdringung und gegenseitiger Stabilisierung vorhanden sind.«[13] Über die wechselseitige Durchdringung ist wenig bekannt. Gleichfalls wenig beachtet ist die Frage, *wie das Verhältnis zwischen dem Mensch und den Gewaltverhältnissen beschaffen ist.* Daß es da nichts zu fragen gibt, weil es mit ›Unterdrückung‹ hinreichend beschrieben ist, Unterdrückung, die sich im Gesellschaftlichen als Gewalt präsentiert, wäre eine nur vordergründig erschöpfende Auskunft, die den Beschränkungen linken Denkens entspräche. Herrschaft funktioniert in der Metropole nicht in erster Linie über direkte Repression, sicherlich aber stark über ökonomische Gewalt. Erheblich

größer geworden ist jedoch die Bedeutung der Konstruktion herrschaftsförmiger Subjektivität, die Durchdringung der Wünsche, der Sexualität; die Kontrolle der Köpfe.

Herrschaft steht in einer dialektischen Beziehung zu Widerstand, der immer wieder aufs Neue gebrochen werden muß, um das System der Ausbeutung aufrechtzuerhalten. In dem Maß, wie Widerstand in irgendeiner Form gesellschaftlich relevant wird, verändern sich die Gewaltverhältnisse, und zwar um den Grad, um den Widerstand durch Repression nicht gebrochen werden konnte. Der »gesellschaftliche Fortschritt« entstand in der unrhythmischen Folge solcher Prozesse. Das Herrschaftsinteresse ging jeweils dahin, in der Konstituierung von, der Veränderung angepaßten Varianten, die Verhältnisse wieder zu stabilisieren, gleichzeitig neuen Nutzen aus ihnen zu ziehen und darüberhinaus weitergehende Veränderungsabsichten schon im Keim zu ersticken. Der Keim liegt im Menschen selbst.

Die Idee, ihn nicht erst zum zarten Pflänzchen werden zu lassen, das dann von gut ausgebildeten Gärtnern systematisch aufgespürt werden muß, sondern ihn so zu behandeln, daß er an sich selbst erstickt, ist eine Idee der Moderne.

Die Strategien diese Ideen umzusetzen, werden selbstverständlich verfeinert, schließlich arbeitet auch der Wissenschaftsbetrieb im Kapitalismus auf Hochtouren. Diese Strategien zu untersuchen und zu bekämpfen ist elementar; fragen wir deshalb also genau nach der Beschaffenheit moderner Herrschaftstechniken. Die strukturellen Gewaltverhältnisse sind nicht nur in parlamentarischen und ökonomischen Systemen verankert, sondern ebenso in der »Normierung des Menschen«, die, wie Ingrid Strobl gezeigt hat, »verwoben ist mit dem Material, aus dem er als gesellschaftlicher Mensch gemacht ist.« Das trifft erstmal auf alle Menschen und alle Gewaltverhältnisse zu. Die Stellung innerhalb des Gewaltverhältnisses führt zu grundlegend verschiedenen Lebensbedingungen und damit auch zu sehr verschieden starkem Interesse sich gegen die Normierung zu stemmen. Die, in soziale Positionen hineingeborenen und hineinwachsenden Menschen erfahren, diesen Positionen gemäß, einen je spezifischen Prozeß der Normierung. Keinesfalls bedeutet das individuelle Verantwortungslosigkeit, es bestimmt jedoch den Ausgangspunkt jeglichen Handelns und damit auch jeglichen Aufbegehrens.

Im Kapitel »Volksfronten« wurde beschrieben, wie bezüglich Konfliktlösungsmuster Mädchen und Jungen lernen mit einem Unterschied qua Hierarchisierung, qua Dominanz resp. Unterwerfung

umzugehen. Die soziale Norm ›Hierarchisierung‹ wird von beiden (in der Regel), da sie durch Unterwerfung genauso wie durch Dominanz reproduziert wird, erfüllt. Der Kampf gegen diese Norm wird logischerweise von der Seite der Dominierten aufgenommen. Dieser Kampf muß sich aber, um erfolgreich (und um tatsächlich »antipatriarchal«) zu sein, gegen konkretes Dominanzverhalten (der Männer) richten und gleichzeitig gegen die allgemeine und verinnerlichte Norm der Hierarchisierung.

Indem linke Männer innerhalb der Auseinandersetzung mit kämpfenden Frauen diese zu Trägerinnen des neuen Moralmaßstabs machen, delegieren sie zum einen ihren Teil der Arbeit an der Erkundung nichtpatriarchaler Möglichkeiten, und zum anderen ignorieren sie die Macht der sozialen Norm, der sich die Frauen ebensowenig wie sie selbst »per Beschluß« entziehen können, sondern nur Stück für Stück. Das heißt, kämpfende Frauen umstandslos als ›befreite Frauen‹, als Orientierungsgröße für durcheinandergeratene Männer zu gebrauchen, sabotiert antipatriarchale Anstrengungen durch die Ignoranz der notwendigen Dimension dieses Kampfs.

Nicht nur, daß die wenigsten Männer ihr verinnerlichtes Dominanzverhalten aufbrechen lernen, zudem werden erstarkte – ihre Normierung angreifende Frauen – postwendend in dasselbe Hierarchieraster (an anderer Stelle) eingefügt, das es zu zerstören gilt.

Nachdem im linksradikalen Vokabular von Täter und Opfer die Tatsache der Normierung des Menschen verschwunden ist, verschwindet sie auch im Denken. Das hat weitreichende Folgen, bis hin zu einem, letztlich falsches Handeln produzierendes Verständnis der sozialen Verhältnisse.

Immer wieder kann mann/frau in einem der zahlreichen regionalen Szeneblättern nachlesen, wie sich über GenossInnen und deren Verhalten in bestimmten Situationen aufgeregt wird. Die Argumentation verläuft meistens nach dem Muster: »Da wird mittags der glorreiche antifaschistische Kampf geführt und abends in gewohnter Männermanier Frauenpositionen weggedrückt« oder »es ist grotesk, wenn frau einerseits für ihre Autonomie kämpft, aber gleichzeitig die Wünsche der Behinderten nach Selbstbestimmung überhaupt nicht wahrnimmt.«

Typischerweise regiert in dieser Art der Konfliktbearbeitung die Moral. Dabei sind die beschriebenen Verhaltensweisen nur vordergründig der (suggerierte) Skandal, eigentlich sind sie nicht mal ein Widerspruch. Vorausgesetzt, mann/frau akzeptiert die Behauptung:

Veränderungen (davor Veränderungsabsichten) auf der Seite derer, die in einer strukturellen UnterdrückerInnenposition sind, entstehen einzig entlang sozialer Auseinandersetzung.

Das, besonders in der autonomen Linken etablierte ›Besserungsmodell‹ der Veränderung qua Einsicht in die moralische Legitimität – auch Anspruch genannt – basiert auf der Ignoranz der zur »zweiten Natur« gewordenen Normierung des Menschen. Nicht durch Ermahnung, innere Läuterung, Heilfasten oder Beichte, sondern durch Konfrontation ergibt sich alltägliches Bewußtsein von patriarchaler Unterdrückung bei Männern oder von Behindertenunterdrückung bei »Normalen«. Das heißt, der Prozeß der Herauslösung aus Normen, die ein bestimmtes Gewaltverhältnis ›steuern‹ bedeutet nicht automatisch die Infragestellung anderer Normen. Auch darin zeigt sich die relative Autonomie der verschiedenen Gewaltverhältnisse. In dem wie die Gesellschaft erlebt wird, fließen alle zusammen. Viel zu lange aber wurde die analytische Perspektive bestimmt von der Herrschaftslogik, vom Nachzeichnen, des für ›oben‹ sinnvollen Ineinandergreifens der Gewaltverhältnisse.

Der schwarze Aktivist ist natürlich nicht automatisch ein Feind des Patriarchats, der kämpfende Krüppel (oder der an der Seite des Krüppels Kämpfende) nicht selbstverständlich Antirassist. Der anspruchsgeleitete autonome Zeigefingerreflex: ›Das sollten sie aber, schon wegen dem gemeinsamen Feind‹, ist in gewisser Hinsicht eine Zumutung. Es wird so getan, als führte die theoretische Akzeptanz einer Philosophie der Herrschaftslosigkeit dazu, ein ihr entsprechender Mensch zu sein. Was wurde im Namen von Freiheit und Revolution nicht alles probiert, um mit Hilfe ideologischer Zwangsjacken Menschen recht flott dazu zu bringen, ein irgendwie gearteter ›neuer Mensch‹ zu werden. Immer wurde – und das genau machen Autonome auch – ein auf der Welt inexistenter Mensch, der jegliche Normierung – ob zur SklavIn oder HerrIn – überwunden hat, als Maßstab eingeführt.

Der Effekt dieser Zumutung ist in einschlägigen Szenekreisen zu beobachten. Die Maßlosigkeit der aufgeworfenen Ansprüche bewirken Heuchelei und (Selbst-)Lüge und wenn es rauskommt, entweder die düstere Selbstkasteiung oder das zynische Abwinken der Kritik. Der unwahrscheinliche Fall einer Auseinandersetzung auf dem Hintergrund einer angemessenen moralischen Systematik tritt selten ein. Wer in die linke Szene dieses Landes hineinwächst, stößt eher auf eine ökonomische Analyse, als auf einen antirassistischen Kampf, reproduziert eher antisemitische Einstellungen, als daß er ihre Konfrontation erlebt. Das berechtigt zur Aussage: »Die BRD-Linke ist privilegiert: Je

männlicher und je weißer und je weniger auf den Verkauf von Arbeitskraft angewiesen, desto mehr.«[14]

Es mag immer wieder gesagt werden, weil es der Wahrheit entspricht, nur sollte auch die Schlußfolgerung gezogen werden, daß Veränderung, die Bestimmung von Zielen, erstmal den gegebenen Funktionsweisen Rechnung tragen muß. Stellen wir uns Menschen vor, die das System ablehnen und gleichzeitig in ihm verfangen sind, die Herrschaft bekämpfen und anderen Orts reproduzieren. Wir alle agieren in Spannungsfeldern. Allerdings in höchst unterschiedlich bestimmten. Spannung zwischen Erkenntnis und Wunsch, zwischen Wahrnehmung und Ziel. So prinzipiell verschieden der Inhalt der Normierung ist, so unterschiedlich sind die Wege der Veränderung. Sie setzt aber in jedem Fall die Erarbeitung einer klaren Selbstwahrnehmung voraus und weniger die Formulierung klangvoller Absichtserklärungen.

Der Fehler ist nicht ›Mann‹ oder ›weiß‹ zu sein, sondern permanent die Augen davor zuzukneifen, was damit automatisch verbunden ist.

Belastet mit Ansprüchen, überhaupt mit den moralischen Konnotationen der jeweiligen Ausgangsposition, machen wir viel zu selten den *Grad der Veränderung* zum Kriterium unserer Moral. Entscheidend nach der Reflexion der Ausgangsposition innerhalb der Herrschaftsstruktur ist doch, inwieweit die erkannten Orte der Kolonisierung, bzw. die Orte der Zurichtung zur/zum TäterIn verlassen wurden, inwieweit Kämpfe (gerade die, in denen mann/frau zu recht bekämpft wurde) verarbeitet und nicht wie üblich, verdrängt wurden.

Ein Herrschaftsverständnis, das sich in der Dichotomie von Schwein oder Mensch, Täter oder Opfer, oben oder unten ausdrückt und dazwischen nur moralische Ansprüche installiert, ist bestens dazu geeignet, Veränderungsprozesse zu verhindern, bzw. zufällig werden zu lassen.

Herrschaft

Im Spätsommer letzten Jahres kursierte eine »Einladung zum bundesweiten Treffen (...) gegen den Weltwirtschaftsgipfel ’92 in München«. Neben der üblichen Analyse, die entlang ›objektiver‹ Feststellungen einen Schwenk über die Weltkarte zieht, enthielt das Einladungsschreiben hintendran zwei interessante Seiten in denen auch das »Denkmodell einer netzförmig angelegten Herrschaft« (›Drei zu Eins‹) einer Kritik unterzogen wird. Dort heißt es:

»Je mehr wir versuchen das Denkmodell netzförmig verknüpfter Unterdrückung nachzuvollziehen, umso klarer wird uns, daß diese Herangehensweise zu mechanistisch und schematisch ist: Sie führt

notwendigerweise zu einem Begriff von Herrschaft, der wie bei einem Rechenexempel verschiedene Unterdrückungen aufzählt und zusammenaddiert. Letztlich bleibt als Erklärung, wann welche Unterdrückungen vorhanden sind und damit zusammengezählt gehören: die Hautfarbe, das Geschlecht und die Klassenzugehörigkeit der Unterdrückten selbst. Rassismus wird zum Problem der Anwesenheit von Schwarzen, Sexismus zu dem von Frauen usw. (...). Es ist doch nicht so, daß der weiße Meister nur dann rassistisch ist, wenn er einen schwarzen Malocher als ›Kanaken‹ diskriminiert, nur dann sexistisch, wenn er einer Mitarbeiterin ›auf den Hintern klatscht‹. Und es ist doch nicht so, daß dieser Meister dann nicht mehr kapitalistisch geprägt ist, also in Warenkategorien denkt und handelt, wenn er selbst vom Chef ausgebeutet und ab und an zur Schnecke gemacht wird.«[15]

Es ist kaum präziser herzuleiten, daß Herrschaftsverhältnisse immer ›anwesend‹ sind und wirken, auch wenn keine TäterIn zu sehen ist. Handeln, Denken und Fühlen in Warenkategorien ist die Verinnerlichung einer grundlegenden gesellschaftlichen Norm. Da wo der ökonomische Zwang nicht ausreicht zur Durchsetzung der Regel: ›Willst du leben, verkauf deine Arbeitskraft‹, fruchtet, daß dieses Prinzip nicht als barbarisch, sondern von fast allen als selbstverständlich empfunden wird. Verinnerlichte Normen tragen erheblich zur Effizienz der Herrschaft bei. Nicht nur in Situationen, die von einem Herrschaftsgefälle bestimmt werden, wirken also die Techniken der Macht, sondern tendenziell immer.

Tatsächlich steht auch zwischen zwei Männern ihre jeweilige Zurichtung, ihre zweifelhafte Fähigkeit Konflikte (miteinander) durch die Technik der expansiven Bemächtigung zu »lösen«, was regelmäßig – sofern sich keiner der beiden unterwirft – zur typischen Distanziertheit von Männerfreundschaften führt. Ohne daß in der konkreten Situation eine Frau unterdrückt wurde, zerstören patriarchalisch geprägte Handlungsmuster, potentielle menschliche Möglichkeiten.

Ähnlich verhält es sich bei rassistisch Agierenden. Die ideologische Konstruktion der »Rassen«, innerhalb der sich Identität (rück-)versichert durch die Spaltung der imaginären ›Anderen‹ vom imaginären ›Selbst‹, bestimmt keineswegs nur in der Konfrontation mit den Objekten des rassistischen Ausschluß das dann rassistisch handelnde Subjekt. Die Anerkennung der körperlichen und kulturellen Stigmata, als ›Träger entscheidender Bedeutung‹ für die Akzeptanz der Würde des Gegenübers erstreckt sich auf Einstellungen gegenüber allen Menschen, nicht nur gegenüber »den Türken«; in diesem Moment zeigt sie lediglich das ganze Destruktionspotential.

»Wir gehen davon aus, daß die Subjekte Produkte der Macht sind, daß die herrschende Subjektivität männlich, weiß, verdinglicht, individualisiert ist, sich als unabhängig setzt und alles Andere (Frauen, Schwarze, Natur) zum Objekt macht ...«.[16] In gewisser Weise sind die Subjekte Produkte der Macht, aber die »herrschende Subjektivität« ist eher die Subjektivität des »männlich-weißen Normalfalls« (Züricher Frauen).[17] Frauen identifizieren sich »mit dem Aggressor und dessen Theorien« (I. Strobl) und dessen Subjektsetzung, ließe sich hinzufügen. Aber die Internalisierung der Sklavinnenrolle in einer Gesellschaft mannorientierter Subjektideale, männlich definierter Wertmaßstäbe produziert eine *eigene* Subjektivität der Frau, innerhalb der Unterwerfungsautomatismen, männliche Unabhängigkeitsideale, emanzipatorische Reflexion und was alles noch hinzu kommt, ein eigenes Geflecht bilden. Weibliche Subjektivität ist nicht ›richtiger‹ oder ›weniger beschädigt‹, sie ist nur nicht einfach Schatten der männlichen, quasi herrschende Subjektivität in weiblicher Ausführung. »... daß diese herrschende Subjektivität verwoben ist mit den institutionalisierten Formen der Herrschaft im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich: Lohnarbeit, Fabrik, Ehe/Zweierbeziehung, (...) daß die Subjekte immer wieder die Institutionen reproduzieren, und die Institutionen sich wiederum in diese Subjekte einschreiben.«[18]

Die Wechselseitigkeit, dieses gesellschaftlich so zentralen Vorgangs gilt selbstverständlich für *alle* Subjektivitäten. Wäre tatsächlich nur die »herrschende Subjektivität« mit den institutionalisierten Formen der Herrschaft verwoben, hätten revolutionäre Bemühungen glänzende Perspektiven, weil sich die an den gesellschaftlichen Rand gedrückten Subjekte dann wirklich »nur« gegen die Repressionsmaschinerie durchzusetzen hätten.

Wir insistieren auf diesem Unterschied zu den Münchner AutorInnen, weil durch die Ineinssetzung jeglicher Subjektivität, die Möglichkeiten des Widerständischen auch theoretisch wieder nur aus dieser einen »herrschenden Subjektivität« heraus geschlagen werden können. Die Geschichte zeigt, daß die von der Subjektivität des männlich-weißen Normalfalls je sich unterscheidende Subjektivität der Schwarzen, Frauen, Behinderten ..., Möglichkeiten und Wege der Emanzipation beinhaltet, die sich offensichtlich nur aus ihrer Subjektivität entwickeln ließen. Mit dieser Erkenntnis gerüstet, und die zerstörerische Wirkung von Kolonisierung und Unterdrückung negierend, irgendwo revolutionäre Subjekt(e)ivität auszumachen, wäre genauso falsch, wie jegliche Potentialität in der These von der herrschenden Subjektivität verschwinden zu lassen. Selbst die idealste Revolution kann daher

auch nicht schlagartig Herrschaft schlechthin beenden; oder es müßten die Menschen ausgetauscht werden.

Der Mangel des Denkmodells einer »netzförmig angelegten Herrschaft« besteht unseres Erachtens in der, nur jenseits des menschlichen Körpers existierenden Stofflichkeit dessen, was Herrschaft genannt wird.

Die Plastizität der »Maschen«, »Fäden« und »Knoten« erweckt den Eindruck, als käme ihnen ein unabhängiges Eigenleben im Gesellschaftlichen zu. So bleibt Herrschaft etwas den Menschen Äußerliches, etwas, was sie »reparieren« oder was sie »fesselt«. Ohne hier ein Gegenmodell vorschlagen zu wollen, behaupten wir Herrschaft als etwas die Menschen Durchdringendes. Der Herrschaftsbegriff, bei dem Herrschaft allein Konzernen, Politikern, Sicherheitsapparaten und Banken zuortenbar ist, halten wir für historisch und theoretisch widerlegt. Bei allen nationalen Revolutionen sind mit dem Brechen der alten Macht und dem Verschwinden der Träger alter Herrschaftsverhältnisse, neue Machtapparate installiert worden. Nachrevolutionäre Gewaltverhältnisse sind nicht das Ergebnis charakterlich schwacher Führungsfiguren oder nur das Resultat des, auf Konterrevolution abzielenden wirtschaftlichen und politischen Drucks des Nordens, sondern auch logische Folge nicht überwundener Dynamik vergesellschafteter Unterdrückung(snormen).

Der Erhalt durch ökonomische Macht gestützter Hierarchien ist nicht primär Resultat zweckbestimmt handelnder Kapitalisten, sondern bestimmt durch die allgemeine Durchsetzung der Warenform im gesellschaftlichen Verkehr, durch die sich in Waren- und Geldtransaktionen hinterrücks vollziehende Entfremdung sozialer Beziehungen.

Es gilt den Blick etwas zu wenden, von den Protagonisten der Macht zur Systematik der Herrschaft. Solange der autonome Kampf einzig den »Bonzen und Banken« gilt und der Rest in die Diskussion ›unserer Strukturen‹ abgedrängt wird, ist nicht mal der Forderung des marxistischen Denkens, die Gesellschaftsanalyse (nicht die Staatsanalyse) in eine politische Strategie zu verlängern, genüge getan. So notwendig wie es ist, den Protagonisten des Machtapparats den Kampf anzusagen, so radikal müßte dieser Kampfbegriff auf ›das Normale‹, auf das Feld des unspektakulären Ausdrucks der Normmacht ausgedehnt werden. Die Schwierigkeit auch einem körperlosen Gegner, bzw. einem Gegner *in* den Körpern (und Seelen, I. Strobl) gegenüberzustehen (und das stimmt dann auch nicht mehr so ganz) müßte Gegenstand *politischer* Diskussionen sein und nicht als freiflottierende Besserungsansprüche ihr Szenedasein fristen.

In der Hinsicht ist die Parole »Gegen Kapitalismus und Patriarchat« nichtmal versuchsweise in reale Kämpfe übertragen worden. Die Bearbeitung verinnerlichter Machtstrukturen ist als Teil von Beziehungsauseinandersetzungen fast vollständig privatisiert. Die Szeneverhältnisse sind inzwischen so weit verfestigt, daß die Auftrennung in privat und politisch gedachte Bereiche praktisch perfekt funktioniert, mit allen destruktiven Auswirkungen. Zum einen sind die öffentlichen politischen Diskurse so sehr vom Emotionalen abstrahiert, daß sie nicht funktionieren, weil keine/r kommt oder sie keinerlei Dichte und Intensität mehr aufweisen. Zum anderen treten im Rahmen der (heterosexuellen) Beziehungen, die vollständig überladen sind mit Wünschen, Sehnsüchten und Forderungen an den/die Eine/n, fast zwangsläufig existentielle persönliche Krisen auf, deren Gehalt höchst selten als verallgemeinerbarer begriffen wird. Die Auswege aus den so exklusiv erlebten, letztlich aber klassischen Dilemmata werden im Charakter des Gegenübers gesucht (oder im eigenen). Lösungen diesseits der Symbiose und jenseits der Distanzierung funktionieren selten.

Eine Kritik

Den bis hierhin formulierten Thesen und Positionen kann nicht nachgesagt werden, daß sie mit den in der linken/autonomen Szene vertretenen Auffassungen davon, was Herrschaft ist, sonderlich harmonierten. Da weder die theoretischen Hintergründe neu, noch die Schlußfolgerungen widerlegt sind, stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Ablehnung. Die Aufteilung der Welt in gut und böse, das Denken in Ganzheiten und der Mythos historischer Logik – zweifellos sind maßgebliche Bestandteile linker Herrschaftsbegriffe von patriarchalen (Denk-)Traditionen durchsetzt. Ob das eine erschöpfende Erklärung ist, sei dahin gestellt. Auffällig ist jedoch, mit welch vehementer Ignoranz das Weltbild, das mit einfachsten Mitteln übersichtliche Ordnung im Gestrüpp der Gewaltverhältnisse herstellt, in vielen Diskussionen verteidigt wird.

Daß sich dieses Verhalten – wie sich gleich beispielhaft zeigen wird – auch auf schriftliche Diskussionen erstreckt, verbietet die Annahme, daß es sich um spontanes Sträuben gegen den Verlust liebgewonnener, weil eingängiger Vorstellungen handeln könnte.

In der »Wildcat« erschien Ende 1991 eine Kritik des »Drei zu Eins«-Textes. Wesentlicher Bezugspunkt der Kritiker ist der Klassenbegriff, die »Diskussion über die neue Klassenzusammensetzung«, die »Suche nach einem modernen Begriff von Klasse, der die wirklichen Widersprüche enthält und auf der Höhe der heutigen Kämpfe ist.«[19] Der Klas-

senbegriff dient ihnen nicht nur als analytisches Instrument zur Denunziation des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, sondern nach wie vor »als revolutionäre Kategorie«. Wortreich wird der Vorwurf der »Blindheit gegenüber Frauenunterdrückung und Rassismus« zurückgewiesen. Solange aber jeder gesellschaftliche Widerspruch rückgeführt wird auf die Vokabel ›Klasse‹, bzw. eingeführt wird in die »Untersuchung« wo sich »bei aller Unterschiedlichkeit ein weltweites Proletariat herausbildet«, ist auch das Denken, das ein Herrschaftsverhältnis zentral setzt, nicht überwunden.

Es nutzt ja nichts, daß die AutorI(?)nnen selbst feststellen, daß »dieses sich weltweit herausbildende Proletariat (ist) freilich weit von jener ominösen ›Einheit‹ entfernt«[20] ist. Das Faktum des sprachlich konstituierten »weltweiten Proletariats« suggeriert eine tatsächliche Zusammengehörigkeit. Sollte es über die derjenigen, die weltweit – verschieden bis dorthinaus – irgendwie als Aufbegehrende in gesellschaftliche Kämpfe verwickelt sind, keine Zusammengehörigkeit geben, dann fragen wir uns allerdings, wozu der Begriff nutze ist.

Doch die Antwort wird einem zuteil: »Der Begriff Klasse sucht die materialistische Begründung für die Möglichkeit der Revolution, sucht nach den Kräften, die imstande sind, das Kapitalverhältnis zu zerschlagen.«[21] Da lohnt es sich einen Moment innezuhalten. Der Begriff Klasse sucht, und in einer deutschen Stadt suchen einige linke Theoretiker mit Hilfe des Klassenbegriffs nach den Kräften, die imstande sind das Kapitalverhältnis zu zerschlagen, weltweit versteht sich. Weder das analytische Instrumentarium noch die eigene geschlechtliche und soziale Determination erfährt eine Reflektion, geschweige denn das Gesagte dadurch eine Relativierung. Offen wird eingeräumt »Der Untersuchungsansatz ›Klassenzusammensetzung‹« müßte sich »freimachen von der Vorstellung, das ›homogenisierende Subjekt‹ bereits fix und fertig irgendwo zu finden«.

Flott mit Hut aber die Wendung: »Stattdessen muß er (der Untersuchungsansatz, d.V.) all seine Dynamik ausspielen in der Fähigkeit die vielen verstreuten Kämpfe in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit zu entdecken und zu verstehen: um eingreifen zu können«.[22] Hoffen wir das Beste für die verstreuten Kämpfe. Wiedermal sind ein paar Weiße unterwegs, um zu entdecken (oder ist ihr Untersuchungsansatz ohne sie unterwegs?), dann zu verstehen – dafür werden sie es ein wenig auseinandernehmen müssen – und dann wird eingegriffen, das steht fest. »Das Kapital hat die Welt kleiner gemacht (...). Wer heute aus Sri Lanka nach Berlin kommt, weiß, was ihn dort erwartet.«[23] Die Erwartung jedenfalls, daß er dort auf Linke trifft, die sich überhaupt im Kon-

text rassistischer, kolonialistischer Gewaltverhältnisse verorten, wird er wohl nicht mehr haben. Solche Überlegungen brächten uns, gleich dem »Drei zu Eins«-Text den Vorwurf des Rückzugs auf die Moral ein. Dieser Rückzug, so steht in der ›Wildcat‹ geschrieben »wird – wie in allen Religionen – damit erzwungen, daß Menschen per Geschlecht, per Hautfarbe, per Geburt ›Böses‹ zugeschrieben wird.«[24] Ein bißchen polemisch, aber doch nicht genug, um die Borniertheit dahinter zu verbergen.

Die Geburt ist gerademal das Ende der Schwangerschaft und nicht mehr ganz der Anfang der sozialen Menschwerdung. Das Geschlecht – nein, wir betreten kein theoretisches Neuland – beschreibt neben einer biologischen Tatsache soziale Machtmöglichkeiten, jedenfalls innerhalb fast aller Gesellschaften, in die Kinder derzeit reingeboren werden. Und die Hautfarbe?

Die süßen kleinen weißen Babys sind natürlich genauso wenig böse oder schuldig wie die süßen kleinen schwarzen Babys. Wenn sie da so zusammen auf der Benetton-Reklame erscheinen, sind auch wir restlos davon überzeugt. Nachdem wir uns – etwas mühsam – damit abgefunden haben, daß mit der ästhetisierenden Inszenierung des babyfarbenen Gegensatz noch Aufmerksamkeitsnutzen aus rassistschen Gewaltverhältnissen zu ziehen ist, nagt da doch der Zweifel, ob nicht unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen bestimmte Ungleichmäßigkeiten im weiteren Lebenslauf der beiden Kleinen vorgezeichnet sind.

»Die weißen Frauen«, »die MetropolenbewohnerInnen« sind nicht wie behauptet wird »alles quasi biologische Kategorien«, sondern vielmehr soziale, in denen allerdings Verhaltens- und Denkweisen zur zweiten Natur der AkteurInnen werden können. Der unterstellte Rückzug auf die »eigene moralische Geläutertheit: ich bin gegen Rassismus, Sexismus und Kapitalismus«[25] ist vielmehr der Versuch, der Prägekraft sozialer Bedingungen gerecht zu werden und das Funktionieren der Machtverhältnisse so zu zeigen, daß klar wird: Der Gesinnungsnachweis als entscheidendes Kriterium hat ausgedient. Es ist auch nicht einzusehen, wieso das »Aufzeigen immer neuer Widersprüche oder Herrschaftsverhältnisse endet beim atomisierten Individuum, das sich gegen Unterdrückung wehrt oder sie akzeptiert.«[26] Sollte das Aufzeigen einiger, von der europäischen, metropolitanen Linken bislang übersehenen Herrschaftsverhältnisse diese Linke endgültig in Atomisierung und Beliebigkeit stürzen (der derzeitige Atomisierungsgrad ist offensichtlich anderen Ursachen zuzuschreiben!) hätte sie es wohl nicht besser verdient.

Stattdessen die attestierte Unterschiedlichkeit der Kämpfe doch wieder per »Untersuchung« zur Herausbildung eines weltweiten Kampfverhältnisses‹ zum Kapital zusammenzufassen, stellt eine revolutionäre (Welt-)Ordnung her, die für einige anscheinend unverzichtbare Voraussetzung zum Widerstand unter den Vorzeichen der Marginalität geworden ist.

Klaus Viehmann geht in seiner Entgegnung auf die wesentlichen, hier nicht näher zu erörternden Punkte der ›Wildcat‹-Kritik ein.[27] In der Erwiderung auf einen Kritikpunkt verweist er auf eine Textstelle in »Drei zu Eins«. Sie ist bemerkenswert, weil darin deutlich wird, daß offenkundig das (männliche) Denken in der Metropole immer Gefahr läuft, ins Reich der objektiven Bedingungen allumfassender Umwälzungen fortgerissen zu werden:

»Eine Theorie, die all diese Kämpfe sowohl erfaßt (bzw. ersteinmal in die Lage versetzt, sie zu erkennen) als auch die objektiven Bedingungen feststellt, die diesen Kämpfen Ursachen und Grenzen geben, hat die (autonome) Linke nicht. Ebensowenig einen Begriff von den gesellschaftlichen AkteurInnen, die die objektive Macht haben (können), die herrschende Ordnung umzuwälzen. Wer diese Frage vernachlässigt, klärt nicht, wie diese Herrschaft mit ihren ideologischen Schützengräben, produktiven Reichtumsquellen und ihrer militärischen Macht jemals erschüttert werden soll. Getrennt von objektiv vorhandener Macht bleibt revolutionäres Wollen ziemlich folgenlos.«[28]

Wie, wenn von hier aus keine »objektiven Bedingungen« festgestellt, keine »gesellschaftlichen AkteurInnen« von vorneherein definiert werden können? Kein etwas grundlegenderer theoretischer Versuch, ohne daß Ansätze einer Revolutionstheorie verbraten oder aber die Lücke, die ihr Mangel reißt skizziert wird. Es könnten sich doch, zumindest alle männlichen Mitteleuropäer für einen längeren Zeitraum damit begnügen, soziale Bedingungen, an der Wirklichkeit orientierte Kampfperspektiven in den entwickelten Ländern, o.ä. zum Gegenstand der Erörterungen zu machen, und es gleichzeitig eine Weile unterlassen, trikontinentale Kämpfe »erfassen« zu wollen.

Folgenlos ist revolutionäres Wollen dann, wenn jegliche sozialen Zusammenhänge in denen die Einzelnen jenseits der Konsumsphäre sich als ›Wollende‹ (er)kennen lernen, auseinanderfliegen. Daß ausgerechnet in düsteren Zeiten, wo für manch eine/n das Realität geworden ist, die »objektiv vorhandene Macht« die herrschende Ordnung umzuwälzen vorgerechnet (gekonnt) werden soll, hat vielleicht etwas mit Ohnmachtsphantasien zu tun, sicher aber etwas mit der Zähigkeit des universalistischen Theorieanspruchs.

So radikal im »Drei zu Eins«-Text vielen linken und autonomen Standards zu Leibe gerückt wird, so deutlich wird auch, wie schwer es ist, (und sein wird) sich von den Denktraditionen vornehmlich weißer, vornehmlich männlicher Theoriebildung zu emanzipieren. Immer wieder werden bei der Skizzierung dessen, was es zu erarbeiten gilt, wie auch bei der Analyse der Verhältnisse die zu überwindenden Schemata reproduziert. Besonders das, bis vor kurzem generell kaum beachtete, Rassismus genannte Phänomen, droht gelegentlich unter die Räder der üblichen Analyseraster zu kommen. Auch dafür läßt sich ein Beispiel im »Drei zu Eins«-Text finden.

»Je weniger linke Alternativen vorhanden sind, je schwächer Frauenbewegung und AntirassistInnen sind, desto mehr kann Deklassierung sich in Frauenhaß und Rassismus austoben.« Offenkundig wird nur von der Deklassierung von Männern ausgegangen, Frauen werden sich kaum in Frauenhaß austoben. Weiter heißt es: »Auf der Basis von real existierenden rassistischen Mustern führt Deklassierung nicht zur Solidarisierung gegen die Herrschaft, sondern zu einem patriarchalisch vorgeprägten Treten nach unten.«[29]

Die »rassistischen Muster« stehen also der »Solidarisierung gegen die Herrschaft« im Wege. Irgendetwas stimmt wieder nicht. Worauf basiert denn die Deklassierung? Wohl kaum allein auf Klassengegensätzen.

Die vermißte Solidarisierung gegen die Herrschaft funktioniert deswegen nicht, weil sich dafür mit Trägern der (rassistischen) Herrschaft solidarisiert werden müßte. Die »rassistischen Muster« sind wiedermal herausgelöst worden aus dem Prozeß der Herrschaft, durch die er doch auch – wie durch andere Gewaltverhältnisse – substantiell genährt wird.

Wie gesehen gründet der linke Automatismus, der rassistische Muster als Verirrung, mindestens aber als Nach-Folge anderer Gewaltverhältnisse (ökonomischer?) beschreibt, auf einer Fiktion. Auf der, der Wirksamkeit rassistischer Einstellungen wg. Deklassierung.

Bleibt die Frage, wenn das sogar GenossInnen reinrutscht, die angetreten sind, die »Kritik eines überkommenen Klassenbegriffs, der patriarchal vorgeprägt und dominiert ist und voller Rassismen steckt« zu leisten, wie stark bestimmt sind unser alle Köpfe von überkommenen Herrschaftsbegriffen und Vorstellungen.

Die Krise

Es ist inzwischen allgemein üblich von der Krise der Linken oder der Krise autonomer Politik zu sprechen. Der Vorteil dieser Zeit ist, daß

Kritik nicht prinzipiell an der Dickfelligkeit gut gearbeiteter Lederjacken abprallt. Der Nachteil ist, daß es Leute gibt, die die Zeit für gekommen sehen, endlich mit lang gehüteten bahnbrechenden Vorschlägen aufzuwarten, die im Kern ein bißchen altbacken sind.

Ist schon die ›Organisierungsdebatte‹ genannte Flugschriftenverschickungspraxis äußerst verdächtig, der als zeitgemäßes Thema getarnte Ersatz für radikale Auseinandersetzungen über grundsätzliche politische Richtungsfragen zu sein, so ist das, was nebenher läuft noch viel gruseliger. Öffentliche Äußerungen: Aktionsvorschläge, Kundgebungsbeiträge, Editorials, ... erinnern mitunter an das Pfeifen der Kinder im Keller. Mit der dumpfen Angst im Nacken, daß wie von Geisterhand hinweggefegt, das Publikum bzw. das verbliebene bißchen Szenestruktur im nächsten Moment verschwunden sein könnte, wird betont locker und sachlich das Normalprogramm abgespult. Is' was? Die abgrundtiefen Zweifel fast Aller dürfen auf keinen Fall deutlich werden. Zu sehr droht die Gefahr kollektiver Resignation. Zuhause und an all den anderen Orten des Privatisierens brechen (dann) die Dämme. Mit beißendem Zynismus für die eigenen Hoffnungen und Ziele, oder im intensiven Schmieden der beruflichen Qualifizierungspläne wird der, für das innere Gleichgewicht notwendige Abstand zum autonomen Politikgeschehen hergestellt. Je nach persönlicher Perspektive läßt sich entweder ein bißchen Stabilität ziehen aus der Abgrenzung zu denen, die betonkopfmäßig immer weiter machen, oder eben gegenüber denen, die vor lauter Grundsatzlaberei völlig versacken.

Wir werden uns hüten, eine von zwei Seiten derselben Medaille als »richtiger« oder »besser« rauszustellen. Die mit der Analyse der gesellschaftlichen Situation der Linken einhergehende Selbstmitleidstour versperrt den Weg zu einer Widerstandsperspektive genauso, wie das – stalinistisch anmutende – Festhalten an der schon immer richtigen Linie, auch wenn ihr zu folgen immer öfter heißt, langjährige GenossInnen kurzerhand zu Reaktionären erklären zu müssen, weil sie da nicht mehr mittun.

Eine Perspektive, die ein paar im Land verbliebene Linksradikale teilen und die sie zumindest abstrakt gesehen an einem Strick ziehen läßt, ist auch unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen keine Unmöglichkeit. Sicherlich steht einiges dazwischen: überfällige Diskussionen über Herrschafts- und Befreiungsbegriffe, überfällige Abschiede von Revolutionsmythen, ordentliche Streits über Unvereinbarkeiten und Grenzen.

Kraft und Risikofreudigkeit braucht's auch, klar.

Und unbedingt weniger Theoriefeindlichkeit. Eine ungeschönte Diskussion über Militanz, die Erfahrungen reflektierend …

Zuvor, einen Weg raus aus der bleiernen Müdigkeit.

Anmerkungen und Fußnoten

1 Männer der Roma-UnterstützerInnengruppe Bochum; zitiert nach SWING Nr. 32/33; S. 20

2 Männer der Roma ..., zitiert nach SWING Nr. 32/33; S. 21

3 Männer der Roma ..., zitiert nach SWING Nr. 32/33; S. 22

4 AUTONOMIE Neue Folge 14, Vorwort; zitiert nach SWING Nr. 13; S. 8

5 IRLAND INFO Nr. 15/16; Nov. '81; Hrsg.: WISK; S. 57

6 Weil gerne dumm gefragt wird: was denn für Zwänge, was denn für Widersprüche, ein Beispiel. (Da es den Rahmen einer Anmerkung nicht sprengen soll, eines von der ›objektiven Sorte‹.):
Alle Ereignisse der Welt, die verarbeitet zur Ware ›Information‹, gemäß kapitalistischer Logik am Markt verkäuflich sind, werden in der Metropole massiv an Mann und Frau gebracht. Die Entwicklung der Kommunikationstechnologie verstärkt und beschleunigt den Informationsfluß. Die Informationen selbst verändern ihren Charakter. Trotz der immer größeren Fülle werden sie sich ähnlicher. Von internationalen Nachrichtenagenturen (vor-)produziert, unterscheiden sie sich oft nur noch durch die Gestaltung ihrer Verpackung, die sich auf bestimmte Marktsegmente ausrichtet.
Versuche, sich diesen Informationen »kritisch« gegenüber zu verhalten, können nur begrenzt erfolgreich sein. Selbst die durch Kenntnis ihrer Herstellung begründeten und verursachten Vorbehalte, verhindern nicht die Beeinflussung des Unbewußten und verunmöglichen auch nicht eine informelle Prägung linker Diskurse. Zwangsläufig, und mit keiner politischen oder moralischen Einstellung zu unterbinden, ist gleichfalls die Abstumpfung gegenüber Meldungen von Katastrophen, Barbarei und Vernichtung.
Diese Probleme sind nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß mann/frau andere, existentiellere – aus anderen Regionen – dagegenhält.

7 »Lösung der Frauenfrage«, M. Baader/G. Magiriba-Lwanga; aus KONKRET 9/90; S. 61

8 ebenda

9 Hannah Arendt; »Israel, Palästina und der Antisemitismus«; Berlin 1991; S. 19/20

10 Fragen nach dem Zustandekommen der Massenbasis des deutschen Faschismus. Überlegungen zur Verstehbarkeit der administrativ geplanten und industriell umgesetzten Vernichtung der europäischen Juden, etc., etc.

11 Weil es den Anknüpfungspunkt dieses Kapitels bildet, möchten wir noch darauf hinweisen, daß auch für den Kontext der aus dem europäischen Kolonialismus entstandenen Gewalt- und Kampfverhältnisse ein Ausgangspunkt umrissen ist. Im Text »Weisse Herrschaft – Rassismus und Imperialismus« in »Metropolen(gedanken) und Revolution« heißt es auf Seite 121: »Für uns gibt es keinen Punkt im Universum, von dem wir neutral die Kämpfe beurteilten könnten. Zu verwoben ist unser soziales Leben mit den sich international manifestierenden Gewaltverhältnissen. Als historischer Teil der penetrierten Herrschaft des weißen Mannes,

ist unser Ausgangspunkt eben dieser, und macht uns persönlich, bewußt oder unbewußt, aktiv oder strukturell, zu rassistischen und sexistischen Kollaborateuren im Kampfverhältnis. Das macht die Solidaritätsarbeit ambivalent.« Ambivalent heißt nicht unmöglich, bedeutet nicht alles sein zu lassen, weil wir, in strukturelle Macht verfangen, ja doch irgendwie auch alle Schweine sind. Das wäre die selbstgefällige, öffentliche Kasteiung mit dem Hintergedanken: Seht nur, wie radikal ich die Struktur weltumspannender Gewalt in mir bloßlege. Kostengünstige Reklame ohne praktische Konsequenz.

12 »Metropolen(gedanken) und Revolution?«; Berlin 1991; darin Ingrid Strobl, »Die Angst vor den Frösten der Freiheit«, die vorangestellten Zitate sind von S. 20 und S. 24

13 Klaus Viehmann u.a.; »Drei zu Eins – Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus«; in »Metropolen(gedanken) und Revolution?«; Berlin 1991; S. 30

14 Klaus Viehmann u.a.; »Drei zu Eins ...« in »Metropolen ...«; S. 28

15 ›Einladung zum bundesweiten Treffen für eine starke Mobilisierung des Revolutionären Widerstands gegen den Weltwirtschaftsgipfel 92 in München‹; Kontakt damals (Sommer ’91) über AK WWG, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8000 München 80

16 ebenda

17 Frauen gegen den männlich-weißen Normalfall; »Äußerste Gewalt – Innere Kolonien«; Flugblatt, Zürich im Dezember 1991

18 ›Einladung zum bundesweiten Treffen für eine starke Mobilisierung des Revolutionären Widerstands gegen den Weltwirtschaftsgipfel 92 in München‹; Kontakt damals (Sommer ›91) über AK WWG, c/o Infoladen, Breisacherstr. 12, 8000 München 80

19 »Drei zu Eins für wen?«, WILDCAT 57; zitiert nach SWING Nr. 38; S. 40

20 ebenda

21 ebenda

22 »Drei zu Eins für wen?«, WILDCAT 57; zitiert nach SWING Nr. 38; S. 41

23 »Drei zu Eins für wen?«, WILDCAT 57; zitiert nach SWING Nr. 38; S. 40

24 »Drei zu Eins für wen?«, WILDCAT 57; zitiert nach SWING Nr. 38; S. 42

25 ebenda

26 ebenda

27 Klaus Viehmann, »Antwort auf die Wildcat-Kritik«; SWING Nr. 39; S. 23

28 Klaus Viehmann u.a.; »Drei zu Eins ...«; in »Metropolen ...«; S. 30

29 Klaus Viehmann u.a.; »Drei zu Eins ...«; in »Metropolen ...«; S. 36

Fremdwörter

Affekt: starke Gemütsbewegung
Ambivalenz: Zwiespältigkeit
analog: entsprechend, ähnlich
appeasment-Politik: Politik der Beschwichtigung
äquivalent: gleichwertig
blasphemisch: Heiliges lästernd
denunzieren: anzeigen, anschwärzen
Determination: Bestimmung, Bedingtsein durch äußere Gegebenheiten
determinieren: bestimmen, begrenzen
Dichotomie: Zweiteilung
divergieren: voneinander abweichen
Disposition: hier, Anlage zu einem typischen Verhalten
elementar: grundlegend, wesentlich
explizit: ausdrücklich, deutlich
fragmentarisch: bruchstückhaft
Genese: Entstehung, Entwicklung
Implikation: Einbeziehung, Verflechtung
insistieren: auf etwas beharren, dringen
intentional: absichtsvoll
Interaktion: aufeinander bezogenes Handeln, Wechselbeziehungen
internalisieren: verinnerlichen
kaschieren: (Mängel) verbergen, verhüllen
Konnotation: Die Grundbedeutung eines Wortes begleitende (emotionale) Vorstellung
kontraktualistisch: auf einem Vortrag, Abkommen beruhend
konstituieren: einsetzen, gründen
latent: versteckt
Marginalität: Randständigkeit
Metapher: bildlicher Ausdruck
Metaphorik: Gebrauch bildlicher Ausdrücke
Moräne: von Gletschern abgelagerter Gesteinsschutt
monetaristisch, Monetarismus: Theorie in den Wirtschaftswissenschaften, die besagt, daß in einer Volkswirtschaft der Geldmenge überragende Bedeutung beigemessen werden muß und deshalb die Wirtschaft primär über die Geldmenge zu steuern ist.
nivellieren: einebnen, gleichmachen
oszillieren: schwanken, pendeln
Partizipation: Teilhabe

perpetuieren: ständig (in gleicher Weise) fortfahren, weiter machen
prädestinieren: vorherbestimmen
Protagonist: zentrale Gestalt, Vorkämpfer
sanktionieren: bestätigen, Gesetzeskraft erteilen
Soziogenese: Die Entstehung und Entwicklung (z.B. von Krankheiten) auf Grund bestimmter gesellschaftlicher Umstände
stereotyp: feststehend, unveränderlich, sich wiederholend
stigmatisieren: Merkmale zuordnen, brandmarken
Suggestion: Einbildung
symbiotisch: verschmelzend, selbstauflösend
Urbanität: die Lehre vom städtischen Leben
Utilitarismus: philosophische Lehre, die im Nützlichen die Grundlage des sittlichen Verhaltens sieht und ideale Werte nur anerkennt, sofern sie dem Einzelnen oder der Gemeinschaft nützen.
Virulenz: ein schwelender, gefahrvoller Zustand

Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus waren für die Linke seit über 20 Jahren kein eigenes Problem. Die neue »Qualität« rassistischer Angriffe, die auch über eine vorübergehende mediale Würdigung ins linke Bewußtsein vorstieß, scheint die These vom wiedererwachten Großdeutschland, von der »ungebrochenen Kontinuität des deutschen Faschismus« auf das blutigste zu bestätigen.

Doch die einfachen Analogien versperren – geradezu mutwillig – die Sicht auf die Zusammenhänge zwischen Rassismen im Modell Deutschland und dem antisemitischen Konsens im deutschen Faschismus.

Der Blick auf Hoyerswerda ist der selbstbestätigende Blick auf einen Rassismus der politisch und historisch leicht identifizierbar und physiognomisch leicht auszumachen ist. »Solange autonome antifaschistische Praxis vor allem darin besteht, den braunen Rassismus von der Straße zu verdrängen, solange wir gegen den institutionellen, (multi-)kulturellen Rassismus keine Praxis entwickeln, solange machen wir mit multikulturellen Konzepten – ungewollt – eine Sache: Wir kämpfen gemeinsam um die Wiederherstellung der Normalität.«

Das Verhälnis der militanten Linken zum Staat Israel zeigt, daß eine internationalistische deusche Linke, die ihre eigene nationale Bedingtheit leugnet fast zwangsläufig antisemitische Muster reproduziert. »Geschichte, Rassismus und der Boot« treibt die seit den Ereignissen des Jahres 1991 in der autonomen Linken entfachten Diskussionen (Golfkrieg/Israel, Rassismus, autonomer Antifaschismus, Herrschaftsbegriff) weiter.

ISBN: 3-89408-011-6

EDITION ID-ARCHIV
autonome l.u.p.u.s. gruppe
GESCHICHTE RASSISMUS UND DAS BOOT